

# BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

FACHSERIE

**1**

## Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976

Heft 9

Textliche Auswertung der Wahlergebnisse

Statist. Bundesamt - Bibliothek



11-13303

**Hinweis:** Die Hefte 1 bis 6 sind in Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8  
(Kennziffer: 200800) erschienen.



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN  
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ  
Bestellnummer: 2012009 — 76900

Erschienen im September 1978

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 11,20

## Vorwort

Mit dem vorliegenden Heft wird die Veröffentlichung der Ergebnisse der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976 abgeschlossen. Damit sind in der Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 8 bzw. (ab 1977 aufgrund der Neugliederung des Veröffentlichungssystems des Statistischen Bundesamtes) in der Fachserie 1 nunmehr folgende Hefte erschienen:

Fachserie A, Reihe 8, Heft 1 Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen nach Ländern,  
Fachserie A, Reihe 8, Heft 2 Strukturdaten für die neuen Bundestagswahlkreise 1976,  
Fachserie A, Reihe 8, Heft 3 Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die Bundestagswahlkreise 1976,  
Fachserie A, Reihe 8, Heft 4 Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen,  
Fachserie A, Reihe 8, Heft 5 Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen,  
Fachserie A, Reihe 8, Heft 6 Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete,  
Fachserie 1, Heft 7 Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen,  
Fachserie 1, Heft 8 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter,  
Fachserie 1, Heft 9 Textliche Auswertung der Wahlergebnisse.

Die Hefte 1 bis 3 dienten der Vorbereitung der Wahl, die Hefte 6 bis 9 enthalten die ausführlichen Wahlergebnisse. Außerdem ist – wie schon bei den früheren Wahlen – vor der Wahl, in der Reihe der Sonderveröffentlichungen, ein Verzeichnis sämtlicher Wahlbewerber erschienen.

Das Textheft hat zum Ziel, die Rechtsgrundlagen der Wahl, die Ergebnisfeststellung und die Wahlergebnisse zu erläutern. Zur Analyse der Wahlergebnisse standen die Unterlagen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, in denen die von den Wahlorganen (Wahlvorstände, Kreiswahlausschüsse, Landeswahlausschüsse, Bundeswahlausschuß) festgestellten endgültigen Wahlergebnisse für das Wahlgebiet, die Länder, die Wahlkreise, die Gemeinden und Wahlbezirke nachgewiesen sind. Darüber hinaus konnte auf die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik 1976 zurückgegriffen werden, bei der auf Stichprobenbasis – wie schon seit 1953 – die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter festgestellt wurden.

Der Veranschaulichung dienen zahlreiche Texttabellen und Schaubilder. Ferner wird auf die im Selbstverlag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn - Bad Godesberg, Michaelstraße 8 erschienene „Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 8. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland“ aufmerksam gemacht.

Gegenüber dem Textheft 1972 wurden mit wenigen Ausnahmen in den Anhang auch diejenigen Textübersichten aufgenommen, die in ihrem Umfang über eine Druckseite hinausgehen. Außerdem wurden gegenüber 1972 neu aufgenommen:

eine Tabelle mit den Ergebnissen über die Erststimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten in den Gemeinden,  
eine Tabelle mit den Ergebnissen über die Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden.

Diese Tabellen hätten auch in die Hefte 6 und 7 aufgenommen werden müssen, was aber wegen des späten Anfalls des Zahlenmaterials nicht mehr möglich war.

Quellennachweise der vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern herausgegebenen Veröffentlichungen mit Ergebnissen der Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen sind des großen Umfangs wegen nicht mehr in die Hefte der Fachserie aufgenommen worden. Solche Quellennachweise können in hektographierter Form vom Statistischen Bundesamt, Abt. VIII bezogen werden.

Diese Veröffentlichung wurde in der Abteilung „Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen“ des Abteilungspräsidenten Dr. Schwarz in der Gruppe des Regierungsdirektors Dr. Linke von Regierungsoberamtsrat Weber bearbeitet.

Wiesbaden, im September 1978

**Dr. Hildegard Bartels**  
Präsidentin des Statistischen Bundesamtes

# Inhalt

	Seite
1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung	
1.1 Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem	7
1.1.1 Wahlsystem	8
1.1.2 Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl	8
1.1.3 Stimmzettel und Wahlvorschläge	10
1.1.4 Wahlrecht und Wahlbarkeit	15
1.2 Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik	16
1.3 Wahlorgane und Ergebnisfeststellung	18
2 Ergebnisse	
2.1 Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung	
2.1.1 Wahlberechtigte und Wähler	21
2.1.2 Wahlbeteiligung	25
3 Ungültige Stimmen	31
4 Gültige Erststimmen	34
5 Gültige Zweitstimmen	
5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern	40
5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen	42
5.3 Stimmabgabe der Briefwähler	43
5.4 Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter	44
5.5 Stimmabgabe in Stadt und Land	50
5.6 Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler	50
5.7 Stimmabgabe der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten	52
6 Kombination der Erst- und Zweitstimmen	53
7 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen	
7.1 Sitzverteilungsverfahren	55
7.2 Ergebnis der Sitzverteilung 1976 und früher	59
7.3 Erfolgswert der Stimmen	60
8 Die Gewählten	61
Anhang	
1 Wahlrechtsgrundlagen	
1.1 Auszüge aus dem Grundgesetz	67
1.2 Auszüge aus dem Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975	67
1.3 Auszüge aus der Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1975	70
2 Wahlbewerber	
2.1 Zugelassene Landeslisten 1976 nach Parteien und Ländern	73
2.2 Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1976 nach Parteien und Ländern	74
2.3 Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach Parteien	75
2.4 Kandidaten bei der Bundestagswahl 1976 nach Geburtsjahren und Parteien	76
3 Wahlberechtigte mit Wahlschein und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein	77
4 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern	78
5 Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den 1976 gewählten Wahlkreisbewerber	79
6 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen	81
7 Erststimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten in den Gemeinden	85
8 Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1976 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften	86
9 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestagswahlen 1976 und 1972	88
10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1976	
10.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt	90
10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften	93



11	Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt in den Ländern 1957 bis 1976 . . . . .	99
12	Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler, der Briefwähler und der Wähler insgesamt nach Wahlkreisen 1976 . . . . .	102
13	Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1976 nach dem Alter . . . . .	126
14	Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden . . . . .	128
15	Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912 . . . . .	133
16	Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1919 bis 1933 . . . . .	134

**Verzeichnis der Textübersichten und Schaubilder**

**Texttafeln**

1	Bundestagswahlkreise	
1.1	Bundestagswahlkreise vor und bei der Bundestagswahl 1965 . . . . .	9
1.2	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1969 . . . . .	9
1.3	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1972 . . . . .	10
1.4	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1976 . . . . .	10
2	Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten auf den Stimmzetteln 1976 innerhalb der Länder . . . . .	11
3	Zugelassene Landeslisten, Kreiswahlvorschläge und Kandidaten	
3.1	Zugelassene Landeslisten 1976 nach Parteien . . . . .	12
3.2	Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1976 nach Parteien . . . . .	14
3.3	Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen seit 1965 . . . . .	14
3.4	Kandidaten 1976 nach Altersgruppen und Parteien . . . . .	14
3.5	Kandidaten bei der Bundestagswahl 1976 nach Berufsbereichen . . . . .	15
4	Stichprobenumfang 1976 in der repräsentativen Wahlstatistik . . . . .	16
5	Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten 1969 bis 1976 . . . . .	18
6	Wahlkreise 1976 in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter . . . . .	19
7	Zwischenergebnisse und hochgerechnete Ergebnisse in der Wahlnacht 1976 . . . . .	20
8	Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisse 1976 durch die Kreiswahlausschüsse . . . . .	20
9	Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1949 bis 1976 . . . . .	21
10	Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter 1969 bis 1976 . . . . .	22
11	Wahlberechtigte 1976 ohne und mit Sperrvermerk für ausgegebene Wahlscheine . . . . .	23
12	Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein 1953 bis 1976 . . . . .	23
13	Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter ohne und mit Wahlschein 1972 und 1976 . . . . .	24
14	Briefwähler unter den Wählern insgesamt 1957 bis 1976 . . . . .	24
15	Wahlkreise mit dem höchsten und geringsten Anteil an Briefwählern 1972 und 1976 . . . . .	24
16	Wahlkreise nach dem Anteil an Briefwählern 1957 bis 1976 . . . . .	25
17	Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 sowie bei den vorangegangenen Landtags- und Kommunalwahlen . . . . .	26
18	Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 1965 bis 1976 . . . . .	26
19	Wahlkreise 1976 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung . . . . .	26
20	Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler 1957 bis 1976 . . . . .	28
21	Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1957 bis 1976 . . . . .	29
22	Relation wahlberechtigter Männer und Frauen nach Altersgruppen 1972 und 1976 . . . . .	30
23	Ungültige Stimmabgabe der Wähler insgesamt 1953 bis 1976 . . . . .	31
24	Art der ungültigen Stimmen 1961 bis 1976 . . . . .	32
25	Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler 1957 bis 1976 . . . . .	33
26	Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen 1976 nach dem Alter . . . . .	33
27	Gültige Erststimmen nach Parteien 1953 bis 1976 . . . . .	34
28	Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten 1949 bis 1976 . . . . .	35
29	Differenzen Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien 1953 bis 1976 . . . . .	36
30	Wahlkreise 1976, in denen die Mehrheit der Erststimmen von der SPD an die CDU bzw. CSU übergegangen ist . . . . .	38
31	Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten 1949 bis 1976 . . . . .	39
32	Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949 bis 1976 . . . . .	39
33	Wahlkreisabgeordnete des Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien 1972 und 1976 . . . . .	40
34	Stimmabgabe bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1972 . . . . .	41
35	Wahlkreise 1976 mit den meisten Zweitstimmen für die SPD, CDU bzw. CSU und F.D.P. . . . .	42

	Seite
36 Die 248 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im Bundestag vertretenen Parteien 1969 bis 1976 . . . . .	43
37 Gültige Stimmen der Briefwähler nach Parteien 1957 bis 1976 . . . . .	43
38 Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Zweitstimmen der Parteien 1957 bis 1976 . . . . .	44
39 Stimmabgabe der Männer und Frauen 1953 bis 1976 . . . . .	45
40 Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1976 . . . . .	46
41 Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien 1976 . . . . .	46
42 Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter 1969 bis 1976 . . . . .	48
43 Stimmabgabe in Stadt und Land 1961 bis 1976 . . . . .	50
44 Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1965 bis 1976 . . . . .	51
45 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1976 . . . . .	51
46 Stimmabgabe nach dem Anteil des Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden 1976 . . . . .	52
47 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden 1976 . . . . .	52
48 Stimmabgabe der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 1976 . . . . .	53
49 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 1976 . . . . .	53
50 Gültige Zweitstimmen in Kombination mit den abgegebenen Erststimmen 1957 bis 1976 . . . . .	54
51 Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1976 . . . . .	54
52 Ausgewählte Stimmenkombination 1961 bis 1976 . . . . .	55
53 Berechnung der auf die Landeslistenverbindungen entfallenden Sitze . . . . .	56
54 Berechnung der Verteilung der 214 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten . . . . .	57
55 Die Gewählten bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag nach Geschlecht . . . . .	58
56 Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1976 . . . . .	59
57 Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung . . . . .	60
58 Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und Zweitstimmen je Abgeordneten . . . . .	60
59 Tatsächliche Sitzverteilung nach d'Hondt und Sitzverteilung nach dem Anteil der Zweitstimmen der Parteien im Bundesgebiet- und dem Anteil der Zweitstimmen für ihre Landeslisten . . . . .	61
60 Abgeordnete, ohne und einschließlich vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte, nach dem Geschlecht 1949 bis 1976 . . . . .	62
61 Alte und neue Abgeordnete im 8. Deutschen Bundestag . . . . .	62
62 Abgeordnete im 8. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Alter . . . . .	63
63 Abgeordnete des 8. Deutschen Bundestages nach Parteizugehörigkeit und beruflicher Tätigkeit . . . . .	63
 <b>Schaubilder</b>	
1 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten . . . . .	18
2 Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1976 gegenüber 1972 nach Geschlecht und Alter . . . . .	22
3 Wahlberechtigte mit Wahlschein 1976 nach Geschlecht und Alter . . . . .	23
4 Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 1976 . . . . .	27
5 Wähler und Nichtwähler 1976 nach Geschlecht und Alter . . . . .	28
6 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen 1969 bis 1976 nach dem Alter . . . . .	30
7 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in Nordrhein - Westfalen nach dem Alter . . . . .	30
8 Ungültige Stimmabgabe der Wähler 1953 bis 1976 . . . . .	31
9 Art der ungültigen Stimmen 1961 bis 1976 . . . . .	33
10 Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler und Wähler ohne Briefwähler . . . . .	33
11 Gültige Erststimmen nach Parteien . . . . .	35
12 Wahlkreise nach der Parteizugehörigkeit der Wahlkreissieger bei der Bundestagswahl 1976 . . . . .	37
13 Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1976 . . . . .	40
14 Stimmanteile bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 und bei den letzten Landtagswahlen . . . . .	42
15 Stimmabgabe der Briefwähler und der übrigen Wähler . . . . .	44
16 Stimmabgabe der Männer und Frauen 1961 bis 1976 . . . . .	45
17 Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1976 und 1972 . . . . .	47
18 Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien 1976 . . . . .	48
19 Stimmabgabe der Männer und Frauen 1976 nach dem Alter . . . . .	48
20 Stimmabgabe der Männer und Frauen im Alter von 60 Jahren und mehr 1953 bis 1976 . . . . .	49
21 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen . . . . .	50
22 Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden . . . . .	52
23 Sitze der Parteien im Bundestag 1949 bis 1976 . . . . .	59

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin.

# 1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

## 1.1 Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem

Allgemeine Rechtsgrundlage für Bundestagswahlen sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Danach muß die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein. Die Wahlperiode beträgt vier Jahre. Voraussetzung für die Wahlberechtigung bzw. Wählbarkeit war bei den bisherigen Bundestagswahlen die Vollendung folgender Lebensjahre:

Zeitraum (Wahljahr)	Alter für	
	Wahlberechtigung	Wählbarkeit
1949 – 1969	21	25
1972	18	21
1976	18	18

Bei den Landtagswahlen (in Hamburg und Bremen Wahl zur Bürgerschaft, in Berlin (West) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung) setzte die Wahlberechtigung bzw. Wählbarkeit die Vollendung folgender Lebensjahre voraus:

Zeitraum (Wahljahr)	Alter für	
	Wahlberechtigung	Wählbarkeit
Schleswig-Holstein		
1947 – 1967	21	25
1971	18	21
1975	18	18
Hamburg		
1946 – 1966	21	25
1970	18	23
1974	18	21
Niedersachsen		
1947 – 1967	21	25
1970 – 1974	18	21
Bremen		
1946 – 1967	21	25
1971	18	21
1975	18	18
Nordrhein-Westfalen		
1947 – 1966	21	25
1970	18	23
1975	18	18
Hessen		
1946 – 1966	21	25
1970 – 1974	18	21
Rheinland-Pfalz		
1947 – 1967	21	25
1971 – 1975	18	21
Baden-Württemberg <sup>1)</sup>		
1946 – 1968	21	25
1972	18	21
1976	18	18
Bayern		
1946 – 1966	21	25
1970 – 1974	18	21
Saarland		
1947	21	25
1952 – 1965	20	25
1970	18	23
1975	18	18
Berlin (West)		
1946 – 1967	21	25
1971	18	23
1975	18	21

1) Vor dem 25. 4. 1952 ehemalige Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde 1972 eine Bundestagswahl vor Ablauf der an sich vierjährigen Legislaturperiode durchgeführt. Am 22. September 1972 hatte der Bundespräsident den 1969 gewählten Bundestag auf Vorschlag des Bundeskanzlers aufgelöst und als Tag der Wahl des 7. Deutschen Bundestages den 19. November 1972 bestimmt (BGBl. I S. 1833 u. 1834).

Das Wahlsystem sowie die Mitgliederzahl des Bundestages und die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise zu bestimmen, überläßt das Grundgesetz der einfachen Gesetzgebung. Bisher regelten drei Bundeswahlgesetze (BWG 49, 53, 56), ergänzt durch Bundeswahlordnungen (BWO), dieses weite, ihnen vom Grundgesetz überlassene Gebiet. Im Gegensatz zu den Gesetzen, nach denen der 1. Bundestag 1949 und der 2. Bundestag 1953 gewählt worden sind, bestimmte § 57 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383) seine Fortgeltung. Die Wahl zum 8. Bundestag wurde danach im wesentlichen nach den gleichen Vorschriften durchgeführt wie die Bundestagswahlen am 15. September 1957, 17. September 1961, 19. September 1965, 28. September 1969 und 19. November 1972.

Die Wahlrechtsentwicklung vom 1. bis 3. Bundeswahlgesetz ist ausführlich gelegentlich der Besprechung der Ergebnisse der 3. Bundestagswahl 1957 behandelt worden <sup>2)</sup>. Dort ist dargelegt, daß von Gesetz zu Gesetz neben den vielen gleichbleibenden Bestimmungen andere bedeutende Änderungen erfahren haben. Da gewisse Entwicklungstendenzen auf diese gesetzgeberischen Maßnahmen zurückzuführen sind, dürfen sie bei einem Vergleich der Ergebnisse der beiden ersten Bundestagswahlen 1949 und 1953 mit denen aller späteren Wahlen nicht unbeachtet bleiben. Dagegen enthalten alle Änderungen, die das Bundeswahlgesetz von 1956 bis zur 8. Bundestagswahl 1976 erfahren hat, keine wesentlichen Neuerungen. Vor allem haben sie – bis auf die verfassungsrechtliche Änderung des Wahlalters – keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wahlergebnisse selbst.

Die bisherigen rechtlichen Grundlagen sind:

### Bundeswahlgesetze

- Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. I S. 21)
- Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl. I S. 470)
- Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383)

Änderungen des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 erfolgten durch das

- Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1011)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. Februar 1964 (BGBl. I S. 61)
- Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (BGBl. I S. 65)
- Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503, 515)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 4. Juni 1969 (BGBl. I S. 473)
- Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645, 663)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1061)
- Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 545)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593)

2) „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Bd. 200, Heft 3 (Textheft).

Neufassungen (Bundeswahlgesetz, Wahlkreiseinteilung)

- Bekanntmachung der Neufassung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1100, 1534)
- Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 29. September 1972 (BGBl. I S. 1849)
- Bekanntmachung der Neufassung des Bundeswahlgesetzes vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325)
- Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799)

#### Bundeswahlordnungen

- Bundeswahlordnung vom 15. Juli 1953 (BGBl. I S. 514)
- Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 (BGBl. I S. 441, 532)

Änderungen der Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 erfolgten durch die

- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 30. Mai 1961 (BGBl. I S. 621)
- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 229)
- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 28. Juli 1972 (BGBl. I S. 1353)
- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 24. Juli 1975 (BGBl. I S. 2043)

Neufassungen (Bundeswahlordnung)

- Bekanntmachung der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 31. Mai 1961 (BGBl. I S. 917, GMBI. S. 306)
- Bekanntmachung der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 239, 373)
- Bekanntmachung der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384)

Auf die Bedeutung der Wahlrechtsänderungsgesetze vom 14. Februar 1964, 4. Juni 1969, 3. Juli 1972 und 24. Juni 1975 wird in den Abschnitten über die Wahlkreiseinteilung und die bei der Bundestagswahl 1976 auftretenden Parteien eingegangen werden; die Auswirkung der Herabsetzung des Wahlalters werden in den Abschnitten über die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen unterschiedlichen Alters besprochen.

Der Wortlaut der genannten Artikel des Grundgesetzes sowie einige wichtige Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung sind im Anhang abgedruckt. Das Bundeswahlgesetz gilt in der Neufassung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), die Bundeswahlordnung in der Neufassung der Bekanntmachung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384). Die Neufassung der Bundeswahlordnung berücksichtigt in der Hauptsache die bis dahin in Kraft getretenen Gesetzesänderungen, enthält aber auch einige Verbesserungen, die aus Erfahrungen bei der Durchführung früherer Wahlen gewonnen worden sind.

#### 1.1.1 Wahlsystem

Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 wird im Grundgesetz die Regelung des Wahlsystems dem Wahlgesetz überlassen. In der Hauptsache ist zwischen dem Verhältniswahlsystem und dem Mehrheitswahlsystem zu unterscheiden, zwischen denen die verschiedensten Verbindungen möglich sind. Bei ersterem reichen die einzelnen Parteien ihre Wahlvorschläge als Listen ein, in denen eine an sich unbegrenzte Zahl von Wahlbewerbern benannt sein kann. Beim Mehrheitswahlsystem ist dagegen die Persönlichkeitswahl vorausgesetzt. Das Wahlgebiet ist (in der Regel) in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete überhaupt oder nach diesem System gewählt werden sollen. Jede Partei oder Wählergruppe kann dann für jeden Wahlkreis (meistens) einen Bewerber namhaft machen. Gewählt ist der Bewerber, der die (absolut oder relativ) meisten im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Bei der Listenwahl folgt die Zuteilung der Sitze entweder im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen oder die einzelnen Listen erhalten für eine vorher bestimmte Zahl gewonnener Stimmen einen Sitz, je nachdem, ob die zahlenmäßige Zusammensetzung des Parlaments von vornherein festgelegt ist oder nicht.

Nach dem Reichswahlgesetz vom 17. April 1920 (RGBl. I S. 627), das dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der reinen Verhältniswahl folgte, zog von den eingereichten Vorschlagslisten für je 60 000 abgegebene gültige Stimmen ein Bewerber in den Reichstag ein. Die Abgeordnetenzahl des Reichstags war damit im hohen Maße von der Bevölkerungsentwicklung und der Wahlbeteiligung abhängig. Abgesehen von möglichen Überhangmandaten ist die Abgeordnetenzahl des Bundestages dagegen gesetzlich bestimmt. Nach dem allen Bundeswahlgesetzen eigenen Wahlsystem wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Parteilisten gewählt. Dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik entsprechen dabei **L a n d e s l i s t e n** der Parteien.

Seit 1953 hat der Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei richtet sich nach dem Verhältnis der für sie auf die Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die mit der Erststimme gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetensitze, die einer Partei in jedem Land nach den Zweitstimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei dabei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl im Lande übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Bundestages um die Unterschiedszahl. Diese Sitze werden Überhangmandate genannt. Abgesehen von den Überhangmandaten handelt es sich somit um eine Verhältniswahl, bei der lediglich die Hälfte der Abgeordneten als Person gewählt wird.

Das von Wahlgesetz zu Wahlgesetz komplizierter gewordene Auszählungsverfahren wird unter Abschnitt 7.1 ausführlich erläutert. Dort wird deutlich, daß nicht alle von den zuständigen Wahlausschüssen zugelassenen Parteien bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Das Bundeswahlgesetz enthält zur Verhinderung der Zersplitterung der Wählerstimmen und zur Sicherung regierungsfähiger Mehrheiten eine „**S p e r r k l a u s e l**“. Seit 1957 werden bei der Sitzverteilung nur solche Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Bund abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens 3 Wahlkreissitze erhalten haben. Parteien nationaler Minderheiten sind hiervon ausgenommen.

#### 1.1.2 Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl

Die Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl hängt eng mit dem geltenden Wahlsystem und insbesondere damit zusammen, daß für Bundestagswahlen – im Gegensatz etwa zu den früheren Reichstagswahlen – die Zahl der zu wählenden Abgeordneten gesetzlich festgelegt ist. Im geltenden Bundeswahlrecht ist nicht nur gesagt, wie viele Abgeordnete überhaupt zu wählen sind, sondern darüber hinaus, in welchem Zahlenverhältnis die Wahlkreissitze zu den Landessitzen stehen sollen. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Zahl der Wahlkreise von der ersten zur fünften Bundestagswahl von Interesse, die von 242, nach der Rückgliederung des Saarlandes zu 247 und schließlich 1965 zu 248 Wahlkreisen führte. In 248 Wahlkreisen wurde auch 1969, 1972 und 1976 gewählt.

Insgesamt waren bei der Bundestagswahl 1949 400, bei der 2. Bundestagswahl 1953 484, bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 jeweils 494 und bei der 5. bis 7. Bundestagswahl schließlich 496 Abgeordnete mittels Stimmzettel zu wählen. Dazu kamen 1949 8 (ab 1952 19) Bundestagsabgeordnete aus dem Lande Berlin, die dort durch das Abgeordnetenhaus gewählt werden. Seit der 2. Bundestagswahl 1953 entsendet das Berliner Abgeordnetenhaus 22 Abgeordnete in den Bundestag.

Da der vollen Anwendung des Bundeswahlgesetzes in Berlin (West) noch Hindernisse entgegenstehen, ist im folgenden unter Wahlgebiet nur das Bundesgebiet ohne Berlin gemeint, und wenn hier und im folgenden von Bundesgebiet gesprochen wird, umgekehrt darunter das Wahlgebiet ohne Berlin zu verstehen.

Im 1. Bundeswahlgesetz, das auch die Zahl der in den einzelnen Ländern zu wählenden Abgeordneten bestimmte, war den Landesregierungen aufgegeben, die ihren Ländern zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreissitzen und Sitzen aus den Landesergänzungsvorschlägen (Landeslisten) im ungefähren Verhältnis 6 : 4 zu verteilen.

Demgemäß wurde das Gebiet der einzelnen Länder entsprechend ihren Einwohnerzahlen und das Bundesgebiet insgesamt in 242 Wahlkreise eingeteilt. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Bundestag von 400 auf 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu Wählenden von 6 : 4 auf 1 : 1 geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere Hälfte aus Landeslisten gewählt. Eine weitere Änderung ergab sich aus der Rückgliederung des Saarlandes. Nach § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1011) wurde das Saarland, dessen Bevölkerung 1957 erstmalig mitwählen konnte, in 5 Bundestagswahlkreise eingeteilt. Dem Verhältnis der Wahlkreis- und Landeslistenabgeordneten entsprechend erhöhte sich dadurch die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Bundestages am Ende der 2. und für die 3. und 4. Wahlperiode von 484 auf 494. Bis 1961 blieb auch die räumliche Abgrenzung der Wahlkreise unberührt.

Im Prinzip sollte neben der Gesamtzahl der Abgeordneten aus jedem Land auch die Zahl der Wahlkreisabgeordneten etwa dem Bevölkerungsanteil der Länder entsprechen. Infolge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung sowohl in den Ländern als auch in den Wahlkreisen kam aber der Grundsatz, daß 50 % der Abgeordneten nach Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 50 % aus den Landeslisten gewählt werden sollten, ohne eine Änderung der Wahlkreise bald nur noch für das Bundesgebiet, aber nicht mehr in den Ländern zur Geltung.

Das kommt daher, daß die Einwohnerzahl des Bundesgebietes von 1949 bis 1976 stark gestiegen ist und die Zunahme regional sehr unterschiedlich war. Dies hat dazu geführt, daß in den meisten Ländern die Zahl der Wahlkreise bald nicht mehr dem Bevölkerungsanteil entsprach. Da die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien im Bundestag nach der geschilderten Verbindung zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl letzten Endes von den für die Landeslisten abgegebenen Stimmen abhängt, wiegen kleinere Unterschiede nicht übermäßig schwer. Nach den Einwohnerzahlen völlig gleiche Wahlkreise kann es ohnehin praktisch niemals geben.

Größere Unterschiede von Land zu Land dürfen aber insbesondere deshalb nicht unbeachtet bleiben, weil sie zu Überhangmandaten führen können. Überhangmandate sind zwar beim gegenwärtigen Wahlsystem nicht ganz zu vermeiden, da sie auch durch schwache Wahlkreismehrheiten oder durch Wahlabsprachen entstehen können. Jedoch kann die mit der Zulassung von Überhangmandaten verbundene Differenzierung des Stimmengewichts nur in engen Grenzen zulässig sein (BVerfGE 7.63 [75]). Der Verfassungsgrundsatz der gleichen Wahl darf nicht dadurch verletzt werden, daß immer mehr Überhangmandate durch die Ungleichheit der Wahlkreise entstehen, da sich auf diese Weise Manipulationsmöglichkeiten eröffnen, deren Verfassungsmaßigkeit im Falle eines Mißbrauchs angezweifelt werden mußte. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn die Wahlkreiseinteilung von Zeit zu Zeit der regionalen Bevölkerungsentwicklung angepaßt wird.

Die Aufgabe, in jeder Wahlperiode einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten, wurde der vom Bundespräsidenten ernannten ständigen Wahlkreiskommission übertragen, die sich aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichtes und fünf weiteren Mitgliedern zusammensetzt.

Der erste Bericht ist der Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1957 am 20. Juni 1958 erstattet, mit Drucksachen - Nr. 677 vom 25. November 1958 dem Deutschen Bundestag vorgelegt und als Beilage zum Bundesanzeiger 1958 Nr. 241 auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Gesetzgeberische Konsequenzen haben diese Vorschläge der Wahlkreiskommission nicht gehabt. Auch der 4. Bundestag wurde auf der Grundlage der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 1949 gewählt.

Eine Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die geänderten Verhältnisse ist erst für die Bundestagswahl 1965 durch das „Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ vom 14. Februar 1964 geschehen. Diese neue Wahlkreiseinteilung basiert auf den Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 4. September 1962, die in der Bundesdrucksache IV/741 vom 12. November 1962 und im Bundesanzeiger 1962, Nr. 228 enthalten sind. Nennenswerte Änderungen hat die von der Wahlkreiskommission vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung im Gesetzgebungsverfahren nur für Bayern und Niedersachsen erfahren. Dabei wurde auch eine Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 247 auf 248 und der gesetzlichen Gesamtzahl

1.1 Bundestagswahlkreise vor und bei der Bundestagswahl 1965

Land	Anzahl der Wahlkreise			
	vor	bei	davon in ihrer Abgrenzung	
			unverändert	verändert
Schleswig-Holstein . . .	14	11	1	10
Hamburg . . . . .	8	8	—	8
Niedersachsen . . . . .	34	30	11	19
Bremen . . . . .	3	3	3	—
Nordrhein-Westfalen . .	66	73	30	43
Hessen . . . . .	22	22	12	10
Rheinland-Pfalz . . . .	15	16	11	5
Baden-Württemberg . .	33	36	9	27
Bayern . . . . .	47	44	13	31
Saarland . . . . .	5	5	5	—
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	247	248	95	153

der Abgeordneten (ohne die Abgeordneten aus Berlin) von 494 auf 496 vorgenommen.

Diese Einteilung des Wahlgebietes (also des Bundesgebietes ohne Berlin) ist im wesentlichen auch für die Bundestagswahl 1969 gültig geblieben und eine neue Wahlkreiskarte deshalb auch erst wieder für die 7. Bundestagswahl aufgelegt worden <sup>1)</sup>. Der Gesetzgeber hat lediglich eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die bis zum 1. Oktober 1968 stattgefundenen Änderungen der Grenzen der kreisfreien Städte, Landkreise, Gemeinden und auch der gemeindefreien Gebiete angeordnet.

1.2 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1969

Land	Anzahl der Wahlkreise		
	insgesamt	davon in ihrer Abgrenzung	
		unverändert	verändert
Schleswig-Holstein . . .	11	9	2
Hamburg . . . . .	8	8	—
Niedersachsen . . . . .	30	22	8
Bremen . . . . .	3	3	—
Nordrhein-Westfalen . .	73	65	8
Hessen . . . . .	22	18	4
Rheinland-Pfalz . . . .	16	16	—
Baden-Württemberg . .	36	30	6
Bayern . . . . .	44	38	6
Saarland . . . . .	5	5	—
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	248	214	34

Wegen des unterschiedlichen Standes der Verwaltungsreform in den Ländern blieben die im Bericht der Wahlkreiskommission vom 15. Oktober 1970 (Bundesdrucksache VI/1627) gemachten Änderungsvorschläge im wesentlichen unberücksichtigt. Der Gesetzgeber hat

- Grenzänderungen nur bei jenen Wahlkreisen vorgenommen, deren Bevölkerungszahl von der durchschnittlichen Bevölkerung aller Wahlkreise um mehr als 33 1/3 vom Hundert nach oben oder unten abgewichen ist,
- kommunale Grenzänderungen auf Grund von Verwaltungsreformen nur bis zum Stichtag vom 1. Juli 1972 berücksichtigt und
- einer Neuabgrenzung der Wahlkreise nur im Aachener Raum zugestimmt, weil dort die kommunale Neugliederung umfassend und auf absehbare Zeit abschließend geregelt worden ist.

1) Sie ist im Maßstab 1 : 1 500 000 ausgedruckt und kann von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn - Bad Godesberg bezogen werden.

### 1.3 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1972

Land	Anzahl der Wahlkreise					
	ins- ge- samt	davon in ihrer Abgrenzung				
		un- ver- än- dert	verändert			zu- sam- men
			nur durch		durch Zu- und Ab- gang	
			Zu- gang	Ab- gang		
			von Gebietsteilen			
Schleswig-Holstein . . .	11	—	3	4	4	11
Hamburg . . . . .	8	6	1	1	—	2
Niedersachsen . . . . .	30	26	—	3	1	4
Bremen . . . . .	3	3	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen . .	73	39	15	6	13	34
Hessen . . . . .	22	9	4	1	8	13
Rheinland-Pfalz . . . .	16	—	1	4	11	16
Baden-Württemberg . .	36	8	10	2	16	28
Bayern . . . . .	44	8	9	8	19	36
Saarland . . . . .	5	5	—	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	248	104	43	29	72	144

Die Grenzen der 248 Bundestagswahlkreise sind für die Bundestagswahl 1976 im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 wiederum in 144 Fällen geändert worden. Die Neuabgrenzung so vieler Bundestagswahlkreise war notwendig, weil in sechs Wahlkreisen die für den 30. September 1973 ermittelte deutsche Bevölkerung um mehr als 33 1/3 % nach oben oder unten vom Bundesdurchschnitt (226 678) abwich. Im übrigen hat sich der Gesetzgeber bemüht, so weit wie möglich Wahlkreise zu schaffen, deren deutsche Bevölkerung um nicht mehr als  $\pm 25$  % vom Durchschnitt abweicht. Nach der Neuabgrenzung gab es (wiederum nach dem Stand am 30. 9. 1973) keine Wahlkreise mit mehr als  $\pm 33$  1/3 % Abweichung vom Bundesdurchschnitt und nur 23 Wahlkreise, in denen die Abweichung der Einwohnerzahl vom Bundesdurchschnitt zwischen  $\pm 25$  % und 33 1/3 % betrug.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Neuabgrenzungen war die Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die veränderten Verwaltungsgrenzen. Eine Deckungsgleichheit der Wahlkreisgrenzen mit den Grenzen der kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden hat sich jedoch nicht in allen Fällen verwirklichen lassen. Insbesondere für Nordrhein - Westfalen und Baden - Württemberg, wo die inzwischen vollzogene Gebiets- und Verwaltungsreform weitgehend unberücksichtigt blieb, ergaben sich daher zahlreiche Durchschneidungen von Kreis- und Gemeindegrenzen.

### 1.4 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1976

Land	Anzahl der Wahlkreise					
	ins- ge- sammt	davon in ihrer Abgrenzung				
		un- ver- ändert	verändert			zu- sam- men
			nur durch		durch Zu- und Ab- gang	
			Zu- gang	Ab- gang		
			von Gebietsteilen			
Schleswig-Holstein . . .	11	4	2	1	4	7
Hamburg . . . . .	8	6	1	1	—	2
Niedersachsen . . . . .	30	1	6	1	22	29
Bremen . . . . .	3	3	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen . .	73	67	3	3	—	6
Hessen . . . . .	22	3	6	3	10	19
Rheinland-Pfalz . . . .	16	10	3	3	—	6
Baden-Württemberg . .	36	7	8	2	19	29
Bayern . . . . .	44	3	2	4	35	41
Saarland . . . . .	5	—	—	—	5	5
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	248	104	31	18	95	144

Im ganzen sind nur 104 Bundestagswahlkreise völlig unverändert geblieben; in vielen Fällen ist die Deckungsgleichheit mit der früheren Abgrenzung aber zum größten Teil erhalten geblieben.

Die Wahlkreiseinteilung für die 8. Bundestagswahl ist in der Anlage des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 abgedruckt. Nach Ländern sind die Wahlkreisänderungen 1965, 1969, 1972 und 1976 in den Übersichten 1.1 bis 1.4 dargestellt.

Völlig unverändert geblieben sind danach für die Bundestagswahlen 1969, 1972 und 1976 sowohl die Gesamtzahl der Wahlkreise als auch ihre Verteilung auf die 10 Länder. Seit 1965 haben Schleswig - Holstein 11, Hamburg 8, Niedersachsen 30, Bremen 3, Nordrhein - Westfalen 73, Hessen 22, Rheinland - Pfalz 16, Baden - Württemberg 36, Bayern 44 und Saarland 5 Wahlkreise.

Der Beschreibung des Gebietes der Wahlkreise für die 8. Bundestagswahl liegen die kommunalen Neugliederungsvorschriften zugrunde, die bis zur Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes in Kraft getreten sind. Alle späteren Neugliederungsmaßnahmen hatten damit zwar keinen Einfluß auf die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag wohl aber — aufgrund einer Ermächtigung — auf die Wahlkreisbeschreibung. Sie erlaubte es dem Bundesminister des Innern, diese erneut bekanntzumachen, wenn amtliche Bezeichnungen von Gemeinden oder Gemeindeverbänden geändert werden sollten (Artikel 5 Nr. 2 des Änderungsgesetzes). Die Neubeschreibung ist als „Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 4. August 1976“ im Bundesgesetzblatt I S. 2133, 2799 erschienen. Der Neubeschreibung liegen die aufgrund landesrechtlicher Neugliederungsvorschriften am 1. August 1976 geltenden amtlichen Bezeichnungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden zugrunde. Da die 8. Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 stattfand und bis dahin keine kommunalen Grenz- und Namensänderungen mehr vorkamen, gibt die Beschreibung der Bekanntmachung für die Wahl des 8. Deutschen Bundestages den neuesten Stand bei der Wahl wieder. Eine Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag der Bundesrepublik Deutschland ist im Maßstab 1 : 1 500 000 von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn - Bad Godesberg, hergestellt worden und kann von dort bezogen werden.

#### 1.1.3 Stimmzettel und Wahlvorschläge

Seit der 2. Bundestagswahl 1953 stehen dem Wähler je eine Stimme für die Mehrheitswahl (Erststimme) und eine für die Verhältniswahl (Zweitstimme) zur Verfügung. Mit der Erststimme wählt er die Person seines Vertrauens aus den Wahlkreisvorschlägen seines Heimatwahlkreises, die Zweitstimme gibt er der Landesliste seiner Partei. Bei der 1. Bundestagswahl 1949 wählte er dagegen bei gleichem Wahlsystem mit nur einer Stimme sowohl den Wahlkreisbewerber als auch dessen Landesliste, wenn dieser parteipolitisch gebunden war. Die Stimmen der Wähler, die sich damals für einen Parteilos (oder den Bewerber einer Partei ohne zugelassene Landesliste) entschieden, waren ungeteilt auch dann verloren, wenn nur ihr Kandidat unterlag (BWG 49, § 10). Seitdem bleibt in diesem Falle die Zweitstimme gültig. Als Folge davon ist ab 1953 zwischen ungültigen Stimmzetteln und ungültigen Stimmen zu unterscheiden. Beim Nichtankreuzen eines Wahlbewerbers oder einer Landesliste ist nur die Erst- oder Zweitstimme ungültig, der Stimmzettel selbst aber gültig.

Nur mit der Erststimme haben die Wähler demnach heute wie damals einen unmittelbaren Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages. Bei der Abgabe der Zweitstimme ist ihnen diese Möglichkeit weitgehend entzogen. Welche Landeslistenbewerber gewählt werden, richtet sich (neben der Zahl der Zweitstimmen für eine Landesliste) nach der Rangfolge des Platzes, den sie auf den Landeslisten innehaben. Die Aufstellung der Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten und die Bestimmung der Reihenfolge geschieht nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes durch die Parteiorgane.

Ein Muster des Stimmzettels, der bei der 8. Bundestagswahl in Nordrhein - Westfalen im Wahlkreis 110, Wanne-Eickel-Wattenscheid verwendet wurde, zeigt Seite 13. Beide Stimmen werden danach auf ein und demselben Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der rechts aufgeführten Landeslisten, die nur Parteien einreichen können, richtet sich für die im letzten Bundestag vertretenen

2 Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten  
auf den Stimmzetteln innerhalb der Länder

— § 30 Abs. 3 Bundeswahlgesetz —

Land	E 1)	Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten auf den Stimmzetteln															
	—	Platz 3) bzw. Liste															
	Z 2)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Schleswig-Holstein	E	SPD	CDU	F.D.P.	AUD 4)	AVP 4)	DKP	KPD 4)	KBW 4)	NPD	WGr. 4)						
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	AUD	AVP	DKP	KPD	KBW	NPD							
Hamburg	E	SPD	CDU	F.D.P.	AUD 4)	DKP	EAP 4)	GIM 4)	KPD 4)	KBW 4)	NPD						
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	AUD	DKP	EAP	GIM	KPD	KBW	NPD						
Niedersachsen	E	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	EAP 4)	KPD 4)	KBW 4)	NPD	AUD 4)	GIM 4)	WGr. 4)					
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	EAP	KPD	KBW	NPD								
Bremen	E	SPD	CDU	F.D.P.		DKP	EAP	KPD 4)	KBW	NPD	AUD 4)						
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	AVP	DKP	EAP	KPD	KBW	NPD							
Nordrhein-Westfalen	E	SPD	CDU	F.D.P.	AUD 4)	AVP 4)	DKP	EAP 4)	GIM 4)	KPD 4)	KBW 4)	NPD	UAP 4)	VL 5% -4) 4)	RFP 4)	WGr. 4)	
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	AUD	AVP	DKP	EAP	GIM	KPD	KBW	NPD	UAP	VL			
Hessen	E	SPD	CDU	F.D.P.		AVP 4)	DKP	EAP 4)	KPD 4)	KBW 4)	NPD	GIM 4)	WGr. 4)				
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	AUD	AVP	DKP	EAP	KPD	KBW	NPD						
Rheinland-Pfalz	E	CDU	SPD	F.D.P.	DKP	EAP 4)	KPD 4)	KBW 4)	NPD	AUD 4)	AVP 4)						
	Z	CDU	SPD	F.D.P.	DKP	EAP	KPD	KBW	NPD								
Baden-Württemberg	E	CDU	SPD	FDP/ DVP	AUD 4)	DKP	EAP 4)	GIM 4)	KPD 4)	KBW 4)	NPD	5% -4) BLOCK	WGr. 4)				
	Z	CDU	SPD	FDP/ DVP	AUD	DKP	EAP	GIM	KPD	KBW	NPD						
Bayern	E	CSU	SPD	F.D.P.	AUD 4)		C.B.V. 4)	DKP	EAP 4)	5% -4) BLOCK	KPD 4)	NPD	GIM 4)				
	Z	CSU	SPD	F.D.P.	AUD	AVP	C.B.V.	DKP	EAP	5% -4) BLOCK	KPD	NPD					
Saarland	E	SPD	CDU	FDP/ DPS	AUD 4)		DKP	NPD									
	Z	SPD	CDU	FDP/ DPS	AUD	AVP	DKP	NPD									

1) Erststimme. — 2) Zweitstimme. — 3) Bei Parteien und Wählergruppen, die nur Kreiswahlvorschläge eingereicht haben, verschiebt sich die Platznummer, wenn sie nicht in allen Wahlkreisen innerhalb des Landes auftreten. — 4) Nicht in allen Wahlkreisen.

Parteien nach der Stimmenzahl, die sie bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Land auf sich vereinigen konnten, im übrigen nach dem Alphabet. Infolgedessen ist die Reihenfolge von Land zu Land nicht einheitlich und kann auch von Wahl zu Wahl wechseln. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreiskandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels auf gleicher Höhe mit der Landesliste ihrer Partei angegeben.

Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Landesliste zugelassen ist, im Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, aber keinen Wahlkreisvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen gesetzlicher Mängel nicht zugelassen wurde. Bei Parteilos oder Wahlkreisbewerbern, die von Parteien ohne Landeslisten vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer.

Kreiswahlvorschläge können von Parteien und für parteilose Wahlbewerber eingereicht werden. Landeslisten – wie schon gesagt – nur von Parteien. Jeder Kreiswahlvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Doppelbewerbungen im gleichen oder einem anderen Wahlkreis sind verboten. Landeslisten können von den Parteien mit einer beliebigen Zahl von Bewerbern eingereicht werden. Die Bewerber dürfen aber nur auf einer Landesliste stehen. Doppelkandidaturen in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste sind dagegen erlaubt. Von dieser Möglichkeit wird z. B. von weniger aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern zur „Absicherung“ der Kandidatur ziemlich häufig Gebrauch gemacht. Die Vorschriften zur Bewerberaufstellung zu einer Bundestagswahl sind im Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung enthalten. Dabei ist die im Grundgesetz enthaltene Vorschrift zu beachten, daß die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muß.

Die Feststellung darüber, welche politischen Vereinigungen bei einer Bundestagswahl als Partei auftreten können, trifft seit der Wahl 1965 der Bundeswahlausschuß für alle Wahlorgane verbindlich. Dazu gehören zunächst alle Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren. Bei der Bundestagswahl 1976 handelte es sich dabei um die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),  
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU),  
Christlich - Soziale Union in Bayern (CSU),  
Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Diese Parteien brauchten, weil ihre Resonanz in der Bevölkerung durch mindestens fünf Abgeordnete im Bundestag oder in einem Landtag bereits hinreichend dokumentiert war, für ihre Wahlvorschläge auch keine Unterschriften zu sammeln.

Alle anderen politischen Vereinigungen, die sich an der Bundestagswahl 1976 mit Wahlvorschlägen als Partei beteiligen wollten, hatten für ihre Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuß dem Bundeswahlleiter ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes und einem Hinweis der satzungsgemäßen Bestellung des Vorstandes anzuzeigen. Aufgrund dieser Unterlagen und der Satzungen und Programme, die dem Bundeswahlleiter, wie schon 1969, bereits nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes vorlagen <sup>1)</sup>, bzw. mit der Anzeige eingereicht wurden, konnten folgende weitere politische Vereinigungen als Parteien Wahlvorschläge einreichen:

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)  
Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI (AVP)  
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung (C.B.V.)  
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)  
Europäische Arbeiterpartei (EAP)  
5 % - BLOCK Partei (5 % - BLOCK)  
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)  
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)  
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)  
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)  
RECHT und FREIHEIT PARTEI (RFP)  
Unabhängige Arbeiter - Partei (Deutsche Sozialisten) (UAP)  
VEREINIGTE LINKE (VL)  
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit) (VSBD [PdA])

Außerdem müssen Parteien dieser Art zur Unterstützung ihrer Wahlvorschläge Unterschriften von Wahlberechtigten beibringen, und zwar für einen Kreiswahlvorschlag mindestens 200 Unterschriften von Wahlberechtigten aus dem Wahlkreis und für die Zulassung einer Landesliste die Unterschriften von 1 vT der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2 000. In Nordrhein - Westfalen z. B. also 2 000, in Bremen, dem kleinsten Bundesland, für 1976 nur 541 und für die kommende Wahl 1980 528. Von 200 Unterschriften müssen auch Kreiswahlvorschläge von Wählergruppen oder parteilosen Einzelbewerbern unterstützt sein.

Nicht anerkannt als Parteien für die Bundestagswahl 1976 wurden:

Demokratische Bürgerpartei Deutschlands (DBD)  
Rentnerpartei Deutschlands (RPD).

1) Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1974 (BGBl. I S. 1537).

Die für die Bundestagswahl 1976 als Partei anerkannte Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit) (VSBD [PdA]) hat von der Möglichkeit der Einreichung von Landeslisten und Kreiswahlvorschlägen keinen Gebrauch gemacht und somit an der Wahl nicht teilgenommen.

Von den insgesamt 17 an der Bundestagswahl 1976 teilgenommenen Parteien sind 9 zum erstenmal aufgetreten.

Im einzelnen sind dies:

Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI (AVP)  
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)  
Europäische Arbeiterpartei (EAP)  
5 % - BLOCK Partei (5 % - BLOCK)  
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)  
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 2)  
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)  
RECHT und FREIHEIT PARTEI (RFP)  
VEREINIGTE LINKE (VL)

Von den bei der Bundestagswahl 1972 aufgetretenen 8 Parteien haben die

Europäische Föderalistische Partei (EFP)  
Freisoziale Union - Demokratische Mitte (FSU)

zur Wahl 1976 nicht mehr kandidiert.

### 3.1 Zugelassene Landeslisten nach Parteien

Partei	Landeslisten	Bewerber		
		insgesamt	männlich	weiblich
SPD . . . . .	10	629	565	64
CDU . . . . .	9	545	469	76
CSU . . . . .	1	73	66	7
F.D.P. . . . .	10	333	299	34
Sonstige . . . . .	65	1 120	886	234
davon:				
AUD . . . . .	7	115	63	52
AVP . . . . .	6	132	115	17
C.B.V. . . . .	1	20	19	1
DKP . . . . .	10	321	240	81
EAP . . . . .	8	76	44	32
5 %-BLOCK . .	1	6	2	4
GIM . . . . .	3	18	17	1
KPD . . . . .	9	48	42	6
KBW . . . . .	8	67	56	11
NPD . . . . .	10	274	252	22
UAP . . . . .	1	37	31	6
VL . . . . .	1	6	5	1
Insgesamt . .	95	2 700	2 285	415
dagegen: 1972	61	2 284	2 013	271

Für die insgesamt 95 (1972 : 61) Landeslisten hatten die Parteien insgesamt 2 700 Wahlbewerber benannt, darunter 415 Frauen.

Die Zahl der Landeslistenbewerber betrug bei der

SPD: 629, darunter 64 Frauen,  
CDU: 545, darunter 76 Frauen,  
CSU: 73, darunter 7 Frauen,  
F.D.P.: 333, darunter 34 Frauen.

Die SPD, F.D.P., DKP und NPD waren in allen 10 Ländern mit Landeslisten vertreten, die CDU in allen Ländern außer Bayern, die CSU nur in Bayern, die KPD in allen Ländern außer im Saarland, der KBW in allen Ländern außer Bayern und Saarland, die EAP in allen Ländern außer Schleswig - Holstein und Saarland, die AUD in allen Ländern außer Niedersachsen, Bremen und Rheinland - Pfalz, die AVP in allen Ländern außer Hamburg, Niedersachsen, Rheinland - Pfalz und Baden - Württemberg, die GIM in Hamburg, Nordrhein - Pfalz und Baden - Württemberg, die UAP und die VL in Nordrhein - Westfalen sowie die C.B.V. und der 5 % - BLOCK in Bayern.

Die vom Bundeswahlausschuß für die Bundestagswahl 1976 ebenfalls als Partei anerkannte RECHT und FREIHEIT PARTEI (RFP) trat nur in Wahlkreisen auf.

2) Nicht Nachfolgeorganisation der durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelösten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).



MUSTER

# Stimmzettel

für die Landtagswahl im Wahlkreis 110 Wanne-Eickel-Watterscheid am 3. Oktober 1976

## Sie haben 2 Stimmen



**hier 1 Stimme**  
für die Wahl  
eines Wahlkreisabgeordneten  
(Erststimme)



**hier 1 Stimme**  
für die Wahl  
einer Landesliste (Partei)  
(Zweitstimme)

1	<b>Westphal, Heinz</b> Flugmotorenschlosser Bonn Am Zinnbruch 23	Sozial- demokratische Partei Deutschlands <b>SPD</b>	<input type="radio"/>
2	<b>Krampe, Wilh.</b> gen. Brügger, Diözesansekr. Hamm 1 Am Pilsholz 2a	Christlich Demokratische Union Deutschlands <b>CDU</b>	<input type="radio"/>
3	<b>Stoltmann, Reinhold</b> Student Bochum 6 Wacholderweg 24a	Freie Demokratische Partei <b>F.D.P.</b>	<input type="radio"/>
5	<b>Dr. Hirsch, Hans</b> Universitäts-Professor Aachen-Walheim Am Schaafweg 3	Aktions- gemeinschaft Vierte Partei <b>AVP</b>	<input type="radio"/>
6	<b>Farle, Robert</b> Journalist Bochum 6 Sachsenring 65	Deutsche Kommuni- stische Partei <b>DKP</b>	<input type="radio"/>
11	<b>Scharpwinkel, Walter</b> Schießmeister a. D. Herne 2 Eickeler Bruch 89	National- demokratische Partei Deutschlands <b>NPD</b>	<input type="radio"/>
12	<b>Pajonk, Ernst</b> Vorzeichner Essen 11 Haus-Berge-Straße 101	Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten) <b>UAP</b>	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	<b>SPD</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Brandt, Arendt, Frau Renger, Schmidt, Frau Dr. Focke,	1
<input type="radio"/>	<b>CDU</b>	<b>Christlich Demokratische Union Deutschlands</b> Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Barzel, Katzer, Frau Dr. Wex, Windelen,	2
<input type="radio"/>	<b>F.D.P.</b>	<b>Freie Demokratische Partei</b> Genscher, Frau Funcke, Prof. Dr. Maihofer, Ollesch, Dr. Graf Lambsdorff,	3
<input type="radio"/>	<b>AUD</b>	<b>Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher</b> Prof. Dr. Beuys, Frau Degen, Elfers, Frau Horstmann, Fastabend,	4
<input type="radio"/>	<b>AVP</b>	<b>Aktionsgemeinschaft Vierte Partei</b> Meyer, Kasper, Frau Muller, Prof. Dr. Hirsch, Willger,	5
<input type="radio"/>	<b>DKP</b>	<b>Deutsche Kommunistische Partei</b> Mies, Kapluck, Lang, Tummers, Frau Richter,	6
<input type="radio"/>	<b>EAP</b>	<b>Europäische Arbeiterpartei</b> Frau Zepp, Cramer, Frau Hofinghoff, Kampert, von Scheibner,	7
<input type="radio"/>	<b>GIM</b>	<b>Gruppe Internationale Marxisten</b> Hulsberg, Liebs, Frau Queiser, Meuffels, Lätz,	8
<input type="radio"/>	<b>KPD</b>	<b>Kommunistische Partei Deutschlands</b> Hutter, Luczak, Beste, Zoller, Rederei,	9
<input type="radio"/>	<b>KBW</b>	<b>Kommunistischer Bund Westdeutschland</b> Hager, Frau Schmidt, Heinemann, Schulze, Wieland,	10
<input type="radio"/>	<b>NPD</b>	<b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</b> Seetzen, Gerlach, Rumping, Frau Koletzko, Muller,	11
<input type="radio"/>	<b>UAP</b>	<b>Unabhängige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten)</b> Kliese, Buhlow, Koesling, Pajonk, Villmow,	12
<input type="radio"/>	<b>VL</b>	<b>Vereinigte Linke</b> Schnieber, Peuker, Hanstein, von Schuckmann, Frau Schauenberg	13

Über die zugelassenen Landeslisten in den Ländern unterrichtet Tabelle 2.1 im Anhang, aus der sich auch ablesen läßt wieviele Namen auf den Listen der einzelnen Parteien standen. Tabellen mit den Namen und Stimmen aller Parteien, die seit 1949 bei Bundestags- und Landtagswahlen aufgetreten sind, enthält der Anhang.

Mit Wahlkreisbewerbern kandidierten in allen 248 Wahlkreisen die SPD, die CDU bzw. CSU, die F.D.P. und die DKP. Für die AUD waren 57, für die AVP 26, für die C.B.V. 3, für die EAP 43, für den 5 %-BLOCK 5, für die GIM 12, für die KPD 37, für den KBW 87, für die NPD 245, für die RFP 4, für die UAP 8 und für die VL 4 Kreiswahlvorschläge zugelassen worden.

Schließlich kandidierten in Wahlkreisen 17 parteilose Wahlgruppen, davon 8 in Nordrhein - Westfalen, 6 in Baden - Württemberg und je eine in Schleswig - Holstein, Niedersachsen und Hessen.

Die Gesamtzahl der Kreiswahlvorschläge und damit auch der Wahlkreisbewerber belief sich auf 1 540, darunter 141 Frauen.

### 3.2 Zugelassene Kreiswahlvorschläge nach Parteien

Partei	Bewerber		
	insgesamt	männlich	weiblich
SPD . . . . .	248	236	12
CDU . . . . .	204	192	12
CSU . . . . .	44	44	—
F.D.P. . . . .	248	225	23
Sonstige . . . . .	796	702	94
davon:			
AUD . . . . .	57	39	18
AVP . . . . .	26	24	2
C.B.V. . . . .	3	3	—
DKP . . . . .	248	231	17
EAP . . . . .	43	23	20
5 %-BLOCK . . . .	5	3	2
GIM . . . . .	12	12	—
KPD . . . . .	37	33	4
KBW . . . . .	87	74	13
NPD . . . . .	245	231	14
RFP . . . . .	4	3	1
UAP . . . . .	8	8	—
VL . . . . .	4	4	—
Wählergruppen . .	17	14	3
Insgesamt . . .	1 540	1 399	141
dagegen: 1972 . .	1 287	1 222	65

Wie sich die zugelassenen Kreiswahlvorschläge auf die Länder verteilen ist der Tabelle 2.2 im Anhang zu entnehmen.

Die Gesamtzahl der Kreiswahlvorschläge und damit auch die Gesamtzahl der Wahlkreiskandidaten betrug mit 1 540 etwas mehr als das sechsfache der verfügbaren Wahlkreissitze. Unter den Kandidaten waren 141 Frauen. Die SPD und CDU, die neben der CSU für die Erringung von Wahlkreismandaten praktisch nur in Frage kamen, stellten 24 weibliche Kandidaten auf, davon die SPD und die CDU je 12. Die CSU hatte unter ihren Wahlkreiskandidaten keine Frau. Hier sei schon vorweggenommen, daß von den von der SPD aufgestellten Wahlkreisbewerberinnen 5 Wahlkreissieger wurden, von den von der CDU aufgestellten zwei.

Da auf den Landeslisten 1976 insgesamt 2 700 und auf den Kreiswahlvorschlägen 1 540 Wahlbewerber zugelassen waren, ergaben sich insgesamt 4 240 Kandidaturen. Von den 1 540 Wahlkreisbewerbern kandidierten rund zwei Drittel gleichzeitig auf einer Landesliste. Die Zahl der Kandidaten betrug daher nur 3 244, darunter 450 Frauen. Die Gesamtzahl setzt sich zusammen aus:

- 544 Personen, die sich nur in einem der 248 Wahlkreise bewarben,
- 1 704 Personen, die sich nur auf einer der 95 Landeslisten von 16 Parteien bewarben und
- 996 Personen, die sich sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Landesliste ihrer Partei bewarben.

### 3.3 Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen

Wahl-jahr	Kandidaturen				Kandidaten		
	auf Landes-listen	im Wahl-kreis	ins-gesamt	darunter Doppel-kandi-daturen	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich
1965 .	2 017	1 433	3 450	965	2 485	2 245	240
1969 .	2 243	1 406	3 649	1 015	2 634	2 385	249
1972 .	2 284	1 287	3 571	817	2 754	2 462	292
1976 .	2 700	1 540	4 240	996	3 244	2 794	450

Wie sich die Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen seit 1949 auf die Parteien verteilen, enthält Tabelle 2.3 im Anhang. Eine Übersicht über die „Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei der Bundestagswahl 1976 nach Parteien und Ländern“ enthält auf Seite 10 die Veröffentlichung „Die Wahlbewerber für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag 1976“.

Durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bei der Erstellung des Wahlbewerberverzeichnisses sind erstmals auch tabellarische Übersichten über die Kandidaten nach dem Alter sowie in beruflicher Gliederung angefallen.

### 3.4 Kandidaten nach Altersgruppen und Parteien

Ungefähres Alter in Jahren	Kandidaten					
	ins-gesamt	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige
18 — 20 . . .	28	2	6	—	—	20
21 — 24 . . .	191	9	14	1	6	161
25 — 29 . . .	379	41	28	11	32	267
30 — 34 . . .	401	105	84	12	58	142
35 — 39 . . .	478	120	131	19	90	118
40 — 44 . . .	413	103	100	16	63	131
45 — 49 . . .	438	108	100	20	43	167
50 — 54 . . .	410	96	83	7	52	172
55 — 59 . . .	241	45	41	7	27	121
60 — 64 . . .	138	16	19	9	10	84
65 — 69 . . .	62	3	3	1	5	50
70 — 74 . . .	44	2	1	—	1	40
75 — 79 . . .	16	—	1	—	1	14
80 u. mehr . .	5	—	—	—	—	5
Insgesamt . .	3 244	650	611	103	388	1 492

Bei den bisher schon im Bundestag vertretenen Parteien entfielen rd. zwei Drittel der Wahlbewerber auf die Altersgruppe der 30 bis unter 50-Jährigen. Von den Wahlbewerbern der sonstigen Parteien und Wählergruppen befanden sich dagegen nur rd. 37 % in diesem Alter, die übrigen verteilen sich ungefähr zu gleichen Teilen auf die jüngeren und älteren Jahrgänge, wobei die älteren ein leichtes Übergewicht hatten. Relativ jung waren u.a. die Wahlbewerber der EAP, der GIM, der KPD, des KBW und der VL, relativ alt die der AUD, AVP und NPD.

Ohne Untergliederung nach Parteien waren die Altersgruppen der insgesamt 3 244 Kandidaten prozentual wie folgt besetzt:

18 — 20	Jahre	0,9 %
21 — 24	Jahre	5,9 %
25 — 29	Jahre	11,7 %
30 — 34	Jahre	12,4 %
35 — 39	Jahre	14,7 %
40 — 44	Jahre	12,7 %
45 — 49	Jahre	13,5 %
50 — 54	Jahre	12,6 %
55 — 60	Jahre	7,4 %
60 u. mehr	Jahre	8,2 %

Die Altersgliederung der 450 weiblichen Kandidaten entsprach in den einzelnen Altersgruppen in etwa derjenigen der männlichen.

Der jüngste Kandidat, geboren am 30. Januar 1958, war Helmut Kühnel, er stand auf Platz 13 der Landesliste der NPD im Saarland. Bei den im Bundestag vertretenen Parteien waren es bei der SPD Günther Seitel, geboren am 14. Mai 1956, auf Platz 45 der Landesliste Baden - Württemberg, bei der CDU Jürgen Joost, geboren am 1. Dezember 1956, auf Platz 32 der Landesliste Schleswig - Holstein, bei der CSU Hermann Huber, geboren am 31. Oktober 1954, auf Platz 44 der Landesliste Bayern und bei der F.D.P. Karl-Heinz Krems, geboren am 3. Mai 1955, auf Platz 40 der Landesliste Nordrhein - Westfalen.

Ältester Kandidat war Frau Erna Belbe, geboren am 26. Februar 1890. Sie stand auf Platz 2 der Landesliste der AUD in Schleswig - Holstein. Die ältesten Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien waren bei der SPD Herbert Wehner, geboren am 11. Juli 1906, Direktkandidat im Wahlkreis 19 bzw. auf Platz 2 der Landesliste Hamburg, bei der CDU Professor Dr. Ludwig Erhard, geboren am 4. Februar 1897, auf Platz 1 der Landesliste Baden - Württemberg, bei der CSU Dr. Heinz Starke, geboren am 27. Februar 1911, Direktkandidat im Wahlkreis 223 und bei der F.D.P. Dr. Oswald A. Kohut, geboren am 19. Januar 1901, auf Platz 63 der Landesliste Hessen.

Die Gliederung der Kandidaten nach Geburtsjahren und Parteien ist Tabelle 2.4 im Anhang zu entnehmen. Eine Übersicht über die Kandidaten bei der Bundestagswahl 1976 ist auf den Seiten 12 bis 17 der Veröffentlichung „Die Wahlbewerber für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag 1976“ zu finden.

Nach der beruflichen Gliederung – für die das „Systematische und alphabetische Verzeichnis der Berufsbenennung – Ausgabe 1975“ Grundlage war, gehörten von den 3 244 Kandidaten 3 % zum Berufsbereich „Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe“, 0,3 % zum Bereich „Bergleute, Mineralgewinner“, 14 % zum Bereich „Fertigungsberufe“, 7 % zum Bereich „Technische Berufe“ und 67 % zum Bereich „Dienstleistungsberufe“. Bei der Position „ohne Beruf und ohne nähere Berufsangabe“ waren es 9 %.

3.5 Kandidaten nach Berufsbereichen

Partei	Kandidaten						
	insgesamt	nach Berufsbereichen					
		Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	Bergleute, Mineralgewinner	Fertigungsberufe	Technische Berufe	Dienstleistungsberufe	Sonstige und ohne nähere Angabe
SPD . . .	650	6	—	39	43	541	21
CDU . . .	611	30	1	20	33	488	39
CSU . . .	103	6	—	3	2	90	2
F.D.P. . . .	388	20	—	8	31	310	19
Sonstige davon:	1 492	50	10	386	108	732	206
AUD . . .	134	8	—	17	18	50	41
AVP . . .	139	4	—	12	13	103	7
C.B.V. . .	20	6	—	3	1	8	2
DKP . . .	517	9	7	205	25	226	45
EAP . . .	80	—	—	4	4	28	44
5%-BLOCK	10	—	—	2	—	8	—
GIM . . .	21	—	—	4	1	6	10
KPD . . .	48	—	—	20	2	23	3
KBW . . .	104	2	—	35	9	47	11
NPD . . .	354	21	3	57	32	204	37
RFP . . .	4	—	—	1	—	3	—
UAP . . .	37	—	—	23	—	10	4
VL . . .	7	—	—	2	2	3	—
WGr. . .	17	—	—	1	1	13	2
Insgesamt	3 244	112	11	456	217	2 161	287

Unter den 2 161 den Dienstleistungsberufen zugeordneten Kandidaten befanden sich 93 Warenkaufleute, 38 Bank- und Versicherungs-Kaufleute, 118 Unternehmer, Organisatoren und Wirtschaftsprüfer, 412 administrativ entscheidende Berufstätige, 175 Sicher-

heitswahrer, 169 Rechtswahrer und -berater, 103 Publizisten, Dolmetscher und Bibliothekare, 51 Ärzte und Apotheker sowie 310 Lehrer.

Von den 412 administrativ entscheidenden Berufstätigen waren 179 Kandidaten der SPD, 118 Kandidaten der CDU, 33 Kandidaten der CSU, 49 Kandidaten der F.D.P. und nur 33 Kandidaten der übrigen Parteien. Die 310 Lehrer kandidierten für die Parteien wie folgt: SPD 86, CDU 79, CSU 8, F.D.P. 55, DKP 22, KBW 17, AUD 14, NPD 10, AVP und KPD je 8, EAP 6, GIM 1; außerdem 1 Einzelbewerber.

Eine Übersicht über die Kandidaten nach Berufsbereichen, ausgewählten Berufsabschnitten und -gruppen sowie Parteien ist auf den Seiten 18 und 19 der Veröffentlichung „Die Wahlbewerber für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag 1976“ abgedruckt.

1.1.4 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt waren nach § 12 BWG 1976 alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und entweder seit mindestens 3 Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet oder als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn im Ausland genommen hatten, wenn sie nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren nach § 13 BWG Entmündigte oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft stehende Personen. Außerdem waren ausgeschlossen Personen, die nach § 63 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind sowie Personen, die infolge Richterspruchs auf Grund landesrechtlicher Vorschriften wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche nicht nur einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind.

Die Wahlbewerber mußten mindestens seit einem Jahr Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar war, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 BWG) ausgeschlossen war oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besaß. Auch der Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65) erlangte, hatte kein passives Wahlrecht.

Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist und keinen Wahlschein besitzt, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen.

Um brieflich wählen zu können, muß sich der Wahlberechtigte beim Wahlamt seines Wohnorts einen Wahlschein, einen Stimmzettel, einen Wahlumschlag für den Stimmzettel mit Siegelmarke zu dessen Verschluß und einen Wahlbriefumschlag besorgen. Nach Ausfüllen des Stimmzettels sind diese Unterlagen an den Kreiswahlleiter des Wahlkreises zu senden, in dem sich der Wahlbezirk befindet, in dessen Wählerverzeichnis der Briefwähler eingetragen ist. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden beim Kreiswahlleiter besondere Wahlvorstände gebildet. Jedermann, der Anspruch auf Ausstellung eines Wahlscheines hat, kann auch die Unterlagen für die Briefwahl anfordern. Es handelt sich also bei der Briefwahl um eine Sonderform der schon lange üblichen Wahlscheinwahl.

Die Briefwahl ist seit der 3. Bundestagswahl zulässig. Mit ihrer Einführung 1957 wurde die Freizügigkeit der örtlichen Ausübung des Wahlrechts für die Wahlscheininhaber beschränkt. Sie können seitdem nur noch in ihrem Heimatwahlkreis wählen. Durch die Verbindung mit dem Heimatwahlkreis ist gleichzeitig jede Manipulation des Wahlausgangs durch planmäßige Konzentration von Wahlscheinstimmen auf einige Wahlkreise ausgeschlossen.

1.2 Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik

Bei der allgemeinen Wahlstatistik handelt es sich in der Hauptsache um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse. In der besonderen Wahlstatistik werden die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht. Rechtsgrundlagen sind § 51 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes und § 82 der Bundeswahlordnung.

Erste Auszahlungen dieser Art sind im Jahre 1953 ohne Beteiligung von Rheinland-Pfalz, Bayern und des Saarlandes durchgeführt worden. Sie wurden seit 1957 unter Beteiligung aller Bundesländer wiederholt und werden schon seit vielen Jahren häufig auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt (meist mit der für die Bundestagswahl vereinbarten Altersgliederung).

Die besondere Bundestagswahlstatistik 1976 beruht auf den Wahlergebnissen in 1 306 Wahlbezirken für die Feststellung der Wahlbeteiligung und 1 405 Wahlbezirken für die Feststellung der Stimmabgabe, die für die insgesamt über 57 000 Wahlbezirke ohne Briefwahlbezirke als repräsentativ angesehen werden können. Sie erstreckt sich dadurch auf 973 400 der 42,1 Mill. Wahlberechtigten und 946 600 der 38,2 Mill. Wähler. Wie schon früher, ist danach ihre Zahlenbasis weit breiter als bei entsprechenden Untersuchungen nichtamtlicher Stellen, die sich immer nur auf wenige tausend Personen stützen. Außerdem handelt es sich bei der repräsentativen Bundestagswahlstatistik nicht um die Auswertung dessen, was Personen über ihr Wahlverhalten vor oder nach der Wahl aussagen, sondern um die Auswertung des tatsächlichen Wahlverhaltens nach den Wählerverzeichnissen und Stimmzetteln.

Für die Feststellung der Wahlberechtigten wurden die Wählerverzeichnisse der Auswahlbezirke herangezogen, die auch Angaben über den Rufnamen (Geschlecht) und den Geburtstag (Alter) enthalten. Die Feststellungen über die Stimmabgabe wurden durch Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen nach jeweils 5 Altersgruppen (1965 u. 1969 : 4, 1953 bis 1961 : 3) in den Stichprobenbezirken ermöglicht. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ist hierbei nicht zu befürchten. In die zur Feststellung der Wahlbeteiligung herangezogenen Wählerverzeichnisse können die Gemeindebehörden, die Wahlvorstände und sogar die Öffentlichkeit (während der Auslegungsfrist für die Wählerverzeichnisse) ohnehin Einblick nehmen. Aber auch die Methode zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter läßt keine Verletzung des Wahlgeheimnisses zu. Zwar haben die die Auszählung durchführenden Organe beispielsweise feststellen können, wieviel Frauen einer jeden Altersgruppe eine bestimmte Partei gewählt haben, da aber zu jeder Altersgruppe der Männer und Frauen zahlreiche Personen gehören, können daraus keine Anhaltspunkte für die Stimmabgabe einer bestimmten Person gewonnen

werden. Um ein übriges zu tun, sind die zunächst ausgewählten Wahlbezirke mit weniger als 290 Wahlberechtigten in den meisten Fällen durch größere Wahlbezirke ersetzt worden. Zum weiteren Schutz des Wahlgeheimnisses ist es nach BWO § 82 Abs. 2 verboten, Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke zu veröffentlichen. Die Wähler selbst wurden durch ein Plakat auf die Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für die repräsentative Wahlstatistik aufmerksam gemacht (vgl. Muster des Stimmzettels Seite 17).

Weitere methodische Ausführungen enthält das vorangegangene Heft 8: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter. Darin sind die Durchführung der Wahl in den Stichprobenbezirken, Auszählung und Aufbereitung sowie die Genauigkeit der Ergebnisse näher erläutert. Außerdem enthält dieses Heft die vollständigen Ergebnisse und einige Bemerkungen zum Stichprobenplan. Ausführlicher sind die Grundlagen des Stichprobenplans anläßlich der Einführung der repräsentativen Bundestagswahlstatistik in Heft 2 von Band 100 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ behandelt.

Im vorliegenden Heft werden nur Auszüge der Ergebnisse gebracht. Sie werden auch nicht in einem besonderen Abschnitt behandelt, sondern jeweils im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Totalauszahlungen. Soweit möglich, wurden dabei insbesondere Vergleichszahlen aus den Jahren 1969 und 1972 mit herangezogen.

Bei dem Vergleich mit den Totalergebnissen ist folgendes zu beachten:

Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung mußten auf die Wahlberechtigten ohne Wahrscheinlichkeit beschränkt bleiben. Wegen der im Vergleich zu den übrigen Wahlberechtigten höheren Wahlbeteiligung der Wahrscheinlichen wird in der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung etwas zu niedrig ausgewiesen.

Für die Auszahlungen über die Stimmverteilung mußten die Briefwähler unberücksichtigt bleiben. In den Ergebnissen spiegelt sich also, ebenso wie schon früher, nur die Stimmabgabe der Wähler ohne Wahrscheinlichkeit und der Wähler mit einfachem Wahrscheinlichkeit wider.

Auch hierzu ist näheres dem vorangegangenen Heft 8 zu entnehmen.

Um die (unterschiedliche) Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in Stadt und Land und nach der Religionszugehörigkeit – wenn auch ohne Kombination mit den Angaben für Geschlecht und Alter – feststellen und untersuchen zu können, wurden die Gesamtergebnisse nach der Wahl entsprechend aufbereitet. Die ausführlichen Zahlen enthalten Tabellen des Anhangs.

4 Stichprobenumfang der repräsentativen Wahlstatistik

Land	Wahlbezirke in der Stichprobe	Wahlberechtigte		Wähler	
		in der Stichprobe			
		1 000	Auswahlsatz in %	1 000	Auswahlsatz in %
Schleswig - Holstein . . . . .	92	68,0	4,1	61,7	4,1
Hamburg . . . . .	62	44,6	4,0	40,4	4,0
Niedersachsen . . . . .	188	142,7	3,1	130,3	3,1
Bremen . . . . .	27	23,6	4,9	21,2	4,9
Nordrhein - Westfalen . . . . .	142	111,7	1,0	101,8	1,0
Hessen . . . . .	123	105,2	3,0	96,1	3,0
Rheinland - Pfalz . . . . .	67 <sup>1)</sup>	52,1	2,1	114,1	5,1
Baden - Württemberg . . . . .	141	111,7	2,0	99,6	2,0
Bayern . . . . .	406	273,6	4,0	244,3	4,0
Saarland . . . . .	58	40,2	5,5	37,1	5,5
Bundesgebiet ohne Berlin . . .	1 306 <sup>2)</sup>	973,4	2,6	946,6	2,8

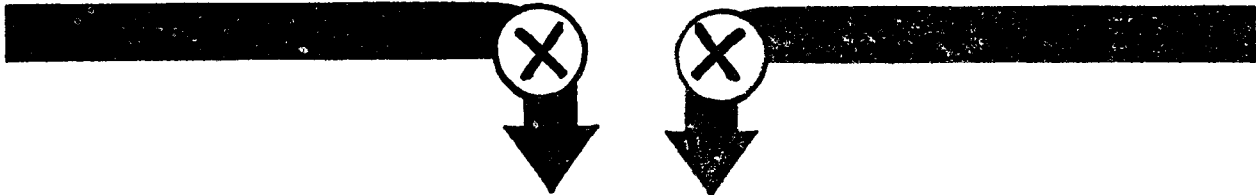
1) Für Stimmabgabe (Wähler) 166 Wahlbezirke. – 2) Für Stimmabgabe (Wähler) 1 405 Wahlbezirke.

MUSTER

# Stimmzettel

Landtagswahl im Wahlkreis 244 Saarbrücken I am 3. Oktober 1976

# Sie haben 2 Stimmen



**hier eine Stimme**  
für die Wahl  
**eines Wahlkreisabgeordneten**  
(Erststimme)

**hier eine Stimme**  
für die Wahl  
**einer Landesliste (Partei)**  
(Zweitstimme)

1	<b>Hoffmann, Hans-Joachim</b> Dipl. Ökonom Saarbrücken Ohmstraße 1	Sozialdemo- kratische Partei Deutschlands <b>SPD</b>	<input type="radio"/>
2	<b>Thürk, Kurt</b> Richter a. D. Saarbrücken Spichererbergsir. 72	Christlich Demo- kratische Union Deutschlands <b>CDU</b>	<input type="radio"/>
3	<b>Dr. Stützel, Wolfgang</b> o. Prof. der Wirtschafts- wissenschaften Saarbrücken-Scheidt Höhenweg 169	Freie Demo- kratische Partei / Demokratische Partei Saar <b>F.D.P./DPS</b>	<input type="radio"/>
4	<b>Zender, Käthe</b> Hausfrau Saarbrücken Heusweilerstraße 37	Aktionsgemein- schaft Unabhängiger Deutscher <b>AUD</b>	<input type="radio"/>
6	<b>Ahr, Horst</b> Universalfräser Völklingen Kleine Bergstraße 82	Deutsche Kommunistische Partei <b>DKP</b>	<input type="radio"/>
7	<b>Siegel, Richard</b> Hüttenarbeiter Saarbrücken Arnulfstraße 3	Nationaldemo- kratische Partei Deutschlands <b>NPD</b>	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	<b>SPD</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Brück, Peter, Hoffmann, Wilhelm, Kulawig	1
<input type="radio"/>	<b>CDU</b>	<b>Christlich Demokratische Union Deutschlands</b> Zeyer, Conrad, Frau Pack Thürk, Müller	2
<input type="radio"/>	<b>F.D.P./ DPS</b>	<b>Freie Demokratische Partei / Demokratische Partei Saar</b> Dr. Stützel, Comperl, Caspar, Lieblang, Deimling	3
<input type="radio"/>	<b>AUD</b>	<b>Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher</b> Mussler, Frau Zender, Frau Ernst, Frau Mock	4
<input type="radio"/>	<b>AVP</b>	<b>Aktionsgemeinschaft Vierte Partei</b> Wiesend, Dr. Höer, Lukas, Lukas, Dr. Reichelt	5
<input type="radio"/>	<b>DKP</b>	<b>Deutsche Kommunistische Partei</b> Merkel, Moses, Albert, Bies, Frau Meiser	6
<input type="radio"/>	<b>NPD</b>	<b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</b> Schöndorf, Rose, Wilhelm, Frau Grimm, Stetzer	7

### 1.3 Wahlgane und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung einer Bundestagswahl sind die Gemeindebehörden, die Kreiswahlleiter, die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter zuständig. Die Vorbereitungen beginnen mit der Bestimmung des Wahltages durch den Bundespräsidenten.

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten liegt in den Händen der Gemeindebehörden.

Die Arbeit beginnt mit der Aufstellung der Wählerverzeichnisse mit Familienname und Rufname, Geburtstag und Anschrift der Wahlberechtigten; denn wählen kann nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahrschein hat. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Die Wählerverzeichnisse für die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 waren am 29. August (=35ster Tag vor der Wahl) vorläufig abzuschließen. Innerhalb des Bundesgebietes finden jedoch jährlich etwa 3. Mill. Umzüge nach einer anderen Gemeinde statt. Ein Teil der Wahlberechtigten wohnte daher am 3. Oktober nicht mehr am gleichen Ort. Um die Wählerverzeichnisse trotzdem auf einem möglichst neuen Stand zu halten, waren vom 29. August bis 12. September alle Wahlberechtigten zu streichen, die sich in dieser Zeit abgemeldet hatten, und alle Wahlberechtigten neu aufzunehmen, für die eine Neuanmeldung vorlag. Am 12. September waren die Wählerverzeichnisse sodann von der Gemeindebehörde zu beurkunden und vom 13. bis 18. September öffentlich auszulegen.

Durch die öffentliche Auslegung, auf welche die Gemeinden durch Bekanntmachung hinweisen, konnte jedermann feststellen, ob er für die Bundestagswahl 1976 als Wahlberechtigter geführt wurde, und ggf. gegen eine Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses Einspruch bei der Gemeindebehörde einlegen.

Bis spätestens 12. September erhielten die Wahlberechtigten eine Mitteilung über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis, auf der u. a. der Familien- und Vorname, der Geburtstag, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung ist im Wahllokal vorzuzeigen.

Ferner hatten die Gemeindebehörden für mehrere 100 000 Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützten, eine Wahlrechtsbescheinigung auszustellen, für die Wahlbewerber die Wahlbarkeit zu bescheinigen sowie die Wahllokale zu bestimmen und einzurichten.

Im Bundesgebiet gibt es rd. 57 000 Wahlbezirke ohne Anstalts- und Briefwahlbezirke. Die Wahlbezirke sollen so abgegrenzt sein, daß allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Nach § 11 BWO soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen. Die Anzahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf andererseits aber auch nicht so gering sein, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Sehr kleine Gemeinden sind daher zu einem Wahlbezirk zusammenzufassen.

Die Gliederung der Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten für die einzelnen Wahlkreise ist in Heft 7 der Fachserie 1 abgedruckt.

#### 5 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten

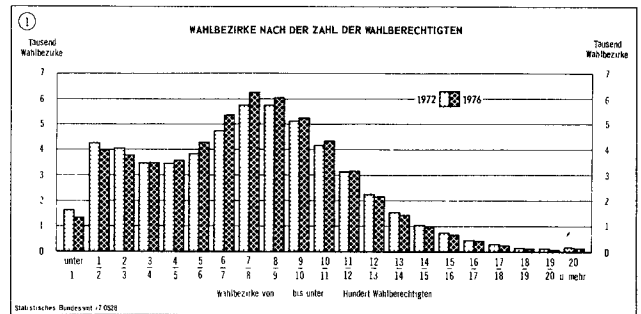
Wahlbezirke von ... bis unter Wahlberechtigte	Wahlbezirke <sup>1)</sup> insgesamt		
	1969	1972	1976
Anzahl			
unter 200 . . .	7 501	5 876	5 265
200 — 400 . .	8 181	7 513	7 274
400 — 600 . . .	7 164	7 239	7 874
600 — 800 . . .	9 800	10 478	11 607
800 — 1 000 . .	10 119	10 866	11 290
1 000 — 1 500 . .	11 070	12 142	11 991
1 500 — 2 000 . .	1 405	1 757	1 511
2 000 und mehr . .	154	188	141
Insgesamt . . .	55 394	56 059	56 953

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

Eine noch schwierigere Aufgabe als die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Bestimmung der Wahllokale ist für die Gemeinden regelmäßig die Gewinnung der ehrenamtlichen Helfer für den Wahlvorstand in den Wahllokalen, der sich aus dem Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und weiteren fünf bis sieben Beisitzern zusammensetzt. Nimmt man im Durchschnitt acht Personen an, so bedeutet das für den Wahltag rd. 500 000 ehrenamtliche Helfer.

Die Wahlgane sind

der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das ganze Wahlgebiet,  
ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,  
ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,  
ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk,  
ein oder mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl.



Beim Kreiswahlleiter waren bis spätestens 30. August 1976 die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreiskandidaten einzureichen, für die sich der Wähler mit der Erststimme entscheidet. Die Landeswahlleiter nahmen bis zum gleichen Termin die Landeslistenvorschläge der Parteien entgegen, für die der Wähler seine Zweitstimme abgibt. Aufgabe der Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter war es dann vorzuprüfen, ob die Zustimmungserklärung der Bewerber für ihre Kandidatur vorlag, ob sie wahlbar waren, ob die Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind, ob die evtl. beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in Ordnung waren und für jede Unterschrift auch eine Wahlrechtsbescheinigung vorlag. Damit bereiteten die Kreiswahlleiter und Landeswahlleiter die Sitzungen ihrer Wahlausschüsse vor, die am 3. September 1976 über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten entschieden.

Der Bundeswahlausschuß hat am 26. August 1976 für alle Wahlgane verbindlich festgestellt, welche politischen Vereinigungen für die Bundestagswahl 1976 als Parteien anzuerkennen waren. Dazu hatten diejenigen Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, dem Bundeswahlleiter bis zum 17. August 1976 ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes und dem Hinweis auf die beim Bundeswahlleiter gemäß § 6 Abs. 3 des Parteiengesetzes befindlichen Unterlagen anzuzeigen.

Der Bundeswahlausschuß war außerdem die letzte Entscheidungsinstanz in solchen Fällen, in denen sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder der Landeswahlleiter über die Zulassung einer Landesliste beschwerte. In seiner Beschwerdeverhandlung am 9. September 1976 hat der Bundeswahlausschuß die Beschwerden wegen der Zurückweisung der Landeslisten der 5%-BLOCK PARTEI in Hamburg, Bremen und Baden - Württemberg und der Landeslisten der Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI in Hamburg, Niedersachsen und Baden - Württemberg durch die Landeswahlausschüsse behandelt. In allen Fällen wurden die Beschwerden zurückgewiesen und so die Entscheidungen der Landeswahlausschüsse bestätigt.

Von allen eingereichten Wahlvorschlägen erhielt der Bundeswahlleiter ein Doppel; außerdem gingen ihm Abschriften der Niederschriften über die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse und Landes-

wahlausschüsse zu, in denen über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wurde. Hieraus entstand eine umfangreiche Lochkarten-Kartei aller Wahlbewerber, geordnet nach Bewerbern im Wahlkreis, auf den Landeslisten und nach dem Alphabet der Kandidaten.

Diese Unterlagen setzten den Bundeswahlleiter instand, ggf. Beschwerde gegen die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages beim Landeswahlausschuß einzulegen, was jedoch bei den vier letzten Wahlen – im Gegensatz zu 1961 – nicht nötig war. Weiterhin hat der Bundeswahlleiter die Wahlbewerbertartei dazu benutzt, um Mitte September 1976 ein Namensverzeichnis aller Wahlbewerber für die Bundestagswahl 1976, getrennt nach Wahlkreisbewerbern, Landeslistenbewerbern und nach dem Alphabet, mit zahlenmäßigen Übersichten über die Kandidaten nach dem Alter und in beruflicher Gliederung unter dem Titel „Die Wahlbewerber für die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag 1976“ zu veröffentlichen. Schließlich war diese Kartei die Grundlage für die Feststellung der Namen der Gewählten.

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung der Wahlergebnisse für die entsprechenden Wahlgebiete, ihre Bekanntgabe und ihre Weitermeldung an die nachsthöheren Wahlorgane. Ist die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, so meldet der Wahlvorsteher das Wahlergebnis seines Wahlbezirks der Gemeindebehörde (Verbandsgemeinde u. ä.), welche die Wahlergebnisse aller Wahlbezirke der entsprechenden Verwaltungseinheit zusammenfaßt und dem Kreiswahlleiter meldet. Der Landeswahlleiter kann außerdem anordnen, daß die Wahlergebnisse kreisangehöriger Gemeinden in Wahlkreisen mit mehreren Verwaltungskreisen über die zuständige Kreisverwaltungsbehörde an den Kreiswahlleiter gemeldet werden.

Bei der Übermittlung der Wahlergebnisse ist zwischen der sog. „Schnellmeldung“ in der Wahlnacht und dem endgültigen Wahlergebnis zu unterscheiden. Nach den Schnellmeldungen durch

Boten, Fernsprecher, Fernschreiber, Telegramm usw. ermittelt der Kreiswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Wahlkreis, der Landeswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Land und der Bundeswahlleiter das vorläufige Ergebnis für das ganze Wahlgebiet. Der Kreiswahlleiter gibt bei der Meldung auch an, welcher Wahlkreisbewerber als gewählt gelten kann. Der Landeswahlleiter meldet dem Bundeswahlleiter die Wahlkreisergebnisse zunächst einzeln und danach das Landesergebnis. Die Gesamtzahl der Abgeordneten aus den einzelnen Bundesländern geht erst aus dem Ergebnis für das ganze Wahlgebiet hervor und wird vom Bundeswahlleiter vorläufig festgestellt.

Der Bundeswahlleiter erhielt in seinem Büro in Bonn, Bundeshaus, die Schnellmeldungen mit den vorläufigen Wahlergebnissen über Bildschirme mit angeschlossenem Drucker. Dazu waren die Landeswahlleiter mit der Zentrale des Bundeswahlleiters durch Leitungen der Bundespost verbunden, die für die Wahlnacht durchgeschaltet waren. Bei den Landeswahlleitern wurde der Inhalt der eingehenden Schnellmeldungen der Kreiswahlleiter in die von der Zentrale angeforderte Wahlkreismaske mittels der zu jedem Bildschirmgerät gehörender Tastatur eingesetzt und durch ein besonderes Kommando in den Speicher der Datensichtstation bei der Zentrale übertragen. In der Datensichtstation des Bundeswahlleiters waren die Wahlkreisergebnisse 1972 und die Namen der Wahlbewerber 1976 gespeichert. Die in der Zentrale gespeicherten Ergebnisse konnten von den angeschlossenen Datensichtstationen in aufbereiteter Form angefordert werden. Im einzelnen waren es die folgenden Übersichten und Listen:

- Wahlkreisergebnis von jedem vorliegenden Wahlkreis
- Landeszwischenergebnis von jedem Land
- Landesergebnis von jedem Land
- Bundeszwischenergebnis
- Bundesergebnis
- Wahlprognose

6 Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter

Uhrzeit	Vor- liegende Mel- dungen ins- gesamt	In der angegebenen Zeitspanne eingegangene Ergebnisse nach Nr. des Wahlkreises	Landesergebnis (Nr. des letzten Wahlkreises)
3.10.1976			
20.11	1	172	
20.54	2	163	
21.01 – 21.15	10	198, 113, 238, 188, 158, 167, 83, 124	
21.16 – 21.30	18	177, 138, 230, 184, 85, 245, 178, 246	
21.31 – 21.45	33	231, 149, 225, 70, 68, 94, 123, 127, 174, 214, 202, 235, 197, 120, 200	
21.46 – 22.00	54	211, 121, 185, 55, 65, 226, 236, 153, 77, 63, 112, 213, 169, 240, 92, 227, 191, 86, 107, 232, 69	
22.01 – 22.15	76	119, 90, 189, 160, 106, 216, 6, 96, 61, 154, 222, 239, 190, 241, 247, 64, 108, 102, 204, 4, 56, 196	
22.16 – 22.30	99	217, 84, 155, 224, 50, 195, 7, 78, 42, 147, 150, 228, 183, 223, 28, 59, 14, 220, 51, 152, 27, 128, 173	
22.31 – 22.45	126	103, 229, 18, 125, 218, 193, 161, 2, 67, 80, 212, 62, 162, 54, 205, 248, 207, 11, 156, 165, 97, 208, 82, 12, 79, 111, 117	
22.46 – 23.00	152	3, 176, 100, 131, 98, 187, 13, 81, 234, 60, 144, 8, 168, 201, 53, 242, 16, 110, 244, 126, 194, 88, 29, 122, 66, 175	Saarland (244)
23.01 – 23.15	167	17, 115, 129, 114, 182, 221, 15, 116, 192, 19, 20, 186, 1, 22, 132	Hamburg (19)
23.16 – 23.30	184	171, 48, 5, 170, 105, 34, 134, 164, 99, 137, 159, 10, 36, 87, 166, 91, 157	
23.31 – 23.45	204	148, 21, 145, 199, 9, 151, 40, 181, 37, 130, 179, 215, 203, 237, 95, 180, 24, 143, 206, 243	Schleswig-Holstein (9)
23.46 – 24.00	216	93, 47, 52, 136, 43, 233, 146, 57, 25, 31, 139, 219	Rheinland-Pfalz (151)
			Baden-Württemberg (180)
			Bremen (52)
4.10.1976			
0.01 – 0.15	224	133, 32, 58, 135, 118, 49, 46, 26	
0.16 – 0.30	228	38, 44, 39, 41	
0.31 – 0.45	229	210	
0.46 – 1.00	236	104, 89, 71, 109, 72, 76, 74	
1.01 – 1.15	239	101, 73, 75	
1.16 – 1.30	243	33, 23, 209, 35	Nordrhein-Westfalen (75)
1.31 – 1.45	244	30	Bayern (209)
1.46 – 2.00	244		
2.01 – 2.15	244		
2.16 – 2.30	246	141, 45	Niedersachsen (45)
2.30 – 2.36	248	142, 140	Hessen (140)

7 Zwischenergebnisse und hochgerechnete Ergebnisse in der Wahlnacht

Zahl der Wahlkreis- ergebnisse	Datum und Uhrzeit des Eingangs des jeweils letzten Wahlkreis- ergebnisses		Zwischenergebnis (Z) und Hochrechnungsergebnis (H) in %									
			Anteil der gultigen Zweitstimmen für									
			SPD		CDU, CSU 1)		F.D.P.		Sonstige		darunter	
			Z	H	Z	H	Z	H	Z	H	DKP	NPD
10	3.10.	21.15	39,3	42,3	51,8	48,8	7,9	8,1	1,0	0,8	0,2	0,5
20		21.33	41,2	42,8	49,8	48,7	8,2	7,7	0,8	0,8	0,3	0,4
30		21.42	42,8	42,7	48,4	48,6	7,9	7,8	0,9	0,8	0,3	0,4
40		21.48	39,4	42,5	52,4	48,7	7,3	8,0	0,9	0,8	0,3	0,4
50		21.58	38,8	42,4	53,0	48,7	7,4	8,0	0,8	0,8	0,3	0,4
60		22.06	39,3	42,4	52,3	48,7	7,5	8,1	0,9	0,8	0,3	0,4
70		22.13	39,3	42,4	52,5	48,7	7,4	8,1	0,8	0,8	0,3	0,4
80		22.18	39,3	42,4	52,5	48,7	7,4	8,1	0,8	0,8	0,3	0,4
90		22.24	39,5	42,4	52,1	48,6	7,5	8,1	0,9	0,8	0,3	0,3
100		22.31	39,8	42,4	51,9	48,6	7,5	8,1	0,8	0,9	0,3	0,3
110		22.36	40,0	42,4	51,6	48,6	7,5	8,1	0,9	0,9	0,3	0,4
120		22.42	40,3	42,3	51,2	48,7	7,6	8,1	0,9	0,9	0,3	0,4
130		22.47	41,1	42,3	50,4	48,7	7,6	8,1	0,9	0,9	0,3	0,3
140		22.54	41,2	42,4	50,3	48,7	7,6	8,1	0,9	0,9	0,3	0,3
150		22.59	41,4	42,4	50,1	48,7	7,7	8,0	0,8	0,9	0,3	0,3
160		23.08	41,7	42,5	49,7	48,6	7,8	8,0	0,8	0,9	0,3	0,3
170		23.20	41,9	42,5	49,4	48,6	7,7	8,0	1,0	0,9	0,3	0,3
180		23.28	42,0	42,5	49,2	48,6	7,9	8,0	0,9	0,9	0,3	0,3
190		23.34	42,4	42,6	48,8	48,6	7,9	8,0	0,9	0,9	0,3	0,3
200		23.43	42,3	42,6	48,9	48,6	7,8	7,9	1,0	0,9	0,3	0,3
210		23.53	42,2	42,6	49,0	48,6	7,8	7,9	1,0	0,9	0,3	0,3
220	4.10.	0.02	42,2	42,6	49,1	48,6	7,8	7,9	0,9	0,9	0,3	0,3
230		0.46	42,4	42,6	49,0	48,6	7,8	7,9	0,8	0,9	0,3	0,3
240		1.22	42,5	42,6	48,7	48,6	7,8	7,9	1,0	0,9	0,3	0,3
Vorläufiges Endergebnis			42,6		48,6		7,9		0,9		0,3	0,3

1) CSU nur in Bayern.

- Übersicht über die bis zum Zeitpunkt der Abrufung eingegangenen bzw. noch fehlenden Wahlkreisergebnisse für jedes Land oder das Bundesgebiet
- Sitzverteilung
- Übersicht der Wahlkreise mit Angaben über den Wechsel der Erststimmenmehrheiten
- Übersicht der letzten zum Zuge gekommenen d'Hondt'schen Teilungszahlen bei der Sitzverteilung
- Alphabetisches Verzeichnis der Gewählten
- Übersicht der Gewählten nach Wahlkreisen
- Übersicht der Gewählten nach Landeslisten.

Das erste Wahlkreisergebnis traf um 20.11 Uhr ein und kam wie 1972 (20.28 Uhr) wieder aus dem Wahlkreis 172 (Göppingen). Mit nur 60 bis 22.06 Uhr eingegangenen Meldungen standen dem

Bundeswahlleiter um diese Zeit nur halb so viele Wahlkreisergebnisse (für Hochrechnungen) zur Verfügung wie 1972 (120). Die letzte Meldung ging 1976 aus dem Wahlkreis 140 (Frankfurt [Main] I - Main - Taunus) am 4. Oktober 1976 um 2.36 Uhr ein, so daß das vorläufige Gesamtergebnis etwa zwei Stunden später vorlag als 1972 (0.41 Uhr).

Der Ausgang der Wahl aber stand auch nach den Prognoseergebnissen des Bundeswahlleiters praktisch schon dreieinhalb Stunden nach Schließung der Wahllokale fest. Schon um 21.33 Uhr wich die auf der Basis von 20 bis dahin eingegangenen Wahlkreisergebnissen durchgeführte Hochrechnung für die SPD nur noch um 0,2 Prozentpunkte, für die CDU und CSU um 0,1 Prozentpunkte und für die F.D.P. um 0,2 Prozentpunkte vom amtlich festgestellten und vom Bundeswahlleiter als vorläufig bekanntgegebenen Endergebnis ab.

8 Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse

Land	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse am							
	5. 10.	6. 10.	7. 10.	8. 10.	9. 10.	11. 10.	12. 10.	13. 10.
	2.	3	4.	5.	6	8	9*	10
	Tag nach der Wahl für . . . Wahlkreise							
Schleswig - Holstein . . . . .	—	—	—	9	—	2	—	—
Hamburg . . . . .	—	—	—	8	—	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	1	—	6	18	—	4	1	—
Bremen . . . . .	—	—	—	3	—	—	—	—
Nordrhein - Westfalen . . . . .	2	11	30	30	—	—	—	—
Hessen . . . . .	—	1	10	8	3	—	—	—
Rheinland - Pfalz . . . . .	—	5	6	4	—	1	—	—
Baden - Württemberg . . . . .	3	—	4	10	1	8	9	1
Bayern . . . . .	2	12	29	1	—	—	—	—
Saarland . . . . .	2	1	2	—	—	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	10	30	87	91	4	15	10	1



Zu welcher Uhrzeit die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise einliefern, und bis wann jeweils alle Wahlkreisergebnisse der Länder vorliegen, damit Landesergebnisse berechnet werden konnten, sagt Übersicht 6 aus. Darüber, daß es nicht mehr als 20 Wahlkreisergebnisse bedarf, um den Ausgang einer Bundestagswahl zu erkennen, weil sich die so gewonnenen Ergebnisse auch bei Verdoppelung oder Vervielfachung der Basis kaum noch ändern, unterrichtet Übersicht 7.

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses. Im Gegensatz zu früher sind die Kreiswahlausschüsse seit 1953 berechtigt, Rechenfehler der Wahlvorstände zu berichtigen und über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen abweichend zu beschließen (§ 73 BWO). Der Landeswahlausschuß ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände und der Kreiswahlausschüsse vorzunehmen (§ 74 BWO).

Von den Landeswahlausschüssen wurden die Zweitstimmenergebnisse für das jeweilige Land in der Zeit zwischen dem 12. und 18. Oktober festgestellt.

- 12.10.1976 für Bremen
- 13.10.1976 für Hamburg
- Nordrhein - Westfalen
- Rheinland - Pfalz
- Saarland
- 14.10.1976 für Bayern
- 15.10.1976 für Schleswig - Holstein
- Niedersachsen
- Hessen
- 18.10.1976 für Baden - Württemberg

Der Bundeswahlausschuß ist zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Bundestagswahl am 20. Oktober 1976 — am 17. Tag nach dem Wahltag — zusammengetreten (1972 bereits am 13. Tage). Die amtliche Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses erfolgte im Bundesanzeiger Nr. 203 vom 26. Oktober 1976.

Neben den Zahlen für die Wahlberechtigten, Wähler und abgegebenen Stimmen hat der Bundeswahlausschuß auch die Namen derjenigen Abgeordneten festgestellt, die aus den Landeslisten gewählt worden sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgte durch die Landeswahlleiter, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleiter.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitern, Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekanntgemachten Ergebnisse sind nur insoweit endgültig, als der neue Bundestag aufgrund dieser Ergebnisse zusammentritt. Wahlprüfungsverfahren können diese Ergebnisse noch ändern. Eine Wahlprüfung wird auf Einspruch durchgeführt. Einsprüche können von den Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter in amtlicher Eigenschaft und sonst von jedem Wahlberechtigten eingelegt werden. Erstere sind gesetzlich dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist. Nach Art. 41 des Grundgesetzes ist die Wahlprüfung Sache des Bundestages. Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593). Gegen die Entscheidung des Bundestages ist Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.

2 Ergebnisse

2.1 Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

2.1.1 Wahlberechtigte und Wähler

Mit der Gesamtbevölkerung hat auch die Zahl der Wahlberechtigten von Bundestagswahl zu Bundestagswahl zugenommen. Wie sich aus Übersicht 9, in der neben der Entwicklung der Wahlberechtigtenzahl von der 1. bis zur 8. Bundestagswahl auch die Veränderung von Wahl zu Wahl dargestellt sind, ablesen läßt, sind die Zunahmen recht unterschiedlich. Von den beiden größten Zunahmen hat die eine ihre Ursache in der Rückgliederung des Saarlandes, das 1957 zum

erstenmal mitwählte, und ist die zweite auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das vollendete 18. Lebensjahr 1972 zurückzuführen. Sieht man von diesen beiden Ursachen ab, war die Zunahme zwischen der 2. und 3. Bundestagswahl mit 1,6 Mill. noch fast 3 mal so groß wie zwischen der 7. und 8. Wahl (0,6 Mill.). Die überhaupt größten Zunahmen waren mit knapp 2 Mill. zwischen 1949 und 1953 und reichlich 2 Mill. zwischen 1957 und 1961 zu verzeichnen. Etwa 5 % des Zuwachses zwischen 1949 und 1953 dürfte dadurch bedingt gewesen sein, daß zur 1. Bundestagswahl aus

9 Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten

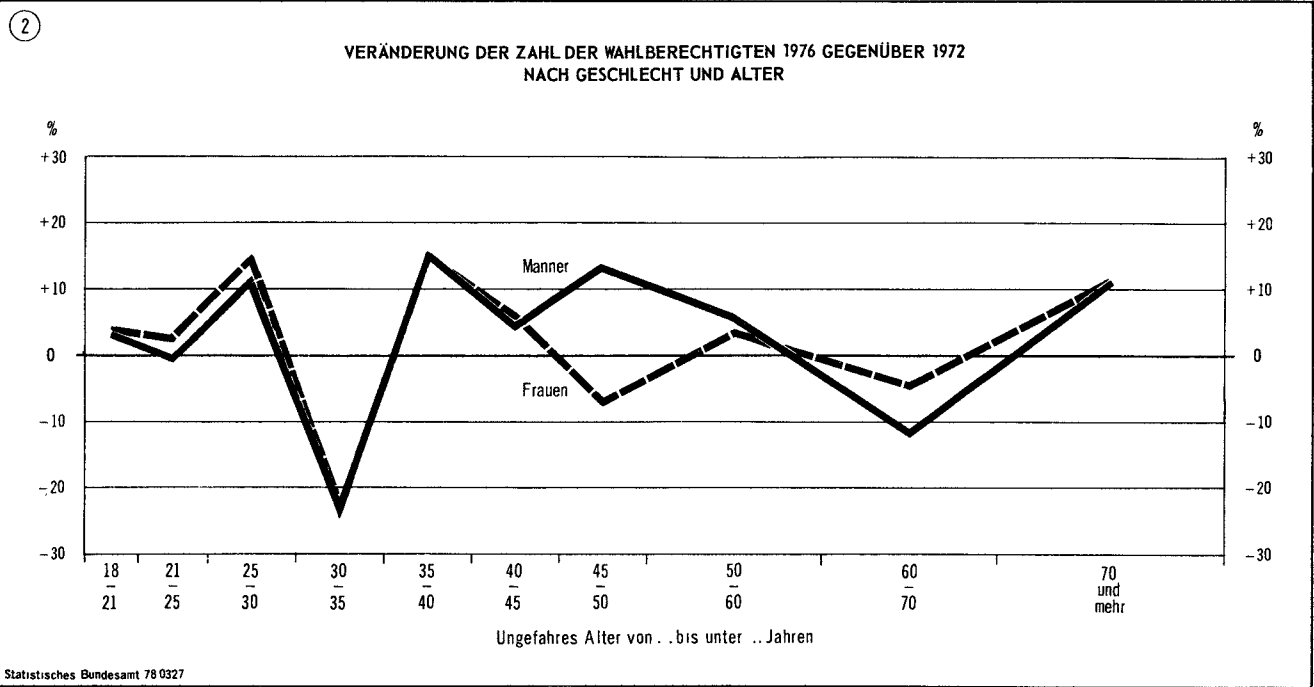
Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Veränderung seit der vergangenen Wahl			
		insgesamt	und zwar durch		
			Tod von Wahlberechtigten	Erstwähler	Wanderung
14. 8. 1949 . . . . .	31 200 000	—	—	—	—
6. 9. 1953 . . . . .	33 120 000	+ 1 920 000 <sup>1)</sup>	— 1 750 000	+ 2 800 000	+ 770 000
15. 9. 1957 . . . . .	35 400 000	+ 2 280 000	— 2 000 000	+ 3 520 000 <sup>2)</sup>	+ 760 000
17. 9. 1961 . . . . .	37 440 000	+ 2 040 000	— 2 150 000	+ 3 470 000	+ 720 000
Männer . . . . .	17 030 000	+ 970 000	— 1 100 000	+ 1 770 000	+ 300 000
Frauen . . . . .	20 410 000	+ 1 070 000	— 1 050 000	+ 1 700 000	+ 420 000
19. 9. 1965 . . . . .	38 510 000	+ 1 070 000	— 2 470 000	+ 2 930 000	+ 610 000
Männer . . . . .	17 460 000	+ 430 000	— 1 260 000	+ 1 495 000	+ 195 000
Frauen . . . . .	21 050 000	+ 640 000	— 1 210 000	+ 1 435 000	+ 415 000
28. 9. 1969 . . . . .	38 680 000	+ 170 000	— 2 680 000	+ 2 520 000	+ 330 000
Männer . . . . .	17 365 000	— 95 000	— 1 350 000	+ 1 310 000	— 55 000
Frauen . . . . .	21 315 000	+ 265 000	— 1 330 000	+ 1 210 000	+ 385 000
19. 11. 1972 . . . . .	41 450 000	+ 2 770 000	— 2 205 000	+ 4 520 000 <sup>3)</sup>	+ 455 000
Männer . . . . .	18 955 000	+ 1 590 000	— 1 100 000	+ 2 315 000	+ 375 000
Frauen . . . . .	22 495 000	+ 1 180 000	— 1 105 000	+ 2 205 000	+ 80 000
3.10. 1976 . . . . .	42 060 000	+ 610 000	— 2 765 000	+ 3 210 000	+ 165 000
Männer . . . . .	19 200 000	+ 245 000	— 1 365 000	+ 1 645 000	— 35 000
Frauen . . . . .	22 860 000	+ 365 000	— 1 400 000	+ 1 565 000	+ 200 000

1) Einschl. etwa 100 000 Personen, die durch die Entnazifizierungsbestimmungen erst 1953 wahlberechtigt wurden. — 2) Einschl. 660 000 Personen durch Rückgliederung des Saarlandes. — 3) Einschl. 2,2 Mill. infolge Herabsetzung des Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr, und zwar reichlich 1,1 Mill. Männer und knapp 1,1 Mill. Frauen.

10 Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wahlberechtigte 1)			Zu- (+) bzw. Abnahme (-)			
	1969	1972	1976	1972 gegenüber 1969		1976 gegenüber 1972	
	Anzahl			%		Anzahl	%
Männer							
unter 21 . . . . .	—	1 107 700	1 142 600	+ 1 107 700	—	+ 34 900	+ 3,2
21 — 25 . . . . .	1 215 000	1 513 200	1 504 600	+ 298 200	+ 24,5	— 8 600	— 0,6
25 — 30 . . . . .	2 003 600	1 665 100	1 858 100	— 338 500	— 16,9	+ 193 000	+ 11,6
30 — 35 . . . . .	2 212 400	2 248 500	1 698 400	+ 36 100	+ 1,6	— 550 100	— 24,5
35 — 40 . . . . .	1 777 800	2 040 800	2 357 500	+ 263 000	+ 14,8	+ 316 700	+ 15,5
40 — 45 . . . . .	1 746 800	1 821 300	1 898 500	+ 74 500	+ 4,3	+ 77 200	+ 4,2
45 — 50 . . . . .	1 496 300	1 586 400	1 794 100	+ 90 100	+ 6,0	+ 207 700	+ 13,1
50 — 60 . . . . .	2 456 600	2 440 200	2 580 600	— 16 400	— 0,7	+ 140 400	+ 5,8
60 — 70 . . . . .	2 749 600	2 739 200	2 420 300	— 10 400	— 0,4	— 318 900	— 11,6
70 und mehr . . . . .	1 681 800	1 813 900	2 007 200	+ 132 100	+ 7,9	+ 193 300	+ 10,7
Zusammen . . . . .	17 339 900	18 976 400	19 261 900	+ 1 636 500	+ 9,4	+ 285 500	+ 1,5
Frauen							
unter 21 . . . . .	—	1 090 800	1 131 200	+ 1 090 800	—	+ 40 400	+ 3,7
21 — 25 . . . . .	1 182 100	1 440 700	1 480 400	+ 258 600	+ 21,9	+ 39 700	+ 2,8
25 — 30 . . . . .	1 971 000	1 599 100	1 839 800	— 371 900	— 18,9	+ 240 700	+ 15,1
30 — 35 . . . . .	2 187 800	2 171 400	1 680 900	— 16 400	— 0,8	— 490 500	— 22,6
35 — 40 . . . . .	1 752 300	1 984 000	2 280 500	+ 231 700	+ 13,2	+ 296 500	+ 14,9
40 — 45 . . . . .	1 900 700	1 777 100	1 884 700	— 123 600	— 6,5	+ 107 600	+ 6,1
45 — 50 . . . . .	2 141 900	1 955 000	1 816 200	— 186 900	— 8,7	— 138 800	— 7,1
50 — 60 . . . . .	3 471 500	3 472 600	3 599 300	+ 1 100	+ 0,0	+ 126 700	+ 3,6
60 — 70 . . . . .	3 706 400	3 816 400	3 647 000	+ 110 000	+ 3,0	— 169 400	— 4,4
70 und mehr . . . . .	2 969 300	3 213 100	3 577 000	+ 243 800	+ 8,2	+ 363 900	+ 11,3
Zusammen . . . . .	21 283 000	22 520 100	22 937 000	+ 1 237 100	+ 5,8	+ 416 900	+ 1,9
Männer und Frauen							
unter 21 . . . . .	—	2 198 500	2 273 800	+ 2 198 500	—	+ 75 300	+ 3,4
21 — 25 . . . . .	2 397 100	2 953 900	2 985 100	+ 556 800	+ 23,2	+ 31 200	+ 1,1
25 — 30 . . . . .	3 974 600	3 264 200	3 697 900	— 710 400	— 17,9	+ 433 700	+ 13,3
30 — 35 . . . . .	4 400 200	4 419 900	3 379 200	+ 19 700	+ 0,4	— 1 040 700	— 23,5
35 — 40 . . . . .	3 530 100	4 024 800	4 638 000	+ 494 700	+ 14,0	+ 613 200	+ 15,2
40 — 45 . . . . .	3 647 500	3 598 400	3 783 200	— 49 100	— 1,3	+ 184 800	+ 5,1
45 — 50 . . . . .	3 638 200	3 541 400	3 610 300	— 96 800	— 2,7	+ 68 900	+ 1,9
50 — 60 . . . . .	5 928 100	5 912 800	6 179 900	— 15 300	— 0,3	+ 267 100	+ 4,5
60 — 70 . . . . .	6 456 000	6 555 600	6 067 300	+ 99 600	+ 1,5	— 488 300	— 7,4
70 und mehr . . . . .	4 651 100	5 027 100	5 584 100	+ 375 900	+ 8,1	+ 557 000	+ 11,1
Insgesamt . . . . .	38 622 900 2)	41 496 500 3)	42 198 800 4)	+ 2 873 600	+ 7,4	+ 702 300	+ 1,7

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten. — 2) Total: 38 677 235. — 3) Total: 41 446 302. — 4) Total: 42 058 015.



11 Wahlberechtigte ohne und mit Sperrvermerk für ausgegebene Wahlscheine

Land	Wahlberechtigte						
	insgesamt	laut Wählerverzeichnis				nach BWO § 22 Abs. 2	
		ohne		mit			
		Sperrvermerk					
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein . . . . .	1 864 033	1 658 745	89,0	205 125	11,0	163	0,01
Hamburg . . . . .	1 287 473	1 113 130	86,5	173 924	13,5	419	0,03
Niedersachsen . . . . .	5 205 680	4 632 100	89,0	572 772	11,0	808	0,02
Bremen . . . . .	528 346	478 394	90,5	49 905	9,4	47	0,01
Nordrhein-Westfalen . . . . .	12 118 533	10 801 439	89,1	1 315 565	10,9	1 529	0,01
Hessen . . . . .	3 899 454	3 482 587	89,3	416 498	10,7	369	0,01
Rheinland-Pfalz . . . . .	2 676 890	2 442 226	91,2	234 525	8,8	139	0,01
Baden-Württemberg . . . . .	6 118 464	5 568 705	91,0	548 087	9,0	1 672	0,03
Bayern . . . . .	7 547 820	6 780 926	89,8	765 064	10,1	1 830	0,02
Saarland . . . . .	811 322	729 947	90,0	81 221	10,0	154	0,02
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	42 058 015	37 688 199	89,6	4 362 686	10,4	7 130	0,02

politischen Gründen noch nicht alle deutschen Einwohner im wahlberechtigten Alter wählen durften. Größer war sicherlich der Anteil des Zuwachses durch die vielen, die erst in diesen Jahren aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Während der 3. Wahlperiode sind die starken Jahrgänge aus der Zeit gegen Ende der 30er Jahre in das wahlfähige Alter aufgerückt.

Von den bei der Bundestagswahl 1972 vorhandenen 41,5 Mill. Wahlberechtigten sind bis zur Bundestagswahl 1976 rd. 2,8 Mill. gestorben. Etwa 3,2 Mill. Bundesbürger rückten in das wahlfähige Alter auf, womit die Verminderung durch Tod um mehr als 400 000 ausgeglichen war. Eine weitere Vermehrung ist durch Zuwanderung eingetreten, die mit 165 000 kleiner als bei allen übrigen Wahlen war.

Die Gesamtzunahme verteilt sich auf 245 Tausend Männer und 365 Tausend Frauen. Die 1972 erstmals größere Zunahme bei den Männern als bei den Frauen hat sich 1976 nicht wiederholt. Die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten übersteigt, wie bei allen Bundestagswahlen, die Zahl der männlichen beachtlich und zwar:

- 1961 um 3,38 Mill. oder 19,8 %
- 1965 um 3,59 Mill. oder 20,6 %
- 1969 um 3,95 Mill. oder 22,7 %
- 1972 um 3,54 Mill. oder 18,7 %
- 1976 um 3,66 Mill. oder 19,1 %.

12 Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein

Wahljahr	Von 100		
	Wahlberechtigten erhielten einen Wahlschein	Wählern	
		insgesamt wählten mit Wahlschein	mit Wahlschein waren Briefwähler
1953	3,3	3,6	—
1957	5,4	5,7	87,3
1961	5,9	6,3	91,9
1965	7,1	7,7	95,2
1969	6,8	7,4	95,8
1972	7,1	7,4	97,1
1976	10,4	10,9	98,6

Nahezu um ein Fünftel war auch bei der Bundestagswahl 1976 die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten größer als diejenigen der männlichen. Abermals hatten damit die Frauen Gelegenheit, das Wahlergebnis stärker zu beeinflussen als die Männer.

Aus den Nachweisungen in Übersicht 10, in der die männlichen und weiblichen Wahlberechtigten auf der Basis der Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik in 10 Altersgruppen dargestellt sind, wird deutlich, daß die Frauen 1969 in der über 40jährigen, 1972 wie auch 1976 aber nur noch in der über 45jährigen Bevölkerung überwogen. Da Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung nicht nur vom Geschlecht, sondern weitgehend auch vom Alter bestimmt werden, verringerte sich danach die Bedeutung, die dem Frauenumerschuss zuzumessen ist, von 1969 bis 1976.

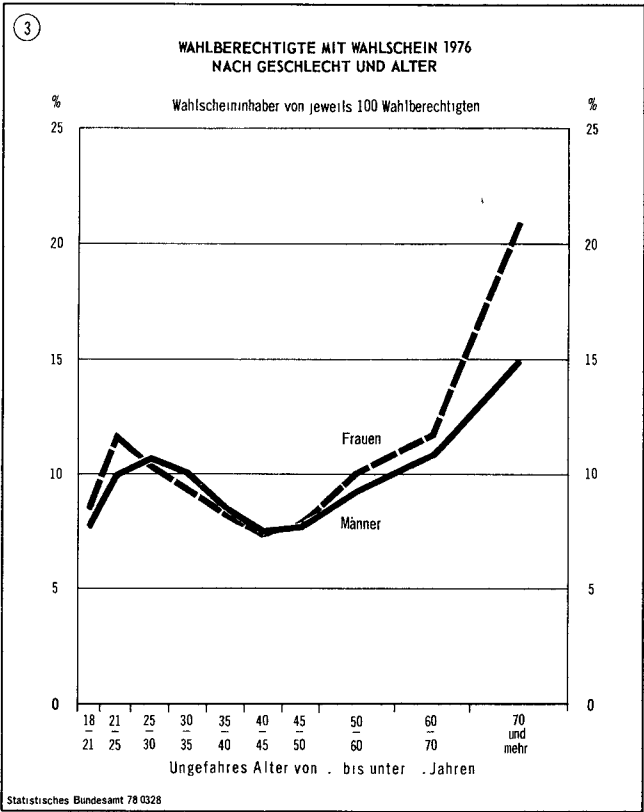
In Bezug auf die Dokumentation des Wahlrechts lassen sich die Wahlberechtigten in folgende drei Gruppen einteilen:

- in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte ohne Sperrvermerk „W“ für ausgegebene Wahlscheine: 37 688 199;
- in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Sperrvermerk „W“ für ausgegebene Wahlscheine: 4 362 686;
- nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Wahlschein gemäß § 22 Abs. 2 der Bundeswahlordnung: 7 130.

Bei der zuletzt genannten Gruppe handelt es sich um Personen, die einen Wahlschein erhalten haben, weil sie aus einem von ihnen nicht zu vertretenden Grund nicht in den Wählerverzeichnissen standen.

Die Ergebnisse nach einzelnen Ländern sind der Übersicht 11 zu entnehmen.

Bei der Bundestagswahl 1957, bei der zum ersten Male brieflich gewählt werden konnte, ließen sich 1,9 Mill. oder 5,4 % aller in den Wählerverzeichnissen als wahlberechtigt vermerkten Personen einen Wahlschein ausstellen. Im Jahr 1965 wurden bereits an 2,7 Mill., 1969 etwas über 2,6 Mill., 1972 nahezu 3 Mill. und bei der 8. Bun-



13 Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter ohne  
und mit Wahlschein

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren		Wahlberechtigte 1)				
		insgesamt	ohne		mit	
			Wahlschein			
		1976				1972
		Anzahl				%
Männer						
unter 21 . . . . .	1 142 600	1 054 600	88 100	7,7	7,0	
21 - 25 . . . . .	1 504 600	1 354 800	149 800	10,0	9,1	
25 - 30 . . . . .	1 858 100	1 659 200	198 800	10,7	8,4	
30 - 35 . . . . .	1 698 400	1 526 100	172 300	10,1	6,0	
35 - 40 . . . . .	2 357 500	2 158 200	199 300	8,5	4,6	
40 - 45 . . . . .	1 898 500	1 755 400	143 200	7,5	4,0	
45 - 50 . . . . .	1 794 100	1 658 500	135 600	7,6	4,9	
50 - 60 . . . . .	2 580 600	2 342 800	237 800	9,2	5,7	
60 - 70 . . . . .	2 420 300	2 158 100	262 300	10,8	6,2	
70 und mehr . . .	2 007 200	1 708 400	298 700	14,9	11,5	
Zusammen . . .	19 261 900	17 376 100	1 885 800	9,8	6,6	
Frauen						
unter 21 . . . . .	1 131 200	1 034 900	96 300	8,5	6,8	
21 - 25 . . . . .	1 480 400	1 308 000	172 500	11,7	8,5	
25 - 30 . . . . .	1 839 800	1 648 500	191 400	10,4	7,3	
30 - 35 . . . . .	1 680 900	1 525 000	155 900	9,3	5,2	
35 - 40 . . . . .	2 280 500	2 090 600	189 900	8,3	4,1	
40 - 45 . . . . .	1 884 700	1 745 300	139 300	7,4	4,1	
45 - 50 . . . . .	1 816 200	1 674 700	141 500	7,8	5,0	
50 - 60 . . . . .	3 599 300	3 234 500	364 800	10,1	6,1	
60 - 70 . . . . .	3 647 000	3 219 500	427 500	11,7	7,7	
70 und mehr . . .	3 577 000	2 831 100	745 800	20,9	17,7	
Zusammen . . .	22 937 000	20 312 100	2 624 800	11,4	7,8	
Männer und Frauen						
unter 21 . . . . .	2 273 800	2 089 500	184 300	8,1	6,9	
21 - 25 . . . . .	2 985 100	2 662 700	322 300	10,8	8,8	
25 - 30 . . . . .	3 697 900	3 307 700	390 200	10,6	7,9	
30 - 35 . . . . .	3 379 200	3 051 100	328 200	9,7	5,6	
35 - 40 . . . . .	4 638 000	4 248 800	389 200	8,4	4,4	
40 - 45 . . . . .	3 783 200	3 500 700	282 500	7,5	4,1	
45 - 50 . . . . .	3 610 300	3 333 200	277 100	7,7	4,9	
50 - 60 . . . . .	6 179 900	5 577 300	602 600	9,8	5,9	
60 - 70 . . . . .	6 067 300	5 377 600	689 700	11,4	7,1	
70 und mehr . . .	5 584 100	4 539 600	1 044 600	18,7	15,4	
Insgesamt . . . .	42 198 800	37 688 200	4 510 600	10,7	7,2	

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten.

destagswahl 1976 schließlich an fast 4,4 Mill. Wahlberechtigte Wahlscheine ausgegeben. Anteilsmäßig ist gegenüber 1965 nahezu eine Verdoppelung eingetreten. Die größte Zunahme ist mit 3,3 Prozentpunkten von der 7. zur 8. Bundestagswahl erfolgt.

Seit der Wahl 1953, bei der mit dem Wahlschein zwar in einem beliebigen Wahlbezirk des ganzen Wahlgebietes, aber noch nicht brieflich gewählt werden konnte, hat sich der Anteil der Wahlscheinwähler unter den Wahlberechtigten mehr als verdreifacht. Diese Entwicklung, die auch in den einzelnen Ländern beobachtet werden kann, ist zweifellos eine Folge der Einführung der Briefwahl. Zwar läßt sich die Zahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein, die auch Unterlagen für die Briefwahl bekommen haben, nicht genau feststellen, da bei dem Vermerk über die Ausgabe eines Wahlscheines derzeit immer noch nicht in den Wählerverzeichnissen aller Länder nach einfachen und Briefwahlscheinen unterschieden wird; es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß der Anteil der Wahlscheinwähler mit Briefwahlunterlagen an der Zahl der insgesamt ausgegebenen Wahlscheine etwa derselbe ist, wie der Anteil von 98,6 % Briefwählern an der Zahl aller Wahlscheinwähler. Rund 4,1 Mill. Wahlberechtigte dürften somit die Unterlagen für die Briefwahl erhalten haben.

14 Briefwähler unter den Wählern insgesamt

Wahljahr	Wähler		
	insgesamt	darunter Briefwähler	
		Anzahl	%
1957 . . . . .	31 072 894	1 537 094	4,9
1961 . . . . .	32 849 624	1 891 604	5,8
1965 . . . . .	33 416 207	2 443 935	7,3
1969 . . . . .	33 523 064	2 381 860	7,1
1972 . . . . .	37 761 589	2 722 424	7,2
1976 . . . . .	38 165 753	4 099 212	10,7

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik haben sich die Männer zu 9,8 % (1972 : 6,6 %) und die Frauen zu 11,4 % (1972 : 7,8 %) Wahlscheine geben lassen. Bei der Bundestagswahl 1957 betrug der Anteil der Wahlscheininhaber unter den Männern erst 5,1 und unter den Frauen 5,4 %, bei der Bundestagswahl 1969 unter den Männern 6,3 und unter den Frauen 7,0 %. Bei allen Wahlen erklärt sich der höhere Anteil der Frauen mit Wahlscheinen daraus, daß es unter den Frauen so viele ältere Personen gibt, die besonders häufig vom Wahlschein Gebrauch machen. Bis zum 45. Lebensjahr überwiegen allerdings die Männer unter den Wahlscheininhabern und hier wiederum die 25- bis 29jährigen (10,7 %, gefolgt von den 30- bis unter 35jährigen mit 10,1 %). Bei ersteren dürfte es sich in der Hauptsache um Personen handeln, die sich am Tage der Wahl aus beruflichen Gründen nicht am Wohnort aufhalten oder wegen des Arbeitseinsatzes das Wahllokal nicht aufsuchen können. Für die ältesten Wahlberechtigten, von denen die über 70jährigen Männer zu 14,9 % und die über 70jährigen Frauen sogar zu 20,9 % einen Wahlschein hatten, dürften in der Hauptsache Gebrechlichkeit und Krankheit die Antragsgründe gewesen sein.

Mit einfachem Wahlschein, d. h. persönlich in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises oder vor einem beweglichen Wahlvorstand in Altersheimen, Krankenhäusern und Strafanstalten haben bei der Bundestagswahl 1976 rd. 60 000 Wahlberechtigte oder 1,4 % aller Wahlscheinwähler gewählt, während es 1965 noch 125 000 oder 5 %

15 Wahlkreise mit dem höchsten und dem geringsten Anteil  
an Briefwählern

Wahlkreise mit dem					
höchsten			geringsten		
Anteil an Briefwählern					
Nr.	Name	%	Nr.	Name	%
des Wahlkreises			des Wahlkreises		

3. 10. 1976

63 Bonn . . . . .	18,6	153 Bitburg . . . . .	7,0
60 Köln II . . . . .	17,2	151 Cochem . . . . .	7,1
80 Krefeld . . . . .	16,8	176 Crailsheim . . . .	7,2
204 München-Mitte . .	16,8	161 Kaiserslautern . .	7,3
15 Hamburg-Nord I . .	16,6	162 Pirmasens . . . . .	7,4
13 Altona . . . . .	16,0	197 Balingen . . . . .	7,4
17 Wandsbek . . . . .	16,0	184 Heidelberg-Land -	
74 Düsseldorf I . . . .	15,7	Sinsheim . . . . .	7,5
209 München-Land . . .	15,5	170 Nürtingen . . . . .	7,6
95 Münster . . . . .	15,4	175 Schwäbisch Gmünd -	
		Backnang . . . . .	7,7
		226 Kulmbach . . . . .	7,7

19. 11. 1972

63 Bonn . . . . .	13,9	133 Gießen . . . . .	5,0
204 München-Mitte . .	13,1	85 Oberhausen . . . .	5,2
237 Würzburg . . . . .	12,1	132 Wetzlar . . . . .	5,2
80 Krefeld . . . . .	11,9	136 Friedberg . . . . .	5,2
178 Karlsruhe . . . . .	10,8	139 Hanau . . . . .	5,2
203 Miesbach . . . . .	10,6	170 Nürtingen-Böblingen	5,2
217 Pfarrkirchen . . . .	10,5	98 Gelsenkirchen II . .	5,3
243 Kempten . . . . .	10,4	115 Dortmund II . . . .	5,3
60 Köln II . . . . .	10,1	197 Balingen . . . . .	5,3
206 München-Ost . . . .	9,9	146 Dieburg . . . . .	5,4

# 16 Wahlkreise nach dem Anteil an Briefwählern

Anteil der Briefwähler von ... bis unter ... %	1957		1961		1965		1969		1972		1976	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 4 . . . . .	57	23,1	19	7,7	—	—	—	—	—	—	—	—
4 — 6 . . . . .	152	61,5	153	61,9	72	29,0	58	23,4	35	14,1	—	—
6 — 8 . . . . .	33	13,4	54	21,9	98	39,5	137	55,2	154	62,1	11	4,4
8 — 10 . . . . .	5	2,0	18	7,3	59	23,8	38	15,3	50	20,2	86	34,7
10 — 12 . . . . .	—	—	3	1,2	12	4,8	13	5,2	6	2,4	94	37,9
12 — 14 . . . . .	—	—	—	—	6	2,4	2	0,8	3	1,2	36	14,5
14 — 16 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	5,6
16 und mehr . . . . .	—	—	—	—	1	0,4	—	—	—	—	7	2,8
Insgesamt . . . . .	247	100	247	100	248	100	248	100	248	100	248	100

waren. Bei der Bundestagswahl 1957 mit der ersten Möglichkeit der Briefwahl, haben sich noch rd. 225 000 des einfachen Wahlscheines bedient, obwohl es damals insgesamt 1 Million weniger Wahlscheinwähler gab. Danach ist es ausschließlich die Zahl der Briefwähler, die in den vielen Jahren seit 1957 um fast 2,6 Mill. oder das zweieinhalbfache größer geworden ist.

Der Unterschied zeigt, welch geringe Bedeutung dem einfachen Wahlschein geblieben ist, nachdem er nur noch in Wahlbezirken des Heimatwahlkreises benutzt werden kann und außerdem das Wahllokal nach wie vor innerhalb der Wahlzeit aufgesucht werden muß. Mitunter werden sicherlich nicht nur die Abwesenheit vom Wahlkreis am Wahltag, hohes Alter oder schwere Krankheit, sondern auch die Bequemlichkeit dazu führen, statt mit dem einfachen Wahlschein brieflich zu wählen. Nach den geltenden Vorschriften erhält nämlich jeder, der den Berechtigungsnachweis geführt hat, überhaupt mit Wahlschein wählen zu dürfen, jetzt auch die Unterlagen für die Briefwahl, wenn er nicht ausdrücklich zu erkennen gibt, daß er vor einem Wahlvorstand wählen will. Ursprünglich war entweder ein einfacher Wahlschein oder ein Briefwahlschein zu beantragen. Danach dürfte auch die Änderung der BWO § 25 Abs. 3 dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Wähler mit einfachem Wahlschein kleiner und die der Briefwähler größer geworden ist <sup>1)</sup>.

Nach Ländern, seit 1957, sind die Ergebnisse über die Wahlberechtigten und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein der Übersicht 3 im Anhang zu entnehmen.

Bei der Wahl 1972 betrug der Anteil der Briefwähler insgesamt 7,2 %. Die Abweichung der Länderergebnisse gegenüber diesem Bundesdurchschnitt waren bei dieser Wahl noch nicht so stark ausgeprägt wie bei der Wahl 1976. Bei der Wahl 1972 wurde in Hessen mit 6,4 % der niedrigste und in Bayern mit 8,3 % der höchste Anteil an Briefwählern gezählt. In den übrigen Ländern, mit Ausnahme von Baden - Württemberg, lag dieser Anteil zwischen 7,1 und 7,3 %. Regional stärkere Unterschiede waren hinsichtlich der Relationen der Briefwähler dagegen in der Wahl 1976 zu verzeichnen. Den höchsten Anteil der Briefwähler wies Hamburg mit 14,2 % auf. In Hamburg hat allgemein die Zahl der Briefwähler relativ am stärksten zugenommen. In 3 der 8 Hamburger Wahlkreise lagen ihre Anteile bei 16 % und mehr. Gegenüber der Wahl 1972 hat sich der Anteil der Briefwähler in Hamburg verdoppelt. Einen über dem Bundesdurchschnitt (10,7 %) liegenden Briefwähleranteil hatten noch Schleswig - Holstein (11,4 %), Niedersachsen (11,2 %), Nordrhein - Westfalen (11,2 %) und Hessen (10,9 %). Am niedrigsten war der Anteil der Briefwähler in Rheinland - Pfalz mit 8,9 %.

Die höchsten Anteile von Briefwählern haben in der Regel die Großstädte. Unter den 10 Wahlkreisen mit den höchsten Anteilen von Briefwählern nimmt Bonn (Wahlkreis 63), wie auch 1972, die Spitzenstellung ein. Dies läßt sich mit der Ausgabe von Wahlbriefen an die Angehörigen der deutschen Vertretungen im Ausland erklären. Der zweithöchste Anteil von Briefwählern war 1976 im Wahlkreis 60 (Köln II) festzustellen. Gegenüber der Wahl 1972 hat sich die Zahl der Briefwähler in diesem Wahlkreis um 70 % erhöht. In den Wahlkreisen München-Mitte (Wahlkreis 204) und Krefeld (Wahlkreis 80) betrug der Anteil der Briefwähler jeweils 16,8 %. Beide Wahlkreise wiesen bereits 1972 eine relativ hohe Zahl von

Briefwählern auf. Die Wahlkreise mit den geringsten Anteilen an Briefwählern sind in der Wahl 1976 andere als 1972. Die Veränderung in der Zusammensetzung dieser Wahlkreise wird z. T. auch durch die Verwaltungsneugliederungen und die neue Wahlkreiseinteilung bedingt sein.

Die zunehmende Bedeutung der Briefwahl wird auch dadurch deutlich, daß es 1976 keinen Wahlkreis mehr gab, in dem sich weniger als 6 % der Wähler der Briefwahl bedienten. In den Wahlen 1965 und 1969 lag diese untere Grenze noch bei 4, 1972 bei 5 %. Die Zahl der Wahlkreise, in denen zu 10 % und mehr brieflich gewählt wurde, hat sich von 1961 bis 1976 von 3 (1,2 %) auf 151 (60,9 %) erhöht.

Von den bei den Kreiswahlleitern eingegangenen Wahlbriefen blieben rd. 130 000 für das Wahlergebnis ohne Bedeutung, weil sie verspätet eingegangen waren oder aus Formmängeln zurückgewiesen werden mußten. Bei der Bundestagswahl 1972 waren es gut 30 000 weniger. Verspätet eingegangen sind 1976 mit 10 677 etwas über 2 700 mehr als 1972, was zweifelsfrei auf den Anstieg der Wahlberechtigten mit Wahlschein um über 1,4 Mill. oder 48 % zurückzuführen ist.

Wegen Formmängel nach § 39 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 2 bis 8 BWG mußten zurückgewiesen werden:

- 67 777 (56,2 %) Wahlbriefe, weil dem Wahlbriefumschlag kein gültiger Wahlschein beigelegt hat
- 7 019 (5,8 %) Wahlbriefe, weil dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigelegt war
- 1 045 (0,9 %) Wahlbriefe, weil weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen war
- 945 (0,8 %) Wahlbriefe, weil der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Wahlscheine enthielt
- 40 287 (33,4 %) Wahlbriefe, weil der Wähler oder die Person seines Vertrauens die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hatte
- 1 821 (1,5 %) Wahlbriefe, weil kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist
- 1 657 (1,4 %) Wahlbriefe, weil ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abwich oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthielt.

## 2.1.2 Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wähler stieg von 37,8 Mill. auf nahezu 38,2 Mill. und damit um fast den gleichen Betrag wie die Zahl der Wahlberechtigten, die sich von 41,4 Mill. im Jahre 1972 auf 42,1 Mill. erhöhte. Dementsprechend blieb die Wahlbeteiligung mit 90,7 % gegenüber 91,1 % im Jahre 1972 nahezu unverändert. Mit 90,7 % hat die Wahlbeteiligung 1976 nach 1972 den zweithöchsten Stand aller politischen Nachkriegswahlen in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Laßt man 1972 und 1976 außer Betracht, betrug bisher die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen maximal 87,8 % und 87,7 % und zwar 1957 und 1961. Daran, daß nur knapp 3,9 Mill. oder 9,3 % (1972 : 3,7 Mill. oder 8,9 %) Wahlberechtigte der Wahl fern blieben, läßt sich das ungewöhnlich hohe Interesse am Ausgang der beiden letzten Bundestagswahlen ablesen.

1) Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 30. Mai 1961 (BGBl. I S. 621).

17 Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976  
sowie bei den vorangegangenen Landtags- und Kommunalwahlen

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt			
	Bundestagswahl		Landtagswahl 1)	Kommunalwahl 2)
	1972	1976		
Schleswig-Holstein . . . . .	90,5	90,6	82,3 (13. 4. 1975)	79,2 (24. 3. 1974)
Hamburg . . . . .	92,2	91,1	80,4 ( 3. 3. 1974)	80,4 ( 3. 3. 1974)
Niedersachsen . . . . .	91,4	91,4	84,4 ( 9. 6. 1974)	91,4 ( 3.10. 1976)
Bremen . . . . .	91,0	90,0	82,2 (28. 9. 1975)	82,2 (28. 9. 1975)
Nordrhein-Westfalen . . . . .	91,8	91,3	86,1 ( 4. 5. 1975)	85,7 ( 4. 5. 1975)
Hessen . . . . .	91,7	91,9	84,8 (27.10. 1974)	81,4 (22.10. 1972)
Rheinland-Pfalz . . . . .	91,6	91,5	80,8 ( 9. 3. 1975)	81,1 (17. 3. 1974)
Baden-Württemberg . . . . .	90,2	89,1	75,5 ( 4. 4. 1976)	67,4 (20. 4. 1975)
Bayern . . . . .	89,8	89,6	77,7 (27.10. 1974)	76,1 (11. 6. 1972)
Saarland . . . . .	92,9	92,9	88,8 ( 4. 5. 1975)	83,9 ( 5. 5. 1974)

1) In Hamburg und Bremen Wahlen zur Bürgerschaft. — 2) Wahl zu den Gemeindevertretungen in den kreisfreien Städten und den Kreisvertretungen der Landkreise; in Hamburg zu den Bezirksversammlungen, in Bremen zur Bremischen Bürgerschaft und in Baden-Württemberg Wahl zu den Gemeinderäten.

Auch bei den Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg und danach bis 1932 kam eine solche Wahlbeteiligung nicht vor. Sie betrug z. B. bei den Reichstagswahlen vom

7. Dezember 1924: 78,8 %  
20. Mai 1928: 75,6 %  
6. November 1932: 80,6 %

Auch im Kaiserreich war die Wahlbeteiligung niedriger. Bei der Reichstagswahl 1877 belief sie sich auf 60,6 %, bei der Reichstagswahl 1890 auf 71,6 % und bei der Reichstagswahl 1912 auf 84,9 % (s. Tabellen 15 und 16 im Anhang).

Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1976 und 1972, wie auch bei den vorangegangenen Bundestagswahlen, kann ferner als relativ hoch bezeichnet werden, wenn man sie mit entsprechenden Ergebnissen im Ausland vergleicht und sich dabei auf solche Länder beschränkt, in denen keine Wahlpflicht besteht. So betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum(r)

Französischen Nationalversammlung am 1. März 1973: 81,2 %  
Schwedischen Reichstag am 19. September 1976: 90,4 %  
Britischen Unterhaus am 10. Oktober 1974: 72,5 %

Die Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen wurde mit Ausnahme 1976 in Niedersachsen, wo die Kommunalwahl gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfand, bisher regelmäßig, und z. T. erheblich, übertroffen. Bundestagswahlen finden von allen politischen Wahlen demnach bei weitem das größte Interesse.

Die höchste Wahlbeteiligung hatten 1949 Schleswig-Holstein (82,7 %) und Bremen (81,9 %), im Jahre 1957 das Saarland (89,3 %) und Hamburg (89,2 %), im Jahre 1965 das Saarland (89,2 %) und Rheinland-Pfalz (88,0 %) und bei der vorangegangenen Bundestags-

18 Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen

Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehender Wahlbeteiligung					
	1965 1)	1969	1969 2)	1972	1972 3)	1976
unter 80 . . .	4	3	3	—	—	—
80 — 82 . . .	12	7	7	—	—	—
82 — 84 . . .	15	24	23	—	—	1
84 — 86 . . .	62	64	63	2	2	3
86 — 88 . . .	65	64	67	6	7	18
88 — 90 . . .	60	67	67	51	46	55
90 — 92 . . .	26	19	18	101	106	104
92 — 94 . . .	4	—	—	86	85	62
94 — 95 . . .	—	—	—	2	2	5
Insgesamt . .	248	248	248	248	248	248

1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1969. — 2) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1972. — 3) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1976.

wahl 1972 das Saarland (92,9 %) und Hamburg (92,2 %). 1976 am höchsten war die Wahlbeteiligung wieder im Saarland mit 92,9 % (1972 : 92,9 %), dann in Hessen mit 91,9 % (1972 : 91,7 %) und in Rheinland-Pfalz mit 91,5 % (1972 : 91,6 %). Nur in Baden-Württemberg und in Bayern, wo 89,1 bzw. 89,6 % der Wähler ihre Stimme abgaben, lag sie unter 90 %. Leicht abgenommen hat die Wahlbeteiligung in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Die Abnahmen betragen jedoch nirgends mehr als rund ein Prozentpunkt.

Ordnet man die Länder nach dem Umfang, in dem ihre Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 1976 teilnahmen, ergibt sich folgende Reihenfolge:

Saarland	92,9 %
Hessen	91,9 %
Rheinland-Pfalz	91,5 %
Niedersachsen	91,4 %
Nordrhein-Westfalen	91,3 %
Hamburg	91,1 %
Schleswig-Holstein	90,6 %
Bremen	90,0 %
Bayern	89,6 %
Baden-Württemberg	89,1 %

19 Wahlkreise 1976 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung

Nr.	Name	Wahlbeteiligung in %	
	des Wahlkreises	1976	1972 1)

Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung

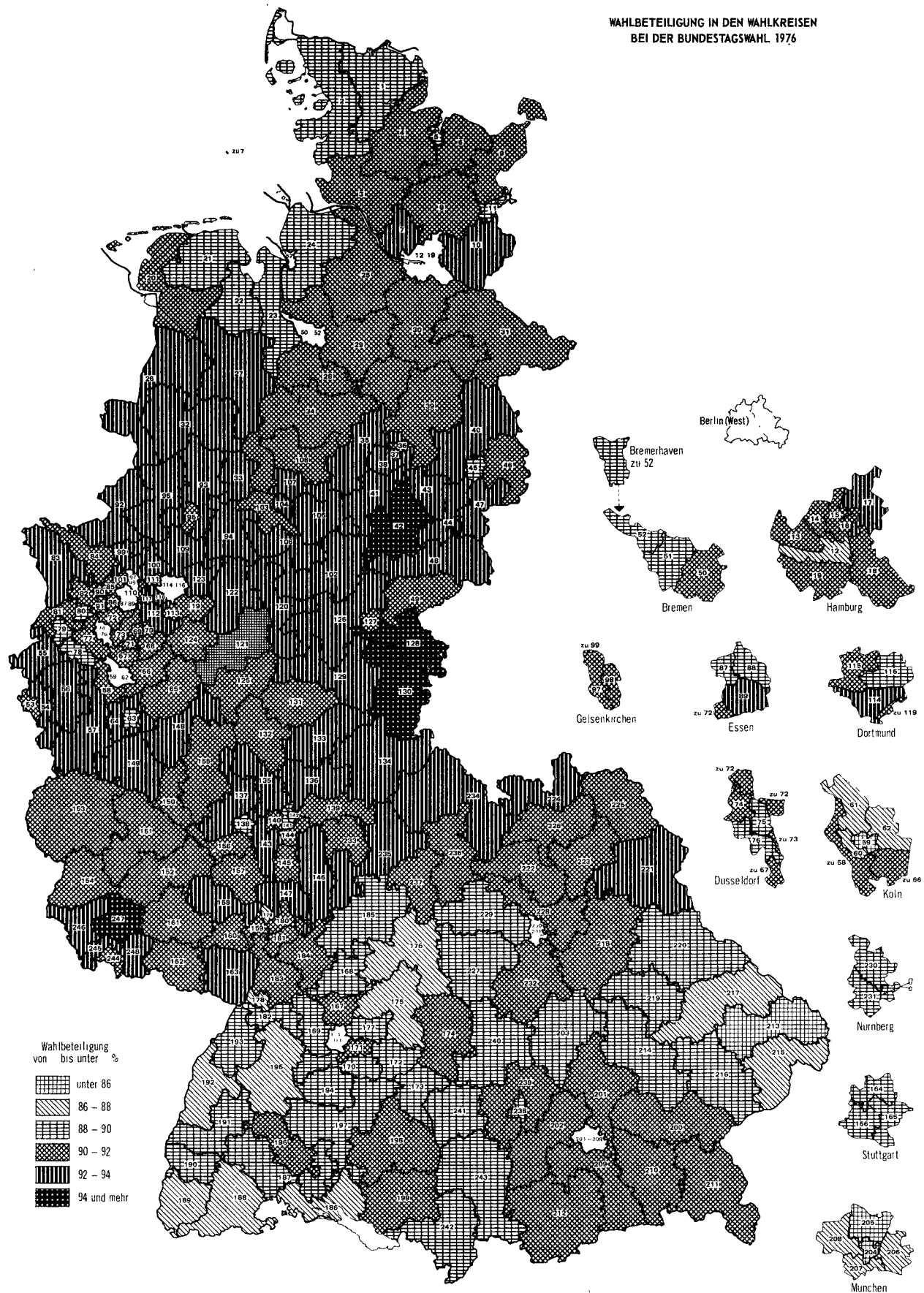
121	Olpe — Meschede	94,7	93,6
247	Sankt Wendel	94,7	94,1
42	Holzminde	94,1	94,2
128	Werra-Meißner	94,0	93,7
130	Hersfeld	94,0	92,7
102	Höxter	93,9	93,4
92	Ahaus — Bocholt	93,9	93,7
96	Steinfurt — Coesfeld	93,6	93,7
246	Saarlouis	93,6	93,2
146	Dieburg	93,5	93,6

Wahlkreise mit der geringsten Wahlbeteiligung

204	München-Mitte	83,8	86,2
59	Köln I	84,1	88,1
213	Deggendorf	84,9	85,5
205	München-Nord	85,7	87,4
217	Straubing	86,1	85,7
206	München-Ost	86,3	88,0
176	Crailsheim	86,5	87,1
189	Lörrach — Müllheim	87,0	88,6
62	Köln IV	87,0	89,9
179	Mannheim I	87,0	87,9

1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1976.

WAHLBETEILIGUNG IN DEN WAHLKREISEN  
BEI DER BUNDESTAGSWAHL 1976



Wegen des in den überwiegenden Teilen des Bundesgebietes leichten Rückgangs der Wahlbeteiligung, hat sich auch die Zahl der Wahlkreise, in denen die Wahlbeteiligung mehr als 90 % betrug, von 193 im Jahre 1972 auf 171 vermindert. Dabei sind in den neu abgegrenzten Wahlkreisen die Ergebnisse von 1972 auf die Wahlkreise 1976 umgerechnet worden (Übersicht 18). Andererseits hat die Zahl der Wahlkreise mit einer relativ niedrigen Wahlbeteiligung gegenüber 1972 kaum zugenommen.

Die Namen der Wahlkreise mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung enthält Übersicht 19. Sechs der 10 Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 1976 lagen auch schon 1972 an der Spitze. Von den 10 Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung fanden sich damals sogar sieben in dieser Reihe, unter ihnen 3 der 5 Wahlkreise in die die Großstadt München eingeteilt ist. 1969 gehörten sogar alle 5 Münchner Wahlkreise mit Prozentsätzen von 78 bis 82 zu den 10 Wahlkreisen mit der geringsten Wahlbeteiligung. Der Wahlkreis 121 Olpe-Meschede mit der höchsten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1976 stand 1972 an 6ter und 1969 erst an 10ter Stelle.

Neben München zeigen auch Wahlkreise anderer größerer Städte eine verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung. Wie in München (Wkr. 204 München – Mitte : 83,8 %) handelt es sich dann auch hier häufig um die Wahlkreise mit dem Stadtkern, wie z. B. 12 Hamburg – Mitte (87,6 %), 59 Köln I (84,1 %) oder 141 Frankfurt (Main) II (88,5 %). Es wäre jedoch falsch, hieraus schon zu schließen, daß sich in allen großen Städten besonders viele Wahlberechtigte der Stimme enthielten. Die drei Wahlkreise von Hannover z. B. zeigen Wahlbeteiligungen von 90,5 % bis 92,8 %. Auch in den meisten Ruhrgebiets – Städten entspricht die Wahlbeteiligung etwa dem Bundesdurchschnitt. Ebenso falsch wäre es für alle ländlichen Wahlkreise eine relativ hohe Wahlbeteiligung anzunehmen. Im Wahlkreis 189 Lörrach-Müllheim betrug sie nur 87,0 % und im Wahlkreis 213 Deggendorf sogar nur 84,9 %. Vor allem ist die niedrige Wahlbeteiligung in Bayern nicht allein auf den geringen Wahleifer der Münchner zurückzuführen. Eine weit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung zeigt sich auch in vielen nicht-großstädtischen Wahlkreisen. Von den insgesamt 44 Wahlkreisen blieb sie außer in den 5 Münchner Wahlkreisen – wie 1972 – noch in 17 weiteren unter 90 %.

20 Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler

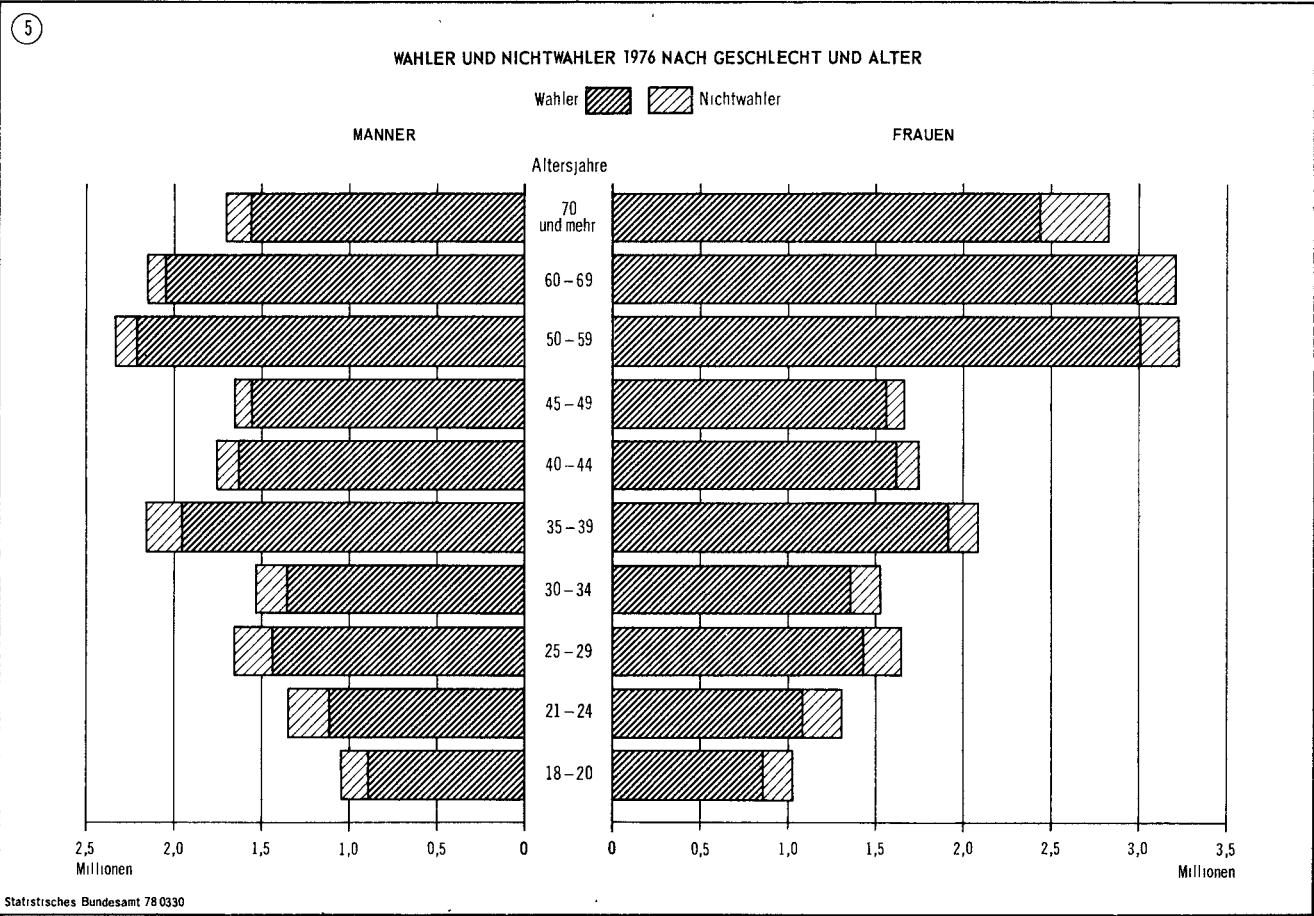
Wahljahr	Von 100 Wahlberechtigten		
	insgesamt	ohne	mit
		Wahlschein	
		haben gewählt	
1957 . . . . .	87,8	87,5	91,9
1961 . . . . .	87,7	87,4	93,8
1965 . . . . .	86,8	86,2	93,7
1969 . . . . .	86,7	86,1	93,9
1972 . . . . .	91,1	90,8	95,0
1976 . . . . .	90,7	90,2	95,2

Bei einer Wahlbeteiligung von 90,7 % für alle Wahlberechtigten betrug die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein 90,2 % und die der Wahlberechtigten mit Wahlschein 95,2 %.

Die Wahlbeteiligung der Briefwähler unter den Wahlberechtigten mit Wahlschein läßt sich genau berechnen, da wie bereits ausgeführt, über die Zahl der Personen, an die Unterlagen für die Briefwahl ausgegeben worden sind, keine genauen Angaben vorliegen. Bei dem sehr kleinen Anteil der Wähler mit einfachen Wahlscheinen kann aber die Wahlbeteiligung aller Wahlscheinwähler als identisch mit der Wahlbeteiligung der Briefwähler angesehen werden.

Der leichte Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 1972 ist ausschließlich auf das Verhalten der Wahlberechtigten ohne Wahlschein zurückzuführen.

Die Beteiligung der Wahlscheininhaber hat dagegen absolut und relativ zugenommen. Für diese Gruppe ist generell eine höhere Wahlbeteiligung zu beobachten. Diese Feststellung trifft auch auf alle früheren Bundestagswahlen zu. Von 1 000 Wahlberechtigten mit einem Wahlschein hatten sich 952 an der letzten Wahl beteiligt. In den einzelnen Ländern ergaben sich ähnlich hohe Anteile. In Hamburg mit einer über dem Bundesdurchschnitt liegenden Gesamt-





21 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wahl- berechtigte 1)	Wähler 1)						
		1976		1972	1969	1965	1961	1957
		Anzahl	von 100 Wahlberechtigten					
Männer								
unter 21 . . . . .	1 054 600	895 100	84,9	85,0	—	—	—	—
21 — 25 . . . . .	1 354 800	1 123 800	83,0	83,9	76,3	76,1	78,9	80,9
25 — 30 . . . . .	1 659 200	1 431 700	86,3	87,6	80,4	81,6	84,5	85,3
30 — 35 . . . . .	1 526 100	1 355 100	88,8	90,4	86,2	86,6	90,1	89,6
35 — 40 . . . . .	2 158 200	1 963 200	91,0	92,4	88,5	89,2		
40 — 45 . . . . .	1 755 400	1 629 100	92,8	93,4	90,4	90,3	91,6	91,8
45 — 50 . . . . .	1 658 500	1 556 800	93,9	94,5	91,3	90,8		
50 — 60 . . . . .	2 342 800	2 220 900	94,8	95,2	91,6	91,3	92,0	92,4
60 — 70 . . . . .	2 158 100	2 045 500	94,8	94,5	91,1	91,2	91,8	92,9
70 und mehr . . . .	1 708 400	1 558 400	91,2	90,2	85,9	86,4	87,1	88,3
Zusammen . . . .	17 376 100	15 779 500	90,8	91,4	87,5	87,5	88,9	89,6
Frauen								
unter 21 . . . . .	1 034 900	861 200	83,2	84,3	—	—	—	—
21 — 25 . . . . .	1 308 000	1 084 300	82,9	85,0	77,0	77,5	80,0	80,3
25 — 30 . . . . .	1 648 500	1 430 300	86,8	88,8	82,5	81,7	83,7	84,0
30 — 35 . . . . .	1 525 000	1 367 400	89,7	91,3	86,0	85,7	88,5	87,6
35 — 40 . . . . .	2 090 600	1 923 600	92,0	92,3	87,0	87,3		
40 — 45 . . . . .	1 745 300	1 616 300	92,6	92,8	88,5	88,0	89,5	89,4
45 — 50 . . . . .	1 674 700	1 561 900	93,3	93,5	88,5	87,4		
50 — 60 . . . . .	3 234 500	3 009 600	93,0	93,3	88,2	88,1	89,2	89,4
60 — 70 . . . . .	3 219 500	2 994 400	93,0	92,2	86,7	86,4	87,3	87,4
70 und mehr . . . .	2 831 100	2 435 700	86,0	83,3	75,7	74,8	75,8	75,3
Zusammen . . . .	20 312 100	18 284 600	90,0	90,2	84,9	84,6	86,2	86,3
Männer und Frauen								
unter 21 . . . . .	2 089 500	1 756 300	84,1	84,6	—	—	—	—
21 — 25 . . . . .	2 662 700	2 208 200	82,9	84,4	76,6	76,8	79,5	80,6
25 — 30 . . . . .	3 307 700	2 862 000	86,5	88,2	81,4	81,7	84,1	84,6
30 — 35 . . . . .	3 051 100	2 722 500	89,2	90,8	86,1	86,2	89,2	88,5
35 — 40 . . . . .	4 248 800	3 886 800	91,5	92,3	87,8	88,2		
40 — 45 . . . . .	3 500 700	3 245 300	92,7	93,1	89,4	89,0	90,4	90,5
45 — 50 . . . . .	3 333 200	3 118 700	93,6	93,9	89,6	88,8		
50 — 60 . . . . .	5 577 300	5 230 500	93,8	94,1	89,6	89,4	90,5	90,8
60 — 70 . . . . .	5 377 600	5 039 800	93,7	93,2	88,6	88,5	89,3	89,7
70 und mehr . . . .	4 539 600	3 994 100	88,0	85,9	79,5	79,3	80,5	81,1
Insgesamt . . . .	37 688 200	34 064 200	90,4	90,8	86,1	85,9	87,4	87,8

1) Ohne Personen mit Wahlschein.

wahlbeteiligung (91,1 %) waren 96,6 % der Wahlberechtigten, die einen Wahlschein hatten, zur Wahl gegangen. In Baden - Württemberg mit einer unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wahlbeteiligung (89,1 %) hatten sich 94,7 % der Wahlscheininhaber an der Wahl beteiligt.

Von den Wahlberechtigten, die sich der Mühe unterzogen hatten einen Wahlschein zu besorgen, könnte eigentlich eine vollständige Wahlbeteiligung erwartet werden.

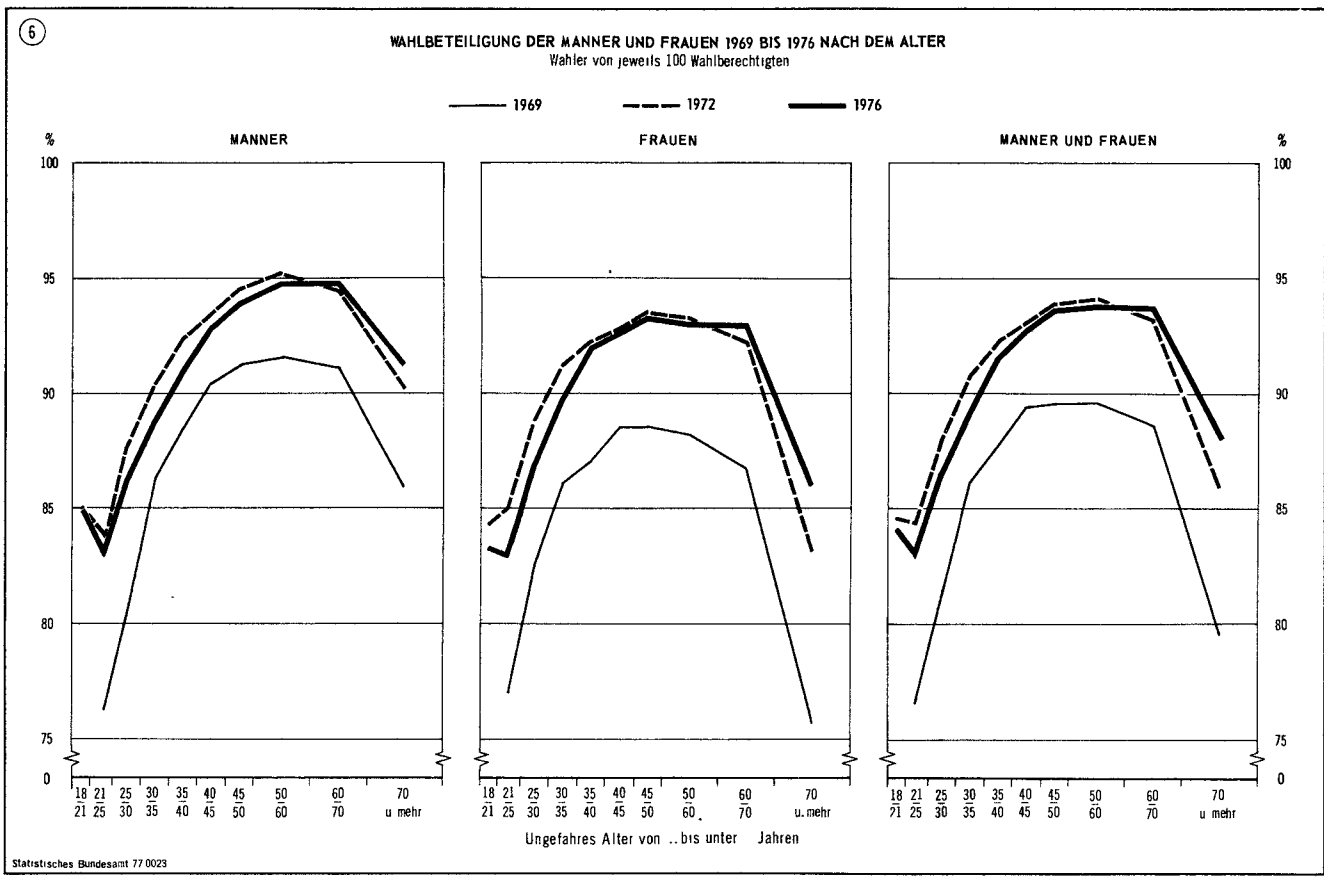
Bei der Wertung ihrer Wahlbeteiligung ist jedoch daran zu denken, daß auch Wahlbriefe zu spät eintrafen oder aus formalen Gründen zurückgewiesen werden mußten. Die rd. 130 000 Absender solcher Wahlbriefe galten nicht als Wähler. Hätten diese Personen als Wähler mit ungültiger Stimme angesehen werden können, würden nur noch 1,8 % der Wahlscheininhaber ihren Wahlschein nicht ausgenutzt haben. Dieser geringe Prozentsatz von Nichtwählern unter den Personen, die ihren Wahlwillen mit der Beantragung des Wahlscheines bekundet haben, ist schon eher erklärlich. Zum Beispiel können die Briefwahlunterlagen, die ja erst ausgegeben und versandt werden, wenn die Stimmzettel zur Verfügung stehen, so verspätet beim Wahlberechtigten (z. B. in Übersee) eintreffen, daß er es als zwecklos ansieht, sie noch zurückzusenden. Weiterhin können die Unterlagen verloren gehen, die Stimmzettel verschrieben, das Ausfüllen oder Absenden vergessen werden. Bei den Inhabern einfacher Wahlscheine kann es vorkommen, daß sie wider Erwarten nicht in der Lage sind, ein Wahllokal ihres Heimatkreises aufzusuchen.

Weitere Aufschlüsse über die Wahlbeteiligung gibt die repräsentative Wahlstatistik. Da in dieser Statistik die Wahlberechtigten mit Wahl-

scheine aus eingangs genannten Gründen nicht berücksichtigt werden können, beträgt sie hier nur 90,4 %. Das ist zugleich die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein nach der Totalstatistik.

Die Frauen unter den Wahlberechtigten haben ihr zahlenmäßiges Übergewicht von rd. 3,7 Mill. am Wahltag nicht voll genutzt, denn die Männer beteiligten sich zu 90,8 %, die Frauen aber nur zu 90,0 % an der Wahl. Früher war dieser Unterschied aber noch größer. Im Jahre 1957 betrug er 3,3, 1969 noch 2,6 und bei der vorangegangenen Bundestagswahl 1972 immerhin noch 1,2 Prozentpunkte. Damals gingen rd. 240 000 Frauenstimmen dadurch verloren, daß die weiblichen Wähler nicht im gleichen Umfang zum Wahllokal gingen, wie die Männer, 1976 aber nur noch rd. 160 000. Das Interesse der Frauen am demokratischen Staatsleben steht danach dem der Männer kaum noch nach.

Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung nach dem Alter wurden von zunächst sieben (1957 und 1961) über neun (1965 und 1969), ab 1972 auf nunmehr zehn Altersgruppen erweitert, so daß einmal auch für die 30- bis 50jährigen eine Unterscheidung nach fünfjährigen Altersgruppen möglich ist, zum anderen die Wahlbeteiligung der Jüngsten besonders beobachtet werden kann. Aber nicht sie, die 18- bis 20jährigen, die 1972 zum erstenmal wählen durften, sondern wiederum die 21- bis 24jährigen hatten die geringste Wahlbeteiligung. Jedoch blieben von ihnen 1976 nur 17 % gegenüber 20 bis 24 % bei früheren Wahlen der Wahl fern. Die Erstwähler sind zugleich die Altersgruppe, in der die Wahlbeteiligung bis 1969 am stärksten abgenommen hatte. Bei der Wahl 1957 betrug sie 80,6 % und bei der Wahl 1969 nur noch 76,6 %, 1976 jedoch 84,1 %.



22 Relation wahlberechtigter Männer und Frauen nach Altersgruppen

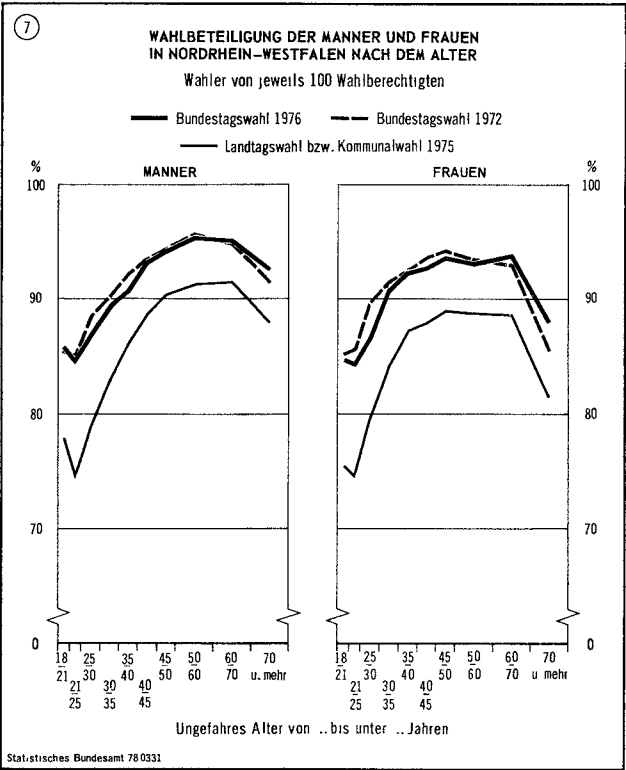
Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Auf 1 000 wahlberechtigte 1) Männer entfielen ... wahlberechtigte Frauen	
	1976	1972
18 — 21	990	985
21 — 25	984	952
25 — 30	990	960
30 — 35	990	966
35 — 40	967	972
40 — 45	993	976
45 — 50	1 012	1 232
50 — 60	1 395	1 423
60 — 70	1 507	1 393
70 und mehr	1 782	1 771
Insgesamt	1 191	1 187

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragene Wahlberechtigten.

Die niedrige Wahlbeteiligung der jungen Wähler hängt möglicherweise damit zusammen, daß es eine gewisse Zeit dauert, bis bei ihnen ein tieferes Interesse an den politischen Fragen wach wird und die nötige Sicherheit gewonnen worden ist, zwischen den politischen Parteien eine Entscheidung zu treffen.

Mit zunehmendem Alter wächst die Wahlbeteiligung. Auch Personen, die bei früheren Wahlen abseits gestanden haben, werden also allmählich Wähler. Den größten Wählerfer legten mit 94,8 % die 50- bis 70jährigen Männer an den Tag. Eine so hohe Wahlbeteiligung ergab sich für die Frauen in keiner Altersgruppe. Bei ihnen sind es die 45- bis 50jährigen, für die mit 93,3 % die höchste Wahlbeteiligung festgestellt werden konnte. Nach dem 60. Lebensjahr sinkt die Wahlbeteiligung der Frauen schneller und tiefer als die der Männer. Von den über 70jährigen Frauen gingen 86,0 % (1972 : 83,3 %), von den über 70jährigen Männern aber noch 91,2 % (1972 : 90,2 %) zum Wahllokal.

Von 1972 auf 1976 ist die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen der Männer und Frauen, mit Ausnahme der 60 Jahre und älteren, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, leicht gefallen. Am



höchsten war die Abnahme mit 1,7 Prozentpunkten bei den 25- bis 29jährigen. Unter dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung der Männer von 90,8 % lag die Wahlbeteiligung der unter 35jährigen. Bei den Frauen mit einem Durchschnitt von 90,0 % waren es ebenfalls die unter 35- sowie die über 70jährigen, die nicht so häufig zur Wahl gingen.

Im Schaubild 7 werden beispielhaft die Ergebnisse der Landtagswahl bzw. der Kommunalwahl 1975 sowie der Bundestagswahlen 1976 und 1972 in Nordrhein - Westfalen dargestellt. Bei der Landtagswahl

bzw. Kommunalwahl 1975 wählten in Nordrhein - Westfalen um 74,5 % der 21- bis 24jährigen Männer und Frauen, bei der Bundestagswahl 1976 aber 84,5 % bzw. 84,3 %. Auch die älteren Männer und Frauen sind am Ausgang von Bundestagswahlen stärker interessiert als am Ausgang von Landtags- oder Kommunalwahlen. Bei solchen Wahlen verzichten die älteren Wahlberechtigten jedoch nicht so häufig auf die Ausübung ihres Wahlrechts wie die jüngeren Personen.

Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern enthält die Übersicht 4 im Anhang.

3 Ungültige Stimmen

Ungültig sind die Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen sowie die Stimmen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Ist nur die Erst- oder nur die Zweitstimme ungültig, gilt die andere Stimme <sup>1)</sup>. Wie Tabelle 23 zeigt, handelt es sich in der Praxis fast nur um folgende Fälle, die auch gleichzeitig vorkommen können:

- a) der Stimmzettel ist auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen;
- b) es sind auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt.

In dem zuerst genannten Fall hat der Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit darauf verzichtet, sich für einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste oder für beides zu entscheiden; im zweiten Falle kann vom Wahlvorstand nicht darüber befunden werden, welches Kreuz gelten soll.

Verfolgt man die Entwicklung seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, ist der Anteil der ungültigen Erststimmen an allen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6 % gesunken. Gleichzeitig hat sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen an allen Zweitstimmen bis 1961 von 3,3 auf 4 % ständig erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 stieg der Anteil der ungültigen Erststimmen auf 2,9 %, fiel dann aber bis 1976 auf 1,2 %. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich schon 1965 auf 2,4 % vermindert und betrug 1972 nur noch 0,8 %, 1976 jedoch 0,9 %.

23 Ungültige Stimmabgabe der Wähler insgesamt

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 <sup>1)</sup>	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9

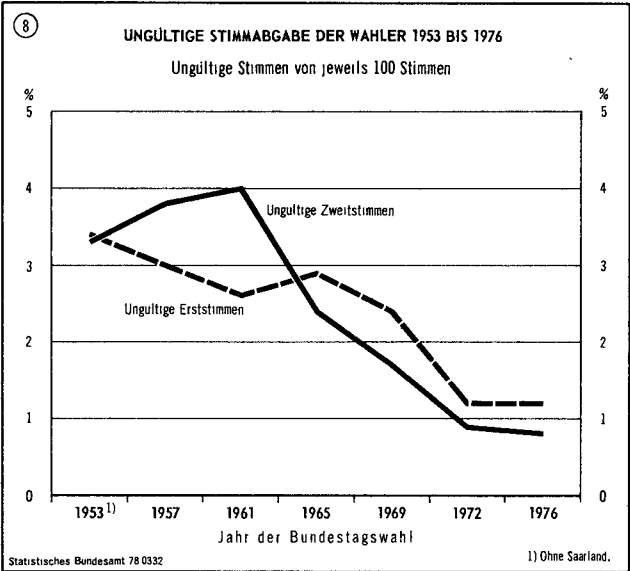
1) Ohne Saarland.

Wenn sich 1976 auch der Trend zu einer weiteren Abnahme der ungültigen Stimmen nicht fortgesetzt hat, so wurden doch immerhin weniger ungültige Erst- und Zweitstimmen abgegeben als in allen Jahren vor 1972. Das läßt darauf schließen, daß wenigstens die Technik der Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel heute weit besser verstanden wird als in den ersten 20 Jahren der Einführung des Zweitstimmensystems.

Weitere Einsichten vermitteln Sonderauszählungen über die ungültigen Stimmen auf repräsentativer Basis.

1) Wegen der Besonderheit der Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel ist der Vergleich der ungültigen Stimmen bei Bundestagswahlen mit den ungültigen Stimmen bei anderen politischen Wahlen, bei denen nur eine Stimme abzugeben ist, nicht ohne weiteres möglich.

Auf Auszählungen in der repräsentativen Wahlstatistik nach Gemeindegrößenklassen bzw. nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden in Kombination mit dem Geschlecht und Alter wurde 1976 verzichtet. An ihre Stelle sind Totalauszählungen über die Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen jeweils in Kombination mit dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden bzw. der Beamten und Angestellten in den Gemeinden getreten. Da hierbei jedoch die Briefwähler außer Betracht bleiben mußten, sind aus diesen Auszählungen für die Wahlbeteiligung keine Werte angefallen.



Die Ergebnisse von 1965 zeigen zunächst, daß die Zahl der Personen, die beide Stimmen ungültig abgegeben haben, gegenüber 1961 mit rund 340 000 unverändert geblieben ist. 1969 verminderte sich diese Zahl auf 281 000, 1972 auf 179 000 und 1976 auf 176 000. Von diesen 176 000 Wählern haben 103 000 den Stimmzettel ganz leer gelassen oder durchgestrichen und damit offenbar gar nicht ernstlich die Absicht gehabt, sich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden. Anders kann es sich jedoch bei den Wählern verhalten haben, die auf einer Seite des Stimmzettels mehrere Kreuze hatten und die andere Seite leergelassen oder durchgestrichen haben sowie bei den Wählern mit mehreren Kreuzen auf beiden Seiten (Ziffern 2, 3 und 4 der Übersicht 24). Ein Teil der zuerst genannten Wähler wird angenommen haben, die beiden Stimmen könnten entweder nur als Erststimmen oder nur als Zweitstimmen abgegeben werden, und ein Teil der letzteren, es könnten auf beiden Seiten des Stimmzettels je zwei Wahlvorschläge angekreuzt werden.

Der prozentuale Anteil der Wähler, die beide Stimmen ungültig hatten, betrug 1976 und 1972 0,5, 1969 0,8 %. Dieser Prozentsatz ist am ehesten mit den ungültigen Stimmen bei früheren Reichstagswahlen oder bei den Landtagswahlen zu vergleichen, für die sich ähnliche Prozentsätze ergaben.

Die Zahl der Wähler mit ungültiger Erststimme und gültiger Zweitstimme hat sich von 607 000 bei der Wahl 1969 auf 274 000 bei der 8. Bundestagswahl verringert. 1972 betrug diese Zahl sogar nur 257 000. Bei diesen Wählern konnte es sich in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab oder um Personen, die dem Wahlkreisandidaten ihrer Partei keine Erfolgsaussichten einräumten. Dieser Vermutung steht jedoch entgegen, daß von 274 000 Personen mit ungültiger Erststimme sich mit ihrer Zweitstimme 114 000 für die SPD und 139 000 für die CDU bzw. CSU und nur rund 21 000 für eine andere Partei entschieden. Werden Unkenntnis und Nachlässigkeit außer Betracht gelassen, wird man infolgedessen annehmen müssen, daß die Personen, die ihre Zweitstimme gültig und ihre Erststimme ungültig abgaben, vor allem solche Wähler waren, denen keiner der Kreiswahlvorschläge zusagte.

## 24 Art der ungültigen Stimmen

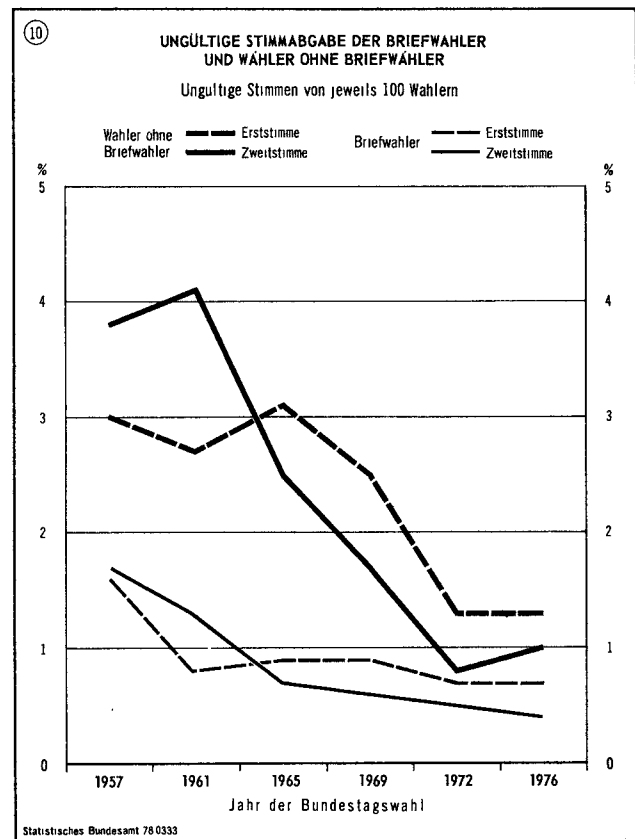
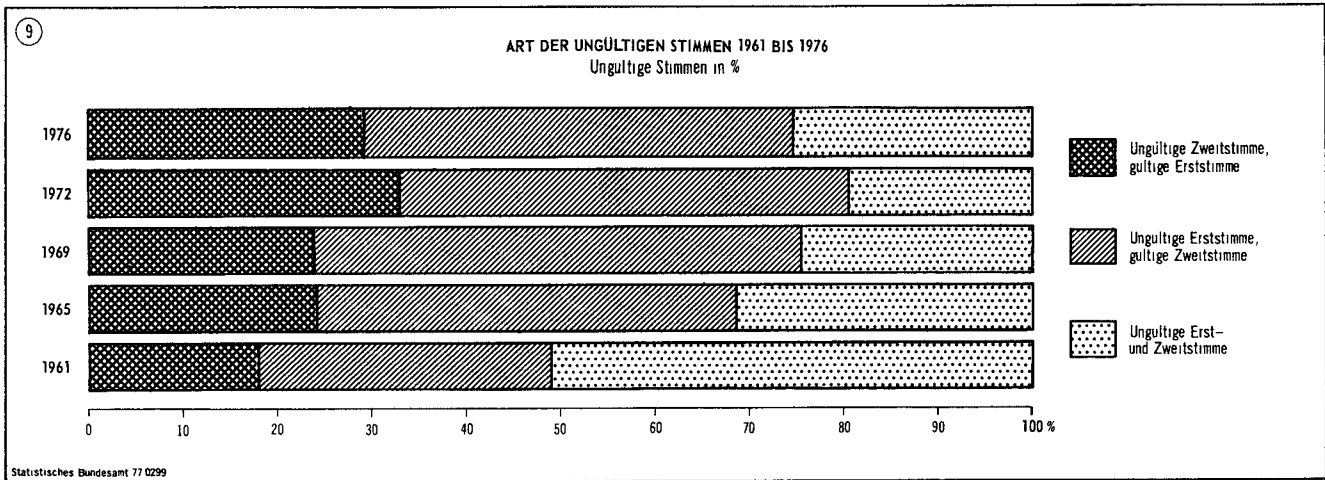
Wähler 1) mit	Jahr	Männer	Frauen	Männer und Frauen	
		1 000			%
Ungültiger Erst- und Zweitstimme					
1. Erst- und Zweitstimmenseite	1976	47	56	103	17,1
leer oder durchgestrichen . . . . .	1972	43	52	96	17,6
2. Erststimmenseite leer oder durchgestrichen,	1976	12	22	33	5,5
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze . . . . .	1972	15	27	42	7,7
3. Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen,	1976	7	11	18	3,0
Erststimmenseite mehrere Kreuze . . . . .	1972	8	11	19	3,4
4. Beide Seiten mehrere Kreuze . . . . .	1976	7	9	16	2,7
	1972	8	9	16	3,0
5. Eine Seite leer oder durchgestrichen,	1976	1	1	2	0,3
auf der anderen Seite sonstige Ursachen . . . . .	1972	0	1	1	0,2
6. Beide Seiten sonstige Ursachen . . . . .	1976	2	2	4	0,6
	1972	4	2	6	1,0
1. — 6. zusammen . . . . .	1976	75	101	176	29,2
	1972	78	101	179	33,0
	1969	128	153	281	23,9
	1965	149	192	341	24,2
	1961	154	184	339	18,0
Ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme					
7. Erststimmenseite leer oder durchgestrichen . . . . .	1976	97	165	262	43,5
	1972	90	158	248	45,7
8. Erststimmenseite mehrere Kreuze . . . . .	1976	4	7	10	1,7
	1972	4	5	8	1,5
9. Sonstige Ursachen . . . . .	1976	1	1	2	0,3
	1972	1	0	1	0,3
7. — 9. zusammen . . . . .	1976	101	173	274	45,5
	1972	95	163	257	47,5
	1969	203	404	607	51,6
	1965	193	434	627	44,5
	1961	208	376	584	31,0
Ungültiger Zweit- und gültiger Erststimme					
10. Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen . . . . .	1976	48	90	138	22,8
	1972	35	61	96	17,8
11. Zweitstimmenseite mehrere Kreuze . . . . .	1976	4	9	13	2,1
	1972	3	5	9	1,6
12. Sonstige Ursachen . . . . .	1976	1	1	2	0,3
	1972	1	0	1	0,1
10. — 12. zusammen . . . . .	1976	52	100	152	25,2
	1972	39	67	106	19,5
	1969	103	185	288	24,5
	1965	154	285	439	31,2
	1961	339	620	959	51,0
Insgesamt . . . . .	1976	228	374	602	100
	1972	211	331	542	100
	1969	434	742	1 176	100
	1965	497	911	1 408	100
	1961	701	1 180	1 882	100

1) Ohne Briefwähler.

Im Gegensatz zu der wenig veränderten Zahl von Wählern, die beide Stimmen oder nur die Erststimme ungültig abgaben, hat sich die Zahl der Wähler mit gültiger Erststimme und ungültiger Zweitstimme von 106 000 bei der Bundestagswahl 1972 auf 152 000 erhöht. 1969 waren es 288 000, 1965 etwa 439 000 und 1961 sogar 959 000. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Personen, welche die für die Abgabe der Zweitstimme vorgesehene Seite des Stimmzettels leer gelassen oder durchgestrichen haben. Von diesen Personen entschieden sich mit der Erststimme 64 000 für den Wahlkreisbewerber der SPD und 65 000 für den Wahlkreisbewerber der CDU bzw. CSU. In welchem Umfang hier Unkenntnis und Nachlässigkeit eine Rolle spielen, läßt sich ebenfalls nicht exakt schätzen. Sicherlich wird es aber unter den 152 000 Personen viele gegeben haben, die sich zwar für die Person eines Wahlkreisbewerbers, aber für keine Landesliste entscheiden mochten.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Verminderung der Zahl der Wähler mit gültiger Erststimme und ungültiger Zweitstimme um 807 000 seit 1961 in so großem Umfang auf einen „Abbau“ von Vorbehalten gegenüber den Landeslisten der Parteien beruht. Richtiger wird sein, daß der Anteil der Wähler, die annahmen, mit der Abgabe der Erststimme alle Möglichkeiten erschöpft zu haben, inzwischen sehr klein geworden ist. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über das Zweitstimmensystem wird zu dem hierdurch hervorgerufenen Rückgang der Zahl der ungültigen Zweitstimmen von 4,0 bei der Wahl 1961 auf 0,9 %, oder um etwas über drei Viertel, ebenso beigetragen haben wie die Neugestaltung des Stimmzettels seit der Wahl 1965.

Von den Briefwählern wurden bisher immer weniger ungültige Erst- und Zweitstimmen abgegeben als von den übrigen Wählern. Bei den Briefwählern war 1976 sowohl der Anteil der ungültigen Erst-



25 Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler

Wahljahr	Von 100		
	Briefwählern	übrigen Wählern	Wählern insgesamt
	haben ungültig gewählt		

Erststimme

1957	1,6	3,0	3,0
1961	0,8	2,7	2,6
1965	0,9	3,1	2,9
1969	0,9	2,5	2,4
1972	0,7	1,3	1,2
1976	0,7	1,3	1,2

Zweitstimme

1957	1,7	3,9	3,8
1961	1,3	4,1	4,0
1965	0,7	2,5	2,4
1969	0,6	1,7	1,7
1972	0,5	0,8	0,8
1976	0,4	1,0	0,9

26 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Von jeweils 100 Wählern 1) wählen mit der					
	Erststimme ungültig	und zwar		Zweitstimme ungültig	und zwar	
		auch mit der Zweitstimme	nur mit der Erststimme		auch mit der Erststimme	nur mit der Zweitstimme

Männer

18 - 25	1,0	0,4	0,6	0,6	0,4	0,2
25 - 35	0,7	0,3	0,4	0,5	0,3	0,2
35 - 45	1,0	0,4	0,6	0,8	0,4	0,4
45 - 60	1,1	0,5	0,6	0,8	0,5	0,3
60 und mehr	1,6	0,7	0,9	1,1	0,7	0,4
Zusammen	1,1	0,5	0,6	0,8	0,5	0,3
dagegen: 1972	1,1	0,5	0,6	0,7	0,5	0,2
1969	2,1	0,8	1,3	1,5	0,8	0,7
1965	2,4	1,0	1,4	2,1	1,0	1,1
1961	2,5	1,0	1,4	3,4	1,0	2,4

Frauen

18 - 25	1,0	0,4	0,6	0,6	0,4	0,2
25 - 35	0,8	0,3	0,5	0,6	0,3	0,3
35 - 45	1,3	0,5	0,8	1,0	0,5	0,5
45 - 60	1,4	0,5	0,9	1,1	0,5	0,6
60 und mehr	2,3	0,8	1,5	1,6	0,8	0,8
Zusammen	1,5	0,6	1,0	1,1	0,6	0,5
dagegen: 1972	1,4	0,5	0,9	0,9	0,5	0,4
1969	3,0	0,9	2,1	1,9	0,9	1,0
1965	3,8	1,2	2,6	2,9	1,2	1,7
1961	3,3	1,1	2,3	4,9	1,1	3,8

Männer und Frauen

18 - 25	1,0	0,4	0,6	0,6	0,4	0,2
25 - 35	0,7	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
35 - 45	1,2	0,4	0,7	0,9	0,4	0,4
45 - 60	1,3	0,5	0,7	1,0	0,5	0,5
60 und mehr	2,0	0,8	1,3	1,4	0,8	0,6
Insgesamt	1,3	0,5	0,8	1,0	0,5	0,4
dagegen: 1972	1,3	0,5	0,7	0,8	0,5	0,3
1969	2,6	0,9	1,7	1,7	0,9	0,8
1965	3,1	1,1	2,0	2,5	1,1	1,4
1961	2,9	1,1	1,9	4,2	1,1	3,2

1) Ohne Briefwähler.

stimmen von 0,7 % als auch der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 0,4 % nur rd. halb so groß wie bei den übrigen Wählern, bei denen diese Anteile 1,3 bzw. 1,0 % ausmachten. Der Grund mag an dem größeren politischen Interesse der Briefwähler liegen, das schon an dem Umstand zu erkennen ist, daß sie sich die Unterlagen für die Briefwahl überhaupt besorgten. Die Briefwähler können außerdem den Stimmzettel länger studieren und sich von Familienangehörigen und Bekannten über die Technik der Stimmabgabe beraten lassen.

Auch sie müssen jedoch den Stimmzettel unbeobachtet ausfüllen und die persönliche Stimmabgabe eidesstattlich bestätigen.

Von den Briefwählern sind – ebenso wie von den übrigen Wählern – seit 1965 mehr ungültige Erststimmen als ungültige Zweitstimmen abgegeben worden; früher war es umgekehrt.

Die ungültigen Stimmen sind vor allem Frauenstimmen. Bei der Bundestagswahl 1976 gab es 374 000 Frauen aber nur 228 000 Männer, die eine oder beide Stimmen ungültig abgaben. Dabei sind die Fälle, in denen nur die Zweitstimme ungültig war, bei den Männern in etwa um ein Drittel und bei den Frauen um nahezu die Hälfte angestiegen.

Von 100 Erststimmen der Männer waren 1,1 und von 100 Erststimmen der Frauen 1,5, von 100 Zweitstimmen der Männer 0,8 und von 100 Zweitstimmen der Frauen 1,1 % ungültig. Unterscheidet man nach dem Alter, wählten die über 60jährigen mit 2,0 % der Erststimmen und 1,4 % der Zweitstimmen häufiger ungültig.

Da die Abgabe von nur einer ungültigen Stimme häufig auf der Ablehnung entweder aller Kreiswahlvorschläge oder aller Landeslisten und nicht nur auf Mißverständnissen und Fehlern beruhen wird, könnte man versuchen, die ungültigen Stimmen der älteren Wähler hieraus zu erklären. Man würde dabei unterstellen, daß die älteren Wähler, die etwa doppelt so häufig wie die jüngsten Wähler nur eine Stimme gültig abgegeben haben, besonders kritisch sind.

Etwa doppelt so häufig wie die unter 35jährigen haben die über 60jährigen aber auch mit beiden Stimmen ungültig gewählt. Man wird daher eher folgern müssen, daß es für die älteren Wähler schwieriger ist, den Stimmzettel auszufüllen. Dasselbe gilt für Frauen im Vergleich zu den Männern.

4 Gültige Erststimmen

Bei der Bundestagswahl 1976 gab es 37 695 644 gültige Erststimmen, die darüber entschieden, welche Wahlkreisabgeordneten in den Bundestag einzogen. Wie Übersicht 27 zeigt, war die Zahl der gültigen Erststimmen bei der Bundestagswahl 1953 – bei der zum ersten Mal mit zwei Stimmen gewählt wurde – um über 10 Millionen kleiner.

Die Zunahme der gültigen Erststimmen war von Wahl zu Wahl sehr unterschiedlich. Von 1953 bis 1957 betrug sie 9,6 %, dann 6,1, 1,4, 0,9, 14,0 % und von 1972 bis 1976 1,1 %. Während bis 1969 und von 1972 bis 1976 die Zunahme fast ausschließlich auf das Nachrücken der geburtenstärkeren Jahrgänge in das Wahlalter zurückzuführen ist, ist die starke Zunahme von 1969 bis 1972 neben der höheren Wahlbeteiligung auch in der grundgesetzlichen Ausdehnung des Wahlalters auf die 18 bis 20jährigen zu suchen.

Betrachtet man die Entwicklung nach Parteien, so ist bei der SPD festzustellen, daß sie bis 1972 kontinuierlich ihren Anteil an den gültigen Erststimmen von 29,5 % bei der Wahl 1953 um 2,5, 4,5, 3,6, 3,9 und 1972 sogar um 4,9 Prozentpunkte auf 48,9 % erhöhen konnte. Bei der Wahl 1976 mußte sie gegenüber 1972 allerdings einen Rückgang um 5,2 Prozentpunkte hinnehmen. Mit 43,7 % ist sie knapp unter dem bei der Wahl 1969 erreichten Anteil (44,0 %) geblieben.

Die Entwicklung der Erststimmenanteile der CDU und CSU nahm dagegen einen wechselhaften Verlauf. 1953 betrug ihr Anteil 43,7 %, danach 50,3, 46,0, 48,8, 46,6, 45,4 und 1976 48,9 %.

Auch die F.D.P. hatte einen wechselhaften Erststimmenanteil. 1969 und 1972 lag er mit jeweils 4,8 % am niedrigsten. 1976 ist der Anteil

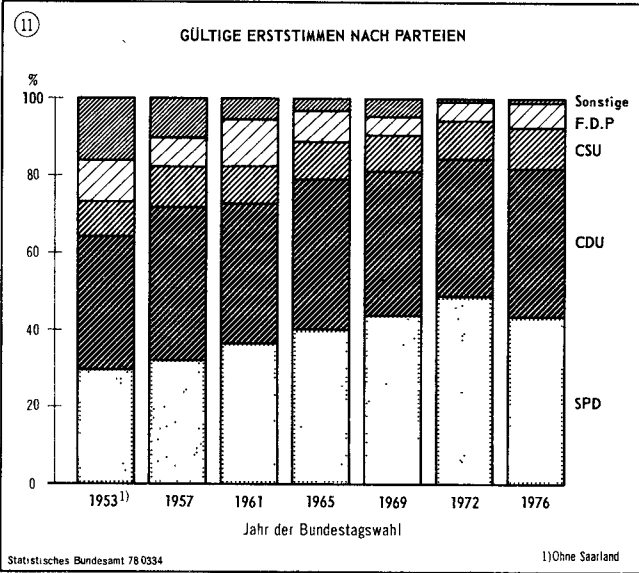
27 Gültige Erststimmen nach Parteien

Wahljahr Veränderung von ... bis ...	Maß- einheit	Gültige Erststimmen				
		insgesamt	davon für			
			SPD	CDU, CSU 1)	F.D.P.	Sonstige
1953 . . . . .	Anzahl	27 519 760	8 131 257	12 027 945	2 967 566	4 392 992
	%	100	29,5	43,7	10,8	16,0
Veränderung 1953/57 . .	Anzahl	+ 2 636 454	+ 1 520 412	+ 3 133 605	– 691 332	– 1 326 231
	%	+ 9,6	+ 18,7	+ 26,1	– 23,3	– 30,2
1957 . . . . .	Anzahl	30 156 214	9 651 669	15 161 550	2 276 234	3 066 761
	%	100	32,0	50,3	7,5	10,2
Veränderung 1957/61 . .	Anzahl	+ 1 848 252	+ 2 020 388	– 433 813	+ 1 590 035	– 1 328 358
	%	+ 6,1	+ 20,9	– 2,9	+ 69,9	– 43,3
1961 . . . . .	Anzahl	32 004 466	11 672 057	14 727 737	3 866 269	1 738 403
	%	100	36,5	46,0	12,1	5,4
Veränderung 1961/65 . .	Anzahl	+ 432 583	+ 1 326 417	+ 1 108 230	– 1 303 975	– 698 089
	%	+ 1,4	+ 11,4	+ 7,5	– 33,7	– 40,2
1965 . . . . .	Anzahl	32 437 049	12 998 474	15 835 967	2 562 294	1 040 314
	%	100	40,1	48,8	7,9	3,2
Veränderung 1965/69 . .	Anzahl	+ 276 467	+ 1 403 900	– 604 643	– 1 007 643	+ 484 853
	%	+ 0,9	+ 10,8	– 3,8	– 39,3	+ 46,6
1969 . . . . .	Anzahl	32 713 516	14 402 374	15 231 324	1 554 651	1 525 167
	%	100	44,0	46,6	4,8	4,7
Veränderung 1969/72 . .	Anzahl	+ 4 590 263	+ 3 825 865	+ 1 694 114	+ 235 862	– 1 165 578
	%	+ 14,0	+ 26,6	+ 11,1	+ 15,2	– 76,4
1972 . . . . .	Anzahl	37 303 779	18 228 239	16 925 438	1 790 513	359 589
	%	100	48,9	45,4	4,8	1,0
Veränderung 1972/76 . .	Anzahl	+ 391 865	– 1 756 918	+ 1 506 233	+ 627 170	+ 15 380
	%	+ 1,1	– 9,6	+ 8,9	+ 35,0	+ 4,3
1976 . . . . .	Anzahl	37 695 644	16 471 321	18 431 671	2 417 683	374 969
	%	100	43,7	48,9	6,4	1,0

1) CSU nur in Bayern, 1957 auch im Saarland.

wieder angestiegen und zwar auf 6,4 %. Die sonstigen Parteien, die 1953 noch 16 % an gültigen Erststimmen hatten, konnten bei der Wahl 1976 wie auch 1972 gerade noch 1 % der gültigen Erststimmen für sich verbuchen.

Seit der Bundestagswahl 1961 hatten nur die Wahlkreiskandidaten der SPD, der CDU und der CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu erringen. Viele Anhänger der übrigen Parteien haben daher ihre Erststimme nicht den Wahlkreiskandidaten ihrer Partei sondern den wirklich aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern gegeben. Hierzu wurden sie von ihrer Partei vielerorts sogar ausdrücklich aufgefordert. Hieraus erklärt es sich, daß die SPD seit 1953 sowie die CDU – mit Ausnahme von 1953 – jeweils mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben.



Die SPD hat 1976 rd. 400 000 Erststimmen mehr als Zweitstimmen erhalten, 1972 waren es sogar über 1 Million. Ihr Erststimmenanteil von 43,7 % (1972 : 48,9 %) liegt infolgedessen um 1,1 Prozentpunkte (1972 : 3,1) über ihrem Zweitstimmenanteil. Die CDU erhielt nur rd. 56 000 (1972 : 114 000) mehr Erst- als Zweitstimmen und die CSU rd. 19 000 mehr Zweit- als Erststimmen. Vergleicht man die Differenzen der Erst- und Zweitstimmen der übrigen Parteien, ergeben sich daraus deutliche Anhaltspunkte für die Annahme, daß auch 1976 noch viele Wähler, welche der F.D.P. die Zweitstimme gaben, mit ihrer Erststimme Kandidaten der SPD unterstützt haben. Offenbar waren aber nur sehr wenige Zweitstimmenwähler der sonstigen Parteien trotz Aussichtslosigkeit ihrer Wahlkreisbewerber bereit, Kandidaten anderer Parteien zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Zweitstimmenwähler der DKP, des KBW und der NPD. Bei diesen Parteien liegt die Zahl der Erststimmen sogar über derjenigen der Zweitstimmen.

Im Abschnitt „6 Kombination der Erst- und Zweitstimmen“ wird hierauf noch einmal eingegangen

Mit der Erststimme entschieden sich die Wähler für einen Wahlkreiskandidaten. Gewählt war, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhielt.

Bei der Wahl 1972 gewann die SPD 152 Wahlkreissitze; auf die CDU entfielen 65 und auf die CSU 31. Geht man jedoch von den Erststimmen aus, die 1972 in den für 1976 maßgebenden Wahlkreisen abgegeben wurden, vermindert sich die Zahl der Wahlkreise mit SPD-Mehrheiten auf 150 und erhöht sich die Zahl der Wahlkreise mit CSU-Mehrheiten auf 33; die Zahl der Wahlkreise mit CDU-Mehrheiten bleibt die gleiche.

Bei der Wahl 1976 ging in 36 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit der SPD an die CDU bzw. CSU verloren; andererseits gab es keinen Wahlkreis mit einem Wechsel der Mehrheit von der CDU bzw. CSU an die SPD. Für die SPD ergaben sich daher nur noch 114 Wahlkreissitze, für die CDU aber 94 statt bisher 65 und für die CSU 40 statt bisher 31 bzw. 33. Die SPD stellt damit weniger Wahlkreisabgeordnete als 1969, allerdings immer noch mehr als zuvor. Keinen Wechsel der Erststimmenmehrheiten gab es in den 8 Wahlkreisen von Hamburg und in den 3 Wahlkreisen von Bremen, wo die SPD wieder alle Wahlkreismandate errang; ferner im Saarland, wo sich die SPD-Kandidaten erneut in den gleichen 3 von insgesamt 5 Wahlkreisen durchsetzten. Mehr als die Hälfte der Wahlkreissitze fielen der SPD außerdem in Schleswig - Holstein (6 von 11), Niedersachsen (18 von 30), Nordrhein - Westfalen (45 von 73) und in Hessen (17 von 22) zu. Umgekehrt verhält es sich in Rheinland - Pfalz, wo die CDU in 10 von 16 Wahlkreisen den Sieger stellte, vor allem aber in Baden - Württemberg und Bayern, wo nahezu alle Wahlkreissieger der CDU bzw. CSU angehören und sich die SPD-Kandidaten nur noch in jeweils 4 Wahlkreisen durchsetzen konnten. Die F.D.P. hat seit 1961 keine Wahlkreisabgeordneten mehr.

Wie aus dem Schaubild 12 ersehen werden kann, stellt die SPD auch 1976 im norddeutschen und westdeutschen Raum sowie in Hessen und dem Saarland noch die meisten Wahlkreisabgeordneten. Im Süden dagegen dominiert mit Ausnahme in den Wahlkreisen 164/165 (2 von 3 Wahlkreisen der Stadt Stuttgart), 179/180 (Stadt Mannheim und nördlich der Stadt gelegene Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises), 205 (1 von 5 Wahlkreisen der Stadt München), 225 (Raum Hof in Oberfranken) und 230/231 (Stadt Nürnberg) die CDU bzw. CSU.

Die SPD bekam von ihren 114 Wahlkreissitzen 58 (1972 : 130) mit absoluten Mehrheiten. Im Wahlkreis 88 Essen II erreichte sie mit 66,3 % ihren höchsten Anteil. 56 ihrer Wahlkreissieger hatten weniger als die Hälfte der Wähler hinter sich. Mit nur 42,6 % der gültigen Erststimmen konnte ihr Kandidat noch im Wahlkreis 69 Wuppertal I Sieger werden.

Die CDU hat von ihren 94 Wahlkreissitzen 62 mit absoluten Mehrheiten gewonnen. In zwei Wahlkreisen erhielt sie noch mehr als 70 % der Erststimmen. Es sind dies – wie auch 1972 – die Wahlkreise 198 Biberach (72,9 %) und 27 Cloppenburg (72,7 %). 32 Wahlkreissieger benötigten weniger als die Hälfte der gültigen Erststimmen des Wahlkreises. Im Wahlkreis 166 Stuttgart III reichten dazu 45,1 % Erststimmen.

28 Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Wahlkreissitze					
	insgesamt	davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten				
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige
1949	242	96	91	24	12	19 1)
1953	242	45	130	42	14	11 2)
1957	247	46	147	47	1	6 3)
1961	247	91	114	42	—	—
1965	248	94	118	36	—	—
1969	248	127	87	34	—	—
1972	248	152	65	31	—	—
1976	248	114	94	40	—	—

1) Davon BP: 11, DP: 5, Wählergruppen: 3. — 2) Davon DP: 10, Zentrum: 1. — 3) DP.

Von den 40 Wahlkreissitzen der CSU gewann sie mit Ausnahme von 4 alle anderen mit absoluten Mehrheiten. Den Wahlkreis 213 Deggendorf gewann sie mit 73,3 % (1972 : 68,7 %) der gültigen Erststimmen. Mit 46,2 gewann sie noch den Wahlkreis 204 München-Mitte.

Mit weniger als 40 % der Erststimmen konnten 1949 noch 154 Wahlkreissiege errungen werden. 1953 waren es noch 46, danach 19, 1965 noch 2 und 1969 nur noch einer. Dabei handelt es sich um den Wahlkreis 63 Bonn, in dem die CDU mit 37,9 % zu ihrem Wahlsieg kam (s. auch Übersicht 31 und Tabelle 5 im Anhang).

## 29 Differenzen Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
6. 9. 1953						
SPD	8 131 257	29,5	7 944 943	28,8	+ 186 314	+ 0,7
CDU	9 577 659	34,8	10 016 594	36,4	— 438 935	— 1,6
CSU 1)	2 450 286	8,9	2 427 387	8,8	+ 22 899	+ 0,1
F.D.P.	2 967 566	10,8	2 629 163	9,5	+ 338 403	+ 1,3
Sonstige	4 392 992	16,0	4 533 185	16,5	— 140 193	— 0,5
Insgesamt	27 519 760	100	27 551 272	100	— 31 512	X
15. 9. 1957						
SPD	9 651 669	32,0	9 495 571	31,8	+ 156 098	+ 0,2
CDU	11 975 400	39,7	11 875 339	39,7	+ 100 061	+ 0,0
CSU 2)	3 186 150	10,6	3 133 060	10,5	+ 53 090	+ 0,1
F.D.P.	2 276 234	7,5	2 307 135	7,7	— 30 901	— 0,2
Sonstige	3 066 761	10,2	3 094 323	10,3	— 27 562	— 0,1
Insgesamt	30 156 214	100	29 905 428	100	+ 250 786	X
17. 9. 1961						
SPD	11 672 057	36,5	11 427 365	36,2	+ 244 702	+ 0,3
CDU	11 622 995	36,3	11 283 901	35,8	+ 339 094	+ 0,5
CSU 1)	3 104 742	9,7	3 014 471	9,6	+ 90 271	+ 0,1
F.D.P.	3 866 269	12,1	4 028 766	12,8	— 162 497	— 0,7
Sonstige	1 738 403	5,4	1 796 408	5,7	— 58 005	— 0,3
Insgesamt	32 004 466	100	31 550 901	100	+ 453 565	X
19. 9. 1965						
SPD	12 998 474	40,1	12 813 186	39,3	+ 185 288	+ 0,8
CDU	12 631 319	38,9	12 387 562	38,0	+ 243 757	+ 0,9
CSU 1)	3 204 648	9,9	3 136 506	9,6	+ 68 142	+ 0,3
F.D.P.	2 562 294	7,9	3 096 739	9,5	— 534 445	— 1,6
Sonstige	1 040 314	3,2	1 186 449	3,6	— 146 135	— 0,4
Insgesamt	32 437 049	100	32 620 442	100	— 183 393	X
28. 9. 1969						
SPD	14 402 374	44,0	14 065 716	42,7	+ 336 658	+ 1,3
CDU	12 137 148	37,1	12 079 535	36,6	+ 57 613	+ 0,5
CSU 1)	3 094 176	9,5	3 115 652	9,5	— 21 476	+ 0,0
F.D.P.	1 554 651	4,8	1 903 422	5,8	— 348 771	— 1,0
Sonstige	1 525 167	4,7	1 801 699	5,5	— 276 532	— 0,8
Insgesamt	32 713 516	100	32 966 024	100	— 252 508	X
19. 11. 1972						
SPD	18 228 239	48,9	17 175 169	45,8	+ 1 053 070	+ 3,1
CDU	13 304 813	35,7	13 190 837	35,2	+ 113 976	+ 0,5
CSU 1)	3 620 625	9,7	3 615 183	9,7	+ 5 442	+ 0,0
F.D.P.	1 790 513	4,8	3 129 982	8,4	— 1 339 469	— 3,6
Sonstige	359 589	1,0	348 579	0,9	+ 11 010	+ 0,1
Insgesamt	37 303 779	100	37 459 750	100	— 155 971	X
3. 10. 1976						
SPD	16 471 321	43,7	16 099 019	42,6	+ 372 302	+ 1,1
CDU	14 423 157	38,3	14 367 302	38,0	+ 55 855	+ 0,3
CSU 1)	4 008 514	10,6	4 027 499	10,6	— 18 985	— 0,0
F.D.P.	2 417 683	6,4	2 995 085	7,9	— 577 402	— 1,5
Sonstige	374 969	1,0	333 595	0,9	+ 41 374	+ 0,1
Insgesamt	37 695 644	100	37 822 500	100	— 126 856	X

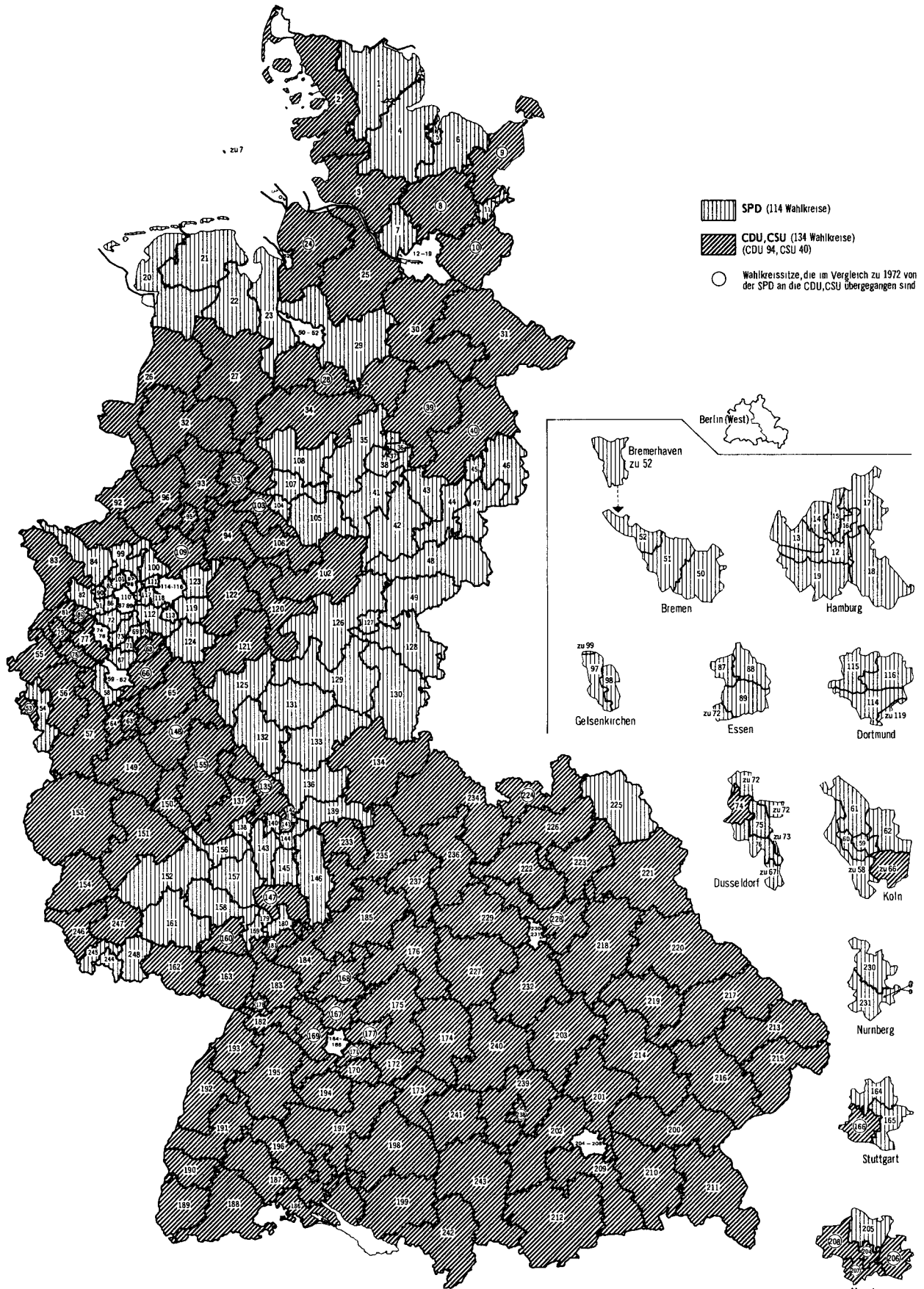
1) CSU nur in Bayern. — 2) CSU nur in Bayern und im Saarland.

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügen oft nur wenige Stimmen, da es zahlreiche Wahlkreise gibt, in denen das Stimmenverhältnis zwischen SPD und CDU bzw. CSU ziemlich ausgeglichen ist. In 17 Fällen war bei der Bundestagswahl 1976 die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der SPD um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU und CSU und in weiteren 8 Fällen die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der CDU und CSU um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen

Kandidaten der SPD. Bis zu 5 % machte der Vorsprung von 35 Wahlkreissiegern der SPD und von 22 Wahlkreissiegern der CDU und CSU, bis zu 10 % der Vorsprung von 61 Wahlkreissiegern der SPD und von 46 Wahlkreissiegern der CDU und CSU aus. Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 61 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der SPD um weniger als 10 % eine Abwanderung von bereits 5 % der SPD-Wähler zur CDU bzw. CSU genügen, damit die SPD 61 Wahlkreise verliert und die CDU und CSU 61 Wahlkreise gewinnt, was dazu führen würde, daß die CDU



WAHLKREISE NACH DER PARTEIZUGEHÖRIGKEIT DER WAHLKREISSIEGER  
BEI DER BUNDESTAGSWAHL 1976



30 Wahlkreise 1976, in denen die Mehrheit der Erststimmen von der SPD an die CDU bzw. CSU  
übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen				Zu- (+) bzw. Abnahme (–) 1976 gegenüber 1972	
		SPD		CDU, CSU 1)			
		1976	1972 2)	1976	1972 2)	SPD	CDU
Nr.	Name	%				Prozentpunkte	
8	Segeberg — Stormarn-Nord	44,0	49,2	47,5	45,2	– 5,2	+ 2,3
9	Ostholstein	45,9	51,2	46,9	44,6	– 5,3	+ 2,3
10	Herzogtum Lauenburg — Stormarn-Süd	45,1	50,8	46,5	44,1	– 5,7	+ 2,4
24	Cuxhaven	45,9	50,9	48,0	44,7	– 5,0	+ 3,3
28	Hoya	45,6	47,7	47,4	46,5	– 2,1	+ 0,9
33	Osnabrück	45,0	48,7	48,8	46,7	– 3,7	+ 2,1
39	Celle	44,0	48,2	49,2	46,3	– 4,2	+ 2,9
40	Gifhorn	46,1	50,4	48,3	45,2	– 4,3	+ 3,1
53	Aachen-Stadt	47,2	47,3	48,2	47,0	– 0,1	+ 1,2
66	Rheinisch-Bergischer Kreis	42,8	48,4	49,3	45,5	– 5,6	+ 3,8
68	Remscheid	45,9	51,9	46,0	41,9	– 6,0	+ 4,1
78	Rheydt — Grevenbroich II	43,0	47,6	49,5	45,8	– 4,6	+ 3,7
80	Krefeld	43,9	51,9	47,9	42,4	– 8,0	+ 5,5
103	Bielefeld I	44,9	51,5	46,1	42,1	– 6,6	+ 4,0
109	Lüdinghausen	47,4	50,6	47,9	46,3	– 3,2	+ 1,6
135	Hochtaunus	41,3	47,2	50,7	46,2	– 5,9	+ 4,5
141	Frankfurt (Main) II	43,5	50,7	45,3	40,1	– 7,2	+ 5,2
147	Bergstraße	45,6	51,4	48,5	44,6	– 5,8	+ 3,9
148	Neuwied	43,1	46,9	50,4	46,5	– 3,8	+ 3,9
155	Montabaur	43,7	48,0	49,3	45,7	– 4,3	+ 3,6
160	Neustadt — Speyer	42,8	47,8	50,6	46,2	– 5,0	+ 4,4
166	Stuttgart III	42,5	49,4	45,1	41,5	– 6,9	+ 3,6
167	Ludwigsburg	42,6	48,0	48,7	43,3	– 5,4	+ 5,4
168	Heilbronn	45,1	50,3	47,8	42,3	– 5,2	+ 5,5
169	Leonberg — Vaihingen	41,1	46,6	48,5	45,8	– 5,5	+ 2,7
171	Esslingen	45,7	49,2	48,7	46,1	– 3,5	+ 2,6
177	Waiblingen	39,9	45,2	48,6	42,6	– 5,3	+ 6,0
178	Karlsruhe	44,4	49,9	47,5	44,7	– 5,5	+ 2,8
181	Heidelberg-Stadt	43,1	49,1	48,4	44,8	– 6,0	+ 3,6
204	München-Mitte	43,5	51,3	46,2	40,6	– 7,8	+ 5,6
206	München-Ost	42,2	50,9	47,9	40,7	– 8,7	+ 7,2
207	München-Süd	39,4	49,6	47,8	41,6	– 10,2	+ 6,2
208	München-West	39,7	48,8	50,1	43,2	– 9,1	+ 6,9
224	Coburg	46,4	52,6	49,0	44,3	– 6,2	+ 4,7
228	Erlangen	40,3	49,5	50,1	45,7	– 9,2	+ 4,4
238	Augsburg-Stadt	41,6	48,6	51,0	46,7	– 7,0	+ 4,3

1) CSU nur in Bayern. – 2) Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976.

und CSU mehr als drei Viertel aller Wahlkreisabgeordneten stellt. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 46 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der CDU bzw. CSU von weniger als 10 % würde dagegen für die CDU und CSU eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 134 auf 88 zur Folge haben. Je nachdem, von welcher Entwicklung man ausgeht, sind also sehr unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten. Selbst im ungünstigsten Falle könnte die CDU und CSU jedoch nicht allzu viele Wahlkreissitze verlieren, weil sie von den insgesamt 134 Wahlkreissitzen 88 oder fast zwei Drittel mit einem Vorsprung von 10 und mehr % errungen hat. Von den 114 Wahlkreissiegern der SPD hatten 53 einen solchen Vorsprung vor den Kandidaten der CDU und CSU.

Die Zahl der Erststimmen für einen Wahlkreisbewerber hängt von seiner Parteizugehörigkeit, von der Wirkung seiner Persönlichkeit und von Wahlabsprachen ab. Soweit es sich um die beiden letzten dieser drei Faktoren handelt, läßt sich ihre Wirkung daran ablesen, ob die Wahlkreiskandidaten erheblich mehr Erststimmen erhalten haben als ihre Partei Zweitstimmen. In 41 Fällen überstieg die Zahl der Erststimmen für einen Kandidaten der SPD bzw. CDU oder CSU die Zahl der Zweitstimmen für die Landesliste seiner Partei um mehr als 3 000. Dabei handelt es sich um 38 Kandidaten der SPD und drei der CDU und CSU. Mehr als 5 000 machte der Unterschied bei 10 SPD-Kandidaten aus. Es sind dies – in der Ordnung nach der Abweichung der Erst- von Zweitstimmen im Wahlkreis – die Kandidaten:

Dr. Volker Hauff, Wkr. 171 (+ 8 837, 1972 : + 10 944)  
Dieter Schinzel, Wkr. 53 (+ 7 422, 1972 : + 4 188)  
Helmut Schmidt, Wkr. 18 (+ 6 868, 1972 : + 9 900)  
Karl Ravens, Wkr. 29 (+ 6 255, 1972 : + 8 480)  
Dr. Dieter Spöri, Wkr. 168 (+ 6 186, 1972 : nicht kandidiert)  
Dr. Peter Glotz, Wkr. 202 (+ 5 986, 1972 : + 7 059)  
Dr. Hans-Jochen Vogel, Wkr. 205 (+ 5 946, 1972 : nicht im Wkr. kandidiert)  
Franz Heinrich Krey, Wkr. 66 (+ 5 907, 1972 : nicht kandidiert)  
Karl Hans Kern, Wkr. 173 (+ 5 757, 1972 : 5 547)  
Dr. Peter Corterier, Wkr. 178 (+ 5 645, 1972 : 13 307)

Von den genannten 10 SPD-Kandidaten gingen 3 als Wahlkreissieger hervor, 5 kamen über die Landesliste in den Deutschen Bundestag und 2 (Dieter Schinzel und Karl Hans Kern) haben ihr Ziel, in den Deutschen Bundestag zu kommen, nicht erreicht.

Weniger Erst- als ihre Partei Zweitstimmen erhielten insgesamt 137 Kandidaten. Dabei handelt es sich um 40 Kandidaten der SPD, 68 Kandidaten der CDU und um 29 Kandidaten der CSU. Bis auf 3 Fälle liegen diese Abweichungen unter 3 000 Stimmen.

Genau gleich viele Erst- als seine Partei (CDU) Zweitstimmen erzielte der im Wahlkreis 79 (Monchengladbach) gewählte Rechtsanwalt Wolfgang Feinendegen.

### 31 Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten

Jahr der Wahl 1)	Zahl der Wahlkreissieger					
	ins- gesamt	mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von . . . bis unter . . . %				
		unter 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr
SPD						
1949	96	75	20	1	—	—
1953	45	21	23	1	—	—
1957	46	10	31	5	—	—
1961	91	6	74	11	—	—
1965	94	1	56	35	2	—
1969	127	—	52	64	11	—
1972	152	—	22	102	27	1
1976	114	—	56	47	11	—

Jahr der Wahl 1)	Zahl der Wahlkreissieger					
	ins- gesamt	mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von . . . bis unter . . . %				
		unter 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr
CSU						
1949	24	18	5	1	—	—
1953	42	1	13	21	7	—
1957	47	—	10	12	21	4
1961	42	—	7	14	18	3
1965	36	—	4	11	19	2
1969	34	—	4	15	15	—
1972	31	—	—	12	18	1
1976	40	—	4	8	24	4

Sonstige und Parteilose						
1949	31	25	6	—	—	—
1953	25	7	8	10	—	—
1957	7	4	3	—	—	—

Insgesamt						
1949	242	154	60	19	6	3
1953	242	46	81	71	34	10
1957	247	26	89	68	48	16
1961	247	19	131	53	34	10
1965	248	2	101	100	37	8
1969	248	1	84	117	44	2
1972	248	—	42	147	55	4
1976	248	—	92	98	52	6

1) 1949 und 1953 ohne Saarland.

1) 1949 und 1953 ohne Saarland.

### 32 Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen

Abstände	Jahr 1)	Zahl der Wahlkreise												
		mit einem Abstand der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... % 2)												
		ins- gesamt	unter 1	1 — 2	2 — 5	5 — 10	10 — 15	15 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr
Insgesamt . . . . .	1949	242	14	4	33	61	50	30	30	9	8	—	2	1
	1953	242	13	5	23	34	25	21	49	30	25	13	3	1
	1957	247	10	12	22	34	27	25	37	27	31	18	4	—
	1961	247	12	13	25	48	37	19 3)	40	23	19	8	2	1
	1965	248	7	12	21	43	46	32	46	18	18	4	1	—
	1969	248	5	7	21	47	48	32	51	25	10	2	—	—
	1972	248	11	9	18	36	46	35	49	37	7	—	—	—
	1976	248	10	15	32	50	35	21	41	30	12	2	—	—
dar. zwischen SPD — CDU, CSU .	1949	57	1	2	8	14	21	5	5	—	1	—	—	—
	1953	34	5	1	6	14	4	2	2	—	—	—	—	—
	1957	44	5	5	10	12	4	6	2	—	—	—	—	—
	1961	91	4	8	11	28	23	10	6	1	—	—	—	—
	1965	94	4	5	9	27	26	14	9	—	—	—	—	—
	1969	127	4	4	14	26	30	18	26	5	—	—	—	—
	1972	152	6	5	8	24	33	25	28	19	4	—	—	—
	1976	114	8	9	18	26	18	9	16	10	—	—	—	—
CDU, CSU — SPD .	1949	83	3	—	8	20	10	11	16	8	5	—	2	—
	1953	159	5	3	9	11	16	14	37	25	24	12	2	1
	1957	185	4	6	9	19	21	18	32	26	29	17	4	—
	1961	156	8	5	14	20	14	9 3)	34	22	19	8	2	1
	1965	154	3	7	12	16	20	18	37	18	18	4	1	—
	1969	121	1	3	7	21	18	14	25	20	10	2	—	—
	1972	96	5	4	10	12	13	10	21	18	3	—	—	—
	1976	134	2	6	14	24	17	12	25	20	12	2	—	—

1) 1949 und 1953 ohne Saarland. — 2) Absolute Differenz der prozentualen Stimmenanteile. — 3) Darunter nur noch ein Wahlkreis, in dem die F.D.P. und nicht die SPD nach der CDU mit einem Abstand von 15,1 % Erstunterlegener war (Wahlkreis 173 Crailsheim).

33 Wahlkreisabgeordnete des Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

Land	Abgeordnete insgesamt	Davon					
		SPD		CDU		CSU	
		1976	1972	1976	1972	1976	1972
Schleswig - Holstein . . . . .	11	6	9	5	2	—	—
Hamburg . . . . .	8	8	8	—	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	30	18	23	12	7	—	—
Bremen . . . . .	3	3	3	—	—	—	—
Nordrhein - Westfalen . . . . .	73	45	52	28	21	—	—
Hessen . . . . .	22	17	20	5	2	—	—
Rheinland - Pfalz . . . . .	16	6	9	10	7	—	—
Baden - Württemberg . . . . .	36	4	12	32	24	—	—
Bayern . . . . .	44	4	13	—	—	40	31
Saarland . . . . .	5	3	3	2	2	—	—
Wahlgebiet ohne Berlin . . .	248	114	152	94	65	40	31

Einen Überblick über die Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen, mit Vergleichszahlen für 1972, vermittelt Tabelle 6 im Anhang.

Wie 1972, wurden auch 1976, durch Addition der Totalzahlen für

die Gemeinden, Ergebnisse in der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen und nach dem evangelischen Bevölkerungsanteil in den Gemeinden, 1976 erweitert um die Stellung im Beruf (Selbständige einschl. Mithelfende Familienangehörige bzw. Beamte und Angestellte), gewonnen. Dabei sind auch Ergebnisse über die Erststimmenabgabe angefallen (vgl. Tabelle 7 im Anhang).

5 Gültige Zweitstimmen

5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

Die Verteilung der Erststimmen auf die Wahlkreiskandidaten ist für den Wahlausgang in den Wahlkreisen und für die personelle Zusammensetzung der Hälfte des Bundestages maßgebend. Die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Partei im Bundestag richtet sich nach den Zweitstimmen. Auch die politische Einstellung der Bevölkerung, die sich im Wahlergebnis durch Bevorzugung der einen oder anderen Partei niederschlägt, findet vor allem in den Zweitstimmen ihren Ausdruck. Auf die Zweitstimmen wird daher näher als auf die Erststimmen eingegangen werden.

Bei der Bundestagswahl 1976 wurden 37 822 500 gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon erhielten die

SPD	16 099 019	oder 42,6 %
CDU	14 367 302	oder 38,0 %
CSU	4 027 499	oder 10,6 %
F.D.P.	2 995 085	oder 7,9 %

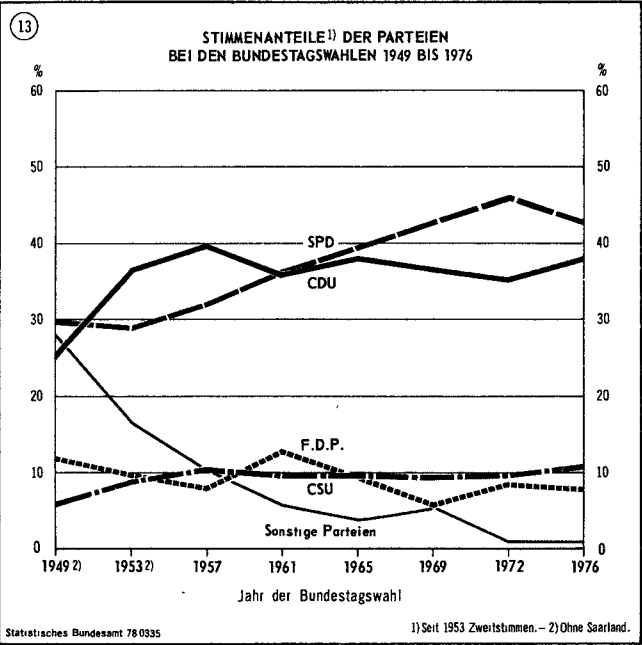
Die restlichen 333 595 gültigen Zweitstimmen verteilten sich auf folgende Parteien:

NPD	122 661	oder 0,3 %
DKP	118 581	oder 0,3 %
KPD	22 714	oder 0,1 %
AUD	22 202	oder 0,1 %
KBW	20 018	oder 0,1 %
EAP	6 811	oder 0,0 %
C.B.V.	6 720	oder 0,0 %
GIM	4 759	oder 0,0 %
AVP	4 723	oder 0,0 %
5%-BLOCK	2 940	oder 0,0 %
UAP	765	oder 0,0 %
VL	701	oder 0,0 %

Von den gültigen Zweitstimmen erhielt die SPD 42,6 %; sie ist damit wieder stärkste Partei. Im Vergleich zur Wahl 1972, bei der ihr Zweitstimmenanteil 45,8 % ausmachte, mußte sie mit 3,2 Prozentpunkten aber beachtliche Einbußen hinnehmen. Sie fiel damit auf ihr Wahlergebnis von 1969 (42,7 %) zurück.

Die CDU konnte ihren Zweitstimmenanteil von 35,2 auf 38,0 % ausbauen und wieder das gleiche Ergebnis wie 1965 erzielen. Nur bei der Bundestagswahl 1957 hatte sie mit 39,7 % ein noch besseres Ergebnis als 1976 und 1965. Auch für die CSU ergab sich eine Erhöhung des Stimmenanteils von 9,7 auf 10,6 %. Sie hat damit den 1957 erreichten höchsten Stimmenanteil von 10,5 % sogar noch überschritten. Für beide Parteien zusammen beträgt der Zweitstimmenanteil 1976 48,6 %, verglichen mit 44,9 % bei der Wahl 1972. Die Unionsparteien erzielten demnach 1976 ihr zweitbestes Ergebnis seit 1949. Das beste Ergebnis mit 49,7 % erreichten sie bei der Bundestagswahl 1957.

Ebenso wie die SPD konnte auch die F.D.P. ihr Ergebnis von 1972 (8,4 %) nicht halten; sie mußte sich mit 7,9 % Zweitstimmen begnügen. Sie liegt damit nur noch um 0,2 Prozentpunkte über dem zweitniedrigsten Ergebnis mit 7,7 % bei der Bundestagswahl 1957. Ihr niedrigstes Ergebnis (5,8 %) erzielte sie bei der Bundestagswahl 1969.



## 34 Stimmabgabe bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1972

Land	Bundestags- wahl ... (BW ...) Landtags- wahl ... (LW ...)	Anteil der Stimmen <sup>1)</sup> in % für (die)					
		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Sonstige	darunter	
						NPD	DKP
Schleswig - Holstein . .	BW 72	48,6	42,0	8,6	0,8	0,5	0,2
	LW 75	40,1	50,4	7,1	2,4	0,5	0,4
	BW 76	46,4	44,1	8,8	0,7	0,3	0,2
Hamburg . . . . .	BW 72	54,4	33,3	11,2	1,0	0,4	0,6
	LW 74	44,9	40,6	10,9	3,6	0,8	2,2
	BW 76	52,6	35,9	10,2	1,4	0,2	0,8
Niedersachsen . . . . .	BW 72	48,1	42,7	8,5	0,7	0,5	0,2
	LW 74	43,1	48,8	7,0	1,0	0,6	0,4
	BW 76	45,7	45,7	7,9	0,7	0,3	0,2
Bremen . . . . .	BW 72	58,1	29,6	11,1	1,2	0,5	0,7
	LW 75	48,7	33,8	13,0	4,5	1,1	2,1
	BW 76	54,0	32,5	11,8	1,6	0,3	0,8
Nordrhein - Westfalen .	BW 72	50,4	41,0	7,8	0,8	0,3	0,3
	LW 75	45,1	47,1	6,7	1,1	0,4	0,5
	BW 76	46,9	44,5	7,8	0,8	0,2	0,3
Hessen . . . . .	BW 72	48,5	40,3	10,2	1,0	0,6	0,4
	LW 74	43,2	47,3	7,4	2,1	1,0	0,9
	BW 76	45,7	44,8	8,5	1,0	0,3	0,4
Rheinland - Pfalz . . . .	BW 72	44,9	45,9	8,1	1,1	0,8	0,3
	LW 75	38,5	53,9	5,6	1,9	1,1	0,5
	BW 76	41,7	49,9	7,6	0,9	0,4	0,3
Baden - Württemberg . .	BW 72	38,9	49,8	10,2	1,1	0,8	0,2
	LW 76	33,3	56,7	7,8	2,2	0,9	0,4
	BW 76	36,6	53,3	9,1	1,0	0,4	0,2
Bayern . . . . .	BW 72	37,8	55,1	6,1	1,0	0,7	0,2
	LW 74	30,2	62,1	5,2	2,5	1,1	0,4
	BW 76	32,8	60,0	6,2	1,0	0,4	0,2
Saarland . . . . .	BW 72	47,9	43,4	7,1	1,6	0,8	0,7
	LW 75	41,8	49,1	7,4	1,6	0,7	1,0
	BW 76	46,1	46,2	6,6	1,1	0,4	0,5
Bundesgebiet ohne							
Berlin . . . . .	BW 72	45,8	44,9 <sup>3)</sup>	8,4	0,9	0,6	0,3
	BW 76	42,6	48,6 <sup>4)</sup>	7,9	0,9	0,3	0,3

1) Bundestagswahlen Zweitstimmen. — 2) CSU nur in Bayern. — 3) Davon: CDU 35,2 %, CSU 9,7 %. — 4) Davon: CDU 38,0 %, CSU 10,6 %.

SPD, CDU, CSU und F.D.P. zusammen bekamen 99,1 % aller gültigen Zweitstimmen. Damit hat sich die Konzentration der Stimmen auf die seit 1961 im Bundestag vertretenen Parteien gegenüber 1972 nicht verändert. Der Zweitstimmenanteil der übrigen Parteien ist somit bedeutungslos geworden. Auf über ein Fünftel sind die Zweitstimmen der NPD zusammengeschmolzen, die 1969 4,3 % auf sich vereinigen konnte, 1976 aber nur noch 0,3 %. Die bei der Bundestagswahl 1972 zum ersten Mal aufgetretene DKP erhielt 1976 wie 1972 lediglich 0,3 % Zweitstimmen. Mit rd. 118 600 Zweitstimmen erhielt sie knapp 4 700 Zweitstimmen mehr als 1972. Zu je etwa 20 000 Zweitstimmen brachten es die AUD (1965: rd. 53 000), der KBW und die KPD, die beide erstmals bei einer Bundestagswahl aufgetreten sind. Nahezu je 7 000 Zweitstimmen erzielten die Neulinge C.B.V. und EAP. Nicht ganz 5 000 Zweitstimmen bekamen jeweils die AVP und die GIM und noch nicht einmal 3 000 der 5 %-BLOCK. Die UAP und die VL konnten noch nicht einmal eine vierstellige Zweitstimmenzahl erreichen.

Die SPD hat ihren Stimmenanteil gegenüber 1972 in den einzelnen Ländern um folgende Prozentpunkte verschlechtert:

Bayern	— 5,0
Bremen	— 4,1

Nordrhein - Westfalen	— 3,5
Rheinland - Pfalz	— 3,2
Hessen	— 2,8
Niedersachsen	— 2,4
Baden - Württemberg	— 2,3
Schleswig - Holstein	— 2,2
Hamburg	— 1,8
Saarland	— 1,8

Stärkste Partei ist die SPD in Schleswig - Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein - Westfalen und in Hessen geblieben; im Saarland hat sie diese Rolle der CDU überlassen müssen. In Niedersachsen ergaben sich für SPD und CDU bei leichtem Überwiegen der absoluten Zahl der SPD-Stimmen gleiche Stimmenanteile.

Der Stimmenanteil der CDU hat sich gegenüber 1972 in den einzelnen Ländern um folgende Prozentpunkte verbessert:

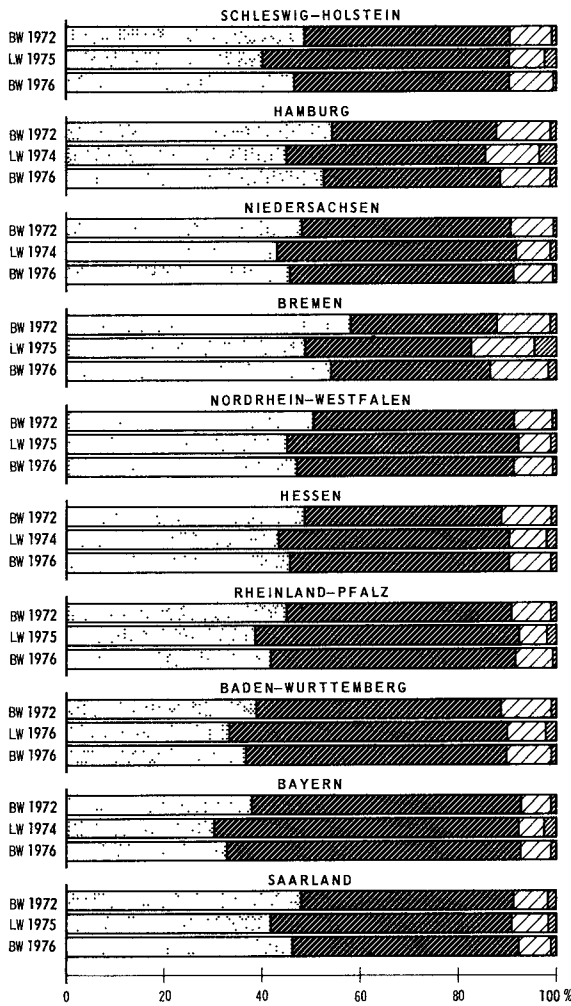
Hessen	+ 4,5
Rheinland - Pfalz	+ 4,0
Nordrhein - Westfalen	+ 3,5
Baden - Württemberg	+ 3,5

14

# STIMMANTEILE BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN (BW) 1972 UND 1976 UND BEI DEN LETZTEN LANDTAGSWAHLEN (LW)

Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf 1)

SPD CDU in Bayern CSU F.D.P. Sonstige



Statistisches Bundesamt 780336

1) Bundestagswahlen Zweitstimmen.

Niedersachsen + 3,0  
Bremen + 2,9  
Saarland + 2,8  
Hamburg + 2,6  
Schleswig - Holstein + 2,1

Für die CSU ergab sich eine Erhöhung des Stimmenanteils im Bund von 9,7 auf 10,6 %. Aussagekräftiger ist hier jedoch, weil sie auf Bayern begrenzt ist, die Zunahme von 55,1 auf 60 % in diesem Bundesland. Länder mit noch deutlicheren CDU- bzw. CSU-Mehrheiten als bisher sind jetzt Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg und Bayern.

Der Stimmenanteil der F.D.P. hat sich gegenüber 1972 in den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg und Saarland zwischen 0,5 und 1,7 Prozentpunkten vermindert und in den Ländern Schleswig - Holstein, Bremen und Bayern zwischen 0,1 und 0,7 Prozentpunkten verbessert. In Nordrhein - Westfalen ist ihr Stimmenanteil gleich geblieben.

Faßt man die Zweitstimmen für die Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition (SPD und F.D.P.) und für die Opposition (CDU und CSU) zusammen, ergeben sich für die

Koalition: 50,5 %  
Opposition: 48,6 %.

## 5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Die Zahl der Wahlkreise, in denen die SPD 1972 schwach vertreten war, hat sich wieder auf den Stand von 1969 erhöht. Geht man von den Grenzen der Bundestagswahlkreise 1976 aus, gab es nach dem Wahlergebnis 1972 insgesamt 39 Wahlkreise, in denen der Anteil weniger als 35 % betrug; bei der Bundestagswahl 1976 waren es 56 solcher Wahlkreise. Die Zahl der Wahlkreise, in denen mehr als 50 % der Zweitstimmen für die SPD abgegeben wurden, hat sich von 84 auf 51 und die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60 % der Zweitstimmen für die SPD von 18 auf 11 vermindert. Die zehn Wahlkreise, in denen die SPD ihre meisten Stimmen erhielt, gehen aus der Übersicht 35 hervor. Es handelt sich mit Ausnahme des Wahlkreises 82 Moers um großstädtische Wahlkreise.

Die Zahl der Wahlkreise mit weniger als 35 % Zweitstimmen für CDU und CSU hat sich von 36 auf 22 vermindert. In 93 Wahlkreisen haben sie über die Hälfte der Zweitstimmen bekommen. Bei der Bundestagswahl 1972 waren es nur 71 und 1969 noch 82. Die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60 % Zweitstimmen für die CDU oder CSU hat sich von 28 auf 46 erhöht, 1969 waren es 33. Bei den zehn Wahlkreisen, in denen die CDU oder CSU ihre meisten Zweitstimmen erhielt, handelt es sich durchweg um ländliche Wahlkreise mit einem überwiegenden Anteil katholischer Bevölkerung.

### 35 Wahlkreise 1976 mit den meisten Zweitstimmen für die SPD, CDU bzw. CSU und F.D.P.

Wahlkreis		Zweitstimmen in %	
Nr.	Name	1976	1972 1)

#### Die 10 Wahlkreise, in denen 1976 die SPD ihre meisten Zweitstimmen erhielt

90	Duisburg I . . . . .	66,2	68,7
115	Dortmund II . . . . .	65,7	67,8
88	Essen II . . . . .	65,1	67,7
98	Gelsenkirchen II . . . . .	63,5	65,6
97	Gelsenkirchen I . . . . .	63,1	65,3
110	Wanne-Eickel-Wattenscheid . . . . .	62,3	64,6
111	Herne-Castrop-Rauxel . . . . .	62,0	63,8
118	Bochum-Witten . . . . .	61,9	64,1
101	Bottrop-Gladbeck . . . . .	61,0	63,3
82	Moers . . . . .	60,4	63,7

#### Die 10 Wahlkreise, in denen 1976 die CDU bzw. CSU 2) ihre meisten Zweitstimmen erhielt

198	Biberach . . . . .	73,2	71,1
213	Deggendorf . . . . .	72,7	68,7
216	Rottal-Inn . . . . .	71,9	68,9
27	Cloppenburg . . . . .	71,2	70,6
200	Altötting . . . . .	70,4	66,4
234	Bad Kissingen . . . . .	70,3	66,7
217	Straubing . . . . .	69,7	65,7
243	Unterallgäu . . . . .	69,7	65,4
153	Bitburg . . . . .	68,9	65,4
240	Donau-Ries . . . . .	68,5	64,3

#### Die 10 Wahlkreise, in denen 1976 die F.D.P. ihre meisten Zweitstimmen erhielt

166	Stuttgart III . . . . .	14,1	16,7
50	Bremen-Ost . . . . .	13,7	13,5
165	Stuttgart II . . . . .	13,6	16,4
69	Wuppertal I . . . . .	12,9	10,7
22	Oldenburg . . . . .	12,6	12,5
17	Wandsbek . . . . .	12,5	13,9
177	Waiblingen . . . . .	12,3	13,7
207	München-Süd . . . . .	12,3	11,6
70	Wuppertal II . . . . .	11,9	10,3
190	Freiburg . . . . .	11,9	14,9

1) Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976. — 2) Nur Wahlkreise 200 bis 243.

# 36 Die 248 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im Bundestag vertretenen Parteien

Anteil der Zweitstimmen von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehendem Stimmenanteil der								
	SPD			CDU und CSU 1)			F.D.P.		
	1969 3)	1972 2)	1976	1969 3)	1972 2)	1976	1969 3)	1972 2)	1976
70 — 75	—	—	—	3	2	6	—	—	—
65 — 70	—	5	3	13	9	18	—	—	—
60 — 65	4	13	8	17	18	22	—	—	—
55 — 60	21	21	15	22	18	18	—	—	—
50 — 55	29	45	25	27	24	29	—	—	—
45 — 50	63	56	55	40	39	50	—	—	—
40 — 45	35	40	51	39	46	59	—	—	—
35 — 40	38	29	35	61	56	24	—	—	—
30 — 35	27	29	25	25	25	18	—	—	—
25 — 30	22	8	23	1	11	4	—	—	—
20 — 25	8	2	8	—	—	—	—	—	—
15 — 20	1	—	—	—	—	—	—	—	—
10 — 15	—	—	—	—	—	—	8	69	56
5 — 10	—	—	—	—	—	—	155	149	164
unter 5	—	—	—	—	—	—	85	30	28

1) CSU nur in Bayern. — 2) Nach den Grenzen der Wahlkreise 1976. — 3) Nach den Grenzen der Wahlkreise 1972.

Mehr als 10 % Zweitstimmen erhielt die F.D.P. 1976 in 56 Wahlkreisen. 1972 waren es noch 69; 1969 aber nur 8. In 192 oder in mehr als drei Vierteln aller Wahlkreise belief sich ihr Stimmenanteil auf weniger als 10 %. Die Wahlkreise mit besonders vielen Stimmen für die F.D.P. liegen vor allem in Baden - Württemberg. Die meisten Stimmen erhielt die F.D.P. wie bei der Bundestagswahl 1972 im Wahlkreis 166 Stuttgart III.

Von den Splitterparteien erzielte die DKP in 4, die C.B.V. und die NPD in je einem Wahlkreis 1 % und mehr Zweitstimmen. Den höchsten Anteil an Zweitstimmen erzielte von den Splitterparteien die DKP mit je 1,2 % in den Wahlkreisen 101 Bottrop-Gladbeck und 131 Marburg.

Gegenüber 1972 hat die SPD in allen 248 Wahlkreisen Zweitstimmenverluste hinnehmen müssen und zwar in 232 Wahlkreisen bis unter 5 Prozentpunkte und in 16 Wahlkreisen 5 und mehr. Die höchsten Abnahmen mußte sie in Bayern in den Wahlkreisen der Landeshauptstadt München und im Landkreis München hinnehmen. 8,0 Prozentpunkte waren es im Wahlkreis 206 München-Ost, 7,7 im Wahlkreis 207 München-Süd, 7,6 im Wahlkreis 208 München-West, 7,5 im Wahlkreis 205 München-Nord, 7,3 im Wahlkreis 209 München-Land und 6,2 im Wahlkreis 204 München-Mitte. Mit Ausnahmen der Wahlkreise 69 Wuppertal I und 70 Wuppertal II mit einer Abnahme um 5,9 bzw. 5,0 Prozentpunkten handelt es sich bei den übrigen 8 Wahlkreisen mit einer Abnahme von 5 und mehr Prozentpunkten ausschließlich um bayerische Wahlkreise.

Die CDU und CSU haben gegenüber 1972 in allen Wahlkreisen Stimmengewinne erzielt und zwar in 225 Wahlkreisen bis unter 5 Prozentpunkte und in 23 Wahlkreisen 5 und mehr. Diese 23 Wahlkreise verteilen sich auf Hessen (6), Baden - Württemberg (1) und Bayern (16). Den höchsten Zuwachs an Prozentpunkten erzielte die CSU mit 7,3 im Wahlkreis 206 München-Ost und die CDU mit 5,8 im hessischen Wahlkreis 144 Offenbach.

Die F.D.P. hat in 157 Wahlkreisen einen geringeren und in 91 Wahlkreisen einen höheren Stimmenanteil als 1972 erreicht. In den Wahlkreisen 132 Wetzlar und 190 Freiburg mußte sie mit jeweils 3 Prozentpunkten die höchsten Verluste hinnehmen und im Wahlkreis 69 Wuppertal I erzielte sie mit 2,2 Prozentpunkten die stärkste Zunahme.

## 5.3 Stimmabgabe der Briefwähler

Der Anteil der Briefwähler unter den Anhängern der einzelnen Parteien weist Unterschiede auf, die in ihrer Tendenz schon seit 1957 bestehen. Den höchsten Anteil von Briefwählern hatte 1976 die F.D.P.. Von den Zweitstimmen für die F.D.P. kamen 12,2 % von Briefwählern. Von den Zweitstimmenwählern der CDU hatten 12 %

## 37 Gültige Stimmen der Briefwähler nach Parteien

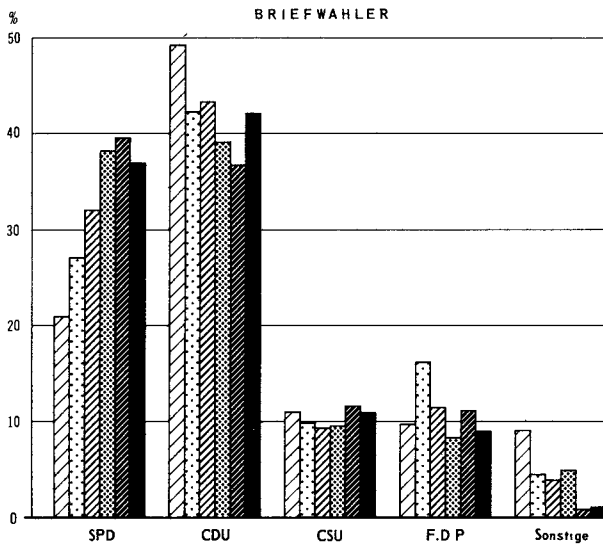
Partei	Wahl-jahr	Von 100 Zweitstimmen			
		für neben- stehende Parteien wurden mit Wahl- brief abgegeben	der		
			Brief- wähler	übrigen Wähler	Wähler insgesamt
SPD . . .	1957	3,3	21,0	32,3	31,8
	1961	4,4	27,1	36,8	36,2
	1965	6,1	32,0	39,9	39,3
	1969	6,4	38,2	43,0	42,7
	1972	6,3	39,6	46,3	45,8
	1976	9,4	36,9	43,2	42,6
CDU . .	1957	6,3	49,3	39,2	39,7
	1961	7,0	42,3	35,4	35,8
	1965	8,5	43,3	37,5	38,0
	1969	7,7	39,1	36,4	36,6
	1972	7,5	36,7	35,1	35,2
	1976	12,0	42,1	37,5	38,0
CSU . . .	1957	5,3	11,0	10,4	10,5
	1961	6,1	9,8	9,5	9,6
	1965	7,2	9,3	9,6	9,6
	1969	7,2	9,5	9,4	9,5
	1972	8,7	11,6	9,5	9,7
	1976	11,1	10,9	10,6	10,6
F.D.P. . .	1957	6,3	9,7	7,6	7,7
	1961	7,5	16,2	12,6	12,8
	1965	9,0	11,5	9,3	9,5
	1969	10,3	8,3	5,6	5,8
	1972	9,6	11,1	8,1	8,4
	1976	12,2	8,9	7,8	7,9
Sonstige .	1957	4,4	9,0	10,4	10,3
	1961	7,4	4,7	5,8	5,7
	1965	8,0	3,9	3,6	3,6
	1969	6,5	4,9	5,5	5,5
	1972	7,3	0,9	0,9	0,9
	1976	13,9	1,1	0,9	0,9

brieflich gewählt. Der entsprechende Anteil bei den CSU-Wählern betrug 11,1 %. Unter den SPD-Wählern war der Anteil derjenigen, die brieflich wählten, mit 9,4 % am niedrigsten.

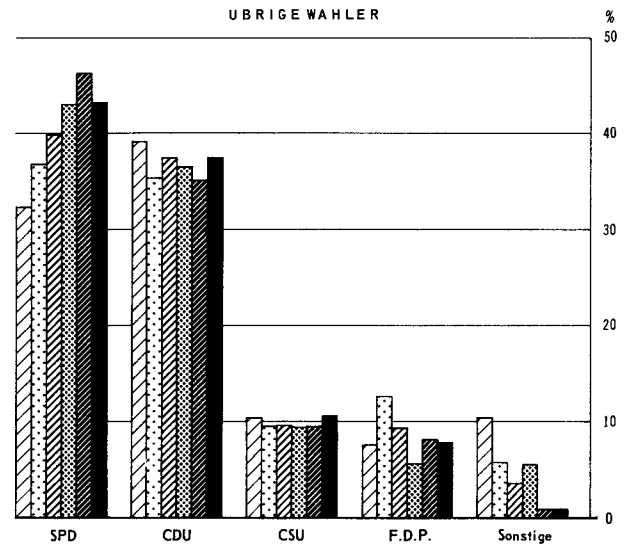
# STIMMABGABE DER BRIEFWAHLER UND DER ÜBRIGEN WAHLER

## Zweitstimmenanteil der Parteien in %

1957 1961 1965 1969 1972 1976



Statistisches Bundesamt 78 0337



Bundesgebiet ohne Berlin

Von den abgegebenen gültigen Zweitstimmen der Briefwähler entfielen 1976 auf die CDU 42,1 %, auf die SPD 36,9 %, auf die CSU 10,9 % und auf die F.D.P. 8,9 %. Von den übrigen Wählern hatten mit ihrer Zweitstimme 37,5 % CDU, 43,2 % SPD, 10,6 % CSU und 7,8 % F.D.P. gewählt. Die Unterschiede der Stimmenanteile zwischen Briefwählern und übrigen Wählern bestätigen die seit 1957 zu beobachtende Tendenz: Der Anteil der CDU-Wähler unter den Briefwählern ist höher als unter den übrigen Wählern; umgekehrt ist der Anteil der SPD-Wähler unter den Briefwählern niedriger als unter den übrigen Wählern. Für die CSU trifft die für die CDU festgestellte Tendenz, jedoch nicht in so ausgeprägter Form, ebenfalls zu. Auch die F.D.P.-Wähler sind unter den Briefwählern prozentual stärker als unter den übrigen Wählern vertreten. Von 1957 bis 1969 hatten sich, mit Ausnahme der F.D.P., sowohl für die SPD als auch für die CDU und CSU die Unterschiede der Stimmenanteile bei den Briefwählern und übrigen Wählern verringert. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1976 weisen wieder etwas höhere Abweichungen der parteispezifischen Stimmenanteile bei den beiden Wählergruppen auf.

wieder zu finden. Nur sind die bei den Männern und Frauen gleichgerichteten Veränderungen von unterschiedlicher Intensität. 1972 hatten 46,9 % der männlichen Wähler und 45,7 % der weiblichen Wähler ihre Zweitstimme der SPD gegeben. Bei der Bundestagswahl 1976 betrug der Anteil der SPD bei den Männern 43,6 % und bei den Frauen 43,1 %. Der Anteil der SPD-Wählerschaft ging bei den Männern um 7 % und bei den Frauen um knapp 6 % zurück. Für die CDU und CSU ist 1976 gegenüber 1972 eine Zunahme der Stimmenanteile festzustellen, die sich bei den männlichen Wählern stärker als bei den Wählerinnen zeigte. Die Stimmengewinne der CSU waren noch größer als die der CDU. Der Stimmenanteil der CDU lag 1976 bei den männlichen Wählern um 8 % höher als 1972 und bei den Wählerinnen vergrößerte er sich um 5 %, während die Zuwachsraten der CSU-Stimmenanteile bei den männlichen Wählern 13 % und bei den Wählerinnen um 11 % betrugen. 1976 haben von den männlichen Wählern 36,8 % CDU und 10,4 % CSU gewählt. Dies sind mehr Männerstimmen als bei allen Bundestagswahlen seit 1961. Die

## 5.4 Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Die gültigen Zweitstimmen ohne Briefwahlstimmen wurden zu 46,3 % von Männern und 53,7 % von Frauen abgegeben. Würden die Frauen bei der Bundestagswahl 1976 die gleichen politischen Entscheidungen getroffen haben wie die Männer, müßte diese Relation bei der Wählerschaft jeder Partei wiederkehren. Tatsächlich setzt sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien jedoch noch immer sehr unterschiedlich zusammen. Die Frauen sind zwar unter den Wählern aller vier im Bundestag vertretenen Parteien in der Mehrzahl, bei der SPD und der F.D.P. liegt ihr Anteil aber noch immer unter und bei der CDU und CSU über dem Durchschnitt. Besonders groß war der Anteil der männlichen Wähler bei der NPD mit 69 % und bei der DKP mit 65 %. Bei der SPD haben sich die Anteile der Männerstimmen von 51,7 % bei der Bundestagswahl 1957 von Wahl zu Wahl bis auf 46,6 % bei der Wahl 1976 verringert während umgekehrt in gleichem Maße die Anteile der Frauen von 48,3 bis 53,4 % bei der Wahl 1976 angestiegen sind. Schon bei der Bundestagswahl 1969 erhielt auch die SPD — wie die CDU und CSU von jeher — mehr Frauen- als Männerstimmen. Der Unterschied zwischen den männlichen und weiblichen Wählern beträgt bei der SPD jetzt 6,6 gegenüber 2,0 im Jahre 1969 und bei der CDU und CSU nur noch 9,0 gegen 18,8 Prozentpunkten bei der Wahl 1969.

Die Veränderungen der Stimmenanteile für die einzelnen Parteien zwischen der Bundestagswahl 1972 und 1976 sind in der Tendenz sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Wählern

## 38 Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Zweitstimmen der Parteien

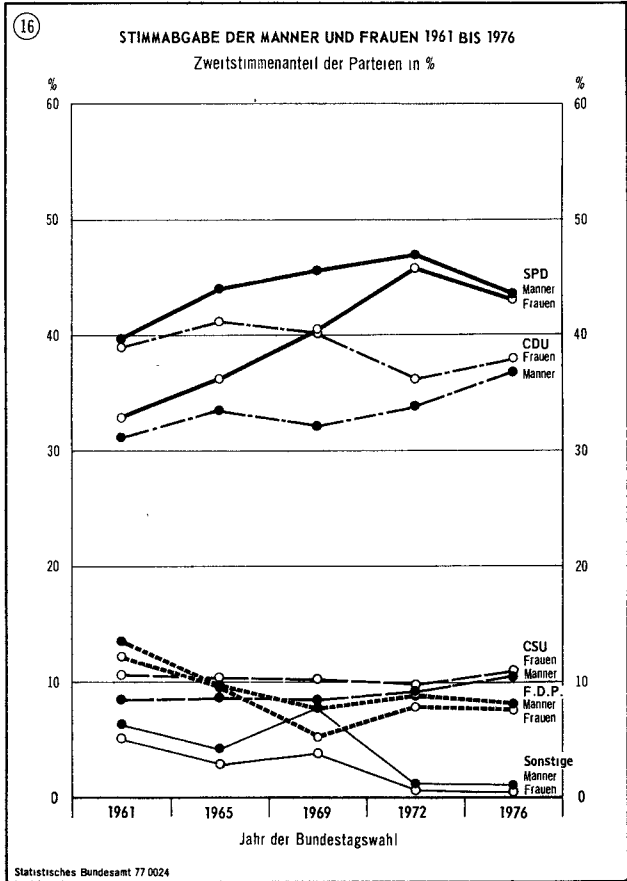
Partei	Von 100 Zweitstimmen <sup>1)</sup> für nebenstehende Parteien entfielen					
	1957 <sup>2)</sup>	1961	1965	1969	1972	1976
<b>auf Männerstimmen</b>						
SPD . . . . .	51,7	51,3	51,2	49,0	47,1	46,6
CDU, CSU <sup>3)</sup> .	42,2	41,6	41,3	40,6	44,7	45,5
F.D.P. . . . .	50,3	49,4	47,7	49,4	49,6	47,8
Sonstige . . . .	49,6	51,2	57,2	63,8	66,2	65,3
dar.: DKP . . .	—	—	—	—	68,0	65,0
NPD . . . . .	—	—	59,6	65,7	66,0	69,0
<b>auf Frauenstimmen</b>						
SPD . . . . .	48,3	48,7	48,8	51,0	52,9	53,4
CDU, CSU <sup>3)</sup> .	57,8	58,4	58,7	59,4	55,3	54,5
F.D.P. . . . .	49,7	50,6	52,3	50,6	50,4	52,2
Sonstige . . . .	50,4	48,8	42,8	36,2	33,8	34,7
dar.: DKP . . .	—	—	—	—	32,0	35,0
NPD . . . . .	—	—	40,4	34,3	34,0	31,0

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) Ohne Saarland. — 3) CSU nur in Bayern.



gleiche Feststellung gilt für die Wählerinnen hinsichtlich der Stimmabgabe für die CSU, die bei der Wahl 1976 10,8 % der Frauenstimmen bekam. Während für die männlichen Wähler seit 1961 eine zunehmende Tendenz besteht, die Stimme der CDU und CSU zu geben, nahm der Anteil der CDU-CSU-Wählerinnen bis 1965 zunächst noch zu und ging in den Wahlen 1969 und 1972 vorübergehend relativ stark zurück. 1972 war der auf die CDU und CSU entfallene Stimmanteil der Wählerinnen der niedrigste aller bisherigen Bundestagswahlen.

Bei der F.D.P. war der Rückgang des Stimmanteils der männlichen Wähler ebenfalls stärker als bei den Wählerinnen. 1976 haben von den Männern 8,1 % und von den Frauen 7,6 % ihre Zweitstimme der F.D.P. gegeben. Im Vergleich zur Wahl 1972 lag der Stimmanteil bei den Männern um 8 % und bei den Frauen um etwas mehr als 1 % niedriger.



Von den sonstigen Parteien haben die DKP und die NPD jeweils 0,3 % aller Zweitstimmen erhalten. Für beide Parteien wurden doppelt so viele Männer- wie Frauenstimmen abgegeben. Dies gilt generell für alle nicht im Bundestag vertretenen Parteien, die 1976 von 1,2 % der Männer und von 0,5 % der Frauen gewählt wurden. Zusammenfassend ist festzustellen, daß die SPD und F.D.P. im Vergleich zu 1972 unter den Männern größere Stimmenverluste als unter den Frauen zu verzeichnen haben, und daß andererseits die Stimmengewinne der CDU und CSU in erster Linie der größeren Neigung der Männer, diese Parteien zu wählen, zuzuschreiben sind. Zwar haben die SPD und auch die F.D.P. in allen Bundestagswahlen von den Männern prozentual mehr Stimmen als von den Frauen erhalten; 1976 lag der Stimmanteil der Männer für die beiden zuvor erwähnten Parteien jedoch nur noch um einen halben Prozentpunkt höher als der Stimmanteil der Frauen. Eine umgekehrte Tendenz ist bei der CDU und CSU festzustellen. Diese beiden Parteien sind bisher (einschl. 1976) überwiegend von Frauen gewählt worden. Da, wie zuvor berichtet wurde, bei den Männern die Zunahme des Stimmanteils für diese Parteien 1976 größer war als bei den Frauen, ergab sich auch für die beiden Unionsparteien – insbesondere für die CSU – eine stärkere Angleichung der Stimmanteile von Männern und Frauen.

Faßt man die Ergebnisse nach Parteien der Regierungskoalition und der Opposition zusammen, so zeigt sich, daß die Frauen zwar relativ in etwas geringerem Maße für die Koalitionsparteien gestimmt haben als die Männer (53,2 % gegenüber 54,5 %), daß aber trotzdem – wegen der erheblich größeren Zahl weiblicher Wähler – die Koalitionsparteien mit Mehrheit von den Frauen gewählt worden sind. Bei rd. 17,3 Mill. Wählern der SPD und der F.D.P. war die Zahl der Frauen, die einer dieser beiden Parteien ihre Zweitstimme gaben, um über 1,1 Million größer als die der Männer.

Mit Ausnahme der Bundesländer Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg und Bayern hat die SPD in allen übrigen Ländern mehr Stimmen von den Männern erhalten als die CDU bzw. CSU. Über 50 % der Zweitstimmen der Männer erhielt die SPD in Hamburg (54,2 %) und in Bremen (53,3 %). Die CDU hat in Baden - Württemberg (51,3 %) und die CSU in Bayern (58,6 %) von den Männern mehr als 50 % der Zweitstimmen erhalten.

Die Frauen entschieden sich in Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg, Saarland und in Bayern häufiger für die CDU bzw. CSU als für die SPD. Mehr als 50 % der Frauenstimmen erhielt die CDU in Rheinland - Pfalz und Baden - Württemberg und die CSU in Bayern,

39 Stimmabgabe der Männer und Frauen

Partei	Jahr 1)	Von 100 gültigen Zweitstimmen 2) der		
		Männer und Frauen	Männer	Frauen
		entfielen auf nebenstehende Parteien		
SPD . . . . .	1953	29,9	32,5	27,6
	1957	31,9	35,3	28,9
	1961	36,1	39,7	32,9
	1965	39,8	44,0	36,2
	1969	42,8	45,6	40,4
	1972	46,3	46,9	45,7
	1976	43,3	43,6	43,1
CDU und CSU	1953	43,3	38,9	47,2
	1957	49,3	44,6	53,5
CDU . . . . .	1961	35,7	31,9	39,0
	1965	37,7	33,5	41,3
	1969	36,5	32,1	40,3
	1972	35,1	33,8	36,3
	1976	37,4	36,8	38,0
CSU . . . . .	1961	9,6	8,5	10,6
	1965	9,6	8,6	10,4
	1969	9,5	8,5	10,3
	1972	9,5	9,2	9,7
	1976	10,6	10,4	10,8
F.D.P. . . . .	1953	11,0	11,7	10,4
	1957	8,0	8,6	7,4
	1961	12,9	13,6	12,2
	1965	9,4	9,7	9,2
	1969	5,6	6,1	5,3
	1972	8,2	8,8	7,7
	1976	7,8	8,1	7,6
Sonstige . . .	1953	15,8	16,9	14,8
	1957	10,8	11,5	10,2
	1961	5,8	6,4	5,3
	1965	3,5	4,3	2,9
	1969	5,6	7,7	3,7
	1972	0,9	1,3	0,6
	1976	0,8	1,2	0,5
dar.: DKP	1972	0,3	0,4	0,2
	1976	0,3	0,4	0,2
NPD	1965	2,0	2,5	1,5
	1969	4,4	6,3	2,8
	1972	0,6	0,8	0,4
	1976	0,3	0,5	0,2

1) 1953 ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland; 1957 ohne Saarland. – 2) Ohne Stimmen der Briefwähler.

## 40 Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern

Land	Von 100 gültigen Zweitstimmen 1) entfielen auf				
	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Son- stige
<b>Männer</b>					
Schleswig - Holstein . . . . .	47,9	42,2	—	9,0	0,9
Hamburg . . . . .	54,2	33,3	—	10,7	1,8
Niedersachsen . . . . .	46,3	44,8	—	8,1	0,8
Bremen . . . . .	53,3	32,3	—	12,2	2,2
Nordrhein - Westfalen . . . . .	48,0	43,1	—	8,0	1,0
Hessen . . . . .	46,6	43,3	—	8,8	1,3
Rheinland - Pfalz . . . . .	43,1	48,3	—	7,4	1,2
Baden - Württemberg . . . . .	37,7	51,3	—	9,6	1,3
Bayern . . . . .	33,8	—	58,6	6,2	1,3
Saarland . . . . .	48,1	43,5	—	6,7	1,6
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	43,6	36,8	10,4	8,1	1,2

**Frauen**

Schleswig - Holstein . . . . .	47,6	43,4	—	8,6	0,4
Hamburg . . . . .	55,6	34,2	—	9,4	0,8
Niedersachsen . . . . .	46,4	45,9	—	7,3	0,4
Bremen . . . . .	53,8	32,4	—	12,7	1,1
Nordrhein - Westfalen . . . . .	47,1	44,8	—	7,6	0,4
Hessen . . . . .	47,0	43,8	—	8,5	0,7
Rheinland - Pfalz . . . . .	41,4	51,1	—	7,0	0,5
Baden - Württemberg . . . . .	37,4	53,2	—	8,8	0,6
Bayern . . . . .	33,0	—	60,5	5,9	0,6
Saarland . . . . .	46,1	46,9	—	6,3	0,7
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	43,1	38,0	10,8	7,6	0,5

**Männer und Frauen**

Schleswig - Holstein . . . . .	47,7	42,8	—	8,8	0,7
Hamburg . . . . .	55,0	33,8	—	10,0	1,2
Niedersachsen . . . . .	46,4	45,4	—	7,6	0,6
Bremen . . . . .	53,6	32,3	—	12,5	1,6
Nordrhein - Westfalen . . . . .	47,5	44,0	—	7,8	0,7
Hessen . . . . .	46,8	43,6	—	8,6	1,0
Rheinland - Pfalz . . . . .	42,2	49,8	—	7,2	0,8
Baden - Württemberg . . . . .	37,5	52,3	—	9,2	0,9
Bayern . . . . .	33,4	—	59,6	6,0	0,9
Saarland . . . . .	47,0	45,4	—	6,5	1,1
Bundesgebiet ohne Berlin . . . . .	43,3	37,4	10,6	7,8	0,8

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

während in Hamburg und Bremen die SPD die absolute Mehrheit der Frauenstimmen auf sich vereinigen konnte.

Zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter wurden 1976, wie auch 1972 — bedingt durch die Herab-

setzung des Alters für das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre — fünf statt seit 1965 vier Altersgruppen gebildet; vor 1965 waren es sogar nur drei Altersgruppen.

Im einzelnen handelt es sich 1976 um die folgenden Geburtsjahrs- bzw. Altersgruppen:

Geburtsjahr	entsprechend etwa	Alter
1952 bis 1958		unter 25 Jahre
1942 bis 1951		25 bis unter 35 Jahre
1932 bis 1941		35 bis unter 45 Jahre
1917 bis 1931		45 bis unter 60 Jahre
1916 und früher		60 Jahre und älter.

Zunächst sei für die Parteien festgestellt, wieviel Prozent ihrer Wähler sie in jeder Altersgruppe haben. Dabei ergibt sich, immer beginnend mit den Parteien mit den höchsten Prozentsätzen, folgende Reihenfolge der Parteien in den fünf Altersgruppen:

- 18- bis unter 25jährige: Sonstige (ohne DKP u. NPD) — DKP — SPD — F.D.P. — CSU — CDU — NPD;  
 25- bis unter 35jährige: F.D.P. — Sonstige (ohne DKP u. NPD) — DKP — SPD — CSU — CDU — NPD;  
 35- bis unter 45jährige: F.D.P. — CDU — CSU — SPD — NPD — Sonstige (ohne DKP u. NPD) — DKP;  
 45- bis unter 60jährige: NPD — CDU — CSU — SPD — F.D.P. — DKP — Sonstige (ohne DKP u. NPD);  
 über 60jährige: CDU — CSU — NPD — SPD — DKP — F.D.P. — Sonstige (ohne DKP u. NPD).

Gliedert man die Wähler, die mit ihrer Zweitstimme eine bestimmte Partei gewählt haben, nach dem Anteil der unter 45 Jahren alten Wähler, ergibt sich für 1976 die folgende Reihenfolge:

	Männer und Frauen	Männer	Frauen
F.D.P.	58,4	61,3	55,8
DKP	57,4	56,9	58,0
SPD	50,3	54,6	46,7
CSU	47,8	52,8	43,4
CDU	45,9	50,3	42,3
NPD	37,7	37,5	37,8
Durchschnitt aller Parteien	49,0	53,2	45,3

Für den Anteil der 45jährigen und älter lautet die Reihenfolge:

NPD	62,3	62,5	62,2
CDU	54,1	49,7	57,7
CSU	52,2	47,2	56,6
SPD	49,7	45,4	53,3
DKP	42,6	43,1	42,0
F.D.P.	41,6	38,7	44,2
Durchschnitt aller Parteien	51,0	46,8	54,7

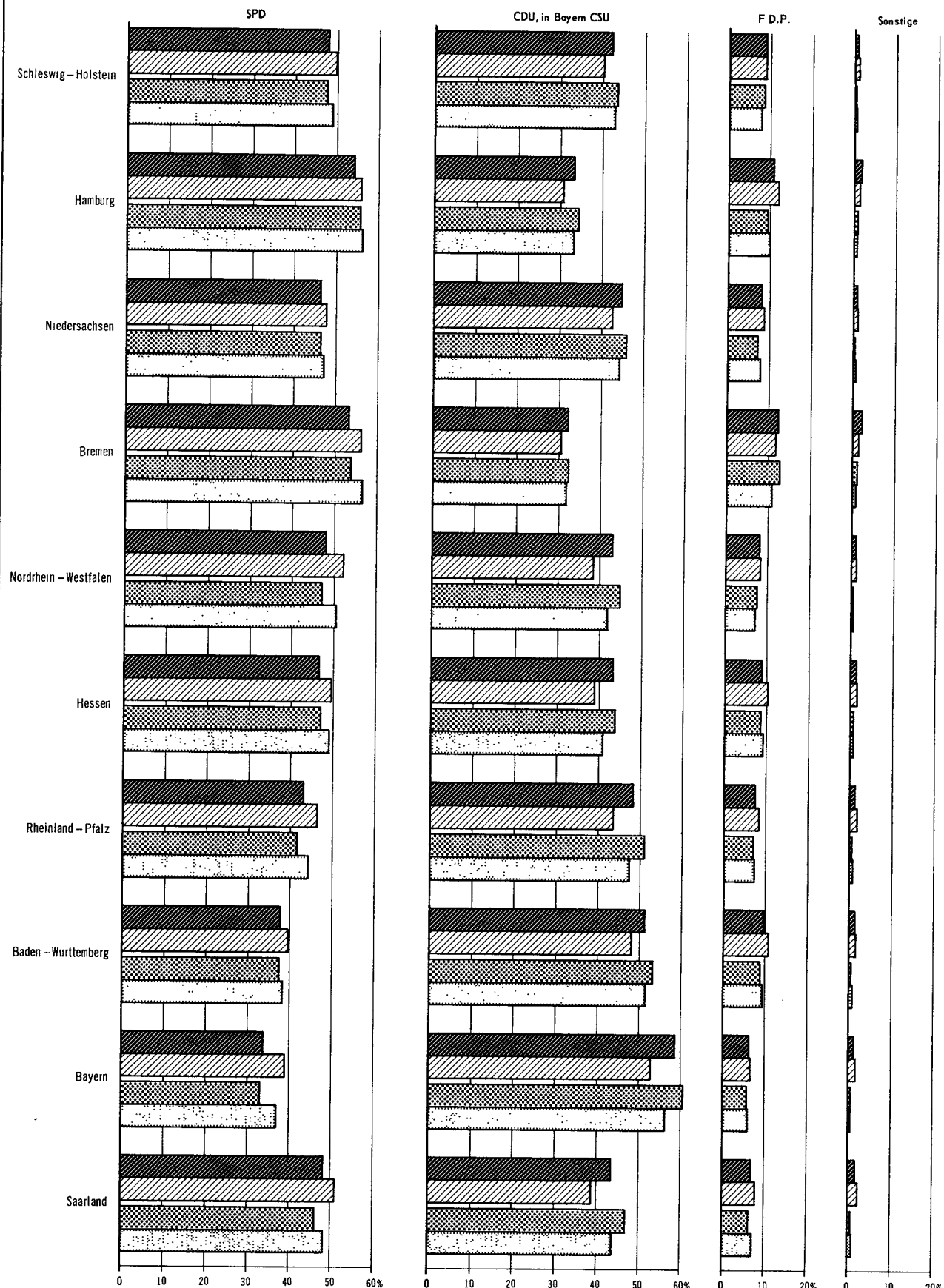
## 41 Alter und Geschlecht der Wählerschaft der Parteien

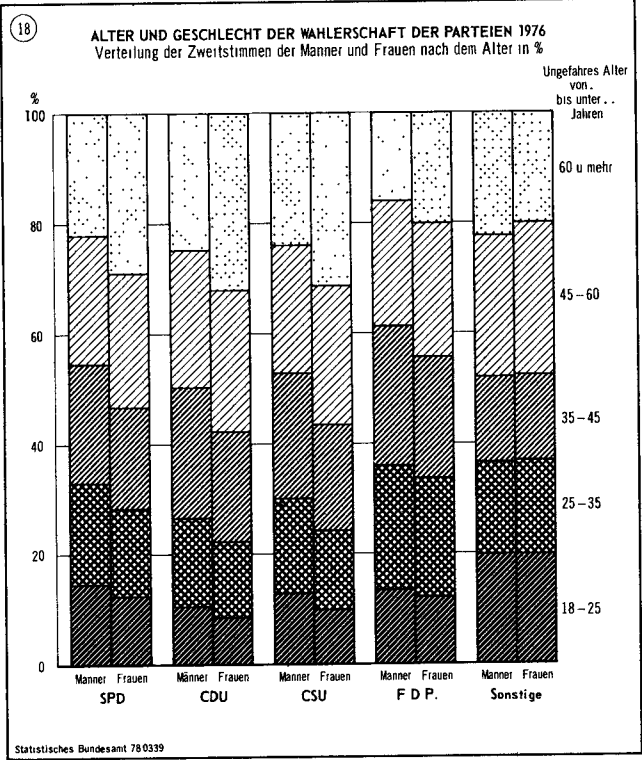
Partei	Von 100 Zweitstimmenwählern 1) nebenstehender Partei waren etwa von . . . bis unter . . . Jahren alt									
	18 — 25	25 — 35	35 — 45	45 — 60	60 und mehr	18 — 25	25 — 35	35 — 45	45 — 60	60 und mehr
	Männer und Frauen					Männer				
SPD . . . . .	13,4	17,0	19,9	24,0	25,7	14,6	18,4	21,6	23,4	22,0
CDU . . . . .	9,4	14,8	21,7	25,3	28,8	10,5	16,0	23,8	24,9	24,9
CSU . . . . .	11,2	15,7	20,9	24,3	28,0	12,7	17,3	22,8	23,2	23,9
F.D.P. . . . .	12,7	22,1	23,6	23,4	18,2	13,4	22,6	25,3	22,7	16,0
Sonstige . . . . .	19,8	16,9	15,4	26,3	21,6	19,8	16,8	15,4	25,6	22,4
dar.: DKP . . . . .	25,0	20,4	12,0	21,0	21,7	23,8	20,6	12,5	19,7	23,4
NPD . . . . .	8,6	10,3	18,8	35,9	26,5	8,6	10,4	18,5	35,5	27,0
Insgesamt . . . . .	11,6	16,4	20,9	24,5	26,6	12,8	17,7	22,8	23,9	22,9
dagegen: 1972 . . . . .	11,5	18,4	19,6	23,9	26,6	12,5	20,0	21,3	22,2	23,9

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

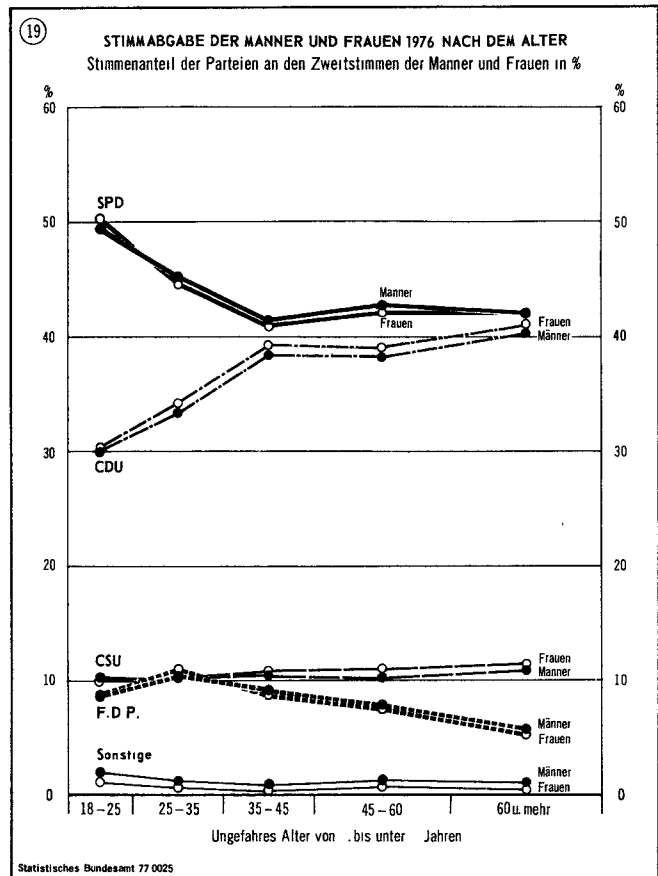
STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN IN DEN LÄNDERN 1976 UND 1972  
Zweitstimmenanteil in %

Männer 1976 1972 Frauen 1976 1972





Unter den Wählern der F.D.P. waren, wie auch 1972, die unter 45jährigen am stärksten vertreten. Relativ hoch war auch der Anteil der unter 45jährigen DKP-Wähler, wobei der Anteil dieser Altersgruppe unter den DKP-Wählerinnen höher als bei den DKP-Wählern war. Der Anteil der unter 45jährigen SPD-Wähler ist 1976 gegenüber 1972 (52,9), wegen der Stimmenverluste der SPD unter den jüngeren Wählern, leicht zurückgegangen. Bei der CDU und CSU hat der Anteil der unter 45jährigen Wähler wegen der Stimmengewinne bei



diesen Wählern zugenommen. Von den männlichen Wählern dieser beiden Parteien waren mehr als die Hälfte unter 45 Jahren alt. Die relativ älteste Wählerschaft hat die NPD. Der Anteil der unter 45jährigen ist in dieser Partei seit 1972 weiter zurückgegangen.

Vergleicht man die Altersverteilung bei den Parteien mit dem in der Zeile „insgesamt“ von Übersicht 41 nachgewiesenen Durchschnitt für Männer und Frauen, so lassen sich, neben den bereits erwähnten Präferenzen der unter 45 Jahre alten Wähler, einige weitere auffällige Ergebnisse entnehmen. So war der Anteil der 18- bis 24jährigen Männer und Frauen unter den DKP-Wählern mehr als doppelt so hoch wie der Anteil dieser Altersgruppe an allen Wählern. Bei den Wählerinnen dieser Partei war diese Präferenz am stärksten ausgeprägt. Unter den F.D.P.-Wählern waren sowohl bei den Männern als auch Frauen die 25- bis 44jährigen überdurchschnittlich hoch vertreten, während es unter den Wählern der CDU und CSU relativ viele über 45jährige und noch mehr über 60jährige gibt. Unter den Wählern der NPD war der Anteil der 45- bis 59jährigen stärker als bei allen anderen Parteien.

42 Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter

Ungefähres Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl					
	1969		1972		1976	
	entfielen auf					
	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.	mannl.	weibl.
	Wähler im Alter von . . . Jahren auf nachstehende Parteien					

SPD

18 - 25	...	.	.	54,3	55,0	49,4	50,2
21 - 30	...	48,1	44,8	.	.	.	.
25 - 35	...	.	.	48,1	47,5	45,3	44,5
30 - 45	...	48,6	43,5	.	.	.	.
35 - 45	...	.	.	48,4	47,3	41,4	40,9
45 - 60	...	43,8	39,0	45,0	43,6	42,7	42,1
60 und mehr	...	41,5	36,5	42,5	42,0	42,0	42,0

CDU

18 - 25	...	.	.	26,1	26,9	30,0	30,2
21 - 30	...	31,0	36,9	.	.	.	.
25 - 35	...	.	.	31,6	32,9	33,2	34,1
30 - 45	...	30,4	37,3	.	.	.	.
35 - 45	...	.	.	32,3	34,2	38,4	39,3
45 - 60	...	31,5	40,7	35,2	37,9	38,3	39,0
60 und mehr	...	35,8	44,5	39,6	41,6	40,3	41,1

CSU

18 - 25	...	.	.	8,7	9,0	10,3	10,0
21 - 30	...	8,6	9,7	.	.	.	.
25 - 35	...	.	.	8,9	9,0	10,1	10,1
30 - 45	...	8,2	9,8	.	.	.	.
35 - 45	...	.	.	9,2	9,6	10,4	10,7
45 - 60	...	8,3	10,3	9,2	10,0	10,1	10,9
60 und mehr	...	9,0	11,1	9,7	10,1	10,9	11,4

F.D.P.

18 - 25	...	.	.	9,6	8,5	8,5	8,6
21 - 30	...	6,9	6,0	.	.	.	.
25 - 35	...	.	.	10,5	10,1	10,3	10,7
30 - 45	...	6,0	5,8	.	.	.	.
35 - 45	...	.	.	8,9	8,3	9,0	8,7
45 - 60	...	6,2	5,4	8,9	7,7	7,7	7,4
60 und mehr	...	5,5	4,4	6,7	5,7	5,7	5,2

Sonstige

18 - 25	...	.	.	1,4	0,6	1,8	1,0
21 - 30	...	5,4	2,5	.	.	.	.
25 - 35	...	.	.	0,9	0,4	1,1	0,6
30 - 45	...	6,8	3,7	.	.	.	.
35 - 45	...	.	.	1,1	0,6	0,8	0,4
45 - 60	...	10,2	4,7	1,7	0,7	1,2	0,6
60 und mehr	...	8,2	3,5	1,5	0,6	1,1	0,4

Weitere Informationen lassen sich gewinnen, wenn man außerdem in den einzelnen Altersgruppen die Stimmenverteilung untersucht. Auch 1976 war die SPD in allen Altersgruppen der Männer und Frauen die stärkste Partei. Faßt man jedoch die Stimmen der CDU und CSU zusammen, so zeigt sich ein Überwiegen der SPD-Stimmen nur bei den 18- bis 34jährigen Männern und Frauen. Mit steigendem Alter gehen die Stimmenanteile der SPD zugunsten der CDU- und CSU-Stimmen zurück, wobei diese altersmäßige Zunahme der Stimmenanteile bei der CDU deutlicher als bei der CSU erkennbar wird. Bei der F.D.P. ist, ausgehend von der jüngsten Altersgruppe, ein Ansteigen des Stimmenanteils bis zum Alter von 25 bis 34 Jahren festzustellen. Mit zunehmendem Alter ist auch hier ein Rückgang des Wähleranteils zu verzeichnen. Die im vorangegangenen Abschnitt erwähnte zunehmende Angleichung der Stimmenanteile der Männer und Frauen wird auch in der altersgruppenspezifischen Aufgliederung sichtbar.

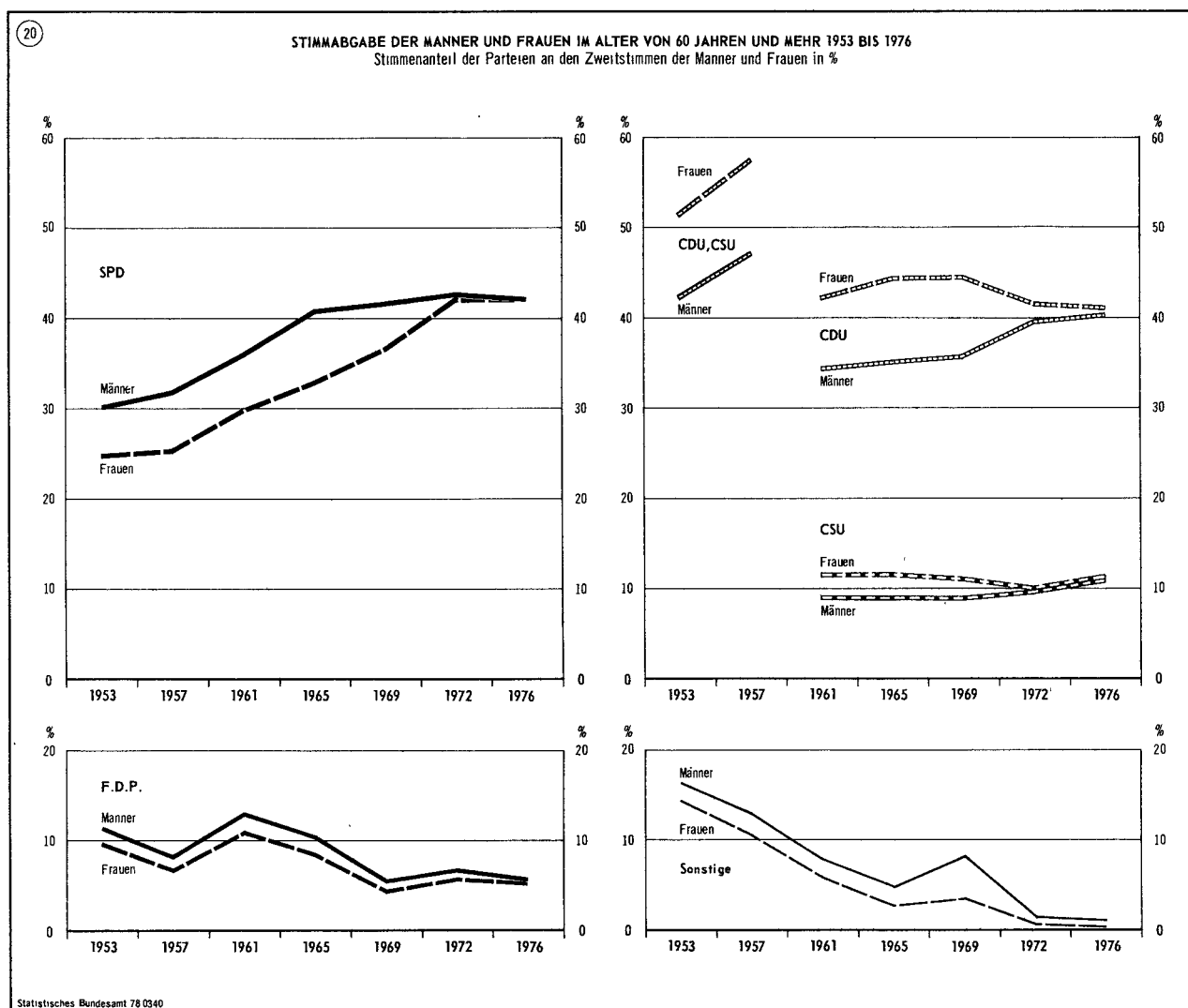
Im Vergleich zu 1972 wenig verändert haben die über 60jährigen Männer und Frauen SPD oder CDU bzw. CSU gewählt. Betrachtliche Stimmeneinbußen hat die SPD jedoch bei den jüngeren Wählern hinnehmen müssen, die sich bei der CDU und CSU in entsprechenden Stimmengewinnen niederschlugen. Besonders groß waren die Stimmenverluste der SPD mit rd. 5 Prozentpunkten bei den 18- bis 24jährigen Jungwählern und mit 7 Prozentpunkten bei den 35- bis 44jährigen. Etwa ebenso hoch waren in diesen Altersgruppen die Stimmengewinne der CDU und CSU. Weniger gravierende Stimmerrückgänge der SPD und Stimmengewinne der CDU und CSU um 2 bis 3 Prozentpunkte sind in den Altersgruppen der 25- bis 34jährigen und 45- bis 59jährigen zu verzeichnen. Die F.D.P. hat lediglich von den 25- bis 44jährigen etwas mehr Stimmen als 1972 bekommen, aber sowohl von den jüngsten als auch von den älteren Wählern weniger als 1972. Diese Veränderungen betreffen das Wahlverhalten der Männer und Frauen ziemlich gleichmäßig.

Von den unter 25jährigen Männern erhielt die SPD in Bremen mit 63,7 %, gefolgt von Hamburg (62,6 %), Schleswig - Holstein (57,8 %), Hessen (54,6 %), Niedersachsen (54,0 %), Nordrhein - Westfalen (53,4 %), Saarland (52,7 %) und Rheinland - Pfalz (50,3 %) über dem Bundesdurchschnitt (49,4 %) liegende Zweitstimmenanteile. Unter dem Bundesdurchschnitt liegen diese Anteile in Bayern (34,9 %) und Baden - Württemberg (45,8 %). Das gleiche Bild ergibt sich bei den gleichaltrigen Frauen, von denen die SPD (bei einem Bundesdurchschnitt von 50,2 %) in Hamburg mit 63,5 % die meisten und in Bayern mit 36,2 % die wenigsten erhielt.

In der gleichen Altersgruppe kamen CDU und CSU (mit einem Bundesdurchschnitt von 40,3 Männer- und 40,2 % Frauenstimmen) in Bayern (CSU) bei den Männern auf 57,7 und bei den Frauen auf 56,9 % Zweitstimmen, gefolgt von der CDU in Baden - Württemberg mit 43,3 bzw. 43,2 %. Extrem niedrig war dagegen der Stimmenanteil der CDU in Bremen mit 18,4 % bei den Männern und 20,2 % bei den Frauen.

Die F.D.P. hat mit 12,3 % bei den Männern in Hamburg und Bremen und mit 14,1 % bei den Frauen in Bremen bei den jüngsten Wählern ihre höchsten und mit 5,8 bzw. 6,3 % in Bayern ihre niedrigsten Anteile erzielt.

In dem Stadtstaat Hamburg erhielt die SPD bei den 60jährigen und älteren Männern und in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen bei den 60jährigen und älteren Frauen noch über 50 % liegende Stimmanteile. Über dem Bundesdurchschnitt von 42,0 % bei den Männern sowie bei den Frauen lag dieser Anteil noch in Bremen (49,3 % bei den Männern), Nordrhein - Westfalen (46,3 % bei den Männern und Frauen), Hessen (45,4 % bzw. 47,0 %), Schleswig - Holstein (45,0 % bzw. 45,8 %), Niedersachsen (44,0 % bzw. 44,4 %) und im Saarland (42,5 % bzw. 42,1 %). Am niedrigsten



votierten die 60jährigen und älteren Männer und Frauen in Bayern für die SPD (34,2 % bzw. 32,7 %).

Der Stimmenanteil von CDU und CSU bei den 60jährigen und älteren betrug 51,1 % bei den Männern und 52,5 % bei den Frauen. Weit darüber lag er für die CSU in Bayern mit 59,6 bzw. 62,7 % und für die CDU in Baden - Württemberg mit 56,4 bzw. 58,7 %. Die wenigsten Stimmen von den Wählern dieses Alters erhielt die CDU von den Männern in Hamburg und Bremen.

Die F.D.P. erreichte ein besonders gutes Ergebnis bei den 60jährigen und älteren Frauen in Bremen mit 9,6 % (Bundesdurchschnitt 5,2 %) und bei den Männern mit 8,1 % (Bundesdurchschnitt 5,7 %). Von den 60jährigen und älteren Frauen bzw. Männern gaben in Bayern nur 4,1 bzw. 4,9 % dieser Partei die Zweitstimme.

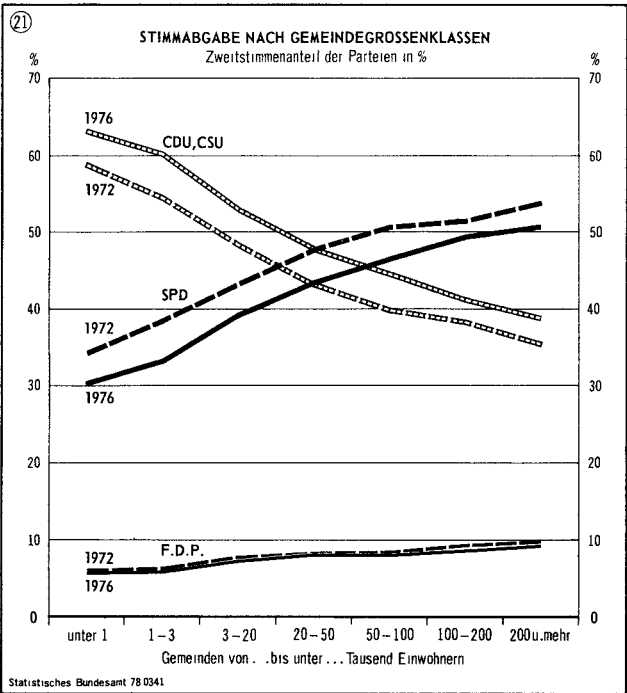
5.5 Stimmabgabe in Stadt und Land

Im Gegensatz zu den Wahlen vor 1972, bei denen die Zahlen über die Stimmabgabe in Stadt und Land, auch nach Geschlecht und Alter, auf einer Gliederung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nach den Einwohnerzahlen der Gemeinden mit Auswahlbezirken beruhten, handelt es sich 1976 – wie 1972 – um Ergebnisse einer Totalzählung der Gemeindeergebnisse ohne Gliederung nach dem Geschlecht und Alter.

43 Stimmabgabe in Stadt und Land

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Jahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen <sup>1)</sup> in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf				
		SPD	CDU, CSU <sup>2)</sup>	F.D.P.	Sonstige	
unter 1 000	1961	25,9	54,8	12,3	7,0	
	1965	29,7	57,6	10,0	2,8	
	1969	27,6	60,6	4,8	7,4	
	1972	34,3	58,8	6,0	1,0	
	1976	30,3	63,3	5,6	0,8	
1 000 – 3 000	1961	32,3	48,8	12,4	6,5	
	1965	33,5	54,4	9,0	3,0	
	1969	34,5	53,8	5,2	6,4	
	1972	38,4	54,5	6,2	0,9	
	1976	33,2	60,3	5,8	0,8	
3 000 – 10 000	1961	35,7	47,2	11,6	5,5	
	1965	37,0	50,3	9,7	3,1	
3 000 – 20 000	1969	41,3	48,0	5,5	5,1	
	1972	43,1	48,4	7,7	0,9	
	1976	39,1	53,0	7,2	0,7	
10 000 – 50 000	1961	37,3	42,7	14,2	5,8	
	1965	40,1	46,4	10,0	3,5	
20 000 – 50 000	1969	44,9	44,8	5,6	4,7	
	1972	47,6	43,3	8,3	0,9	
	1976	43,4	47,9	8,0	0,7	
50 000 – 100 000	1969	47,4	41,5	5,5	5,6	
	1972	50,7	39,9	8,4	0,9	
	1976	46,5	44,6	8,0	0,8	
50 000 – 200 000	1961	38,0	43,1	13,6	5,2	
	1965	44,9	42,5	8,6	3,9	
	1969	48,0	40,9	5,8	5,2	
	1972	51,1	39,2	8,8	1,0	
	1976	47,8	43,1	8,2	0,9	
100 000 – 200 000	1969	47,3	41,1	6,4	5,3	
	1972	51,5	38,3	9,2	1,0	
	1976	49,4	41,2	8,5	0,9	
200 000 und mehr	1961	43,2	38,5	13,0	5,2	
	1965	47,9	38,6	9,1	4,4	
	1969	51,9	36,5	6,3	5,3	
	1972	53,8	35,5	9,8	1,0	
	1976	50,8	38,9	9,2	1,1	
Insgesamt	1961	36,1	45,3	12,9	5,8	
	1965	39,8	47,2	9,4	3,5	
	1969	42,8	46,0	5,6	5,6	
	1972	46,3	44,6	8,2	0,9	
	1976	43,2	48,1	7,8	0,9	

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. – 2) CSU nur in Bayern.



Mehr Stimmen als die SPD erhielt die CDU und CSU bei der Bundestagswahl 1976 im Durchschnitt der Gemeinden von weniger als 50 000 Einwohnern. In den Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern (1972 mit weniger als 3 000 Einwohnern) konnten sie sogar mehr als 50 % der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen. In den Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern betrug ihr Stimmenanteil jedoch nur 38,9 % (1972 : 35,5 %), verglichen mit 63,3 % (1972 : 58,8 %) mit weniger als 1 000 Einwohnern. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD, für die sich in diesen Gemeinden nur 30,3 % (1972 : 34,3 %) der Wähler, in den Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern aber 50,8 % (1972 : 53,8 %) entschieden haben. Während sich die Stimmanteile der CDU und CSU von den kleinsten zu den größten Gemeinden um etwas über 24 Prozentpunkte vermindern, steigen sie bei der SPD um knapp 20 Prozentpunkte an. Die SPD erhielt nur noch im Durchschnitt der Gemeinden von 200 000 und mehr Einwohnern über 50 % der gültigen Zweitstimmen. Der Anteil der Zweitstimmen für die F.D.P. betrug bei einem Bundesdurchschnitt von 7,8 % in den kleinsten Gemeinden 5,6 und in den Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern 9,2 %. Bei den sonstigen Parteien war der Anteil der Zweitstimmen in allen Gemeindegrößen nahezu gleich.

Stimmengewinne erzielten die CDU und CSU im Durchschnitt in allen Größen der Gemeinden. Mit nahezu 6 Prozentpunkten war sie in den Gemeinden von 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern am höchsten. Die SPD dagegen hat im Durchschnitt in allen Gemeindegrößen Verluste erzielt. Mit etwas über 5 Prozentpunkten war er im Durchschnitt der Gemeinden von 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern am höchsten. Am geringsten war die Abnahme mit etwas über 2 Prozentpunkte im Durchschnitt der Gemeinden von 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern.

5.6 Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler

In derselben Weise wie die Stimmabgabe nach Stadt und Land ist der Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und Religionszugehörigkeit untersucht worden. Dazu wurden die auf Lochkarten genommenen Ergebnisse über die Stimmabgabe 1976 um den Anteil der evangelischen Bevölkerung der Gemeinde bei der Volkszählung 1970 – umgerechnet auf den Gebietsstand der Gemeinde am Tag der Bundestagswahl – ergänzt und für die Aufbereitung 10 Anteilgruppen gebildet. Auf die Berücksichtigung des Anteils der Katholiken konnte verzichtet werden, weil die Bevölkerung, die nicht evangelisch oder katholisch ist, nur rd. 8 % ausmacht. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß bei einem Bevölkerungsanteil der Evangelischen von beispielsweise 20 bis 30 % der Anteil der Katholiken ungefähr 70 bis 80 % beträgt.

#### 44 Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden

Anteil der evangelischen Bevölkerung 1) von ... bis unter ... %	Von 100 gültigen Zweitstimmen 2) in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf															
	SPD				CDU und CSU 3)				F.D.P.				Sonstige			
	1965	1969	1972	1976	1965	1969	1972	1976	1965	1969	1972	1976	1965	1969	1972	1976
unter 10 . . . . .	21,6	22,3	26,7	24,2	72,1	70,2	69,3	71,6	4,5	2,6	3,2	3,5	1,8	4,9	0,8	0,7
10 — 20 . . . . .	32,0	33,5	37,2	33,3	58,6	58,1	56,8	60,4	6,9	3,8	5,3	5,6	2,5	4,6	0,8	0,7
20 — 30 . . . . .	36,6	42,4	44,3	40,6	51,4	47,1	46,7	50,2	8,5	5,4	8,2	8,3	3,6	5,1	0,8	0,9
30 — 40 . . . . .	38,2	43,1	46,0	41,2	51,7	46,6	43,6	49,5	7,6	5,8	9,5	8,5	2,5	4,6	0,9	0,8
40 — 50 . . . . .	46,0	50,8	54,7	50,9	42,2	39,1	36,5	40,3	8,3	5,5	7,8	7,9	3,5	4,6	0,9	0,9
50 — 60 . . . . .	48,7	50,8	52,2	49,6	38,2	37,6	36,9	40,6	8,7	6,0	9,8	8,7	4,4	5,6	1,1	1,0
60 — 70 . . . . .	43,0	47,8	49,4	46,0	40,3	39,3	39,6	43,8	12,5	7,1	9,9	9,3	4,1	5,7	1,1	0,9
70 — 80 . . . . .	44,8	50,0	52,0	49,6	39,2	37,6	37,0	40,1	11,3	6,6	10,1	9,3	4,6	5,8	1,0	1,0
80 — 90 . . . . .	44,1	47,6	51,5	49,1	40,4	39,8	38,7	41,6	11,4	6,5	8,8	8,6	4,1	6,1	0,9	0,8
90 und mehr . . . . .	40,2	40,0	46,3	44,1	42,9	45,7	45,0	47,7	13,9	6,6	7,7	7,6	3,1	7,6	1,0	0,7
Insgesamt . . . . .	39,8	43,0	46,3	43,2	47,2	45,9	44,6	48,1	9,4	5,6	8,1	7,8	3,5	5,5	0,9	0,9

1) 1965 und 1969 aufgrund der evangelischen Bevölkerung in den Gemeinden bei der Volkszählung 1961; 1972 und 1976 bei der Volkszählung 1970. — 2) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 3) CSU nur in Bayern.

In noch stärkerem Umfang als von der Größe der Gemeinden wurde das Wahlergebnis durch die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmt. In den fast rein katholischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen unter 10 %) entfielen auf die CDU und CSU 71,6 %, in den fast rein evangelischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen über 90 %) jedoch nur noch 47,7 % der Zweitstimmen.

Noch niedriger war ihr Stimmanteil mit nur rund 40 % in den Gemeinden mit stark gemischter Bevölkerung. Wie die Ergebnisse 1976 zeigen, bei denen das Merkmal Religionszugehörigkeit auch mit der Gemeindegrößenklasse kombiniert wurde, ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß es sich bei diesen Gemeinden häufig um Großstädte handelt, in denen aus anderen Ursachen als der Konfession die CDU und CSU nicht so stark sind. Die SPD erhielt in den rein katholischen Gemeinden nur 24,2 %, in den konfessionell stark gemischten Gemeinden aus genannten Gründen aber um die 50 % und in den rein evangelischen Gemeinden 44,1 % der Zweitstimmen.

Auch für die F.D.P. wurden in den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung weit weniger Stimmen gezählt als in den Gemeinden, in denen die Evangelischen vorherrschen.

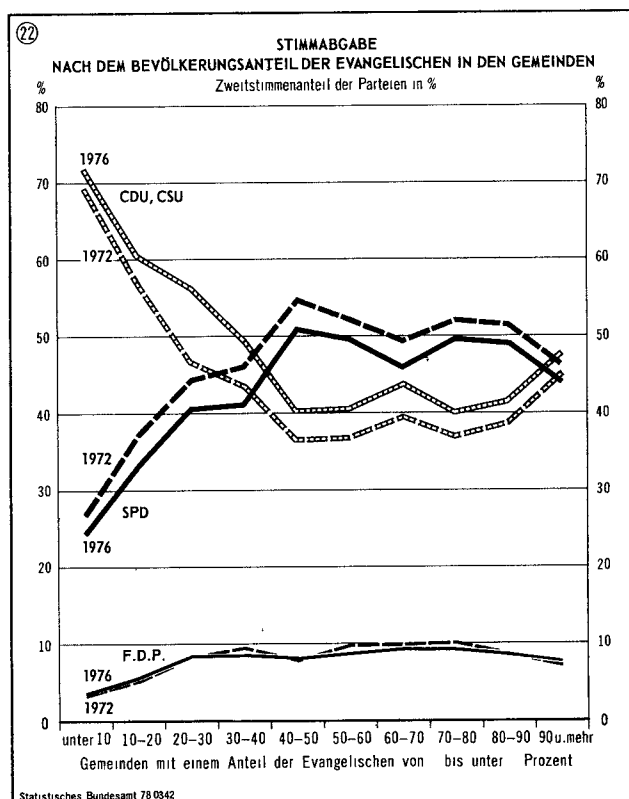
Die SPD hat im Durchschnitt in allen Gemeinden Einbußen erfahren. In den überwiegend katholischen Gemeinden gegenüber 1972 um etwa 4 Prozentpunkte und in den überwiegend evangelischen Gemeinden um etwa 3. Die CDU und CSU dagegen konnte im Durchschnitt in allen Gemeinden Stimmengewinne erzielen. In den Gemeinden mit einem Anteil der Evangelischen von 30 bis unter 40 % sogar von nahezu 6 Prozentpunkten.

Wie Übersicht 45 zeigt, in der die Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen mit dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden kombiniert dargestellt ist, konnte die SPD im Durchschnitt mit 57,9 % ihren höchsten Stimmenanteil in den Großstädten unter 200 000 Einwohnern und einem Anteil der evangelischen Bevölke-

#### 45 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der evangelischen Bevölkerung von ... bis unter ... %									
		unter 10	10 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 — 80	80 — 90	90 und mehr
		in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien									
SPD	unter 1 000 . . . .	17,6	25,2	29,3	27,0	34,8	41,6	44,6	44,6	44,7	40,6
	1 000 — 3 000 . . . .	22,6	28,8	29,7	30,9	35,7	41,5	43,7	45,2	44,7	42,8
	3 000 — 20 000 . . . .	27,3	31,7	34,5	36,0	40,6	43,1	43,8	45,6	48,2	46,1
	20 000 — 50 000 . . . .	39,9	34,6	40,1	42,2	44,2	44,7	45,8	48,7	49,5	52,6
	50 000 — 100 000 . . . .	—	41,2	41,9	43,4	53,1	46,9	45,9	48,5	50,2	—
	100 000 — 200 000 . . . .	—	35,0	45,6	48,1	51,0	52,6	49,5	50,2	57,9	—
CDU, CSU 1)	200 000 und mehr . . . .	—	43,5	44,2	39,9	53,9	52,8	48,4	53,3	53,9	—
	unter 1 000 . . . .	78,8	69,5	62,6	65,7	56,7	48,7	45,2	44,7	46,1	51,0
	1 000 — 3 000 . . . .	73,2	65,0	62,9	61,0	56,2	49,1	46,2	45,1	47,0	49,4
	3 000 — 20 000 . . . .	68,2	62,2	57,0	54,7	50,1	47,0	46,4	44,9	43,2	45,4
	20 000 — 50 000 . . . .	54,2	59,3	51,8	49,7	46,2	44,1	43,9	41,7	41,2	39,3
	50 000 — 100 000 . . . .	—	52,4	49,9	48,1	38,6	43,1	44,2	41,7	39,9	—
F.D.P.	100 000 — 200 000 . . . .	—	57,9	46,2	41,1	40,1	38,3	40,9	38,0	31,5	—
	200 000 und mehr . . . .	—	47,7	44,9	49,1	37,3	37,6	39,7	35,8	33,8	—
	unter 1 000 . . . .	2,8	4,5	7,3	6,5	7,4	8,8	9,1	9,6	8,3	7,7
	1 000 — 3 000 . . . .	3,4	5,5	6,6	7,2	7,2	8,3	9,0	8,7	7,4	7,1
	3 000 — 20 000 . . . .	3,8	5,5	7,7	8,5	8,6	9,0	8,9	8,6	8,0	7,9
	20 000 — 50 000 . . . .	5,1	5,5	7,3	7,4	8,6	10,3	9,5	8,9	8,7	7,6

1) CSU nur in Bayern.



rung von 80 bis unter 90 % erreichen. Ihren geringsten Stimmenanteil erhielt sie mit 17,6 % in den katholischen Dörfern. In etwa umgekehrt verhält es sich bei der CDU und CSU. Ähnlich wie bei der SPD, nur auf sehr viel tieferem Niveau, beeinflussten Siedlungs- und Konfessionsstruktur die Neigung der Wähler, sich mit ihrer Zweitstimme für die F.D.P. zu entscheiden.

## 5.7 Stimmabgabe der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten

In Ergänzung zu den Feststellungen über die Stimmabgabe nach Stadt und Land und die Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler ist auch die Stimmabgabe der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. der Beamten und Angestellten untersucht worden. Auch hierfür wurden die auf Lochkarten genommenen Ergebnisse über die Stimmabgabe 1976 um die Anteile der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. der Beamten und Angestellten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen der Gemeinde bei der Volkszählung 1970 – umgerechnet auf den Gebietsstand der Gemeinde am Tag der Bundestagswahl – ergänzt und für die Aufbereitung ebenfalls 10 dekadische Anteilsgruppen gebildet.

Die SPD hat dort, wo im Durchschnitt der Gemeinden der Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen am niedrigsten war, ihre meisten Stimmen (53,6 %) und dort, wo dieser

### 46 Stimmabgabe nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden

Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden 1) von ... bis unter ... %	Von 100 gültigen Zweitstimmen 2) in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf			
	SPD	CDU bzw. CSU 3)	F.D.P.	Sonstige
unter 10	53,6	37,6	7,9	1,0
10 – 20	44,2	46,5	8,5	0,9
20 – 30	36,9	55,8	6,6	0,7
30 – 40	31,2	62,0	6,1	0,7
40 – 50	24,8	69,0	5,4	0,8
50 – 60	19,7	74,4	5,0	0,9
60 – 70	15,3	78,8	5,1	0,8
70 – 100	12,0	82,6	4,7	0,8

1) Aufgrund der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bei der Volkszählung 1970. – 2) Ohne Stimmen der Briefwähler. – 3) CSU nur in Bayern.

### 47 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach den Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von ... bis unter ... %									
		unter 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 – 80	80 – 90	90 und mehr
		in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien									
SPD	unter 1 000	38,8	41,4	38,8	32,9	26,4	19,8	14,9	12,7	7,7	4,8
	1 000 – 3 000	42,0	41,5	36,5	29,6	23,0	18,6	15,2	12,8	–	–
	3 000 – 20 000	45,7	42,2	37,1	31,3	25,4	23,0	20,6	–	–	–
	20 000 – 50 000	50,2	43,4	34,5	51,3	–	–	–	–	–	–
	50 000 – 100 000	53,3	44,5	43,0	–	–	–	–	–	–	–
	100 000 – 200 000	54,1	46,4	–	–	–	–	–	–	–	–
	200 000 und mehr	55,0	46,9	–	–	–	–	–	–	–	–
CDU, CSU 1)	unter 1 000	56,6	52,3	54,7	60,3	67,1	74,1	79,5	81,7	88,3	90,0
	1 000 – 3 000	52,7	51,7	56,5	63,8	71,0	75,8	79,6	81,2	–	–
	3 000 – 20 000	45,6	49,5	55,3	61,8	68,4	70,3	65,9	–	–	–
	20 000 – 50 000	40,8	47,7	58,5	40,2	–	–	–	–	–	–
	50 000 – 100 000	38,4	46,5	48,8	–	–	–	–	–	–	–
	100 000 – 200 000	37,0	43,8	–	–	–	–	–	–	–	–
	200 000 und mehr	36,0	41,6	–	–	–	–	–	–	–	–
F.D.P.	unter 1 000	4,1	5,5	5,8	6,0	5,7	5,2	4,8	4,8	3,3	4,1
	1 000 – 3 000	4,7	6,1	6,2	5,7	5,1	4,6	4,4	5,6	–	–
	3 000 – 20 000	7,8	7,6	6,8	6,3	5,4	5,8	12,2	–	–	–
	20 000 – 50 000	8,2	8,2	6,5	8,1	–	–	–	–	–	–
	50 000 – 100 000	7,5	8,2	7,1	–	–	–	–	–	–	–
	100 000 – 200 000	8,0	8,8	–	–	–	–	–	–	–	–
	200 000 und mehr	7,9	10,3	–	–	–	–	–	–	–	–

1) CSU nur in Bayern.



Anteil am höchsten war, die wenigsten Stimmen (12,0 %) errungen. Bei der CDU und CSU ist es gerade umgekehrt (37,6 bzw. 82,6 %). Die F.D.P. erzielte ihren höchsten Anteil mit 8,5 % in der Stufe 10 bis unter 20 % und den geringsten Anteil (4,7 %) in der Stufe 70 und mehr %.

Der Kombinationstabelle „47 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden“ ist zu entnehmen, daß die SPD im Durchschnitt in den Großstädten von 200 000 und mehr Einwohnern mit einem Anteil von 55,0 % in der Gruppe mit einem Anteil von Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von weniger als 10 % den höchsten Stimmenanteil erzielte. Die CDU und CSU hat dagegen in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern in der Gruppe 90 und mehr Prozent Selbständige und Mithelfende Familienangehörige genau 90 % der Stimmen für sich verbuchen können.

Die F.D.P. konnte ihren höchsten Stimmenanteil mit 12,2 % im Durchschnitt der Gemeinden von 3 000 bis unter 20 000 Einwohnern mit einem Anteil von 60 bis unter 70 % Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen erzielen.

Bei einem Anteil von 50 bis unter 60 % Beamten und Angestellten im Durchschnitt der Gemeinden erzielte die SPD mit 47 % ihren höchsten und mit einem Anteil dieser Personengruppe von unter 10 % mit 16,8 % den niedrigsten Stimmenanteil. Bei der CDU und CSU ist es gerade umgekehrt (41,6 bzw. 78,6 %). Die F.D.P. hat ihren höchsten Stimmenanteil (10,7 %) dort erzielt, wo der Anteil der Beamten und Angestellten im Durchschnitt der Gemeinden am höchsten war. Den geringsten Anteil (3,7 %) verbuchte sie dort, wo der Anteil der Beamten und Angestellten im Durchschnitt der Gemeinden unter 10 % lag.

Mit einem Stimmenanteil von 62,3 % hat die SPD im Durchschnitt der Großstädte mit 200 000 und mehr Einwohnern und einem Anteil von 30 bis unter 40 % Beamten und Angestellten ihr höchstes

48 Stimmabgabe der Beamten und Angestellten  
in den Gemeinden

Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 1) von ... bis unter ... %	Von 100 gültigen Zweitstimmen 2) in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf			
	SPD	CDU bzw. CSU 3)	F.D.P.	Sonstige
unter 10	16,8	78,6	3,7	0,9
10 – 20	28,2	66,1	4,9	0,8
20 – 30	38,5	54,6	6,2	0,7
30 – 40	45,7	46,2	7,3	0,8
40 – 50	46,5	44,4	8,3	0,8
50 – 60	47,0	41,6	10,3	1,1
60 – 90	38,0	50,6	10,7	0,8

1) Aufgrund der Beamten und Angestellten bei der Volkszählung 1970. – 2) Ohne Stimmen der Briefwähler. – 3) CSU nur in Bayern.

Ergebnis erzielt. Das niedrigste Ergebnis mit 16,1 % verbuchte sie im Durchschnitt der Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern mit einem Anteil von 60 bis unter 70 % Beamten und Angestellten. Bei der CDU und CSU ist es dagegen wieder genau umgekehrt (31,0 bzw. 79,7 %). Die F.D.P. erzielte ihren höchsten Stimmenanteil mit 12,1 % im Durchschnitt der Gemeinden von 1 000 bis unter 20 000 Einwohnern mit einem Anteil von 60 bis unter 70 % Beamten und Angestellten. Den geringsten Anteil erreichte sie mit 3,3 % im Durchschnitt der Gemeinden von 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern bei einem Anteil der Beamten und Angestellten von weniger als 10 %.

49 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Anteil  
der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der Beamten und Angestellten von ... bis unter ... %									
		unter 10	10 20	20 30	30 40	40 50	50 60	60 70	70 80	80 90	90 und mehr
		in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien									
SPD	unter 1 000	16,6	28,6	39,2	38,5	43,3	34,9	16,1	42,2	—	—
	1 000 – 3 000	16,9	26,7	37,5	40,3	37,8	36,8	34,8	—	27,7	—
	3 000 – 20 000	23,3	29,8	38,3	41,4	40,8	37,7	37,7	44,4	—	—
	20 000 – 50 000	—	—	42,8	44,2	42,6	43,0	50,0	—	—	—
	50 000 – 100 000	—	—	34,4	49,7	45,6	42,2	—	—	—	—
	100 000 – 200 000	—	—	—	54,8	49,3	44,3	43,3	—	—	—
	200 000 und mehr	—	—	—	62,3	52,4	49,1	36,1	—	—	—
CDU, CSU 1)	unter 1 000	78,7	65,4	53,5	52,7	47,2	53,3	79,7	51,1	—	—
	1 000 – 3 000	79,0	67,9	55,5	51,6	52,8	53,7	52,4	—	66,8	—
	3 000 – 20 000	70,2	64,3	54,8	50,4	49,7	50,5	49,4	43,7	—	—
	20 000 – 50 000	—	—	51,3	47,4	48,1	45,7	40,2	—	—	—
	50 000 – 100 000	—	—	57,6	42,4	45,5	46,8	—	—	—	—
	100 000 – 200 000	—	—	—	37,3	41,3	44,5	47,9	—	—	—
	200 000 und mehr	—	—	—	31,0	38,7	39,4	52,0	—	—	—
F.D.P.	unter 1 000	3,9	5,2	6,6	8,1	8,9	10,9	3,2	6,8	—	—
	1 000 – 3 000	3,3	4,5	6,2	7,4	8,7	8,7	12,1	—	5,0	—
	3 000 – 20 000	4,9	5,2	6,2	7,4	8,7	11,1	12,1	11,6	—	—
	20 000 – 50 000	—	—	5,3	7,6	8,5	10,5	9,2	—	—	—
	50 000 – 100 000	—	—	7,1	7,1	8,1	9,9	—	—	—	—
	100 000 – 200 000	—	—	—	7,0	8,6	10,0	8,2	—	—	—
	200 000 und mehr	—	—	—	5,9	8,0	10,3	10,9	—	—	—

1) CSU nur in Bayern.

6 Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Maßgebend für die Sitzverteilung im Bundestag sind die Zweitstimmen. Die Erststimmen wirken sich über die Wahl der Wahlkreisabgeordneten nur auf die personelle Zusammensetzung der

Hälfte der Mitglieder des Bundestages aus. Verwirklicht wird dieses System einer teilweisen personifizierten Verhältniswahl, indem aufgrund der Zweitstimmen zunächst die Sitze festgestellt werden, die

50 Gültige Zweitstimmen in Kombination mit den abgegebenen Erststimmen

Jahr	Von 1 000 Wählern 1) mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme								
	für dieselbe Partei			für eine andere Partei			ungültig		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
1957 2) . . .	915	917	916	69	60	64	16	24	20
1961 . . . . .	937	937	937	48	39	43	15	24	20
1965 . . . . .	918	911	914	69	62	65	14	27	21
1969 . . . . .	902	907	905	85	71	78	13	22	18
1972 . . . . .	900	909	905	94	82	88	7	9	8
1976 . . . . .	928	935	932	65	55	60	6	10	8

1) Ohne Briefwähler. — 2) Ohne Saarland.

51 Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern 1), die mit der Erststimme bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme							
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige	darunter		ungültig
							DKP	NPD	

Erststimmen = 100

SPD . . . . .	männlich	92,2	0,9	0,3	6,0	0,2	0,1	0,0	0,3
	weiblich	93,6	0,9	0,3	4,6	0,1	0,0	0,0	0,5
	insgesamt	92,9	0,9	0,3	5,3	0,2	0,1	0,0	0,4
CDU . . . . .	männlich	1,1	96,8	—	1,6	0,1	0,0	0,1	0,4
	weiblich	1,1	96,9	—	1,3	0,1	0,0	0,0	0,6
	insgesamt	1,1	96,9	—	1,4	0,1	0,0	0,0	0,5
CSU . . . . .	männlich	1,3	—	97,3	1,0	0,2	0,0	0,1	0,2
	weiblich	1,3	—	97,5	0,8	0,1	0,0	0,0	0,3
	insgesamt	1,3	—	97,4	0,9	0,2	0,0	0,1	0,3
F.D.P. . . . .	männlich	16,9	5,5	1,4	75,3	0,6	0,1	0,1	0,2
	weiblich	17,9	4,6	1,2	75,5	0,3	0,0	0,1	0,5
	insgesamt	17,4	5,0	1,3	75,4	0,5	0,1	0,1	0,4
Sonstige . . . . .	männlich	16,7	6,6	3,4	3,0	69,1	26,8	31,1	1,2
	weiblich	20,0	6,2	2,7	4,2	65,9	27,4	25,3	1,0
	insgesamt	17,9	6,5	3,2	3,4	67,9	27,0	29,0	1,1
darunter: DKP	männlich	26,4	2,9	0,9	3,0	65,7	59,5	0,8	1,1
	weiblich	28,5	2,2	0,5	2,9	65,1	58,4	0,5	0,8
	insgesamt	27,2	2,6	0,8	3,0	65,5	59,1	0,7	1,0
NPD	männlich	5,3	10,5	5,5	2,0	76,1	0,3	75,7	0,6
	weiblich	4,8	9,1	4,4	1,9	78,6	0,1	76,7	1,2
	insgesamt	5,2	10,1	5,1	2,0	76,9	0,3	76,0	0,8
Ungültig . . . . .	männlich	22,6	18,2	5,4	6,1	4,7	0,4	1,0	43,0
	weiblich	27,7	22,0	5,6	6,1	1,8	0,1	0,4	36,7
	insgesamt	25,8	20,5	5,6	6,1	2,9	0,3	0,6	39,1

Zweitstimmen = 100

SPD . . . . .	männlich	95,4	0,9	0,3	2,4	0,5	0,3	0,1	0,6
	weiblich	94,8	1,0	0,3	2,7	0,3	0,2	0,0	1,0
	insgesamt	95,0	0,9	0,3	2,5	0,4	0,3	0,0	0,8
CDU . . . . .	männlich	1,2	97,1	—	0,9	0,2	0,0	0,1	0,6
	weiblich	1,0	97,2	—	0,8	0,1	0,0	0,0	0,9
	insgesamt	1,1	97,2	—	0,8	0,2	0,0	0,1	0,7
CSU . . . . .	männlich	1,4	—	96,7	0,8	0,4	0,0	0,3	0,6
	weiblich	1,2	—	97,1	0,7	0,2	0,0	0,1	0,8
	insgesamt	1,3	—	96,9	0,8	0,3	0,0	0,2	0,7
F.D.P. . . . .	männlich	33,5	7,2	1,3	56,7	0,5	0,2	0,1	0,8
	weiblich	26,5	6,4	1,2	64,3	0,3	0,1	0,0	1,2
	insgesamt	29,9	6,8	1,2	60,7	0,4	0,2	0,1	1,0
Sonstige . . . . .	männlich	9,2	3,9	1,9	3,3	77,1	31,5	33,5	4,5
	weiblich	8,0	4,1	2,1	4,0	76,6	33,5	28,3	5,3
	insgesamt	8,8	4,0	2,0	3,6	76,9	32,2	31,7	4,8
darunter: DKP	männlich	9,7	0,7	0,3	1,5	86,5	82,5	0,4	1,2
	weiblich	6,2	0,9	0,1	0,8	90,8	85,8	0,1	1,2
	insgesamt	8,5	0,8	0,3	1,3	88,0	83,7	0,3	1,2
NPD	männlich	3,2	5,9	2,0	1,7	84,9	0,9	81,4	2,3
	weiblich	3,2	5,5	2,0	1,9	84,5	0,7	79,4	3,0
	insgesamt	3,2	5,7	2,0	1,8	84,8	0,8	80,8	2,5
Ungültig . . . . .	männlich	16,4	17,6	2,7	1,9	1,9	0,8	0,4	59,5
	weiblich	20,4	21,9	3,0	2,9	0,6	0,2	0,2	51,3
	insgesamt	18,8	20,2	2,8	2,5	1,1	0,4	0,3	54,5

1) Ohne Briefwähler.

einer jeden Partei in Bund und Ländern im ganzen zustehen. In einem weiteren Schritt werden von diesen Ergebnissen die von den Parteien mit den Erststimmen errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Die restlichen Sitze werden sodann aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der Bewerber besetzt 1). Damit wird erreicht, daß der Anhänger einer Partei, der bereit ist, dieser Partei seine Zweitstimme zu geben, mit seiner Erststimme auch den Kandidaten einer anderen Partei wählen kann, ohne auf diese Weise die Zahl der Sitze seiner Partei im Bundestag zu schmälern. Wählen viele Anhänger einer Partei A, der sie die Zweitstimme geben, wegen des besonderen Ansehens oder der besseren Siegesaussichten mit ihrer Erststimme den Wahlkreisbewerber einer Partei B, vermindern sie zwar die Zahl der Wahlkreissitze der Partei A, nicht aber die Gesamtzahl ihrer Sitze, weil von der Partei A entsprechend mehr Landeslistenbewerber in den Bundestag einziehen.

Von der Möglichkeit des „Stimmensplittings“ machen gewöhnlich nur wenige Wähler Gebrauch. 1976 gaben von den Wählern, deren Zweitstimme gültig war, 93,2 % beide Stimmen für dieselbe Partei ab; nur 6,0 % wählten mit der Erststimme Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei. Bei 1,0 % der Stimmzettel mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme ungültig.

1969 und 1972 war gegenüber früheren Wahlen und der Wahl 1976 der Anteil der gleichlautenden Erst- und Zweitstimmen mit jeweils 90,5 % relativ klein. 1965 hatten noch 91,4 %, 1961 sogar 93,7 % der Wähler ihre Erst- und Zweitstimme derselben Partei gegeben.

Da der Anteil der Wähler mit gültiger Zweitstimme aber ungültiger Erststimme 1976 sehr klein war, darf angenommen werden, daß das System der zwei Stimmen inzwischen gut verstanden wird und das Splitting, auch wenn es „nur“ bei 6,0 % der Zweitstimmenwähler vorkam, doch bewußt genutzt wird. Die stärkste Koppelung zwischen Erst- und Zweitstimme ist verständlicherweise bei den beiden großen Parteien SPD und CDU vorhanden, die in der Regel die Chance haben, ein Wahlkreismandat zu gewinnen. Am häufigsten war die Koppelung von Erst- und Zweitstimme bei der CDU und CSU. 1976 hat gegenüber 1972 die gleichlautende Stimmabgabe für diese Parteien noch etwas zugenommen. Von den Zweitstimmenwählern der CDU haben 97,2 % auch ihre erste Stimme der CDU gegeben. Bei der CSU betrug dieser Anteil 96,9 %. Die Ursache des hohen Anteils gleichlautender Stimmabgabe mag darin liegen, daß die Wähler gerade dieser beiden zuvor genannten Parteien keine Notwendigkeit sahen, durch ihre Erststimme einem anderen Wahlkreiskandidaten zum Erfolg zu verhelfen, wenn der Wahlkreiskandidat der CDU oder CSU mit großer Wahrscheinlichkeit das Man-

1) Näheres siehe Abschnitt 7.

## 52 Ausgewählte Stimmenkombination

Von 1 000 abgegebenen Zweitstimmen						
für die	entfielen auf Erststimmen					
	für die	1961	1965	1969	1972	1976
SPD . . . . .	SPD . . . . .	955	947	934	941	950
	CDU . . . . .	11	17	25	14	9
	CSU . . . . .	4	6	6	4	3
	F.D.P. . . . .	6	6	14	30	25
CDU . . . . .	SPD . . . . .	10	22	31	14	11
	CDU . . . . .	955	938	935	969	972
	F.D.P. . . . .	12	15	12	8	8
CSU . . . . .	SPD . . . . .	13	26	33	19	13
	CSU . . . . .	957	941	930	963	969
	F.D.P. . . . .	8	10	7	6	8
F.D.P. . . . .	SPD . . . . .	31	67	248	529	299
	CDU . . . . .	66	175	92	67	68
	CSU . . . . .	15	33	14	12	12
	F.D.P. . . . .	865	703	620	382	607

dat gewinnen konnte. Die gleiche Situation war für die SPD gegeben, deren Zweitstimmenwähler zu 95 % auch die Erststimme der SPD gaben.

Die stärkste Stimmenaufsplitterung war 1976 wieder für die F.D.P. festzustellen. Von den Zweitstimmenwählern dieser Partei haben 60,7 % auch ihre Erststimme für einen Wahlkreiskandidaten der F.D.P. gegeben; 29,9 % gaben ihre Erststimme einem Kandidaten der SPD und 8 % ihre Erststimme einem Kandidaten der CDU bzw. CSU. Der bemerkenswert hohe Anteil des Stimmensplitting zwischen SPD und F.D.P. in der Wahl 1972 hat sich 1976 nicht wiederholt. Das Stimmensplitting der Zweitstimmenwähler der F.D.P. ging in etwa wieder auf die Relationen der Wahl 1969 zurück. Andererseits haben auch nur noch 5,3 % der Wähler, die ihre Erststimme einem Wahlkreiskandidaten der SPD gaben, mit der Zweitstimme die F.D.P. gewählt. 1972 waren es 8,9 %.

Von den DKP-Wählern haben 83,7 % ihre Erst- und Zweitstimme gekoppelt; 8,5 % gaben ihre Erststimme einem Kandidaten der SPD. Die Zweitstimmenwähler der NPD gaben zu 80,8 % auch ihre Erststimme dieser Partei und unterstützten mit 7,7 % einen Kandidaten der CDU bzw. CSU.

## 7 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

### 7.1 Sitzverteilungsverfahren

Maßgebend für die Sitze, die einer Partei im Bundestag zustehen, sind die für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten in diesem Zusammenhang als verbunden (§ 7 Bundeswahlgesetz). Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens 3 Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklauseln“).

Die SPD, CDU und CSU erfüllten beide Bedingungen, die F.D.P. die erste. Alle übrigen Parteien erhielten weder 5 % der gültigen Zweitstimmen noch Wahlkreissitze und kamen somit für die Sitzverteilung ebenso wenig in Frage wie schon 1961, 1965, 1969 und 1972. Im ganzen handelt es sich um 333 595 für diese Parteien abgegebene Zweitstimmen oder 0,9 % aller gültigen Zweitstimmen. Diese Zahl ist noch niedriger als bei der Bundestagswahl 1972 mit 348 579 Zweitstimmen für „Splitterparteien“.

Das Bundeswahlgesetz geht — föderalistischen Prinzipien folgend — von Landeslisten der Parteien und von einer Verteilung der Zweitstimmen auf diese Landeslisten entsprechenden Sitzverteilung aus. Dabei findet das d'Hondt'sche 1) Verfahren Anwendung. Hierzu ein

einfaches Beispiel, bei dem angenommen wird, daß insgesamt 10 Sitze auf die Partei A mit 1 190, die Partei B mit 600 und die Partei C mit 210 Stimmen zu verteilen sind.

Es werden zunächst die Parteistimmen A, B und C mit 1, 2, 3 usw. dividiert, was zu folgenden Ergebnissen führt:

Teiler	Stimmen für		
	A = 1 190	B = 600	C = 210
1	1 190	600	210
2	595	300	105
3	396	200	70
4	297	150	52
5	238	120	42
6	198	100	35

Auf diese insgesamt 18 Quotienten, im folgenden Höchstzahlen genannt, werden nun in der Reihenfolge ihrer Größe solange Sitze verteilt, bis ihre Zahl erschöpft ist. Es erhält also den 4

1. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 1 190,
2. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 600,
3. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 595,

1) V. d'Hondt: *Système Pratique et Raisonné de Représentation Proportionnelle*, Brüssel 1882.

4. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 396,
5. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 300,
6. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 297,
7. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 238,
8. Sitz die Partei C mit der Höchstzahl 210,
9. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 200,
10. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 198.

Insgesamt erhalten somit

die Partei A: 6 Sitze,  
die Partei B: 3 Sitze,  
die Partei C: 1 Sitz.

Diese Verteilung entspricht fast genau dem Verhältnis der Stimmen und hätte sich auch bei streng proportionaler Verteilung z. B. dann ergeben, wenn zunächst die Stimmenanteile für die Parteien A = 0,595, B = 0,300 und C = 0,105 festgestellt und diese Anteile sodann mit zehn multipliziert worden wären. Anders verhält es sich jedoch — weil nur ganze Sitze vergeben werden können —, wenn größere Reste verbleiben. Das ist z. B. bei der Verteilung von nur sieben Sitzen auf dieselben Stimmenanteile der Parteien A, B und C der Fall.

Verteilt man die sieben Sitze nach den drei Stimmenanteilen, ergeben sich für die Partei

A:  $7 \times 0,595 = 4,165$  Sitze,  
B:  $7 \times 0,300 = 2,100$  Sitze,  
C:  $7 \times 0,105 = 0,735$  Sitze.

Es läge nun nahe, 4 Sitze der Partei A, 2 Sitze der Partei B und einen Sitz der Partei C zuzuweisen, weil die Partei C den größten Stimmenrest (Wert der Dezimalen) hat.

Nach d'Hondt erhält die Partei A jedoch 5 Sitze, die Partei B 2 Sitze und die kleinste Partei C keinen Sitz. Bei Reststimmen, auf die kein voller Sitz entfällt, kann es somit vorkommen, daß die kleinen Parteien schlechter gestellt werden, als ihrem Stimmenanteil entspricht. Damit kann man allerdings noch nicht behaupten, das d'Hondt'sche Verfahren sei schlechterdings ungerecht. Bei streng proportionaler Verteilung der Sitze unter Beachtung der Rundungsregeln würde die Partei C für ihren einen Sitz nur 210 Stimmen benötigen, die Parteien A und B je Sitz im Durchschnitt aber  $600 : 2 = 300$  bzw.  $1\ 190 : 4 = 297$ , oder anders ausgedrückt: Verlangt man auch für die Parteien A und B je Sitz nicht mehr Stimmen als für die Partei C, bleiben  $1\ 190 - (4 \times 210) = 350$  Stimmen der Partei A und  $600 - (2 \times 210) = 180$  Stimmen der Partei B ohne Sitz.

Sinn des d'Hondt'schen Verfahrens ist es, die Zahl zu finden, durch die man die Stimmen der Parteien dividieren muß, damit die vollen (ungerundeten) Sitzzahlen einer jeden Partei zusammen genau der vorgegebenen Gesamtzahl entsprechen. Das bedeutet in dem Beispiel der Verteilung von sieben Sitzen auf die Parteien A, B und C, daß der Teiler höher als 210, aber nicht höher als 238 anzusetzen ist, weil schon beim Teiler 239 nur noch 6 Sitze (4 für die Partei A und 2 für die Partei B) verteilt werden könnten und bei einem Teiler von weniger als 211 mehr als sieben Sitze zur Verfügung stehen müßten. Die Partei C geht unter Zugrundelegung von 211 bis 238 Stimmen für einen Sitz allerdings leer aus.

Die Sitzverteilung bei Bundestagswahlen kann in einem einstufigen und in einem zweistufigen Verfahren geschehen. Wäre bei der Bundestagswahl 1976 das einstufige Verfahren angewendet worden, hätten die Zweitstimmen für die zehn Landeslisten der SPD und der F.D.P. sowie die Zweitstimmen für neun Landeslisten der CDU und der Landesliste der CSU in Bayern, also insgesamt 30 Zahlen, statt nur drei, wie in dem Beispiel, jeweils durch 1, 2, 3 usw. geteilt werden müssen, um auf die dabei anfallenden Höchstzahlen in der Reihenfolge ihrer Größe 496 Sitze zu vergeben.

Dabei wäre folgende Sitzverteilung herausgekommen:

SPD: 214 wie tatsächlich 214,  
CDU: 192 statt tatsächlich 190,  
CSU: 54 statt tatsächlich 53,  
F.D.P.: 36 statt tatsächlich 39.

Dieses Ergebnis, nach dem die F.D.P. drei Sitze weniger, die CDU zwei und die CSU einen Sitz mehr erhalten hätten, hängt damit zusammen, daß die ohnehin schon relativ wenigen Stimmen der F.D.P. beim einstufigen Sitzverteilungsverfahren nicht als ganzes in die Waagschale gefallen wären, sondern aufgesplittet in zehn Teile. Die beim d'Hondt'schen Verfahren mögliche Schlechterstellung der kleineren Parteien, oder in diesem Falle der Landeslisten mit wenig Stimmen, würde sich also für die F.D.P. sehr negativ ausgewirkt haben, nicht jedoch für die etwas stärkere CSU mit einer Konzentration aller Stimmen in Bayern.

Um solche Auswirkungen des d'Hondt'schen Verfahrens weitgehend zu neutralisieren, läßt es das Bundeswahlgesetz seit 1957 zu, daß die Parteien ihre Landeslisten für die Sitzverteilung miteinander verbinden. Das bedeutet keine Aufstellung von Kandidaten für eine Bundesliste, hat aber zur Folge, daß nach d'Hondt zunächst die Sitze zu berechnen sind, die einer Partei aufgrund ihrer Zweitstimmen im ganzen Bundesgebiet zustehen. In einem zweiten Schritt werden die Sitze einer jeden Partei im Bund sodann — wieder nach d'Hondt — auf die Länder nach Maßgabe der Zweitstimmen für ihre einzelnen Landeslisten verteilt. Rechnerisch geschieht dies in der ersten Stufe durch eine Teilung der Zweitstimmen einer jeden Partei im Bund und in der zweiten Stufe durch eine Teilung der Zweitstimmen einer jeden Partei in den Ländern durch 1, 2, 3, 4 usw. und anschließende Verteilung der Sitze in der Reihenfolge der dabei anfallenden Höchstzahlen.

Bei der Bundestagswahl 1976 haben von der Möglichkeit der Listenverbindung ebenso wie bei den Wahlen davor alle Parteien Gebrauch gemacht. Die Folge davon war, daß die vier im Bundestag vertretenen Parteien ihre Sitze mit folgenden durchschnittlichen Stimmenzahlen erhielten:

Partei	tatsächlich	dagegen bei Verzicht auf die Listenverbindung
SPD	75 229	75 229
CDU	75 617	74 830
CSU	75 991	74 583
F.D.P.	76 797	83 197

Die tatsächlichen Stimmenzahlen der Parteien je Abgeordneten liegen infolge der Listenverbindungen dicht beieinander. Die Listenverbindungen haben also dafür gesorgt, daß jede der vier Parteien

#### 53 Berechnung der auf die Landeslistenverbindungen entfallenden Sitze

SPD			CDU			CSU			F.D.P.		
Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
1	16 099 019	1	1	14 367 302	2	1	4 027 499	7	1	2 995 085	11
2	8 049 510	3	2	7 183 651	4	2	2 013 750	17	2	1 497 543	23
3	5 366 340	5	3	4 789 101	6	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
213	75 582	495	189	76 017	491	52	77 452	482	38	78 818	475
214	75 229	496	190	75 617	494	53	75 991	492	39	76 797	487
215	74 879	498	191	75 221	497	54	74 583	501	40	74 877	499

Unter dem Strich die 4 weiteren Höchstzahlen, die nicht mehr herangezogen wurden, weil schon 496 Sitze vergeben waren.

etwa soviele Sitze erhielt, wie ihrem Stimmenanteil im Bund entspricht. Bei Verzicht auf die Listenverbindungen hätte die F.D.P. dagegen über 83 000 Zweitstimmen für einen Abgeordneten benötigt und wäre infolgedessen gegenüber der CSU, für die schon rd. 74 600 und der CDU für die rd. 74 800 Stimmen genügt hätten, stark benachteiligt gewesen.

Nach Feststellung der für Abgeordnete in Frage kommenden Parteien, war die Sitzverteilung vom Bundeswahlleiter wie folgt vorzunehmen:

1. Verteilung der für das Bundesgebiet ohne Berlin gesetzlich festgelegten 496 Sitze auf die vier genannten Parteien nach dem Ergebnis der für sie im ganzen Bundesgebiet abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens.
2. Verteilung der für jede Partei so berechneten Sitze auf ihre Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen einer jeden Partei für ihre Landeslisten, wiederum nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren.
3. Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern schon mit den Erststimmen gewonnenen Wahlkreissitze von den Sitzen, die ihnen in dem betreffenden Land nach Ziff. 2 zustanden. Die restlichen Sitze waren aus den Landeslisten zu besetzen.

Um auch die Namen der gewählten Landeslistenbewerber festzustellen, wurden auf den Landeslisten der einzelnen Parteien zunächst die Bewerber gestrichen, die zugleich in einem Wahlkreis kandidiert hatten und dort Wahlkreissieger wurden, weil das durch Persönlichkeitswahl über die Erststimmen gewonnene Wahlkreismandat Vorrang hat. Auf die nichtgestrichenen Bewerber wurden sodann in der Reihenfolge ihrer Plätze auf der Landesliste so lange Sitze verteilt, bis die Gesamtzahl der zu vergebenden Landeslistensitze ausgeschöpft war.

Wie bei der Verteilung der Sitze auf Bundesebene (1. Stufe) im einzelnen gerechnet wurde, ergibt sich auszugsweise aus Übersicht 53. In der ersten Zeile dieser Tabelle stehen beim Teiler 1 in den Spalten „Höchstzahl“ die Gesamtzahlen der Zweitstimmen, welche die vier in die Sitzverteilung gekommenen Parteien im ganzen Bundesgebiet ohne Berlin erhalten haben, also z. B. die Zahl 16 099 019 für die SPD und die Zahl 2 995 085 für die F.D.P.. Anschließend wurden diese Zahlen fortgesetzt durch 2, 3, 4 usw. geteilt. Die Ergebnisse (Höchstzahlen) stehen jeweils rechts neben dem entsprechenden Teiler. Auf die so gefundenen Höchstzahlen wurden nacheinander in der Reihenfolge ihrer Größe so lange Sitze verteilt, bis die Sitzzahl 496 erreicht war. So fiel der erste Sitz an die SPD auf die Höchstzahl 16 099 019 (Teiler 1), der zweite Sitz an die CDU auf die Höchstzahl 14 367 302 (Teiler 1), der dritte Sitz wieder an die SPD auf die Höchstzahl 8 049 510 (Teiler 2), der vierte Sitz wieder an die CDU auf die Höchstzahl 7 183 651 (Teiler 2) usw. Erst der siebte Sitz ging an die CSU auf die Höchstzahl 4 027 499 (Teiler 1) und sogar erst der elfte Sitz an die F.D.P. auf die Höchstzahl 2 995 085 (Teiler 1). Die letzten Höchstzahlen, mit denen die vier in die Sitzverteilung gekommenen Parteien gerade noch Sitze erhielten, stehen in der zweitletzten Zeile der Übersicht 53 über dem Strich. Der 496. und letzte Sitz fiel auf die Höchstzahl 75 229 der SPD und war zugleich ihr 214. Sitz. Auch der 495. Sitz ging an die SPD, der 494. aufgrund der Höchstzahl 75 617 als ihr 190. und letzter Sitz an die CDU. Der 53. Sitz der CSU wurde mit der Höchstzahl 75 991, der 39. und letzte Sitz der F.D.P. mit der Höchstzahl 76 797 erworben. Wäre noch ein 497. Sitz zu verteilen gewesen, so würde dieser Sitz mit der Höchstzahl 75 221 als ihr 191. an die CDU gefallen sein. Sowohl diese Höchstzahl als auch je eine weitere Höchstzahl für die SPD, CSU und F.D.P., die bei der Sitzverteilung ebenfalls nicht mehr berücksichtigt werden konnten, stehen am Ende der Übersicht 53 unter dem Strich.

Es sei noch die Frage geprüft, welche Stimmenveränderungen notwendig wären, um die Verschiebung eines Sitzes von der Partei mit der kleinsten gerade noch zum Zuge gekommenen Höchstzahl zu der Partei mit der größten nicht mehr zum Zuge gekommenen Höchstzahl herbeizuführen. Diese beiden Parteien sind die SPD mit der Höchstzahl 75 229 beim Teiler 214 und die CDU mit der Höchst-

zahl 75 221 beim Teiler 191. Die SPD hat ihren letzten und 214. Sitz mit der Höchstzahl 75 229 erhalten, während die CDU auf die Höchstzahl 75 221 keinen weiteren Sitz mehr bekam. Um statt 190 Sitze 191 Sitze zu erhalten, hätte sich für die CDU beim Teiler 191 die Höchstzahl 75 230 ergeben müssen. Der 496. Sitz wäre dann nicht an die SPD, die sich mit 213 Sitzen hätte begnügen müssen, sondern an die CDU gegangen. Voraussetzung dazu wären  $75\,230 \times 191 = 14\,368\,930$  Zweitstimmen für die CDU gewesen, wenn man zugleich keine Veränderungen bei den Zweitstimmen der übrigen Parteien unterstellt. Die Differenz zu den tatsächlichen Zweitstimmen der CDU beträgt 1 628, ist also nicht sehr groß und wäre beim Rechnen mit Kommastellen noch geringer. In ähnlicher Weise kann man berechnen, unter welchen Voraussetzungen bei weniger Zweitstimmen für die SPD ein Sitz von der SPD an die CDU gegangen wäre. Dies hätte für die SPD beim Teiler 214 die Höchstzahl 75 220 bedingt, was bei Multiplikation mit 214 insgesamt 16 097 080 Zweitstimmen ergibt. 1 939 Zweitstimmen für die SPD weniger hätten also bei unveränderten Stimmen für die CDU, CSU und F.D.P. die gleiche Wirkung gehabt wie 1 628 Zweitstimmen

54 Berechnung der Verteilung der 214 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten

Landesliste	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
Schleswig-Holstein . . .	1	779 599	16
	2	389 800	37
	10	77 960	203
Hamburg . . . . .	1	614 284	22
	2	307 142	48
	8	76 786	206
Niedersachsen . . . . .	1	2 129 502	4
	2	1 064 751	10
	29	73 431	214
Bremen . . . . .	1	255 544	59
	2	127 772	121
	3	85 181	185
Nordrhein-Westfalen . .	1	5 153 959	1
	2	2 576 980	2
	70	73 628	213
	(71)	(72 591)	(217)
Hessen . . . . .	1	1 626 365	7
	2	813 183	15
	22	73 926	212
Rheinland-Pfalz . . . .	1	1 013 574	12
	2	506 787	28
	13	77 967	202
Baden-Württemberg . .	1	1 980 313	5
	2	990 157	13
	26	76 166	207
	(27)	(73 345)	(216)
Bayern . . . . .	1	2 201 692	3
	2	1 100 846	9
	29	75 920	209
	(30)	(73 390)	(215)
Saarland . . . . .	1	344 187	41
	2	172 094	88
	4	86 047	182

Unter den Abschlusstrichen die Höchstzahlen für drei weitere, nicht mehr zu verteilende Sitze.

## 55 Die Gewählten bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag nach Geschlecht

Land	Wahlkreis, Landesliste	SPD			CDU			CSU			F.D.P.			Insgesamt		
		männ- lich	weib- lich	zu- sam- men	männ- lich	weib- lich	zu- sam- men	männ- lich	weib- lich	zu- sam- men	männ- lich	weib- lich	zu- sam- men	männ- lich	weib- lich	ins- ge- samt
Schleswig-Holstein . . . . .	Wahlkreis	5	1	6	5	—	5	—	—	—	—	—	—	10	1	11
	Landesliste	4	—	4	4	1	5	—	—	—	2	—	2	10	1	11
	zusammen	9	1	10	9	1	10	—	—	—	2	—	2	20	2	22
Hamburg . . . . .	Wahlkreis	8	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	8
	Landesliste	—	—	—	5	—	5	—	—	—	1	1	5	1	6	6
	zusammen	8	—	8	5	—	5	—	—	—	1	1	13	1	14	14
Niedersachsen . . . . .	Wahlkreis	17	1	18	11	1	12	—	—	—	—	—	—	28	2	30
	Landesliste	10	1	11	14	2	16	—	—	—	5	—	5	29	3	32
	zusammen	27	2	29	25	3	28	—	—	—	5	—	5	57	5	62
Bremen . . . . .	Wahlkreis	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3
	Landesliste	—	—	—	2	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—	2
	zusammen	3	—	3	2	—	2	—	—	—	—	—	—	5	—	5
Nordrhein-Westfalen . . . . .	Wahlkreis	42	3	45	28	—	28	—	—	—	—	—	—	70	3	73
	Landesliste	23	2	25	33	5	38	—	—	—	10	2	12	66	9	75
	zusammen	65	5	70	61	5	66	—	—	—	10	2	12	136	12	148
Hessen . . . . .	Wahlkreis	17	—	17	5	—	5	—	—	—	—	—	—	22	—	22
	Landesliste	4	1	5	14	2	16	—	—	—	4	—	4	22	3	25
	zusammen	21	1	22	19	2	21	—	—	—	4	—	4	44	3	47
Rheinland-Pfalz . . . . .	Wahlkreis	6	—	6	9	1	10	—	—	—	—	—	—	15	1	16
	Landesliste	7	—	7	5	1	6	—	—	—	2	—	2	14	1	15
	zusammen	13	—	13	14	2	16	—	—	—	2	—	2	29	2	31
Baden-Württemberg . . . . .	Wahlkreis	4	—	4	32	—	32	—	—	—	—	—	—	36	—	36
	Landesliste	18	4	22	5	1	6	—	—	—	7	—	7	30	5	35
	zusammen	22	4	26	37	1	38	—	—	—	7	—	7	66	5	71
Bayern . . . . .	Wahlkreis	4	—	4	—	—	—	40	—	40	—	—	—	44	—	44
	Landesliste	24	1	25	—	—	—	11	2	13	5	1	6	40	4	44
	zusammen	28	1	29	—	—	—	51	2	53	5	1	6	84	4	88
Saarland . . . . .	Wahlkreis	3	—	3	2	—	2	—	—	—	—	—	—	5	—	5
	Landesliste	1	—	1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	2	1	3
	zusammen	4	—	4	3	1	4	—	—	—	—	—	—	7	1	8
Bundesgebiet ohne Berlin	Wahlkreis	109	5	114	92	2	94	40	—	40	—	—	—	241	7	248
	Landesliste	91	9	100	83	13	96	11	2	13	35	4	39	220	28	248
	zusammen	200	14	214	175	15	190	51	2	53	35	4	39	461	35	496
Berlin (West) . . . . .	zusammen	9	1	10	9	2	11	—	—	—	1	—	1	19	3	22
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) . . .	insgesamt	209	15	224	184	17	201	51	2	53	36	4	40	480	38	518

mehr für die CDU bei unveränderten Stimmen für die SPD, CSU und F.D.P. 1).

Dieses Beispiel wurde gewählt, weil nach dem vorläufigen Ergebnis der Bundestagswahl 1976 aufgrund der rechtlich unverbindlichen „Schnellmeldungen“ in der Wahlacht die SPD nur 213, die CDU aber 191 Sitze hatte, nach dem endgültigen Ergebnis aufgrund der Feststellungen der Wahlausschüsse der SPD dann aber 214 und der CDU nur 190 Sitze zufielen 2). Diese Veränderung beruht auf folgenden Abweichungen des endgültigen Zweitstimmenergebnisses vom vorläufigen:

SPD	+ 387
CDU	— 1 511
CSU	— 482
F.D.P.	— 75
Sonstige Parteien	+ 133

1) Bei den hier vorgenommenen Berechnungen kommt im ersten Fall eine höhere, im zweiten eine geringere Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen heraus, als sie bei der Bundestagswahl 1976 tatsächlich erzielt wurde. Auf eine Berechnung im Rahmen der tatsächlichen Gesamtzahl der Zweitstimmen wurde wegen der großen Zahl der möglichen Annahmen über Stimmenverschiebungen zwischen den Parteien verzichtet. — 2) Eine weitere Veränderung aufgrund der endgültigen Ergebnisse betrifft den Wahlkreissieger im Wahlkreis 46. Nach dem vorläufigen Ergebnis war der Kandidat der CDU, nach dem endgültigen der Kandidat der SPD gewählt.

Daß schon so kleine Abweichungen zugunsten der SPD eine Veränderung der Zahl der Sitze zugunsten dieser Partei herbeiführten, beruht darauf, daß sich nach dem vorläufigen Ergebnis für die CDU beim Teiler 191 die Höchstzahl 75 229 ergab und diese nur um zwei über der Höchstzahl 75 227 der SPD beim Teiler 214 lag, auf die kein Sitz mehr vergeben werden konnte.

Es muß jetzt noch die zweite Stufe des Sitzverteilungsverfahrens erläutert werden, was wir am Beispiel der Verteilung der 214 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten tun wollen. Dieses Sitzverteilungsverfahren ergibt sich aus der Übersicht 54.

Die Gesamtzahlen der Zweitstimmen für die einzelnen Landeslisten der SPD stehen jeweils rechts neben dem Teiler 1, darunter stehen in einer Auswahl die Höchstzahlen aus der Teilung dieser Gesamtzahlen durch 2, 3 usw. Für die Zweitstimmen der SPD in Nordrhein-Westfalen ergab sich auch noch beim Teiler 2 eine größere Höchstzahl als für die Zweitstimmen der SPD in den anderen Ländern beim Teiler 1; infolgedessen waren die beiden ersten Sitze der SPD Nordrhein-Westfalen zuzuweisen. Erst der dritte SPD-Sitz kam nach Bayern. Bei jedem Land stehen am Schluß die Höchstzahlen, auf die für eine Landesliste gerade noch ein Sitz vergeben werden konnte. Der 214. und letzte Sitz der SPD kam mit der niedrigsten Höchstzahl 73 431 nach Niedersachsen, der 213. und vorletzte mit der zweitniedrigsten Höchstzahl von 73 628 nach Nordrhein-Westfalen. Wäre für die SPD noch ein 215. Sitz zu verteilen gewesen, wäre er mit der Höchstzahl 73 390 nach Bayern gefallen.

Entsprechend wurde bei der Weiterverteilung der 190 Sitze der CDU und der 39 Sitze der F.D.P. verfahren. Für die CSU erübrigte sich eine Weiterverteilung, da sie nur in Bayern vertreten ist.

Von den so ermittelten Sitzen der Parteien in den Ländern waren nunmehr, wie bereits gesagt, die Sitze abzuziehen, die sie schon durch die Erststimmen in den Wahlkreisen errungen hatten. In Nordrhein-Westfalen waren das z. B. 45 Wahlkreissitze der SPD. Als Rest von insgesamt 70 Sitzen blieben hier 25 Sitze für Landeslistenbewerber.

7.2 Ergebnis der Sitzverteilung 1976 und früher

Das Ergebnis der Sitzverteilung bei der Bundestagswahl 1976 enthält die Übersicht 55. In den Zeilen „zusammen“ stehen für jede Partei die Sitze, die ihnen in den Ländern aufgrund der Zweitstimmen zustanden. Zieht man davon die Wahlkreissitze in der ersten Zeile für jedes Land ab, ergeben sich die Sitze, die für jede Partei aus den Landeslisten zu besetzen waren. Zählt man die Sitze aus allen Ländern zusammen, so ergaben sich für die SPD außer den 114 Wahlkreissitzen 100 Landeslistensitze, für die CDU außer den 94 Wahlkreissitzen 96 Landeslistensitze, für die CSU außer den 40 Wahlkreissitzen 13 Landeslistensitze und für die F.D.P. 39 Landeslistensitze. Von den Landeslistenbewerbern der CSU kamen demnach recht wenige zum Zug. Die Abgeordneten dieser Partei kommen zu drei Vierteln aus den Wahlkreisen.

Von den 496 Abgeordneten im Wahlgebiet ohne Berlin entfielen auf die

- SPD: 214 Abgeordnete,
- CDU: 190 Abgeordnete,
- CSU: 53 Abgeordnete,
- F.D.P.: 39 Abgeordnete.

Dazu kommen die 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin, von denen die SPD 10, die CDU 11 und die F.D.P. einen stellten.

Die Zahl der Abgeordneten der SPD vergrößerte sich dadurch auf 224, die der CDU auf 201 und die der F.D.P. auf 40. Läßt man die vom Berliner Abgeordnetenhaus hinzugewählten Bundestagsabgeordneten außer Betracht, so hat sich die Zahl der Sitze der SPD seit dem Bestehen der Bundesrepublik – jeweils nach dem Stand bei der Wahl – von 131 im Jahre 1949 von Wahl zu Wahl bis 1972 um 20, 18, 21, 12, 22 und 6 auf 230 stetig erhöht. 1976 mußte sie dagegen erstmals Einbußen von insgesamt 16 Sitzen hinnehmen.

56 Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen

(ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin)

Partei	1949 1)	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976
SPD	131	151	169	190	202	224	230	214
CDU	115	191	215	192	196	193	177	190
CSU	24	52	55	50	49	49	48	53
F.D.P.	52	48	41	67	49	30	41	39
Sonstige	80	45	17	—	—	—	—	—
Insgesamt	402	487 2)	497 2)	499 3)	496	496	496	496

1) Ohne Saarland. — 2) Einschl. 3 Überhangmandate. — 3) Einschl. 5 Überhangmandate.

Die Zahl der Sitze von CDU und CSU war dagegen in diesem Zeitraum schwankend. 1949 erhielten diese beiden Parteien 139 Sitze, acht mehr als die SPD, 1953 haben sie weitere 104 und 1957 noch weitere 27 Sitze hinzugewonnen. Sie erhielten somit bei der Bundestagswahl 1957 weit über die Hälfte aller Sitze. Diese Mehrheit ging dann im Jahr 1961, in dem beide Parteien nur noch 242 Sitze erringen konnten, wieder verloren. 1965 haben CDU und CSU wieder 3 Sitze hinzugewinnen können, die sie bei der Wahl 1969 aber wieder einbüßten. Bei der Wahl 1972 verschlechterten sie ihr Ergebnis gegenüber 1969 um weitere 17 Sitze. Beide Parteien zusammen hatten damals somit 5 Sitze weniger als die SPD. 1976 konnten CDU und CSU insgesamt 18 Sitze hinzugewinnen, damit 29 Sitze mehr als die SPD und nur 10 Sitze weniger als die Regierung bildenden Parteien SPD und F.D.P. zusammen.

Die F.D.P. hat 1976 mit 39 Sitzen, zwei Sitze weniger als 1972 errungen. Ein geringeres Ergebnis hatte sie 1969 mit nur 30 Sitzen.

Von Wahl zu Wahl waren im Bundestag weniger Parteien vertreten. In dem im Jahre 1949 gewählten ersten Bundestag mit 402 Abgeordneten — ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin — gab es neben den Sitzen der SPD, CDU, CSU und F.D.P. noch

- 17 Sitze der Bayernpartei,
- 17 Sitze der Deutschen Partei,
- 15 Sitze der Kommunistischen Partei Deutschlands,
- 12 Sitze der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung,
- 10 Sitze der Deutschen Zentrums Partei,
- 5 Sitze der Deutschen Rechtspartei,
- 1 Sitz des Südschleswigschen Wählerverbandes sowie
- 3 Sitze von Parteilosen und Wählergruppen.

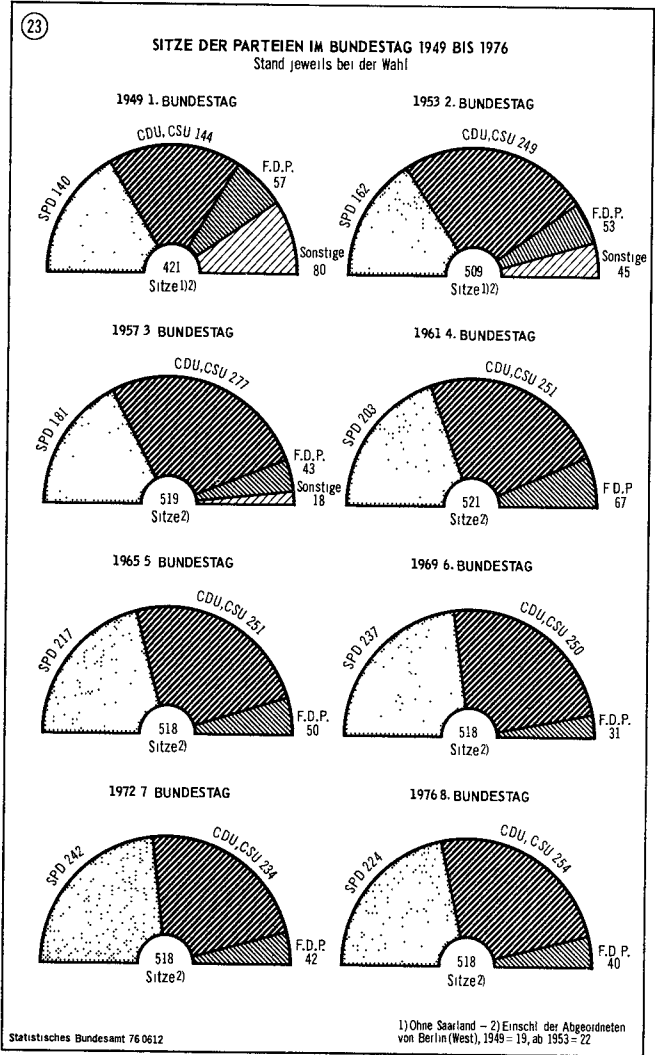
Im 2. Bundestag gab es dagegen neben den auch heute noch im Bundestag vertretenen Parteien nur noch

- 27 Sitze des Gesamtdeutschen Blocks/BHE,
- 15 Sitze der Deutschen Partei und
- 3 Sitze des Zentrums.

Bei der 3. Bundestagswahl 1957 blieben davon neben den Sitzen der SPD, CDU, CSU und F.D.P. nur noch die 17 Sitze der Deutschen Partei übrig, die dann 1961 nach vorangegangener Auflösung dieser Partei verschwunden sind.

Parteilose Bewerber kamen nur 1949 in drei Wahlkreisen zum Sieg. Die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien, die 1949 noch 10 betrug, hat sich im Jahre 1953 auf 6 und im Jahre 1957 auf 5 vermindert. Seit 1961 sind nur noch vier Parteien mit Abgeordneten im Bundestag vertreten.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen werden, ist nur schwer vorzusagen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß eine Zu-



## 57 Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung

Land	Wahl- berechtigte (a)	Nichtwähler (b)		Wähler mit ungültiger Zweitstimme (c)		Wähler mit Zweitstimmen für Parteien ohne Sitze (d)		Summe der Zahlen b, c und d	
		Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)
Schleswig-Holstein . . . . .	1 864 033	176 082	9,4	7 865	0,4	11 938	0,6	195 885	10,5
Hamburg . . . . .	1 287 473	114 391	8,9	4 995	0,4	15 840	1,2	135 226	10,5
Niedersachsen . . . . .	5 205 680	448 304	8,6	98 398	1,9	30 807	0,6	577 509	11,1
Bremen . . . . .	528 346	52 764	10,0	2 594	0,5	7 699	1,5	63 057	11,9
Nordrhein-Westfalen . . . . .	12 118 533	1 051 987	8,7	76 984	0,6	82 994	0,7	1 211 965	10,0
Hessen . . . . .	3 899 454	314 179	8,1	27 273	0,7	37 078	1,0	378 530	9,7
Rheinland-Pfalz . . . . .	2 676 890	227 944	8,5	19 693	0,7	20 896	0,8	268 533	10,0
Baden-Württemberg . . . . .	6 118 464	666 094	10,9	46 836	0,8	53 195	0,9	766 125	12,5
Bayern . . . . .	7 547 820	782 981	10,4	51 144	0,7	65 169	0,9	899 294	11,9
Saarland . . . . .	811 322	57 536	7,1	7 471	0,9	7 979	1,0	72 986	9,0
Bundesgebiet ohne Berlin .	42 058 015	3 892 262	9,3	343 253	0,8	333 595	0,8	4 569 110	10,9
dagegen 1972 . . . . .	41 446 302	3 684 713	8,9	301 839	0,7	348 579	0,8	4 335 131	10,5
1969 . . . . .	38 677 235	5 154 171	13,3	557 040	1,4	1 801 699	4,7	7 512 910	19,4
1965 . . . . .	38 510 395	5 094 188	13,2	795 765	2,1	1 186 449	3,1	7 076 402	18,4
1961 . . . . .	37 440 715	4 591 091	12,3	1 298 723	3,5	1 796 408	4,8	7 686 222	20,5

1) In Prozent der Wahlberechtigten (a).

nahme der Stimmen und damit auch der Gesamtzahl der Sitze nicht unbedingt mit einer Zunahme der Wahlkreissitze verbunden zu sein braucht. Wegen der Verrechnung der Wahlkreissitze mit den Sitzen, die den Parteien aufgrund der Zweitstimmen insgesamt zustehen, kann es also vorkommen, daß bei einer Verringerung der Wahlkreissitze Landeslistenbewerber in den Bundestag kommen, mit denen nicht gerechnet worden ist. Umgekehrt ist es aber auch möglich, daß Landeslistenbewerber, deren Plätze als durchaus aussichtsreich angesehen werden konnten, nicht mehr zum Zuge kommen, weil nach Abzug der Wahlkreissitze von den insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. Die Parteien stehen infolgedessen vor jeder Bundestagswahl bei der Aufstellung der Kandidaten vor einer schwierigen Entscheidung. Nach der Wahl stellt sich häufig heraus, daß ein unerwarteter Wahlkreissieg der eigenen Partei die Aussichten eines Landeslistenbewerbers zunichte gemacht hat.

Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen fünf, in Bayern vier, in Baden-Württemberg zwei und in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz je einen Sitz verloren; in Bremen und im Saarland hat sie ihren Besitzstand gewahrt.

Die CDU konnte dagegen in Nordrhein-Westfalen fünf, in Hessen und Baden-Württemberg je zwei und in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Rheinland-Pfalz je einen Sitz hinzugewinnen; in Hamburg und im Saarland sind gegenüber 1972 in der Zahl der errungenen Sitze keine Änderungen zu verzeichnen.

Die F.D.P. hat in Hamburg, Hessen und in Baden-Württemberg je einen Sitz eingebüßt und in Bayern einen Sitz hinzugewonnen. In den übrigen Ländern hat sie ihren Besitzstand wahren können.

## 7.3 Erfolgswert der Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1976 gab es 42 058 015 Wahlberechtigte. Zu wählen waren 496 Abgeordnete, ohne die 22 Abgeordneten aus dem Land Berlin. Durchschnittlich kam somit auf 84 794 Wahlberechtigte ein Abgeordneter.

Der Wahl ferngeblieben sind 3 892 262 Wahlberechtigte. Geht man von der genannten Durchschnittszahl der Wahlberechtigten je Abgeordneten aus, hätten sie die Parteizugehörigkeit von 46 Abgeord-

## 58 Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und Zweitstimmen je Abgeordneten

Land	Durchschnittliche Zahl der						
	Wahl- berechtigten	gültige Zweitstimmen					
		insgesamt	für SPD, CDU, CSU und F.D.P. zusammen	und zwar für die			
				SPD	CDU	CSU	F.D.P.
je Abgeordneten							
Schleswig-Holstein . . . . .	84 728	76 367	75 824	77 959	74 092	—	73 811
Hamburg . . . . .	91 962	83 434	82 303	76 785	83 798	—	118 969
Niedersachsen . . . . .	83 962	75 144	74 647	73 431	76 040	—	73 905
Bremen . . . . .	105 669	94 597	93 057	85 181	76 921	—	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	81 881	74 253	73 693	73 627	74 125	—	71 694
Hessen . . . . .	82 967	75 702	74 913	73 925	75 890	—	75 216
Rheinland-Pfalz . . . . .	86 351	78 363	77 688	77 967	75 700	—	91 787
Baden-Württemberg . . . . .	86 175	76 134	75 385	76 165	75 851	—	69 951
Bayern . . . . .	85 770	76 291	75 551	75 920	—	75 990	69 889
Saarland . . . . .	101 415	93 289	92 292	86 046	86 212	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin .	84 794	76 255	75 582	75 229	75 617	75 990	76 797
dagegen 1972 . . . . .	83 561	75 523	74 820	74 674	74 524	75 316	76 341
1969 . . . . .	77 978	66 464	62 831	62 793	62 588	63 584	63 447
1965 . . . . .	77 642	65 767	63 375	63 431	63 201	64 010	63 198
1961 1) . . . . .	75 791	63 868	60 232	60 144	60 342	60 289	60 131
	(75 031)	(63 228)	(59 628)	X	(58 770)	X	X

1) Ohne Überhangmandate; mit Überhangmandaten in Klammern darunter.



59 Tatsächliche Sitzverteilung nach d'Hondt (a) und Sitzverteilung nach dem Anteil der Zweitstimmen der Parteien im Bundesgebiet und dem Anteil der Zweitstimmen für ihre Landeslisten (b)

Land	Sitze insgesamt		Davon für						
			SPD		CDU		CSU 1)	F.D.P.	
	a	b	a	b	a	b	a/b	a	b
Schleswig-Holstein . . . . .	22	22	10	10	10	10	—	2	2
Hamburg . . . . .	14	15	8	8	5	5	—	1	2
Niedersachsen . . . . .	62	61	29	28	28	28	—	5	5
Bremen . . . . .	5	6	3	3	2	2	—	—	1
Nordrhein-Westfalen . . . . .	148	144	70	68	66	65	—	12	11
Hessen . . . . .	47	47	22	22	21	21	—	4	4
Rheinland-Pfalz . . . . .	31	32	13	14	16	16	—	2	2
Baden-Württemberg . . . . .	71	70	26	26	38	38	—	7	6
Bayern . . . . .	88	88	29	29	—	—	53	6	6
Saarland . . . . .	8	11	4	5	4	5	—	—	1
Bundesgebiet ohne Berlin . .	496	496	214	213	190	190	53	39	40

1) CSU nur in Bayern.

neten bestimmen können. Ferner sind von den für den Wahlausgang entscheidenden Zweitstimmen 343 253 ungültig gewesen und damit für die Sitzverteilung ebenfalls nicht zum Zuge gekommen. Diese Stimmen entsprechen rund vier Abgeordneten. Die Nichtwähler und die Wähler mit ungültiger Zweitstimme haben somit die Wahl von 50 Abgeordneten anderen überlassen. Bei der Wahl 1972 waren es 47, bei der Wahl 1969 73 und 1965 sogar 75 Abgeordnete, auf deren Wahl so kein Einfluß genommen wurde.

Aber auch von den gültigen Zweitstimmen blieb ein Teil für die Zusammensetzung des Bundestages ohne Bedeutung, weil sie für Parteien abgegeben wurden, die wegen der „Sperrklauseln“ nicht in die Sitzverteilung kamen. Hierdurch ist auf die Wahl von weiteren vier Abgeordneten keinen Einfluß genommen worden. Die Sitzverteilung bestimmten vielmehr ausschließlich die Wähler, die ihre Zweitstimme der SPD, CDU, CSU oder F.D.P. gaben und nur 89,1 % aller Wahlberechtigten ausmachen. Wie aus der letzten Spalte der Übersicht 57 aus der Differenz zu 100 hervorgeht, ist dieser Prozentsatz von Land zu Land nicht sehr verschieden. Am größten war er im Saarland mit 91 %, am kleinsten in Baden - Württemberg mit 87,5 %. Da vor 1972 die Wahlbeteiligung erheblich geringer als 1972 oder 1976 war und früher auch sehr viel mehr Zweitstimmen für nicht in die Sitzverteilung gekommene Parteien abgegeben wurden, bestimmten von 1961 bis 1969 bereits rd. 80 % der Wahlberechtigten die Zusammensetzung des Bundestags.

Berechnet man die durchschnittliche Zahl der gültigen Zweitstimmen je Abgeordneten für die SPD, CDU, CSU und F.D.P. zusammen, so kommt man auf 75 582 Stimmen. Die entsprechenden Durchschnittszahlen der Parteien weichen hiervon nicht erheblich ab. Sie liegen im Bundesdurchschnitt zwischen 75 229 für einen Abgeordneten der SPD und 76 797 für einen Abgeordneten der F.D.P. Sehr viel größer sind jedoch die Unterschiede von Land zu Land. Für Nordrhein - Westfalen beispielsweise beträgt die Zahl der gültigen Zweitstimmen je Abgeordneten nur 73 693, für Bremen aber 93 057. Noch größer sind diese Länderunterschiede bei den einzelnen Parteien. Sie bewegen sich bei der SPD zwischen 73 431 in Niedersachsen und 86 046 im Saarland, bei der CDU zwischen 74 092 in Schleswig - Holstein und 86 212 im Saarland und schließlich bei der F.D.P. zwischen 69 889 in Bayern und 118 969 in Hamburg.

Die Auswirkungen des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens, das eine sperrklauselähnliche Wirkung entfalten kann, spielen hierbei eine beträchtliche Rolle. Es begünstigt nämlich in der Regel nicht nur die großen Parteien, sondern auch die großen Länder. Um diese Wirkungen aufzuzeigen, seien hier die Ergebnisse eines Sitzverteilungs-

ungsverfahrens genannt, bei dem in der ersten und danach in der zweiten Stufe nicht das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren zur Anwendung gelangte, sondern von den prozentualen Stimmenanteilen der Parteien im Bundesgebiet ohne Berlin, bzw. der prozentualen Verteilung der Zweitstimmen einer jeden Partei auf ihre Landeslisten ausgegangen wurde.

Bei strenger Zugrundelegung des Zweitstimmenverhältnisses der Parteien im Bund hätten sich für die SPD nicht 214, sondern lediglich 213 Sitze ergeben, dafür aber für die F.D.P. statt 39 deren 40.

Noch gravierender sind, wie aus der Übersicht 59 hervorgeht, die Abweichungen von Land zu Land. Wäre nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten Stufe die Sitzverteilung statt nach d'Hondt streng nach den auf die einzelnen Landeslisten der Parteien entfallenen Stimmenanteilen vorgenommen worden, wurden sich für Hamburg, Bremen und Rheinland - Pfalz je ein weiterer Abgeordneter und für das Saarland sogar drei weitere Abgeordnete, dagegen für Niedersachsen, Nordrhein - Westfalen und Baden - Württemberg entsprechend weniger ergeben haben. Z. B. wäre dann die F.D.P. in Bremen und im Saarland zu wenigstens einem Landeslistenplatz gekommen. Hinsichtlich der übrigen Verschiebungen wird auf die Übersicht verwiesen.

Der Vergleich der in Übersicht 59 unter (a) und (b) nachgewiesenen Abgeordnetenzahlen ergibt also, daß die Anwendung des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens vor allem unter dem Gesichtspunkt der regionalen Gleichbehandlung der Wähler gravierende Auswirkungen haben kann. Damit soll das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren keineswegs abqualifiziert werden. Einer der großen Vorteile dieses Verfahrens besteht z. B. darin, daß sich keine Bruchteile von Sitzen mit dem Zwang zur Auf- und Abrundung ergeben.

Bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 war die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nicht nur für das Wahlgebiet, sondern auch für die einzelnen Länder festgelegt. Wahlbeteiligung, ungültige Stimmen und Anteil der gültigen Stimmen für die Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, spielten infolgedessen für die Zahl der Abgeordneten aus jedem Land keine Rolle. Seit 1957 ist die Zahl der Abgeordneten aus einem Land jedoch um so größer, je höher die Wahlbeteiligung, je niedriger der Anteil der ungültigen Zweitstimmen und je niedriger der Anteil der Zweitstimmen für Parteien ist, die wegen der Sperrklauseln für die Sitzverteilung ausscheiden. Dazu treten die Wirkungen des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens, bei dem es häufig vorkommt, daß bei der Verteilung der Gesamtzahl der Sitze einer Partei auf die Länder in den kleineren Ländern besonders viele Parteistimmen für die Sitzverteilung verlorengehen.

8 Die Gewählten

Unter den bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 Gewählten befinden sich 35 Frauen; dazu kommen drei vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählte. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten hat sich

demnach gegenüber 1972 um acht erhöht. Gegenüber 1957 mit der höchsten Zahl an weiblichen Abgeordneten (43) liegt diese Zahl aber noch um acht (einschl. Berlin um 10) niedriger. Die SPD stellte

60 Abgeordnete, ohne und einschließlich vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte,  
nach dem Geschlecht

Tag der Wahl	Abgeordnete							
	ohne				einschließlich			
	vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte							
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl		%		Anzahl		%	
14. 8. 1949 . . . . .	402	374	28	7,0	410	381	29	7,1
6. 9. 1953 . . . . .	487	447	40	8,2	509	464	45	8,8
15. 9. 1957 . . . . .	497	454	43	8,7	519	471	48	9,2
17. 9. 1961 . . . . .	499	459	40	8,0	521	478	43	8,3
19. 9. 1965 . . . . .	496	463	33	6,7	518	482	36	6,9
28. 9. 1969 . . . . .	496	465	31	6,3	518	484	34	6,6
19. 11. 1972 . . . . .	496	469	27	5,4	518	488	30	5,8
3. 10. 1976 . . . . .	496	461	35	7,1	518	480	38	7,3

zu Beginn der 8. Wahlperiode 14 Frauen, dazu eine aus dem Lande Berlin, die CDU 15, dazu zwei aus Berlin, die CSU zwei Frauen und die F.D.P. vier.

Bedenkt man, daß die Frauen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten und Wähler ausmachen, sind die Frauen demnach im Bundestag nur schwach repräsentiert.

Ohne die inzwischen durch Verzicht oder Tod eingetretenen Veränderungen gehörten nach dem Stand bei der Wahl von den insgesamt 496 Gewählten 113 zum erstenmal dem Bundestag an. Bei der Bundestagswahl 1972 gab es sogar 140 „Neulinge“. Die meisten neuen Abgeordneten hat mit 54 die CDU, verglichen mit 53 im Jahre 1972. Bei der SPD verringerte sich die Zahl der zum erstenmal in den Bundestag gewählten Abgeordneten gegenüber 1972 um 26 auf 36. Die Zahl der neuen Abgeordneten der CSU ist von 6 im Jahre 1972 auf 13 oder mehr als das Doppelte gestiegen, während sich die neuen Abgeordneten bei der F.D.P. von 19 im Jahre 1972 um nahezu die Hälfte auf 10 verminderte.

Die Zahl der Abgeordneten, die seit der 1. Legislaturperiode ununterbrochen ein Bundestagsmandat inne haben, wird verständlicherweise immer kleiner, weil der weitaus größte Teil dieser Abgeordneten inzwischen verstorben ist oder ein zu hohes Alter erreicht hat. Die Zahl dieser Abgeordneten verminderte sich von 12 im Jahre 1972 auf 11, davon 4 Abgeordnete der SPD, vier Abgeordnete der CDU und drei Abgeordnete der CSU. Die F.D.P. hatte schon 1972 keinen Abgeordneten mehr, der seit 1949 dem Bundestag angehört.

Im einzelnen sind dies — in der alphabetischen Ordnung innerhalb der Parteien — die folgenden Abgeordneten:

SPD

Franke, Egon <sup>1)</sup>, geb. 11. 4. 1913  
Lange, Erwin, geb. 10. 5. 1914  
Schmidt, Dr. R. Martin, geb. 16. 6. 1914  
Wehner, Herbert, geb. 11. 7. 1906

CDU

Erhard, Prof. Dr. Ludwig, geb. 4. 2. 1897 († 5. 5. 1977)  
Mende, Dr. Erich <sup>2)</sup>, geb. 28. 10. 1916  
Müller-Hermann, Dr. Ernst <sup>3)</sup>, geb. 30. 9. 1915  
Schröder, Dr. Gerhard, geb. 11. 9. 1910

CSU

Jaeger, Dr. Richard, geb. 16. 2. 1913  
Strauß, Franz-Josef, geb. 6. 9. 1915  
Stücklen, Richard, geb. 20. 8. 1916

Wenn auch zuweilen mit Unterbrechung, wurden zum zweitenmal mehr als wie zum erstenmal, nämlich 130 (1972 : 140), zum drittenmal 111 (1972 : 89), zum viertenmal 71 (1972 : 53), zum fünften-

1) Ab 17. 5. 1951 als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Bruno Leddin. — 2) Vor 9. 10. 1970 F.D.P. — 3) Ab 1. 1. 1952 als Nachfolger für den ausgeschiedenen Abgeordneten Johannes Degener.

61 Alte und neue Abgeordnete im 8. Deutschen Bundestag \*)

Von den Abgeordneten des 8. Deutschen Bundestages sind zum ... Mal Bundestagsabgeordnete	Abgeordnete														
	insgesamt	Männer	Frauen	SPD			CDU			CSU			F.D.P.		
				zu- sammen	Männer	Frauen	zu- sammen	Männer	Frauen	zu- sammen	Männer	Frauen	zu- sammen	Männer	Frauen
1. Mal	113	100	13	36	31	5	54	49	5	13	12	1	10	8	2
2. Mal	130	118	12	59	56	3	49	42	7	6	5	1	16	15	1
darunter mit Unterbrechung	3	3	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	1	1	—
3. Mal	111	104	7	54	50	4	38	35	3	16	16	—	3	3	—
darunter mit Unterbrechung	5	4	1	1	1	—	3	2	1	1	1	—	—	—	—
4. Mal	71	71	—	32	32	—	29	29	—	6	6	—	4	4	—
darunter mit Unterbrechung	6	6	—	2	2	—	3	3	—	—	—	—	1	1	—
5. Mal	32	31	1	17	17	—	7	7	—	4	4	—	4	3	1
darunter mit Unterbrechung	4	4	—	3	3	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
6. Mal	19	18	1	9	8	1	6	6	—	2	2	—	2	2	—
darunter mit Unterbrechung	4	4	—	1	1	—	2	2	—	—	—	—	1	1	—
7. Mal	9	8	1	3	2	1	3	3	—	3	3	—	—	—	—
darunter mit Unterbrechung	1	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Mal	11	11	—	4	4	—	4	4	—	3	3	—	—	—	—
darunter mit Unterbrechung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Abgeordnete insgesamt	496	461	35	214	200	14	190	175	15	53	51	2	39	35	4
dagegen 1972 1. Mal	140	129	11	62	59	3	53	47	6	6	5	1	19	18	1
7. Mal	12	12	—	4	4	—	5	5	—	3	3	—	—	—	—

\*) Ohne die 22 Abgeordneten von Berlin.

62 Abgeordnete im 8. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Alter \*)

Geburtsjahrgänge	Alter Ende 1976 von . . . bis unter . . . Jahren	Abgeordnete																			
		insgesamt				SPD				CDU				CSU				F.D.P.			
		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt		Man-ner	Frau-en	insgesamt	
		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%	
1906 u. fruher	70 u. mehr	3	—	3	0,6	1	—	1	0,5	2	—	2	1,1	—	—	—	—	—	—	—	—
1907 — 1911	65 — 70	4	—	4	0,8	2	—	2	0,9	1	—	1	0,5	1	—	1	1,9	—	—	—	—
1912 — 1916	60 — 65	29	1	30	6,0	9	1	10	4,7	11	—	11	5,8	7	—	7	13,2	2	—	2	5,1
1917 — 1921	55 — 60	51	7	58	11,7	23	2	25	11,7	17	3	20	10,5	6	—	6	11,3	5	2	7	17,9
1922 — 1926	50 — 55	94	10	104	21,0	49	4	53	24,8	32	6	38	20,0	6	—	6	11,3	7	—	7	17,9
1927 — 1931	45 — 50	108	5	113	22,8	43	2	45	21,0	44	3	47	24,7	14	—	14	26,4	7	—	7	17,9
1932 — 1936	40 — 45	79	3	82	16,5	38	—	38	17,8	26	1	27	14,2	8	2	10	18,9	7	—	7	17,9
1937 — 1941	35 — 40	60	3	63	12,7	23	1	24	11,2	27	1	28	14,7	7	—	7	13,2	3	1	4	10,3
1942 — 1946	30 — 35	30	6	36	7,3	11	4	15	7,0	14	1	15	7,9	2	—	2	3,8	3	1	4	10,3
1947 — 1949	27 — 30	3	—	3	0,6	1	—	1	0,5	1	—	1	0,5	—	—	—	—	1	—	1	2,6
Insgesamt . . . . .		461	35	496	100	200	14	214	100	175	15	190	100	51	2	53	100	35	4	39	100

\*) Stand bei der Wahl am 3. 10. 1976 ohne die 22 Abgeordneten von Berlin.

mal 32 (1972 : 42), zum sechstenmal 19 (1972 : 20) und zum siebtenmal 9 (1972 : 12) Abgeordnete in den Bundestag berufen. Unter den zum erstenmal gewählten Abgeordneten befinden sich 100 Männer und 13 Frauen.

Das Alter der Wählbarkeit begann bei der Wahl 1976 mit der Vollendung des 18. Lebensjahres. Abgeordnete unter 18 Jahren gibt es daher überhaupt nicht. Im Alter zwischen 21 und 25 Jahren wurde kein Abgeordneter festgestellt, im Alter von 25 bis unter 30 Jahren waren es drei, davon je einer der SPD, der CDU und der F.D.P. Weitere 181 Abgeordnete waren Ende 1976 zwischen 30 und 45 Jahre alt. Die Zahl dieser Abgeordneten hat sich vermindert, denn bei der Bundestagswahl 1972 gab es noch 188 Abgeordnete in diesem Alter. Von den 181 Abgeordneten 1976 gehören 77 zur SPD, 70 zur CDU, 19 zur CSU und 15 zur F.D.P. Die Zahl der Abgeordneten über 45 Jahre hat von 10 bei der Wahl 1972 auf sieben abgenommen. Von diesen gehörten je 3 zur SPD bzw. CDU und einer zur CSU. Von den drei über 70 Jahre alten Abgeordneten gehören einer der SPD und zwei der CDU an. Rechnet man zu den jüngeren Abgeordneten alle unter 50jährigen, so gehören dazu von den 214 Abgeordneten der SPD 123 oder 57,5 %, von den 190 Abgeordneten der CDU 118 oder 62,1 %, von den 53 Abgeordneten

der CSU 33 oder 62,3 % und von den 39 Abgeordneten der F.D.P. 23 oder 59,0 %. Die SPD hat somit absolut und die CSU relativ die meisten jüngeren Abgeordneten.

Die zehn ältesten Mitglieder des Bundestages — ohne die Berliner Abgeordneten — sind:

Erhard, Prof. Dr. Ludwig	CDU	4.	2. 1897 1)
Kiesinger, Dr. Kurt Georg	CDU	6.	4. 1904
Wehner, Herbert	SPD	11.	7. 1906
Scheu, Adolf	SPD	26.	4. 1907
Lauritzen, Dr. Lauritz	SPD	20.	1. 1910
Schröder, Dr. Gerhard	CDU	11.	9. 1910
Schwabe, Wolfgang	SPD	12.	10. 1910
Peters, Walter	F.D.P.	14.	8. 1912
Becher, Dr. Walter	CSU	1.	10. 1912
Jäger, Dr. Richard	CSU	16.	2. 1913

Damit gehören vier der ältesten Abgeordneten zur SPD, drei zur CDU, zwei zur CSU und einer zur F.D.P.

1) Gest. am 5. 5. 1977.

63 Abgeordnete des 8. Deutschen Bundestages nach Parteizugehörigkeit und beruflicher Tätigkeit

Berufliche Tätigkeit	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Insgesamt	
	Anzahl				%	
Parlamentarier (o h n e andere Berufsangabe) . . . . .	14	6	2	1	23	4,6
Professoren, Dozenten, Lehrer aller Art (auch Studienassessoren, Studienreferendare) . . . . .	28	32	2	4	66	13,3
Andere Beamte des höheren Dienstes (ohne Staatsanwälte, Medizinalräte und Landwirtschaftsräte) . . . . .	17	16	11	2	46	9,3
Andere Beamte des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes sowie Sozialarbeiter . . . . .	14	6	2	—	22	4,4
Soldaten jeden Dienstgrades . . . . .	2	2	—	—	4	0,8
Leitende Angestellte, Direktoren, Geschäftsführer, Gewerkschaftssekretäre . . . . .	50	29	5	5	89	17,9
Angestellte (z. B. Gewerkschaftsangestellte, kaufmännische oder technische Angestellte, wissenschaftliche Referenten, Volkswirte, Politologen) . . . . .	14	7	5	1	27	5,4
Arbeiter auch mit näheren Angaben (z. B. Bergmann, Maurer) . . . . .	7	4	—	—	11	2,2
Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte (auch Justizassessoren und Justizreferendare jeder Art) . . . . .	25	28	10	10	73	14,7
Ärzte aller Art . . . . .	2	3	—	—	5	1,0
Fabrikbesitzer bzw. Fabrikanten, Unternehmer und -berater . . . . .	5	15	4	8	32	6,5
Verleger, Publizisten, Redakteure, Journalisten, Historiker . . . . .	17	9	3	1	30	6,0
Landwirte bzw. Bauern (einschl. Landwirtschaftsmeister und -direktor) . . . . .	2	13	2	3	20	4,0
Kaufleute (auch mit Modifikation, z. B. Industriekaufmann) . . . . .	8	8	1	1	18	3,6
Ingenieure . . . . .	4	4	3	3	14	2,8
Werkmeister, Handwerksmeister . . . . .	1	3	2	—	6	1,2
Pfarrer (nur evangelisch), Theologe (1) . . . . .	3	2	—	—	5	1,0
Hausfrauen . . . . .	1	3	1	—	5	1,0
Abgeordnete insgesamt . . . . .	214	190	53	39	496	100

Die zehn jüngsten Mitglieder des Bundestages sind:

Wissmann, Matthias	CDU	15.	4.	1949
Schoeler, Andreas von	F.D.P.	4.	7.	1948
Ueberhorst, Reinhard	SPD	24.	4.	1948
Langguth, Dr. Gerd	CDU	18.	5.	1946
Sauer, Helmut	CDU	24.	12.	1945
Eymer, Ekkehart	CDU	22.	9.	1945
Matthäus-Maier, Ingrid	F.D.P.	9.	9.	1945
Möllemann, Jürgen W.	F.D.P.	15.	7.	1945
Hoffmann, Hans-Joachim	SPD	12.	2.	1945
Gärtner, Klaus	F.D.P.	10.	1.	1945

Von den jüngsten Abgeordneten stellt die CDU und die F.D.P. je vier und die SPD zwei. Unter den jüngsten vier Abgeordneten der F.D.P. befindet sich eine Frau. Die zwei jüngsten Abgeordneten der CSU gehören dem Jahrgang 1944 an.

Das Durchschnittsalter der am 3. Oktober 1976 Gewählten bei der Bundestagswahl 1976 betrug am 31. 12. 1976 . . . Jahre:

	männlich	weiblich	insgesamt
SPD	47,2	46,3	47,1
CDU	46,7	49,4	46,9
CSU	48,2	41,5	47,9
F.D.P.	46,2	45,5	46,1
Insgesamt	47,0	47,3	47,1

Eine berufliche und soziale Gliederung der Abgeordneten nach der Berufssystematik der amtlichen Statistik ist nicht möglich. Es wurde stattdessen eine solche Gliederung durch die Auswahl bestimmter „beruflicher Tätigkeiten“ aus den oft wenig exakten Berufs- und Standesbezeichnungen in den Wahlvorschlägen versucht. In Zweifelsfällen wurden die Angaben im „Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages 8. Wahlperiode“ mit herangezogen. Wegen der damit verbundenen Problematik kann die Übersicht 63 sicherlich nicht

alle, aber wenigstens doch viele der häufiger gestellten Fragen in dieser Hinsicht beantworten.

Die stärkste Gruppe nach der beruflichen Tätigkeit bilden die leitenden Angestellten, zu denen auch diejenigen gerechnet werden, die Direktor oder Geschäftsführer angegeben haben. Mit 50 von 89 gehören die meisten zur SPD. Dieser Gruppe folgen mit nur geringem Abstand, nämlich 73 (14,7 %) die Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte (auch Justizassessoren und -referendare jeder Art, bzw. 66 (13,3 %) die Professoren, Dozenten, Lehrer aller Art (auch Studienassessoren und -referendare). In beiden Gruppen spielen die Abgeordneten der CDU eine größere Rolle als diejenigen der SPD. Von der Gruppe der Rechtsanwälte usw. gehören 25 der SPD, 28 der CDU und je 10 der CSU bzw. F.D.P. an. Auch die Gruppe der „anderen Beamten des höheren Dienstes“ ist mit 46 Abgeordneten (oder 9,3 %) noch stark vertreten. Die CDU und CSU stellen hier mit 27 Abgeordneten 10 mehr als wie die SPD. Mit 32 (6,5 %) bzw. 30 (6,0 %) sind die Fabrikbesitzer, Unternehmer und -berater bzw. die Verleger, Publizisten, Redakteure u. Journalisten im Deutschen Bundestag vertreten. Erstere gehören zur fast der Hälfte der CDU an, während bei der zweiten Gruppe die SPD mit 17 mehr als die Hälfte der Abgeordneten stellt.

Angestellte (ohne leitende Angestellte, Direktoren, Geschäftsführer und Gewerkschaftssekretäre) sind 27 oder 5,4 % der Abgeordneten. Als Parlamentarier (ohne jegliche andere Berufsangaben) haben sich 23 oder 4,6 % der Abgeordneten bezeichnet. Andere Beamte des höheren Dienstes (ohne Staatsanwälte, Medizinalräte und Landwirtschaftsräte) gibt es 22 (4,4 %) unter den 496 Abgeordneten. Alle übrigen Gruppen liegen mit ihrem Anteil bei vier Prozent und darunter. Von den 4 Soldaten gehören je zwei der SPD und der CDU an. Unter den Abgeordneten der CSU und der F.D.P. befinden sich nach den zur Auszählung zur Verfügung stehenden Unterlagen keine Ärzte und keine Pfarrer. Die direkt, d. h. im Bundesgebiet ohne Berlin im Wahlkreis oder auf Landesliste gewählten Frauen kommen in der Hauptsache aus den Reihen der Lehrerschaft (8), Hausfrauen (5) sowie der leitenden, übrigen Angestellten und Beamten des einfachen und gehobenen Dienstes (je 3).

## **Anhang**



# 1 Wahlrechtsgrundlagen

## Auszüge aus

### 1.1 dem Grundgesetz (GG)

#### Artikel 38

##### (Wahl)

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.

(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

#### Artikel 39

##### (Wahlperiode, Zusammentritt, Einberufung)

(1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.

(2) Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammen.

(3) Der Bundestag bestimmt den Schluß und den Wiederbeginn seiner Sitzungen. Der Präsident des Bundestages kann ihn früher einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler es verlangen.

### 1.2 dem Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2325)

#### Wahlsystem

##### § 1

##### Zusammensetzung des Bundestages und Wahlrechtsgrundsätze

(1) Der Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 518 <sup>1)</sup> Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

(2) Von den Abgeordneten werden 259 <sup>1)</sup> nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt.

##### § 3

##### Wahlkreiskommission und Wahlkreiseinteilung

(1) Der Bundespräsident ernennt eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

(2) Die Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie mit Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 25 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 33 1/3 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
3. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern soll deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.

<sup>1)</sup> Davon werden 22 Abgeordnete vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Dadurch vermindert sich die Zahl der unmittelbar zu wählenden Abgeordneten auf 496, von denen die Hälfte in den 248 Wahlkreisen gewählt werden, in die das Bundesgebiet (ohne Berlin) eingeteilt ist (§ 53). Bei der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages handelt es sich um eine Mindestzahl, die sich erhöhen kann, wenn sog. „Überhangmandate“ entstehen (vgl. § 6 Abs. 3).

5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes) unberücksichtigt.

(3) Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages zu erstatten. Der Bundesminister des Innern leitet ihn unverzüglich dem Bundestag zu und veröffentlicht ihn im Bundesanzeiger. Auf Ersuchen des Bundesministers des Innern hat die Wahlkreiskommission einen ergänzenden Bericht zu erstatten; für diesen Fall gilt Satz 2 entsprechend.

(4) Werden Landesgrenzen nach dem Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 65), geändert durch das Gesetz vom 9. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1241), geändert, so ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise. Werden im aufnehmenden Land zwei oder mehrere Wahlkreise berührt oder wird eine Exklave eines Landes gebildet, so bestimmt sich die Wahlkreiszugehörigkeit des neuen Landesteiles nach der Wahlkreiszugehörigkeit der Gemeinde, des Gemeindebezirks oder des gemeindefreien Gebietes, denen er zugeschlagen wird.

##### § 4

##### Stimmen

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste.

##### § 5

##### Wahl in den Wahlkreisen

In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.

##### § 6

##### Wahl nach Landeslisten

(1) Für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze werden die für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen zu-

sammengezählt. Nicht berücksichtigt werden dabei die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die ihre Erststimme für einen im Wahlkreis erfolgreichen Bewerber abgegeben haben, der gemäß § 20 Abs. 3 oder von einer Partei, für die in dem betreffenden Lande keine Landesliste zugelassen ist, vorgeschlagen ist. Von der Gesamtzahl der Abgeordneten (§ 1 Abs. 1) wird die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgezogen, die in Satz 2 genannt oder von einer nach Absatz 4 nicht zu berücksichtigenden Partei vorgeschlagen sind. Die verbleibenden Sitze werden auf die Landeslisten im Verhältnis der Summen ihrer nach den Sätzen 1 und 2 zu berücksichtigenden Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los.

(2) Von der für jede Landesliste so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerber, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze als Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt.

(3) In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach Absatz 1 ermittelte Zahl übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Abs. 1) um die Unterschiedszahl; eine erneute Berechnung nach Absatz 1 findet nicht statt.

(4) Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Satz 1 findet auf die von Parteien nationaler Minderheiten eingereichten Listen keine Anwendung.

## § 7

### Listenverbindung

(1) Landeslisten derselben Partei gelten als verbunden, soweit nicht erklärt wird, daß eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen.

(2) Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste.

(3) Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Landeslisten im Verhältnis ihrer Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. § 6 Abs. 1 Satz 1, 2, 4, 5, Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

## Wahlorgane

### § 8

#### Gliederung der Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,

ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land, ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis, ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.

(2) Für mehrere benachbarte Wahlkreise kann ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuß gebildet werden. Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können für einen Wahlkreis mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände eingesetzt werden.

## § 9

### Bildung der Wahlorgane

(1) Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesminister des Innern, die Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

(2) Die Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Bei-

sitzern. Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und weiteren fünf bis sieben vom Wahlvorsteher berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß die Gemeindebehörde die Beisitzer des Wahlvorstandes und der Kreiswahlleiter die Beisitzer des Wahlvorstandes zur Feststellung des Briefwahlergebnisses allein oder im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher berufen. Bei Berufung der Beisitzer sind die in dem jeweiligen Bezirk vertretenen Parteien nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

(3) Niemand darf in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein. Wahlbewerber, Vertrauensmänner für Wahlvorschläge und deren Stellvertreter dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

## Wahlrecht und Wählbarkeit

### § 12

#### Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

(2) Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Bei Rückkehr in den Geltungsbereich dieses Gesetzes gilt die Dreimonatsfrist des Absatzes 1 Nr. 2 nicht.

(3) Wohnung im Sinne dieses Gesetzes ist jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird. Wohnwagen und Wohnschiffe sind jedoch nur dann als Wohnungen anzusehen, wenn sie nicht oder nur gelegentlich fortbewegt werden.

(4) Sofern sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes keine Wohnung innehaben, gilt als Wohnung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2

1. für Seeleute sowie für die Angehörigen ihres Hausstandes das von ihnen bezogene Schiff, wenn dieses nach dem Flaggenrechtsgesetz vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79), zuletzt geändert durch das Konsulargesetz vom 11. September 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 2317) die Bundesflagge zu führen berechtigt ist,
2. für Binnenschiffer sowie für die Angehörigen ihres Hausstandes das von ihnen bezogene Schiff, wenn dieses in einem Schiffsregister im Geltungsbereich dieses Gesetzes eingetragen ist,
3. für im Vollzug gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung befindliche Personen sowie für andere Untergebrachte die Anstalt oder die entsprechende Einrichtung.

## § 13

### Ausschluß vom Wahlrecht

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt,
2. wer entmündigt ist oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht,
3. wer nach § 63 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist,
4. wer infolge Richterspruchs auf Grund landesrechtlicher Vorschriften wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche nicht nur einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist.

## § 14

### Ausübung des Wahlrechts

(1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird.



(3) Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

- a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder
- b) durch Briefwahl teilnehmen.

(4) Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

## **§ 15**

### **Wählbarkeit**

(1) Wählbar ist, wer am Wahltag

1. seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und
2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

(2) Nicht wählbar ist,

1. wer nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
3. wer, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 65) erlangt hat.

## **Vorbereitung der Wahl**

## **§ 17**

### **Wählerverzeichnis und Wahlschein**

(1) Die Gemeindebehörden führen für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Das Wählerverzeichnis wird vom zwanzigsten bis fünfzehnten Tage vor der Wahl zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt.

(2) Ein Wahlberechtigter, der verhindert ist, in dem Wahlbezirk zu wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, oder der aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.

## **Wahlhandlung**

## **§ 34**

### **Stimmabgabe mit Stimmzetteln**

(1) Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln in amtlichen Umschlägen.

(2) Der Wähler gibt

1. seine Erststimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll,
2. seine Zweitstimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Landesliste sie gelten soll.

## **§ 35**

### **Stimmabgabe mit Wahlgeräten**

(1) Zur Erleichterung der Abgabe und Zählung der Stimmen können anstelle von Stimmzetteln, Wahlumschlägen und Wahlurnen Wahlgeräte mit selbständigen Zahlwerken benutzt werden.

(2) Wahlgeräte im Sinne von Absatz 1 müssen die Geheimhaltung der Stimmabgabe gewährleisten. Ihre Bauart muß für die Verwendung bei Wahlen zum Bundestag amtlich für einzelne Wahlen oder allgemein zugelassen sein. Über die Zulassung entscheidet der Bundesminister des Innern auf Antrag des Herstellers des Wahlgerätes. Die Verwendung eines amtlich zugelassenen Wahlgerätes bedarf der Genehmigung durch den Bundesminister des Innern. Die

Genehmigung kann für einzelne Wahlen oder allgemein ausgesprochen werden.

(3) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zu erlassen über

1. die Voraussetzungen für die amtliche Zulassung der Bauart von Wahlgeräten sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Zulassung,
2. das Verfahren für die amtliche Zulassung der Bauart,
3. das Verfahren für die Prüfung eines Wahlgerätes auf die der amtlich zugelassenen Bauart entsprechende Ausführung,
4. die öffentliche Erprobung eines Wahlgerätes vor seiner Verwendung,
5. das Verfahren für die amtliche Genehmigung der Verwendung sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Genehmigung,
6. die durch die Verwendung von Wahlgeräten bedingten Besonderheiten im Zusammenhang mit der Wahl.

Die Rechtsverordnung ergeht in den Fällen der Nummern 1 und 3 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(4) Für die Betätigung eines Wahlgerätes gilt § 33 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 entsprechend.

## **§ 36**

### **Briefwahl**

(1) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt worden ist, im verschlossenen Wahlbriefumschlag

- a) seinen Wahlschein,
- b) in einem besonderen verschlossenen Umschlag seinen Stimmzettel

so rechtzeitig zu übersenden, daß der Wahlbrief spätestens am Wahltag bis 18 Uhr eingeht. § 33 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) Auf dem Wahlschein hat der Wähler oder die Person seines Vertrauens gegenüber dem Kreiswahlleiter an Eides Statt zu versichern, daß der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des Wählers gekennzeichnet worden ist. Der Kreiswahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides Statt zuständig; er gilt als Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

(3) Wahlbriefe können von den Absendern gebührenfrei bei der Deutschen Bundespost eingeliefert werden, wenn sie sich in amtlichen Wahlbriefumschlägen befinden. Der Bund entrichtet an die Deutsche Bundespost für jeden von ihr beförderten, unfrei eingelieferten Wahlbrief die jeweils gültige Briefgebühr.

## **Feststellung des Wahlergebnisses**

## **§ 39**

### **Ungültige Stimmen, Zurückweisung von Wahlbriefen, Auslegungsregeln**

(1) Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
6. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 bis 4 sind beide Stimmen ungültig.

(2) Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

(3) Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

(4) Bei der Briefwahl sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
3. dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigelegt ist,
4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen ist,
5. der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Wahlscheine enthält,
6. der Wähler oder die Person seines Vertrauens die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
7. kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist,
8. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

(5) Die Stimmen eines Wählers, der an der Briefwahl teilgenommen hat, werden nicht dadurch ungültig, daß er vor dem oder am Wahltag stirbt, aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verzieht oder sein Wahlrecht nach § 13 verliert.

#### § 40

##### Entscheidung des Wahlvorstandes

Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Anstände. Der Kreiswahlausschuß hat das Recht der Nachprüfung.

### 1.3 der Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2384)

#### § 15

##### Eintragung der Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis von Amts wegen

(1) Von Amts wegen sind in das Wählerverzeichnis alle Wahlberechtigten einzutragen, die am 35. Tage vor der Wahl (Stichtag) bei der Meldebehörde gemeldet sind

- a) für eine Wohnung, es sei denn, daß sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung im Land Berlin innehaben,
- b) auf Grund eines Heuerverhältnisses als Kapitän oder Besatzungsmitglied für ein Seeschiff, das nach dem Flaggenrechtsgesetz vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79), zuletzt geändert durch das Konsulargesetz vom 11. September 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 2317), die Bundesflagge zu führen berechtigt ist (§ 12 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes),
- c) für ein Binnenschiff, das in einem Schiffsregister im Geltungsbereich des Gesetzes eingetragen ist (§ 12 Abs. 4 Nr. 2 des Gesetzes),
- d) für eine Justizvollzugsanstalt oder die entsprechende Einrichtung (§ 12 Abs. 4 Nr. 3 des Gesetzes).

(2) Welche von mehreren Wohnungen eines Wahlberechtigten seine Hauptwohnung ist, bestimmt sich nach den Vorschriften des Melderechts.

(3) Die Eintragung in das Wählerverzeichnis erfolgt in den Fällen des Absatzes 1

#### § 41

##### Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis

(1) Der Kreiswahlausschuß stellt fest, wieviel Stimmen im Wahlkreis für die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten abgegeben worden sind und welcher Bewerber als Wahlkreisabgeordneter gewählt ist.

(2) Der Kreiswahlleiter benachrichtigt den gewählten Wahlkreisabgeordneten und fordert ihn auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

#### § 42

##### Feststellung des Ergebnisses der Landeslistenwahl

(1) Der Landeswahlausschuß stellt fest, wieviel Stimmen im Land für die einzelnen Landeslisten abgegeben worden sind.

(2) Der Bundeswahlausschuß stellt fest, wieviel Sitze auf die einzelnen Landeslisten entfallen und welche Bewerber gewählt sind.

(3) Der Landeswahlleiter benachrichtigt die Gewählten und fordert sie auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

### Schlußbestimmungen

#### § 51

##### Wahlstatistik

(1) Das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag ist statistisch zu bearbeiten.

(2) In den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird.

Buchstabe a) bei der für die Wohnung zuständigen Gemeinde, bei mehreren Wohnungen bei der für die Hauptwohnung zuständigen Gemeinde,

Buchstabe b) bei der für den Sitz des Readers zuständigen Gemeinde,

Buchstabe c) bei der für den Heimatort des Binnenschiffes zuständigen Gemeinde,

Buchstabe d) bei der für die Justizvollzugsanstalt oder die entsprechende Einrichtung zuständigen Gemeinde.

(4) Verlegt ein Wahlberechtigter, der nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, seine Wohnung und meldet er sich vor Beginn der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis bei der Meldebehörde des Zuzugsortes an, so wird er in das Wählerverzeichnis der Gemeinde des Zuzugsortes von Amts wegen eingetragen. Der Wahlberechtigte ist hiervon zu unterrichten. Die Gemeindebehörde des Zuzugsortes unterrichtet unverzüglich die Gemeindebehörde des Fortzugsortes von der Eintragung, die den Wahlberechtigten in ihrem Wählerverzeichnis streicht. Ein Wahlberechtigter, der sich innerhalb der Auslegungsfrist anmeldet, wird nur auf Einspruch in das Wählerverzeichnis der Gemeinde des Zuzugsortes eingetragen. Er ist bei der Anmeldung darüber zu belehren. Sofern die Eintragung im Einspruchswege erfolgt, benachrichtigt die Gemeindebehörde des Zuzugsortes hiervon unverzüglich die Gemeindebehörde des Fortzugsortes, die den Wahlberechtigten in ihrem Wählerverzeichnis streicht. Wenn in den Fällen der Sätze 1 und 4 bei der Gemeindebehörde des Fortzugsortes eine Mitteilung über den Ausschluß vom Wahlrecht vorliegt oder nachträglich eingeht, benachrichtigt sie hiervon unverzüglich die Gemeindebehörde des Zuzugsortes, die den

Wahlberechtigten in ihrem Wählerverzeichnis streicht. Die Regelung in Satz 1 bis 6 gilt entsprechend, wenn der Wahlberechtigte sich in derselben Gemeinde für eine Wohnung anmeldet, die in einem anderen Wahlbezirk liegt.

(5) Für Wahlberechtigte, die am Stichtag nicht für eine Wohnung gemeldet sind und sich vor dem Beginn der Auslegungsfrist oder innerhalb der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis bei der Meldebehörde für eine Wohnung anmelden, gilt Absatz 4 Satz 1, 4 und 5 entsprechend.

(6) Bezieht ein Wahlberechtigter, der nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, in einer anderen Gemeinde eine weitere Wohnung, die seine Hauptwohnung wird, oder verlegt er seine Hauptwohnung in eine andere Gemeinde, so gilt, wenn er sich vor dem Beginn der Auslegungsfrist oder innerhalb der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis bei der Meldebehörde anmeldet, Absatz 4 entsprechend.

(7) Bevor eine Person in das Wählerverzeichnis eingetragen wird, ist zu prüfen, ob sie die Wahlrechtsvoraussetzungen des § 12 des Gesetzes erfüllt oder ob sie nach § 13 des Gesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

(8) Personen, die nach den §§ 12 und 13 des Gesetzes nicht wahlberechtigt sind, dürfen nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen werden.

(9) Wahlberechtigte, die nach Absatz 1 Buchstaben b) und d) von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind, werden, solange die hierfür erforderlichen Vorschriften über die Meldepflicht für diesen Personenkreis nicht in allen Ländern in Kraft getreten sind, nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen. § 16 findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß der Antrag an die für den Sitz des Reeders oder die für die Justizvollzugsanstalt oder die entsprechende Einrichtung zuständige Gemeinde zu richten ist. Der Bundesminister des Innern macht den Zeitpunkt, von dem ab die Eintragung in das Wählerverzeichnis von Amts wegen erfolgt, im Bundesanzeiger bekannt.

## § 16

### Eintragung der Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis auf Antrag

(1) Auf Antrag sind in das Wählerverzeichnis einzutragen Wahlberechtigte

1. nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes,
  - a) die ihre Hauptwohnung im Land Berlin und eine Nebenwohnung im übrigen Geltungsbereich des Gesetzes innehaben,
  - b) die ohne eine Wohnung innezuhaben sich im Wahlgebiet sonst gewöhnlich aufhalten,
2. nach § 12 Abs. 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nr. 1 des Gesetzes,
  - a) die nicht nach § 15 Abs. 1 Buchstabe b) von Amts wegen in das Wählerverzeichnis aufzunehmen sind, weil der Sitz des Reeders außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes liegt,
  - b) die als Angehörige des Hausstandes von Seeleuten nicht von Amts wegen in das Wählerverzeichnis aufzunehmen sind,
3. nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die nicht nach § 15 Abs. 1 Buchstabe a) von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind.

(2) Der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis ist bis spätestens zum Beginn der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis bei der zuständigen Gemeindebehörde zu stellen. Er muß Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort und die genaue Anschrift des Wahlberechtigten enthalten und kann zugleich für die Angehörigen des Hausstandes gestellt werden. Bei formloser Antragstellung hat der Wahlberechtigte bis spätestens zum Ende der Auslegungsfrist einen persönlich und handschriftlich unterzeichneten Antrag mit den Angaben nach Satz 2 nachzureichen, der, wenn er zugleich für die Angehörigen des Hausstandes gestellt ist, auch von diesen persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen ist; Wahlberechtigte, die nach Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a) eingetragen werden, sind über die Regelung nach Absatz 4 zu unterrichten. Bei Wahlberechtigten, die nach Absatz 1 Nr. 3 eingetragen werden, sind Sammelanträge zulässig, die ebenfalls von allen aufgeführten Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen sind.

(3) Zuständig für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist in den Fällen des Absatzes 1

Nr. 1 Buchstabe a)

die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte am 35. Tage vor der Wahl (Stichtag) für eine Nebenwohnung bei der Meldebehörde gemeldet ist; hat der Wahlberechtigte am Stichtag mehrere Nebenwohnungen inne, bleibt es ihm überlassen, bei welcher Gemeinde er den Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen will,

Nr. 1 Buchstabe b)

die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte am Stichtag übernachtet hat und deren zuständiger Stelle der Aufenthalt angezeigt worden ist,

Nr. 2 die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte zuletzt für eine Wohnung im Geltungsbereich des Gesetzes gemeldet war. Sofern die letzte Wohnung im Land Berlin oder außerhalb des übrigen Geltungsbereiches des Gesetzes liegt, kann der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis bei der Gemeindebehörde in Hamburg gestellt werden,

Nr. 3 eine benachbarte Gemeinde im Geltungsbereich des Gesetzes, sofern der Bedienstete seine Wohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in nächster Nähe der Bundesgrenze genommen hat und er nicht einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland oder der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik angehört. Sofern der Bedienstete nicht in das Wählerverzeichnis einer benachbarten Gemeinde einzutragen ist oder er einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland oder der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik angehört, ist die Gemeinde zuständig, in der die für ihn zuständige oberste Dienstbehörde ihren Sitz hat. Die Aufnahme erfolgt in ein besonderes Wählerverzeichnis. Für die Angehörigen des Hausstandes gelten die Vorschriften entsprechend.

(4) In Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe a) hat der Wahlberechtigte bis spätestens zum Ende der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis der Gemeindebehörde gegenüber durch Abgabe einer Erklärung nach dem Muster der Anlage 1 den Nachweis für das Bestehen einer Wohnung im Sinne des Melderechts zu erbringen. Vordrucke hierfür sind vom Wahlberechtigten bei dem für seine Hauptwohnung zuständigen Bezirksamt (Bezirkseinwohneramt) im Land Berlin anzufordern. Dieses hat den Antrag (die Erklärung) auf Vollständigkeit zu prüfen und zu bestätigen, daß der Antragsteller mit Hauptwohnung im Land Berlin gemeldet ist, die Wahlrechtsvoraussetzungen des § 12 des Gesetzes erfüllt und vom Wahlrecht nicht nach § 13 des Gesetzes ausgeschlossen ist sowie welche Nebenwohnungen im Melderegister verzeichnet sind. Bestehen Zweifel an den Angaben des Wahlberechtigten, hat die für die Nebenwohnung zuständige Gemeindebehörde den Sachverhalt unverzüglich aufzuklären. Das für die Hauptwohnung zuständige Bezirksamt ist von der Aufnahme in das Wählerverzeichnis unverzüglich zu unterrichten, indem ihm eine Ausfertigung des Antrages (der Erklärung) nach Anlage 1, auf der die Eintragung in das Wählerverzeichnis vermerkt ist, übersandt wird. Erhält das für die Hauptwohnung zuständige Bezirksamt Mitteilungen verschiedener Gemeindebehörden über die Eintragung des gleichen Antragstellers in das Wählerverzeichnis, so hat es diejenige Gemeindebehörde, deren Unterrichtung über die Eintragung in das Wählerverzeichnis nach der ersten Mitteilung eingeht, unverzüglich von der Eintragung des Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis der zuerst mitteilenden Gemeinde zu benachrichtigen. Die vom Bezirksamt benachrichtigte Gemeindebehörde hat den Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis zu streichen und ihn davon zu unterrichten.

(5) Wahlberechtigte, die nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 in das Wählerverzeichnis einzutragen sind, werden bis zum Wahltag im Wählerverzeichnis der Gemeinde geführt, die nach Absatz 3 zuständig ist, auch wenn nach dem Stichtag eine Neuanmeldung bei einer anderen Meldebehörde des Wahlgebietes erfolgt. Sie sind bei der Anmeldung entsprechend zu unterrichten.

(6) Wahlberechtigte nach § 12 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes, die nach Absatz 1 Nr. 2 in das Wählerverzeichnis einzutragen sind, müssen der Gemeindebehörde gegenüber den Nachweis erbringen, daß sie zu dem berechtigten Personenkreis gehören.

(7) Wahlberechtigte nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die nicht in das Wählerverzeichnis einer benachbarten Gemeinde einzutragen oder die Bedienstete von diplomatischen oder konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen

Demokratischen Republik sind und nicht nach § 15 Abs. 1 Buchstabe a) von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen werden, müssen ihren Antrag über die für sie zuständige oberste Dienstbehörde leiten. Diese hat zu bestätigen, daß der Antragsteller und die Angehörigen seines Hausstandes nach § 12 des Gesetzes wahlberechtigt, nicht nach § 13 des Gesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und nicht nach § 15 Abs. 1 Buchstabe a) von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind.

(8) Für die Eintragung in das Wählerverzeichnis gilt § 15 Abs. 7 und 8.

## **§ 82**

### **Wahlstatistische Auszählungen**

(1) Wahlstatistische Auszählungen dürfen, soweit sie nicht nach § 51 des Gesetzes angeordnet sind, nur mit Zustimmung des Kreiswahlleiters durchgeführt werden. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt und die Auszählungen so durchgeführt werden, daß das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Die Auszählungen können unter Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsbezeichnungen oder unter Verwendung verschiedener Wahlurnen oder gemäß § 42 Abs. 2 Satz 1 durchgeführt werden. Durch die Auszählung darf die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk nicht verzögert werden. Die Stimmzettel des Wahlbezirks stehen den mit der Auszählung beauftragten Behörden und Personen nur an Amtsstelle und nur so lange zur Verfügung, als es die Aufbereitung erfordert; im übrigen sind die Stimmzettel nach den Vorschriften der §§ 69, 70 zu behandeln.

(2) Die Veröffentlichung von Ergebnissen der wahlstatistischen Auszählungen auf Grund des § 51 Abs. 2 des Gesetzes ist dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vorbehalten. Diese Ergebnisse können den Gemeinden, die Auszählungen nach Absatz 1 durchführen, zu deren Ergänzung und zu zusammengefaßter Veröffentlichung überlassen werden. Die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekanntgegeben werden.

## **§ 83**

### **Öffentliche Bekanntmachungen**

Die nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch

den Bundeswahlleiter

im Bundesanzeiger,

die Landeswahlleiter

im Staatsanzeiger oder Ministerial- oder Amtsblatt der Landesregierung oder des Innenministeriums,

die Kreiswahlleiter

in den Amtsblättern oder Zeitungen, die allgemein für Bekanntmachungen der Kreise (kreisfreien Städte) des Wahlkreises bestimmt sind,

die Gemeindebehörden

in ortsüblicher Weise.

## 2 Wahlbewerber

## 2.1 Zugelassene Landeslisten 1976 nach Parteien und Ländern

Partei	Geschlecht	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundes- gebiet ohne Berlin
<b>Bewerber</b>												
SPD . . . . .	männlich	22	16	117	6	107	117	32	44	70	34	565
	weiblich	1	4	7	3	16	19	5	5	2	2	64
	zusammen	23	20	124	9	123	136	37	49	72	36	629
CDU . . . . .	männlich	37	23	71	4	124	103	41	46	—	20	469
	weiblich	4	2	7	1	27	9	7	14	—	5	76
	zusammen	41	25	78	5	151	112	48	60	—	25	545
CSU . . . . .	männlich	—	—	—	—	—	—	—	—	66	—	66
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	7
	zusammen	—	—	—	—	—	—	—	—	73	—	73
F.D.P. . . . .	männlich	14	10	30	5	61	54	25	33	49	18	299
	weiblich	1	2	3	1	5	9	5	2	5	1	34
	zusammen	15	12	33	6	66	63	30	35	54	19	333
AUD . . . . .	männlich	5	5	—	—	14	4	—	10	24	1	63
	weiblich	3	6	—	—	11	4	—	10	15	3	52
	zusammen	8	11	—	—	25	8	—	20	39	4	115
AVP . . . . .	männlich	10	—	—	4	46	13	—	—	36	6	115
	weiblich	1	—	—	1	5	2	—	—	7	1	17
	zusammen	11	—	—	5	51	15	—	—	43	7	132
C.B.V. . . . .	männlich	—	—	—	—	—	—	—	—	19	—	19
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1
	zusammen	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	20
DKP . . . . .	männlich	15	6	26	9	41	32	24	28	36	23	240
	weiblich	6	2	9	4	11	13	8	12	11	5	81
	zusammen	21	8	35	13	52	45	32	40	47	28	321
EAP . . . . .	männlich	—	2	5	3	11	7	3	7	6	—	44
	weiblich	—	2	6	—	11	7	2	2	2	—	32
	zusammen	—	4	11	3	22	14	5	9	8	—	76
5 %- BLOCK . . . . .	männlich	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	4
	zusammen	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	6
GIM . . . . .	männlich	—	4	—	—	6	—	—	7	—	—	17
	weiblich	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
	zusammen	—	4	—	—	7	—	—	7	—	—	18
KPD . . . . .	männlich	2	4	5	3	9	4	2	5	8	—	42
	weiblich	1	—	1	—	1	1	1	—	1	—	6
	zusammen	3	4	6	3	10	5	3	5	9	—	48
KBW . . . . .	männlich	7	7	7	4	10	8	4	9	—	—	56
	weiblich	—	1	4	1	2	1	1	1	—	—	11
	zusammen	7	8	11	5	12	9	5	10	—	—	67
NPD . . . . .	männlich	13	12	26	7	28	29	33	33	54	17	252
	weiblich	1	2	4	—	2	1	3	2	4	3	22
	zusammen	14	14	30	7	30	30	36	35	58	20	274
UAP . . . . .	männlich	—	—	—	—	31	—	—	—	—	—	31
	weiblich	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	6
	zusammen	—	—	—	—	37	—	—	—	—	—	37
VL . . . . .	männlich	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	5
	weiblich	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
	zusammen	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	6
Insgesamt . . . . .	männlich	125	89	287	45	493	371	164	222	370	119	2 285
	weiblich	18	21	41	11	99	66	32	48	59	20	415
	insgesamt	143	110	328	56	592	437	196	270	429	139	2 700
<b>Landeslisten</b>												
Insgesamt . . . . .		9	10	8	9	13	10	8	10	11	7	95
<b>Bewerber je Landesliste</b>												
Insgesamt . . . . .		15,9	11,0	41,0	6,2	45,5	43,7	24,5	27,0	39,0	19,9	28,4

## 2 Wahlbewerber

## 2.2 Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1976 nach Parteien und Ländern

Partei	Geschlecht	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Bundes- gebiet ohne Berlin
Bewerber												
SPD . . . . .	männlich	10	8	29	3	69	22	16	32	42	5	236
	weiblich	1	—	1	—	4	—	—	4	2	—	12
	zusammen	11	8	30	3	73	22	16	36	44	5	248
CDU . . . . .	männlich	11	7	27	3	69	20	15	36	—	4	192
	weiblich	—	1	3	—	4	2	1	—	—	1	12
	zusammen	11	8	30	3	73	22	16	36	—	5	204
CSU . . . . .	männlich	—	—	—	—	—	—	—	—	44	—	44
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	zusammen	—	—	—	—	—	—	—	—	44	—	44
F.D.P. . . . .	männlich	11	6	26	2	69	21	13	34	39	4	225
	weiblich	—	2	4	1	4	1	3	2	5	1	23
	zusammen	11	8	30	3	73	22	16	36	44	5	248
AUD . . . . .	männlich	4	3	2	1	4	—	—	15	10	—	39
	weiblich	—	2	—	—	1	—	1	6	6	2	18
	zusammen	4	5	2	1	5	—	1	21	16	2	57
AVP . . . . .	männlich	1	—	—	—	18	4	1	—	—	—	24
	weiblich	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2
	zusammen	1	—	—	—	20	4	1	—	—	—	26
C B V. . . . .	männlich	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	zusammen	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3
DKP . . . . .	männlich	10	8	29	3	67	21	15	33	40	5	231
	weiblich	1	—	1	—	6	1	1	3	4	—	17
	zusammen	11	8	30	3	73	22	16	36	44	5	248
EAP . . . . .	männlich	—	2	2	3	8	2	—	3	3	—	23
	weiblich	—	—	3	—	9	3	2	1	2	—	20
	zusammen	—	2	5	3	17	5	2	4	5	—	43
5 %-BLOCK . . . . .	männlich	—	—	—	—	1	—	—	1	1	—	3
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2
	zusammen	—	—	—	—	1	—	—	1	3	—	5
GIM . . . . .	männlich	—	2	1	—	2	1	—	5	1	—	12
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	zusammen	—	2	1	—	2	1	—	5	1	—	12
KPD . . . . .	männlich	1	4	1	2	9	2	1	5	8	—	33
	weiblich	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	4
	zusammen	1	4	2	2	10	3	1	5	9	—	37
KBW . . . . .	männlich	5	5	16	3	15	10	5	15	—	—	74
	weiblich	—	1	2	—	3	2	1	4	—	—	13
	zusammen	5	6	18	3	18	12	6	19	—	—	87
NPD . . . . .	männlich	11	7	28	3	68	19	15	35	41	4	231
	weiblich	—	—	2	—	5	1	1	1	3	1	14
	zusammen	11	7	30	3	73	20	16	36	44	5	245
RFP . . . . .	männlich	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	3
	weiblich	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
	zusammen	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	4
UAP . . . . .	männlich	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	8
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	zusammen	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	8
VL . . . . .	männlich	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	4
	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	zusammen	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	4
WGr . . . . .	männlich	1	—	1	—	7	1	—	4	—	—	14
	weiblich	—	—	—	—	1	—	—	2	—	—	3
	zusammen	1	—	1	—	8	1	—	6	—	—	17
Insgesamt . . . . .	männlich	65	52	162	23	421	123	81	218	232	22	1 399
	weiblich	2	6	17	1	41	11	10	23	25	5	141
	insgesamt	67	58	179	24	462	134	91	241	257	27	1 540
Wahlkreise												
Insgesamt . . . . .		11	8	30	3	73	22	16	36	44	5	248
Bewerber je Wahlkreis												
Insgesamt . . . . .		6,1	7,3	6,0	8,0	6,3	6,1	5,7	6,7	5,8	5,4	6,2

2 Wahlbewerber

2.3 Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach Parteien

Bundestagswahl	Landeslisten	Kandidaturen				Kandidaten		
		auf Landesliste	im Wahlkreis	insgesamt	darunter Doppel- kandidaturen	insgesamt	mannlich	weiblich
SPD								
1949	.	267	242	509	125	384	333	51
1953	9	376	242	618	210	408	360	48
1957	10	407	243	650	221	429	382	47
1961	10	413	247	660	232	428	395	33
1965	10	461	248	709	230	479	431	48
1969	10	480	248	728	230	498	446	52
1972	10	601	248	849	227	622	567	55
1976	10	629	248	877	227	650	586	64
CDU								
1949	.	217	187	404	43	361	323	38
1953	8	302	177	479	82	397	345	52
1957	9	315	194	509	102	407	360	47
1961	9	343	200	543	92	451	394	57
1965	9	387	204	591	118	473	404	69
1969	9	381	204	585	118	467	414	53
1972	9	537	204	741	118	623	556	67
1976	9	545	204	749	138	611	533	78
CSU								
1949	.	30	47	77	11	66	61	5
1953	1	39	44	83	13	70	65	5
1957	2	60	52	112	10	102	95	7
1961	1	50	47	97	15	82	75	7
1965	1	47	44	91	19	72	68	4
1969	1	53	44	97	15	82	76	6
1972	1	68	44	112	18	94	87	7
1976	1	73	44	117	14	103	96	7
F.D.P.								
1949	.	237	236	473	114	359	333	26
1953	9	259	224	483	151	332	303	29
1957	10	273	247	520	179	341	317	24
1961	10	291	247	538	190	348	310	38
1965	10	264	248	512	177	335	312	23
1969	10	282	248	530	199	331	306	25
1972	10	328	248	576	202	374	344	30
1976	10	333	248	581	193	388	351	37
Sonstige								
1949	.	557	944	1 501	347	1 154	1 067	87
1953	48	1 113	1 105	2 218	609	1 609	1 471	138
1957	53	1 018	964	1 982	547	1 435	1 352	83
1961	38	893	780	1 673	423	1 250	1 139	111
1965	37	858	689	1 547	421	1 126	1 030	96
1969	45	1 047	662	1 709	453	1 256	1 143	113
1972	31	750	543	1 293	252	1 041	908	133
1976	65	1 120	796	1 916	424	1 492	1 228	264
Insgesamt								
1949	.	1 308	1 656	2 964	640	2 324	2 117	207
1953	75	2 089	1 792	3 881	1 065	2 816	2 544	272
1957	84	2 073	1 700	3 773	1 059	2 714	2 506	208
1961	68	1 990	1 521	3 511	952	2 559	2 313	246
1965	67	2 017	1 433	3 450	965	2 485	2 245	240
1969	75	2 243	1 406	3 649	1 015	2 634	2 385	249
1972	61	2 284	1 287	3 571	817	2 754	2 462	292
1976	95	2 700	1 540	4 240	996	3 244	2 794	450

## 2 Wahlbewerber

## 2.4 Kandidaten bei der Bundestagswahl 1976 nach Geburtsjahren und Parteien

Geburtsjahr	Ungefähres Alter in Jahren	Kandidaten												
		insgesamt	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige	darunter						
								AUD	AVP	DKP	EAP	KPD	KBW	NPD
1958	18	2	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	1
1957	19	4	—	—	—	—	4	—	1	—	1	—	—	2
1956	20	22	2	6	—	—	14	1	1	2	1	—	—	8
1955	21	31	1	6	—	2	22	3	2	4	5	2	—	2
1954	22	39	4	4	1	1	29	3	—	7	8	1	6	1
1953	23	56	—	2	—	1	53	1	—	22	10	4	8	5
1952	24	65	4	2	—	2	57	3	—	19	7	6	12	5
1951	25	57	2	7	1	2	45	2	2	17	4	1	10	4
1950	26	79	5	1	3	8	62	5	4	19	13	4	8	3
1949	27	85	11	9	1	8	56	1	3	13	8	4	12	7
1948	28	82	10	6	2	8	56	3	1	16	10	3	16	3
1947	29	76	13	5	4	6	48	3	3	16	7	5	8	3
1946	30	80	22	12	1	9	36	1	1	15	1	5	5	5
1945	31	64	13	18	—	13	20	3	1	5	—	1	5	4
1944	32	93	26	21	6	10	30	2	2	8	—	1	4	11
1943	33	84	24	20	1	10	29	—	6	15	1	1	2	3
1942	34	80	20	13	4	16	27	—	2	9	2	1	5	5
1941	35	97	21	28	4	23	21	2	1	6	—	1	3	5
1940	36	101	36	25	—	16	24	2	4	11	1	1	—	5
1939	37	95	19	30	6	16	24	3	5	5	—	2	—	8
1938	38	91	23	21	5	21	21	—	3	8	—	1	—	7
1937	39	94	21	27	4	14	28	3	5	9	1	1	—	6
1936	40	88	25	21	4	15	23	5	2	7	—	1	—	7
1935	41	79	20	21	3	12	23	3	3	7	—	1	—	8
1934	42	87	29	14	2	18	24	1	4	12	—	—	—	3
1933	43	82	14	24	6	9	29	3	4	11	—	—	—	7
1932	44	77	15	20	1	9	32	2	5	18	—	—	—	6
1931	45	73	19	12	5	10	27	—	3	17	—	—	—	2
1930	46	97	25	31	5	8	28	1	2	16	—	—	—	7
1929	47	90	17	22	3	12	36	1	3	26	—	—	—	5
1928	48	93	24	18	2	3	46	—	3	21	—	—	—	18
1927	49	85	23	17	5	10	30	2	2	19	—	—	—	6
1926	50	86	18	18	2	7	41	5	6	18	—	—	—	11
1925	51	92	21	17	3	14	37	3	5	21	—	—	—	5
1924	52	82	24	14	2	12	30	2	4	11	—	—	—	12
1923	53	68	15	18	—	7	28	1	3	11	—	—	—	12
1922	54	82	18	16	—	12	36	2	5	15	—	—	—	11
1921	55	79	13	18	2	13	33	3	3	16	—	—	—	10
1920	56	71	11	7	3	6	44	4	8	13	—	—	—	15
1919	57	39	11	6	1	1	20	2	2	7	—	—	—	7
1918	58	28	6	7	1	4	10	2	2	2	—	—	—	2
1917	59	24	4	3	—	3	14	3	3	1	—	—	—	6
1916	60	25	6	4	1	2	12	1	1	3	—	1	—	6
1915	61	24	2	5	3	2	12	2	3	—	—	—	—	7
1914	62	30	5	6	1	1	17	2	2	3	—	—	—	8
1913	63	30	2	2	2	—	24	4	4	2	—	—	—	13
1912	64	29	1	2	2	5	19	2	1	4	—	—	—	12
1911	65	18	—	—	1	2	15	3	2	1	—	—	—	9
1910	66	17	2	1	—	2	12	2	1	1	—	—	—	8
1909	67	10	—	1	—	—	9	1	2	1	—	—	—	3
1908	68	13	—	—	—	1	12	3	1	1	—	—	—	6
1907	69	4	1	1	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—
1906	70	15	2	—	—	—	13	2	1	1	—	—	—	9
1905	71	5	—	—	—	—	5	2	—	2	—	—	—	—
1904	72	8	—	1	—	—	7	3	—	1	—	—	—	1
1903	73	9	—	—	—	1	8	5	—	1	—	—	—	2
1902	74	7	—	—	—	—	7	1	—	—	—	—	—	4
1901	75	4	—	—	—	1	3	1	—	—	—	—	—	2
1900	76	1	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
1899	77	6	—	—	—	—	6	5	—	—	—	—	—	1
1898	78	1	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—
1897	79	4	—	1	—	—	3	1	1	1	—	—	—	—
1896	80													
und früher	und mehr	5	—	—	—	—	5	4	—	—	—	—	—	—
Insgesamt		3 244	650	611	103	388	1 492	134	139	517	80	48	104	354



### 3 Wahlberechtigte mit Wahrschein und Wähler mit einfachem und Briefwahrschein

Wahljahr	Wahlberechtigte				Wähler						Wahlbeteiligung der Wähler		
	insgesamt	ohne	mit <sup>1)</sup>		insgesamt	ohne Wahrschein	mit		insgesamt	ohne	mit		
							einfachem	Brief -					
												Wahrschein	
		Anzahl	%	Anzahl			%	Anzahl				% <sup>2)</sup>	%
Schleswig - Holstein													
1957	1 548 961	1 467 249	81 712	5,3	1 367 225	1 293 278	94,5	8 265	65 682	88,8	88,3	88,1	90,5
1961	1 626 141	1 531 368	94 773	5,8	1 431 704	1 343 241	93,8	5 242	83 221	94,1	88,0	87,7	93,3
1965	1 687 266	1 571 694	115 572	6,8	1 448 994	1 342 046	92,6	4 097	102 851	96,2	85,9	85,4	92,5
1969	1 711 511	1 596 113	115 398	6,7	1 471 900	1 365 161	92,7	3 473	103 266	96,7	86,0	85,5	92,5
1972	1 839 177	1 710 314	128 863	7,0	1 665 020	1 543 932	92,7	3 410	117 678	97,2	90,5	90,3	94,0
1976	1 864 033	1 658 745	205 288	11,0	1 687 951	1 492 536	88,4	3 755	191 660	98,1	90,6	90,0	95,2
Hamburg													
1957	1 328 657	1 250 737	77 920	5,9	1 185 178	1 110 670	93,7	708	73 800	99,0	89,2	88,8	95,6
1961	1 386 411	1 290 604	95 807	6,9	1 227 787	1 136 371	92,6	606	90 810	99,3	88,6	88,0	95,4
1965	1 392 994	1 274 201	118 793	8,5	1 202 934	1 088 599	90,5	2 880	111 455	97,5	86,4	85,4	96,2
1969	1 341 494	1 230 555	110 939	8,3	1 174 981	1 068 038	90,9	985	105 958	99,1	87,6	86,8	96,4
1972	1 348 617	1 255 358	93 259	6,9	1 242 832	1 152 994	92,8	1 064	88 774	98,8	92,2	91,8	96,3
1976	1 287 473	1 113 130	174 343	13,5	1 173 082	1 004 631	85,6	1 485	166 966	99,1	91,1	90,3	96,6
Niedersachsen													
1957	4 438 885	4 204 620	234 265	5,3	3 950 248	3 735 599	94,6	28 407	186 242	86,8	89,0	88,8	91,6
1961	4 613 112	4 372 285	240 827	5,2	4 083 490	3 858 911	94,5	24 053	200 526	89,3	88,5	88,3	93,3
1965	4 748 325	4 447 988	300 337	6,3	4 145 849	3 864 431	93,2	20 984	260 434	92,5	87,3	86,9	93,7
1969	4 760 938	4 428 418	332 520	7,0	4 164 690	3 851 943	92,5	12 023	300 724	96,2	87,5	87,0	94,1
1972	5 126 515	4 763 517	362 998	7,1	4 684 898	4 339 698	92,6	11 036	334 164	96,8	91,4	91,1	95,1
1976	5 205 680	4 632 100	573 580	11,0	4 757 376	4 217 639	88,7	7 051	532 686	98,7	91,4	91,1	94,1
Bremen													
1957	467 250	444 608	22 642	4,8	414 498	392 572	94,7	595	21 331	97,3	88,7	88,3	96,8
1961	507 760	482 141	25 619	5,0	447 936	423 237	94,5	1 094	23 605	95,6	88,2	87,8	96,4
1965	525 730	490 141	35 589	6,8	452 799	419 153	92,6	719	32 927	97,9	86,1	85,5	94,5
1969	524 110	489 894	34 216	6,5	452 373	419 804	92,8	488	32 081	98,5	86,3	85,7	95,2
1972	540 928	502 247	38 681	7,2	492 431	455 661	92,5	712	36 058	98,1	91,0	90,7	95,1
1976	528 346	478 394	49 952	9,5	475 582	427 869	90,0	947	46 766	98,0	90,0	89,4	95,5
Nordrhein - Westfalen													
1957	10 407 006	9 796 732	610 274	5,9	9 158 928	8 603 075	93,9	73 345	482 508	86,8	88,0	87,8	91,1
1961	11 085 775	10 384 010	701 765	6,3	9 799 429	9 139 374	93,3	42 776	617 279	93,5	88,4	88,0	94,1
1965	11 322 627	10 410 905	911 722	8,1	9 920 068	9 069 838	91,4	19 942	830 288	97,7	87,6	87,1	93,3
1969	11 259 648	10 480 276	779 372	6,9	9 827 911	9 103 431	92,6	21 744	702 736	97,0	87,3	86,9	93,0
1972	11 992 806	11 144 314	848 492	7,1	11 005 807	10 205 188	92,7	14 526	786 093	98,2	91,8	91,6	94,4
1976	12 118 533	10 801 439	1 317 094	10,9	11 066 546	9 809 842	88,6	12 341	1 244 363	99,0	91,3	90,8	95,4
Hessen													
1957	3 214 856	3 039 806	175 050	5,4	2 863 092	2 697 699	94,2	17 160	148 233	89,6	89,1	88,7	94,5
1961	3 395 285	3 195 959	199 326	5,9	3 028 241	2 841 030	93,8	15 355	171 856	91,8	89,2	88,9	93,9
1965	3 516 041	3 284 450	231 591	6,6	3 073 037	2 857 086	93,0	14 216	201 735	93,4	87,4	87,0	93,2
1969	3 573 336	3 357 669	215 667	6,0	3 151 868	2 951 804	93,7	14 477	185 587	92,8	88,2	87,9	92,8
1972	3 841 104	3 592 751	248 353	6,5	3 522 483	3 288 212	93,3	8 803	225 468	96,2	91,7	91,5	94,3
1976	3 899 454	3 482 587	416 867	10,7	3 585 275	3 187 778	88,9	7 891	389 606	98,0	91,9	91,5	95,4
Rheinland - Pfalz													
1957	2 237 023	2 123 562	113 461	5,1	1 976 225	1 870 660	94,7	14 391	91 174	86,4	88,3	88,1	93,0
1961	2 348 108	2 211 686	136 422	5,8	2 069 927	1 943 096	93,9	8 643	118 188	93,2	88,2	87,9	93,0
1965	2 403 771	2 237 570	166 201	6,9	2 114 311	1 957 357	92,6	8 270	148 684	94,7	88,0	87,5	94,4
1969	2 410 176	2 241 412	168 764	7,0	2 097 308	1 933 183	92,2	13 530	150 595	91,8	87,0	86,2	97,3
1972	2 623 690	2 436 198	187 492	7,1	2 404 007	2 221 203	92,4	13 063	169 741	92,9	91,6	91,2	97,5
1976	2 676 890	2 442 226	234 664	8,8	2 448 946	2 227 869	91,0	2 553	218 524	98,8	91,5	91,2	94,2
Baden - Württemberg													
1957	4 857 815	4 607 947	249 868	5,1	4 097 575	3 870 771	94,5	35 233	191 571	84,5	84,4	84,0	90,8
1961	5 211 883	4 925 099	286 784	5,5	4 419 748	4 152 852	94,0	32 896	234 000	87,7	84,8	84,3	93,1
1965	5 425 126	5 082 137	342 989	6,3	4 598 715	4 278 290	93,0	22 842	297 583	92,9	84,8	84,2	93,4
1969	5 510 280	5 144 394	365 886	6,6	4 690 427	4 347 988	92,7	12 655	329 784	96,3	85,1	84,5	93,6
1972	5 960 714	5 566 055	394 659	6,6	5 376 985	5 004 350	93,1	9 844	362 791	97,4	90,2	89,9	94,4
1976	6 118 464	5 568 705	549 759	9,0	5 452 370	4 931 819	90,5	6 494	514 057	98,8	89,1	88,6	94,7
Bayern													
1957	6 240 499	5 913 527	326 972	5,2	5 470 347	5 171 539	94,5	41 850	256 958	86,0	87,7	87,5	91,4
1961	6 551 728	6 170 693	381 035	5,8	5 714 545	5 357 082	93,7	34 466	322 997	90,4	87,2	86,8	93,8
1965	6 752 276	6 287 694	464 582	6,9	5 803 004	5 365 990	92,5	28 694	408 320	93,4	85,9	85,3	94,1
1969	6 851 646	6 382 478	469 168	6,8	5 837 724	5 393 027	92,4	24 132	420 565	94,6	85,2	84,5	94,8
1972	7 375 146	6 783 639	591 507	8,0	6 626 216	6 061 076	91,5	16 339	548 801	97,1	89,8	89,3	95,5
1976	7 547 820	6 780 926	766 894	10,2	6 764 839	6 031 806	89,2	16 285	716 748	97,8	89,6	88,9	95,7
Saarland													
1957	659 971	635 224	24 747	3,7	589 578	565 531	95,9	4 452	19 595	81,5	89,3	89,0	97,2
1961	714 512	680 521	33 991	4,8	626 817	595 045	94,9	2 650	29 122	91,7	87,7	87,4	93,5
1965	736 239	681 581	54 658	7,4	656 496	604 939	92,1	1 899	49 658	96,3	89,2	88,8	94,3
1969	734 096	679 102	54 994	7,5	653 882	601 962	92,1	1 356	50 564	97,4	89,1	88,6	94,4
1972	797 605	740 455	57 150	7,2	740 910	686 541	92,7	1 513	52 856	97,2	92,9	92,7	95,1
1976	811 322	729 947	81 375	10,0	753 786	675 696	89,6	275	77 815	99,6	92,9	92,6	96,0
Bundesgebiet ohne Berlin													
1957	35 400 923	33 484 012	1 916 911	5,4	31 072 894	29 311 394	94,3	224 406	1 537 094	87,3	87,8	87,5	91,9
1961	37 440 715	35 244 366	2 196 349	5,9	32 849 624	30 790 239	93,7	167 781	1 891 604	91,9	87,7	87,4	93,8
1965	38 510 395	35 768 361	2 742 034	7,1	33 416 207	30 847 729	92,3	124 543	2 443 935	95,2	86,8	86,2	93,3
1969	38 677 235	36 030 311	2 646 924	6,8	33 523 064	31 036 341	92,6	104 863	2 381 860	95,8	86,7	86,1	93,7
1972	41 446 302	38 494 848	2 951 454	7,1	37 761 589	34 958 855	92,6	80 310	2 722 424	97,1	91,1	90,8	95,0
1976	42 058 015	37 688 199	4 369 816	10,4	38 165 573	34 007 485	89,1	59 077	4 099 191	98,6	90,7	90,2	95,2

#### 4 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wahler von 100 Wahlberechtigten <sup>1)</sup>									
	Schleswig - Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein - Westfalen	
	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972
<b>Männer</b>										
18 - 21	82,8	83,0	87,6	86,6	86,0	84,4	82,3	85,0	85,8	85,4
21 - 25	81,4	81,5	83,4	85,3	83,2	82,6	78,2	85,0	84,5	84,8
25 - 30	84,4	85,0	85,7	86,6	86,4	87,0	81,7	86,9	86,8	88,4
30 - 35	88,0	88,6	85,5	89,4	89,5	90,1	85,4	89,9	89,3	90,1
35 - 40	91,7	91,6	87,7	90,5	91,5	92,1	86,9	92,5	90,7	92,2
40 - 45	91,3	93,0	90,7	92,8	93,3	93,8	90,6	93,6	93,1	93,4
45 - 50	93,1	93,7	93,9	92,8	94,4	94,8	92,9	96,2	94,2	94,3
50 - 60	94,8	95,0	94,0	93,3	95,3	94,9	94,4	95,9	95,3	95,6
60 - 70	95,0	94,5	94,5	94,1	95,7	94,9	94,4	94,8	95,0	94,8
70 und mehr	91,2	90,9	93,6	92,6	91,9	90,3	92,1	93,7	92,5	91,4
Zusammen	90,2	90,4	90,5	91,0	91,3	91,2	89,1	92,1	91,4	91,7
<b>Frauen</b>										
18 - 21	81,4	83,2	82,5	88,0	83,6	84,2	78,8	83,8	84,7	85,2
21 - 25	82,2	81,6	83,0	86,6	84,0	84,5	78,2	87,4	84,3	85,6
25 - 30	87,5	88,4	86,5	88,4	88,0	89,1	83,3	90,0	86,6	89,6
30 - 35	90,2	91,9	87,3	90,5	90,8	91,3	88,6	92,3	90,6	91,5
35 - 40	91,8	91,4	90,7	92,8	93,0	92,5	91,8	93,3	92,2	92,4
40 - 45	91,8	92,8	91,9	93,2	94,2	93,0	92,3	93,8	92,7	93,6
45 - 50	93,4	93,3	93,0	93,8	94,3	93,6	92,9	95,2	93,6	94,2
50 - 60	93,0	93,0	93,5	93,9	94,3	93,6	93,5	94,5	93,1	93,4
60 - 70	93,0	93,1	94,2	94,2	93,9	92,6	93,9	93,7	93,8	93,0
70 und mehr	87,2	85,0	89,4	88,8	86,6	83,8	90,2	87,8	87,9	85,5
Zusammen	90,0	90,1	90,6	91,5	91,0	90,4	90,2	91,9	90,7	91,0
<b>Insgesamt</b>										
18 - 21	82,1	83,1	85,0	87,3	84,8	84,3	80,6	84,4	85,3	85,3
21 - 25	81,8	81,5	83,2	86,0	83,6	83,5	78,2	86,2	84,4	85,2
25 - 30	85,9	86,6	86,1	87,5	87,2	88,0	82,4	88,5	86,7	89,0
30 - 35	89,0	90,2	86,4	89,9	90,2	90,7	86,9	91,1	90,0	90,8
35 - 40	91,7	91,5	89,2	91,6	92,2	92,3	89,3	92,9	91,4	92,3
40 - 45	91,5	92,9	91,3	93,0	93,7	93,4	91,5	93,7	92,9	93,5
45 - 50	93,2	93,5	93,0	93,4	94,4	94,1	92,9	95,6	93,9	94,2
50 - 60	93,8	93,8	93,7	93,7	94,7	94,2	93,9	95,1	94,0	94,4
60 - 70	93,8	93,7	94,3	94,2	94,6	93,6	94,1	94,2	94,3	93,7
70 und mehr	88,7	87,4	90,9	90,1	88,7	86,3	91,0	89,9	89,6	87,7
Insgesamt	90,1	90,2	90,5	91,3	91,1	90,7	89,7	92,0	91,0	91,4

Alter von etwa . . . bis unter . . . Jahren	Wahler von 100 Wahlberechtigten <sup>1)</sup>									
	Hessen		Rheinland - Pfalz		Baden - Württemberg		Bayern		Saarland	
	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972
<b>Männer</b>										
18 - 21	87,6	85,8	86,5	88,3	82,7	84,9	82,6	82,7	86,8	89,7
21 - 25	84,4	86,0	84,0	86,1	80,6	83,0	81,5	82,2	84,6	84,5
25 - 30	87,3	87,4	87,3	88,8	86,5	88,3	84,9	86,6	88,1	90,0
30 - 35	90,0	90,4	89,9	92,1	88,7	91,2	87,5	90,3	89,7	91,9
35 - 40	91,2	92,2	93,5	94,2	91,5	93,6	90,1	92,1	91,5	93,9
40 - 45	93,7	93,8	93,2	94,3	92,8	93,5	92,1	92,5	93,3	95,4
45 - 50	95,0	95,1	94,9	95,1	93,4	94,8	92,4	93,8	95,1	95,0
50 - 60	95,5	95,1	95,1	96,2	94,1	95,1	93,7	94,5	96,0	96,3
60 - 70	95,8	94,8	95,4	95,5	93,5	93,9	93,9	93,4	96,8	95,9
70 und mehr	91,7	89,9	92,7	91,2	88,4	88,2	89,3	88,1	94,9	93,6
Zusammen	91,8	91,7	91,9	92,7	90,0	91,4	89,5	90,4	92,1	93,1
<b>Frauen</b>										
18 - 21	85,0	84,1	83,4	86,5	82,4	82,8	80,5	82,5	87,2	89,2
21 - 25	84,8	84,9	83,0	86,7	80,7	84,2	80,7	84,2	85,7	87,8
25 - 30	87,7	88,2	87,7	89,7	86,3	88,5	85,4	87,5	89,7	90,6
30 - 35	90,0	91,0	90,7	93,1	88,5	91,4	88,1	90,1	91,2	92,6
35 - 40	92,4	93,1	93,6	94,6	91,5	92,0	90,9	91,2	93,1	93,8
40 - 45	93,8	93,6	93,4	93,2	91,7	91,9	91,4	91,1	94,3	93,5
45 - 50	94,1	94,2	93,8	95,1	92,2	92,5	92,1	92,1	94,6	94,3
50 - 60	94,0	93,3	94,1	94,8	91,9	92,5	91,8	92,3	95,2	94,4
60 - 70	93,9	92,5	94,1	93,4	91,1	91,1	91,3	90,1	95,7	95,1
70 und mehr	86,7	82,2	86,7	85,0	81,8	79,6	83,5	79,5	92,3	90,3
Zusammen	90,9	90,3	90,9	91,7	88,5	89,2	88,4	88,5	92,7	92,7
<b>Insgesamt</b>										
18 - 21	86,3	84,9	85,0	87,4	82,6	83,9	81,6	82,6	87,0	89,4
21 - 25	84,6	85,5	83,5	86,3	80,7	83,6	81,1	83,2	85,1	86,1
25 - 30	87,5	87,8	87,5	89,2	86,4	88,4	85,2	87,0	88,9	90,3
30 - 35	90,0	90,7	90,3	92,6	88,6	91,3	87,8	90,2	90,5	92,3
35 - 40	91,8	92,6	93,5	94,4	91,5	92,8	90,5	91,6	92,3	93,9
40 - 45	93,8	93,7	93,3	93,7	92,2	92,7	91,8	91,9	93,8	94,4
45 - 50	94,6	94,6	94,4	95,1	92,8	93,5	92,3	92,9	94,8	94,6
50 - 60	94,6	94,0	94,5	95,3	92,9	93,6	92,6	93,2	95,6	95,2
60 - 70	94,7	93,5	94,6	94,3	92,1	92,2	92,3	91,5	96,1	95,4
70 und mehr	88,6	85,2	89,1	87,4	84,3	82,9	85,7	82,7	93,3	91,7
Insgesamt	91,3	91,0	91,4	92,2	89,2	90,2	88,9	89,4	92,4	92,9

1) Ohne Personen mit Wahlschein

5 Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den 1976 gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis		Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen		Wahlkreis		Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen	
Nr.	Name		1976	1972 <sup>1)</sup>	Nr.	Name		1976	1972 <sup>1)</sup>
70 Prozent und mehr					50 bis unter 60 Prozent				
213	Deggendorf	CSU	73,3	68,7	18	Bergedorf	SPD	59,7	64,0
198	Biberach	CDU	72,9	72,0	87	Essen I	SPD	59,7	63,8
27	Cloppenburg	CDU	72,7	71,3	123	Unna	SPD	59,5	64,1
200	Altötting	CSU	70,2	65,8	117	Bochum	SPD	59,4	64,0
216	Rottal-Inn	CSU	70,1	68,8	51	Bremen-West	SPD	59,2	66,6
234	Bad Kissingen	CSU	70,0	67,7	134	Fulda	CDU	58,9	54,6
					85	Oberhausen	SPD	58,8	62,3
					19	Harburg	SPD	58,7	64,0
					120	Lippstadt — Brilon	CDU	58,6	55,8
					209	München-Land	CSU	58,3	52,6
					187	Donaueschingen	CDU	58,2	55,2
					128	Werra-Meißner	SPD	58,1	64,0
					86	Mülheim	SPD	58,0	63,0
					233	Aschaffenburg	CSU	57,9	54,3
					12	Hamburg-Mitte	SPD	57,7	63,0
					91	Duisburg II	SPD	57,5	62,6
					20	Emden — Leer	SPD	57,4	61,1
					176	Crailsheim	CDU	57,4	53,7
					237	Würzburg	CSU	57,4	53,7
					5	Kiel	SPD	57,2	59,7
					188	Waldshut	CDU	57,2	55,7
					174	Aalen — Heidenheim	CDU	57,1	53,1
					191	Emmendingen — Wolfach	CDU	56,9	56,2
					183	Bruchsal — Karlsruhe-Land II	CDU	56,8	54,1
					195	Calw	CDU	56,7	53,9
					52	Bremerhaven — Bremen-Nord	SPD	56,3	62,6
					16	Hamburg-Nord II	SPD	56,2	62,3
					154	Trier	CDU	56,2	52,8
					100	Recklinghausen-Stadt	SPD	56,1	59,7
					84	Dinslaken	SPD	55,8	59,6
					175	Schwabisch Gmund — Backnang	CDU	55,7	51,8
					64	Rhein-Sieg-Kreis I	CDU	55,6	52,6
					186	Konstanz	CDU	55,4	52,0
					114	Dortmund I	SPD	55,4	60,2
					192	Offenburg	CDU	55,3	53,2
					223	Bayreuth	CSU	55,1	50,5
					44	Salzgitter	SPD	55,0	58,8
					122	Arnsberg — Soest	CDU	54,9	51,4
					112	Ennepe — Ruhr-Kreis	SPD	54,7	59,8
					37	Hannover II	SPD	54,6	59,7
					94	Beckum — Warendorf	CDU	54,5	53,4
					170	Nürtingen	CDU	54,3	51,6
					79	Monchengladbach	CDU	54,3	51,1
					63	Bonn	CDU	54,1	51,8
					11	Lubeck	SPD	54,1	58,8
					42	Holzminde	SPD	53,9	57,8
					81	Kempen-Krefeld	CDU	53,9	51,4
					62	Köln IV	SPD	53,8	60,2
					21	Wilhelmshaven	SPD	53,8	57,1
					127	Kassel	SPD	53,7	60,1
					179	Mannheim I	SPD	53,6	59,3
					99	Recklinghausen-Land	SPD	53,5	58,3
					163	Landau	CDU	53,5	49,3
					61	Köln III	SPD	53,3	59,1
					184	Heidelberg-Land — Sinsheim	CDU	53,2	51,4
					159	Ludwigshafen	SPD	53,1	58,9
					137	Limburg	CDU	53,0	50,3
					36	Hannover I	SPD	52,9	58,1
					56	Düren	CDU	52,8	50,2
					182	Pforzheim — Karlsruhe-Land I	CDU	52,8	48,6
					48	Northheim	SPD	52,7	56,8
					15	Hamburg-Nord I	SPD	52,6	57,7
					194	Reutlingen	CDU	52,6	50,4
					59	Köln I	SPD	52,5	58,5
					173	Ulm	CDU	52,5	51,0
					93	Tecklenburg	CDU	52,4	50,2
					75	Düsseldorf II	SPD	52,4	57,6
					150	Koblenz	CDU	52,3	49,4
					14	Eimsbüttel	SPD	52,2	58,7
					229	Fürth	CSU	52,1	47,1
					35	Schaumburg	SPD	52,0	56,8

1) Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976

5 Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den 1976 gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis		Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen		Wahlkreis		Parteizugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen	
Nr.	Name		1976	1972 <sup>1)</sup>	Nr.	Name		1976	1972 <sup>1)</sup>
50 bis unter 60 Prozent					169	Leonberg – Vaihingen	CDU	48,5	45,8
231	Nürnberg-Süd	SPD	51,9	58,5	147	Bergstraße	CDU	48,5	44,6
65	Oberbergischer Kreis – Rhein-Sieg-Kreis II	CDU	51,7	47,7	119	Iserlohn	SPD	48,5	53,6
162	Pirmasens	CDU	51,6	47,2	29	Verden	SPD	48,5	52,8
107	Herford	SPD	51,5	57,3	73	Düsseldorf-Mettmann II	SPD	48,5	53,5
23	Delmenhorst – Wesermarsch	SPD	51,5	57,7	125	Siegen – Wittgenstein	SPD	48,4	54,0
77	Neuss – Grevenbroich I	CDU	51,4	48,3	145	Darmstadt	SPD	48,4	56,4
143	Groß-Gerau	SPD	51,2	58,1	3	Steinburg – Dithmarschen-Süd	CDU	48,4	48,9
31	Lüneburg – Luchow-Dannenberg	CDU	51,2	47,6	190	Freiburg	CDU	48,4	46,8
238	Augsburg-Stadt	CSU	51,0	46,7	181	Heidelberg-Stadt	CDU	48,4	44,8
95	Münster	CDU	51,0	48,4	40	Gifhorn	CDU	48,3	45,2
45	Braunschweig	SPD	51,0	57,9	17	Wandsbek	SPD	48,3	55,3
247	Sankt Wendel	CDU	50,9	49,2	53	Aachen-Stadt	CDU	48,2	47,0
161	Kaiserslautern	SPD	50,8	55,7	76	Düsseldorf III	SPD	48,2	52,9
172	Göppingen	CDU	50,8	48,2	105	Detmold-Lippe	SPD	48,2	53,9
30	Soltau-Harburg	CDU	50,8	48,5	54	Aachen-Land	SPD	48,1	51,5
135	Hochtaunus	CDU	50,7	46,2	2	Nordfriesland – Dithmarschen-Nord	CDU	48,1	46,5
160	Neustadt – Speyer	CDU	50,6	46,2	24	Cuxhaven	CDU	48,0	44,7
57	Euskirchen – Erftkreis I	CDU	50,5	49,7	206	München-Ost	CSU	47,9	40,7
129	Fritzlar	SPD	50,5	54,0	80	Krefeld	CDU	47,9	42,4
246	Saarlouis	CDU	50,4	48,7	109	Ludwigshafen	CDU	47,9	46,3
148	Neuwied	CDU	50,4	46,5	207	München-Süd	CSU	47,8	41,6
130	Hersfeld	SPD	50,3	55,2	136	Wetterau	SPD	47,8	54,5
25	Stade	CDU	50,2	49,1	168	Heilbronn	CDU	47,8	42,3
208	München-West	CSU	50,1	43,2	113	Hagen	SPD	47,7	50,3
13	Altona	SPD	50,1	57,3	4	Rendsburg – Eckernförde	SPD	47,7	49,9
228	Erlangen	CSU	50,1	45,7	245	Saarbrücken II	SPD	47,7	51,0
67	Leverkusen – Opladen	SPD	50,1	57,3	60	Köln II	SPD	47,7	54,7
unter 50 Prozent					89	Essen III	SPD	47,7	53,1
157	Worms	SPD	49,8	54,8	22	Oldenburg	SPD	47,7	52,9
164	Stuttgart I	SPD	49,8	54,6	71	Solingen	SPD	47,6	52,3
189	Lorrach – Müllheim	CDU	49,8	46,4	104	Bielefeld II	SPD	47,5	54,1
108	Minden	SPD	49,7	52,8	178	Karlsruhe	CDU	47,5	44,7
126	Waldeck	SPD	49,7	53,5	8	Segeberg – Stormarn-Nord	CDU	47,5	45,2
78	Rheydt – Grevenbroich II	CDU	49,5	45,8	133	Gießen	SPD	47,4	53,3
158	Frankenthal	SPD	49,5	57,1	28	Hoya	CDU	47,4	46,5
124	Ludenscheid	SPD	49,4	54,9	205	München-Nord	SPD	47,4	54,3
43	Hildesheim	SPD	49,3	54,2	131	Marburg	SPD	47,3	53,5
41	Hamel – Springe	SPD	49,3	53,4	132	Wetzlar	SPD	47,2	54,9
155	Montabaur	CDU	49,3	45,7	139	Hanau	SPD	47,2	53,8
66	Rheinisch-Bergischer-Kreis	CDU	49,3	45,5	46	Helmstedt – Wolfsburg	SPD	47,2	52,7
39	Celle	CDU	49,2	46,3	144	Offenbach	SPD	46,9	54,6
38	Hannover III	SPD	49,2	55,7	9	Ostholstein	CDU	46,9	44,6
34	Nienburg	CDU	49,2	45,6	146	Dieburg	SPD	46,9	53,2
6	Plön – Neumünster	SPD	49,1	53,7	142	Frankfurt (Main) III	SPD	46,8	53,6
248	Homburg	SPD	49,1	52,9	180	Mannheim II	SPD	46,8	51,9
224	Coburg	CSU	49,0	44,3	10	Herzogtum-Lauenburg – Stormarn-Süd	CDU	46,5	44,1
1	Flensburg – Schleswig	SPD	49,0	52,8	72	Düsseldorf-Mettmann I	SPD	46,5	53,5
50	Bremen-Ost	SPD	49,0	57,2	58	Erftkreis II	SPD	46,4	53,4
47	Goslar – Wolfenbüttel	SPD	49,0	55,4	230	Nürnberg-Nord	SPD	46,4	52,0
33	Osnabrück	CDU	48,8	46,7	49	Göttingen	SPD	46,3	52,8
244	Saarbrücken I	SPD	48,8	55,5	7	Pinneberg	SPD	46,2	51,3
171	Esslingen	CDU	48,7	46,1	204	München-Mitte	CSU	46,2	40,6
225	Hof	SPD	48,7	52,6	103	Bielefeld I	CDU	46,1	42,1
167	Ludwigsburg	CDU	48,7	43,3	68	Remscheid	CDU	46,0	41,9
74	Düsseldorf I	CDU	48,7	43,9	156	Mainz	SPD	46,0	52,3
177	Waiblingen	CDU	48,6	42,6	138	Wiesbaden	SPD	46,0	52,4
70	Wuppertal II	SPD	48,5	54,8	141	Frankfurt (Main) II	CDU	45,3	40,1
					166	Stuttgart III	CDU	45,1	41,5
					165	Stuttgart II	SPD	44,9	51,2
					152	Kreuznach	SPD	44,9	52,5
					140	Frankfurt (Main) I – Main-Taunus	SPD	44,3	54,5
					69	Wuppertal I	SPD	42,6	50,2

1) Nach Abgrenzung der Wahlkreise 1976.

6 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		1976				1972 <sup>1)</sup>			
		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
						höchsten	zweit-höchsten		
Nr.	Name	Gewählten	Erst- unterlegenen	Anzahl	%	Erststimmen		Anzahl	%
Abstand von unter 1 000 Stimmen <sup>2)</sup>									
46	Helmstedt – Wolfsburg	SPD	CDU	158	0,1	SPD	CDU	15 457	9,4
68	Remscheid	CDU	SPD	172	0,1	SPD	CDU	12 838	10,0
140	Frankfurt (Main) I – Main - Taunus	SPD	CDU	286	0,2	SPD	CDU	24 733	16,0
230	Nürnberg - Nord	SPD	CSU	545	0,3	SPD	CSU	19 566	11,5
156	Mainz	SPD	CDU	617	0,3	SPD	CDU	19 024	10,4
180	Mannheim II	SPD	CDU	751	0,5	SPD	CDU	13 715	9,5
146	Dieburg	SPD	CDU	919	0,5	SPD	CDU	20 220	11,4
109	Lüdinghausen	CDU	SPD	937	0,5	SPD	CDU	8 460	4,3
Abstand von 1 000 bis unter 2 000 Stimmen <sup>2)</sup>									
9	Ostholstein	CDU	SPD	1 128	1,0	SPD	CDU	7 663	6,6
72	Düsseldorf - Mettmann I	SPD	CDU	1 203	0,9	SPD	CDU	15 285	12,3
165	Stuttgart II	SPD	CDU	1 340	1,3	SPD	CDU	13 480	11,6
53	Aachen - Stadt	CDU	SPD	1 408	1,0	SPD	CDU	355	0,2
138	Wiesbaden	SPD	CDU	1 477	0,9	SPD	CDU	19 506	12,0
49	Göttingen	SPD	CDU	1 599	1,0	SPD	CDU	16 183	10,2
103	Bielefeld I	CDU	SPD	1 946	1,2	SPD	CDU	14 955	9,4
Abstand von 2 000 bis unter 5 000 Stimmen <sup>2)</sup>									
245	Saarbrücken II	SPD	CDU	2 242	1,5	SPD	CDU	11 146	7,5
131	Marburg	SPD	CDU	2 293	1,6	SPD	CDU	15 808	11,7
28	Hoya	CDU	SPD	2 359	1,9	SPD	CDU	1 489	1,2
58	Erftkreis II	SPD	CDU	2 359	1,3	SPD	CDU	21 411	12,6
10	Herzogtum Lauenburg – Stormann - Sud	CDU	SPD	2 450	1,4	SPD	CDU	11 091	6,7
7	Pinneberg	SPD	CDU	2 542	1,5	SPD	CDU	13 309	8,3
24	Cuxhaven	CDU	SPD	2 599	2,1	SPD	CDU	7 469	6,2
141	Frankfurt (Main) II	CDU	SPD	2 688	1,8	SPD	CDU	17 485	10,6
69	Wuppertal I	SPD	CDU	2 899	2,2	SPD	CDU	17 906	13,4
166	Stuttgart III	CDU	SPD	2 911	2,6	SPD	CDU	9 658	7,9
204	München - Mitte	CSU	SPD	2 981	2,7	SPD	CSU	13 819	10,7
54	Aachen - Land	SPD	CDU	3 041	1,6	SPD	CDU	13 012	7,1
4	Rendsburg – Eckernförde	SPD	CDU	3 143	2,0	SPD	CDU	6 943	4,7
225	Hof	SPD	CSU	3 342	1,8	SPD	CSU	15 412	8,4
139	Hanau	SPD	CDU	3 563	1,8	SPD	CDU	25 364	13,6
224	Coburg	CSU	SPD	3 748	2,7	SPD	CSU	11 728	8,4
40	Gifhorn	CDU	SPD	3 758	2,2	SPD	CDU	8 470	5,1
152	Kreuznach	SPD	CDU	3 811	2,4	SPD	CDU	15 884	10,0
205	München - Nord	SPD	CSU	3 991	2,8	SPD	CSU	22 337	15,3
60	Köln II	SPD	CDU	4 130	3,9	SPD	CDU	17 750	15,4
29	Verden	SPD	CDU	4 159	2,5	SPD	CDU	14 054	9,1
136	Wetterau	SPD	CDU	4 255	2,6	SPD	CDU	22 800	14,7
171	Esslingen	CDU	SPD	4 305	3,1	SPD	CDU	4 266	3,1
133	Gießen	SPD	CDU	4 443	2,7	SPD	CDU	20 304	12,8
147	Bergstraße	CDU	SPD	4 494	2,9	SPD	CDU	9 908	6,8
144	Offenbach	SPD	CDU	4 611	2,5	SPD	CDU	30 230	16,3
142	Frankfurt (Main) III	SPD	CDU	4 618	3,4	SPD	CDU	22 688	15,7
3	Steinburg – Dithmarschen - Sud	CDU	SPD	4 694	3,5	CDU	SPD	2 893	2,2
168	Heilbronn	CDU	SPD	4 871	2,7	SPD	CDU	14 260	8,0
43	Hildesheim	SPD	CDU	4 985	3,7	SPD	CDU	17 019	12,4
Abstand von 5 000 bis unter 10 000 Stimmen <sup>2)</sup>									
71	Solingen	SPD	CDU	5 121	4,7	SPD	CDU	15 960	14,2
178	Karlsruhe	CDU	SPD	5 237	3,1	SPD	CDU	9 188	5,2
89	Essen III	SPD	CDU	5 285	3,3	SPD	CDU	19 744	12,0
47	Goslar – Wolfenbüttel	SPD	CDU	5 299	4,1	SPD	CDU	19 126	14,3
119	Iserlohn	SPD	CDU	5 618	3,3	SPD	CDU	19 765	11,8
73	Düsseldorf - Mettmann II	SPD	CDU	5 634	4,1	SPD	CDU	16 131	12,1
80	Krefeld	CDU	SPD	5 648	4,0	SPD	CDU	13 537	9,4
8	Segeberg – Stormann - Nord	CDU	SPD	5 692	3,4	SPD	CDU	6 119	4,0
76	Düsseldorf III	SPD	CDU	5 850	4,3	SPD	CDU	18 978	13,0
2	Nordfriesland – Dithmarschen - Nord	CDU	SPD	6 317	4,6	CDU	SPD	598	0,4
6	Pion – Neumünster	SPD	CDU	6 777	5,1	SPD	CDU	14 621	11,3
41	Hameln – Springe	SPD	CDU	6 962	5,2	SPD	CDU	16 268	12,1
132	Wetzlar	SPD	CDU	7 016	4,1	SPD	CDU	28 291	17,0
33	Osnabrück	CDU	SPD	7 159	3,9	SPD	CDU	3 673	2,0
181	Heidelberg - Stadt	CDU	SPD	7 840	5,3	SPD	CDU	6 275	4,3
78	Rheydt – Grevenbroich II	CDU	SPD	8 008	6,5	SPD	CDU	2 153	1,8
130	Hersfeld	SPD	CDU	8 037	5,6	SPD	CDU	20 717	14,9
248	Homburg	SPD	CDU	8 328	5,4	SPD	CDU	17 475	11,4
206	München - Ost	CSU	SPD	8 630	5,7	SPD	CSU	15 694	10,2
1	Flensburg – Schleswig	SPD	CDU	8 711	5,2	SPD	CDU	17 910	10,7
74	Düsseldorf I	CDU	SPD	8 716	7,2	CDU	SPD	1 537	1,2
104	Bielefeld II	SPD	CDU	9 017	6,0	SPD	CDU	24 239	15,8
158	Frankenthal	SPD	CDU	9 427	7,9	SPD	CDU	23 642	20,6
247	Sankt Wendel	CDU	SPD	9 581	6,5	CDU	SPD	4 060	2,9
125	Siegen – Wittgenstein	SPD	CDU	9 842	5,3	SPD	CDU	26 327	14,7

1) Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976. — 2) Bei der Bundestagswahl 1976

## 6 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		1976				1972 <sup>1)</sup>			
		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
						höchsten	zweithöchsten		
Nr	Name	Gewählten	Erst- unterlegenen	Anzahl	%	Erststimmen		Anzahl	%

Abstand von 10 000 bis unter 15 000 Stimmen <sup>2)</sup>

246	Saarlouis	CDU	SPD	10 036	6,8	CDU	SPD	3 315	2,4
113	Hagen	SPD	CDU	10 047	8,0	SPD	CDU	18 621	14,4
126	Waldeck	SPD	CDU	10 094	7,8	SPD	CDU	17 681	14,1
25	Stade	CDU	SPD	10 212	7,0	CDU	SPD	4 840	3,5
70	Wuppertal II	SPD	CDU	10 327	8,1	SPD	CDU	24 075	17,9
39	Celle	CDU	SPD	10 389	5,2	SPD	CDU	3 561	1,8
155	Montabaur	CDU	SPD	10 580	5,6	SPD	CDU	4 181	2,3
124	Lüdenscheid	SPD	CDU	10 726	7,1	SPD	CDU	25 415	18,8
34	Nienburg	CDU	SPD	10 737	6,7	CDU	SPD	1 005	0,6
244	Saarbrücken I	SPD	CDU	10 777	7,5	SPD	CDU	25 864	18,0
129	Fritzlar	SPD	CDU	10 868	8,7	SPD	CDU	18 590	15,3
164	Stuttgart I	SPD	CDU	10 963	8,7	SPD	CDU	21 899	16,6
160	Neustadt – Speyer	CDU	SPD	11 141	7,8	SPD	CDU	2 278	1,6
157	Worms	SPD	CDU	11 236	8,0	SPD	CDU	23 698	16,9
167	Ludwigsburg	CDU	SPD	11 389	6,1	SPD	CDU	8 598	4,7
173	Ulm	CDU	SPD	11 599	10,1	CDU	SPD	7 719	6,7
189	Lorrach – Müllheim	CDU	SPD	11 811	9,2	CDU	SPD	882	0,7
66	Rheinisch-Bergischer Kreis	CDU	SPD	12 283	6,5	SPD	CDU	5 182	3,0
38	Hannover III	SPD	CDU	12 446	6,4	SPD	CDU	33 373	17,4
105	Detmold – Lippe	SPD	CDU	12 500	6,1	SPD	CDU	30 790	15,4
145	Darmstadt	SPD	CDU	12 512	7,3	SPD	CDU	33 990	20,0
17	Wandsbek	SPD	CDU	12 621	7,6	SPD	CDU	30 371	18,3
207	München-Süd	CSU	SPD	12 897	8,4	SPD	CSU	12 400	8,0
177	Waiblingen	CDU	SPD	13 088	8,7	SPD	CDU	3 804	2,6
31	Lüneburg – Luchow-Dannenberg	CDU	SPD	13 264	9,2	CDU	SPD	2 364	1,6
162	Pirmasens	CDU	SPD	13 437	10,3	CDU	SPD	751	0,6
148	Neuwied	CDU	SPD	13 498	7,3	SPD	CDU	698	0,4
22	Oldenburg	SPD	CDU	13 853	8,1	SPD	CDU	25 514	15,2
172	Göppingen	CDU	SPD	14 307	10,3	CDU	SPD	4 053	2,9
208	München-West	CSU	SPD	14 372	10,4	SPD	CSU	7 903	5,6
59	Köln I	SPD	CDU	14 460	13,9	SPD	CDU	28 112	23,7
108	Minden	SPD	CDU	14 505	7,4	SPD	CDU	26 966	14,1
238	Augsburg-Stadt	CSU	SPD	14 551	9,4	SPD	CSU	3 045	1,9
169	Leonberg – Vaihingen	CDU	SPD	14 620	7,5	SPD	CDU	1 563	0,8
190	Freiburg	CDU	SPD	14 880	9,5	CDU	SPD	1 353	0,9
67	Leverkusen – Opladen	SPD	CDU	14 967	8,4	SPD	CDU	34 888	19,9

Abstand von 15 000 bis unter 20 000 Stimmen <sup>2)</sup>

13	Altona	SPD	CDU	15 397	10,4	SPD	CDU	33 112	20,9
75	Düsseldorf II	SPD	CDU	15 491	12,7	SPD	CDU	29 810	22,2
48	Northeim	SPD	CDU	16 184	11,0	SPD	CDU	26 991	18,1
159	Ludwigshafen	SPD	CDU	16 470	11,7	SPD	CDU	32 289	22,8
161	Kaiserslautern	SPD	CDU	16 494	9,0	SPD	CDU	31 311	17,4
231	Nürnberg-Süd	SPD	CSU	16 585	10,8	SPD	CSU	35 832	23,0
95	Münster	CDU	SPD	16 807	12,0	CDU	SPD	5 746	4,1
81	Kempfen-Krefeld	CDU	SPD	16 811	14,7	CDU	SPD	8 552	7,8
23	Delmenhorst – Wesermarsch	SPD	CDU	17 285	12,9	SPD	CDU	28 804	21,8
179	Mannheim I	SPD	CDU	17 319	15,1	SPD	CDU	30 428	24,9
107	Herford	SPD	CDU	17 477	10,5	SPD	CDU	33 412	20,3
57	Euskirchen – Erftkreis I	CDU	SPD	17 483	9,2	CDU	SPD	8 921	5,0
93	Tecklenburg	CDU	SPD	17 530	11,4	CDU	SPD	7 705	5,4
143	Groß-Gerau	SPD	CDU	18 110	9,9	SPD	CDU	37 901	21,8
223	Bayreuth	CSU	SPD	18 139	16,7	CSU	SPD	5 509	5,2
44	Salzgitter	SPD	CDU	18 194	14,1	SPD	CDU	27 590	21,2
45	Braunschweig	SPD	CDU	18 203	10,2	SPD	CDU	39 338	21,1
150	Koblenz	CDU	SPD	18 478	11,6	CDU	SPD	6 137	3,9
135	Hochtaunus	CDU	SPD	18 529	9,4	SPD	CDU	1 813	1,0
56	Düren	CDU	SPD	18 897	10,8	CDU	SPD	7 595	4,5
35	Schaumburg	SPD	CDU	18 919	9,8	SPD	CDU	34 918	18,0
15	Hamburg-Nord I	SPD	CDU	18 999	14,6	SPD	CDU	31 531	22,0
228	Erlangen	CSU	SPD	19 079	9,8	SPD	CSU	7 028	3,8
30	Soltau – Harburg	CDU	SPD	19 383	10,2	CDU	SPD	5 038	2,8
61	Köln III	SPD	CDU	19 391	14,3	SPD	CDU	33 862	24,4
137	Limburg	CDU	SPD	19 722	12,6	CDU	SPD	7 846	5,3
229	Fürth	CSU	SPD	19 947	10,9	CSU	SPD	772	0,4

1) Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976 – 2) Bei der Bundestagswahl 1976.

6 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		1976				1972 <sup>1)</sup>			
		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
						höchsten	zweithöchsten		
Nr.	Name	Gewählten	Erst- unterlegenen	Anzahl	%	Erststimmen		Anzahl	%
Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen <sup>2)</sup>									
62	Köln IV	SPD	CDU	20 092	15,4	SPD	CDU	35 791	26,4
77	Neuss – Grevenbroich I	CDU	SPD	20 444	10,6	CDU	SPD	4 119	2,3
42	Holzminden	SPD	CDU	20 489	13,8	SPD	CDU	30 720	20,3
65	Oberbergischer Kreis – Rhein-Sieg-Kreis II	CDU	SPD	21 122	10,9	CDU	SPD	3 473	1,9
99	Recklinghausen-Land	SPD	CDU	21 787	12,8	SPD	CDU	32 867	20,0
11	Lübeck	SPD	CDU	21 959	14,1	SPD	CDU	35 052	21,8
182	Pforzheim – Karlsruhe-Land I	CDU	SPD	22 228	14,0	CDU	SPD	6 297	4,1
36	Hannover I	SPD	CDU	22 373	14,6	SPD	CDU	38 133	23,4
50	Bremen-Ost	SPD	CDU	22 494	12,5	SPD	CDU	42 526	23,6
79	Mönchengladbach	CDU	SPD	22 494	15,6	CDU	SPD	10 629	7,4
184	Heidelberg-Land – Sinsheim	CDU	SPD	23 346	14,7	CDU	SPD	14 246	9,6
191	Emmendingen – Wolfach	CDU	SPD	24 196	22,1	CDU	SPD	19 286	18,1
21	Wilhelmshaven	SPD	CDU	24 517	14,6	SPD	CDU	32 417	19,3
163	Landau	CDU	SPD	24 845	16,6	CDU	SPD	9 033	6,3
37	Hannover II	SPD	CDU	25 053	17,5	SPD	CDU	40 712	25,9
188	Waldshut	CDU	SPD	25 223	21,4	CDU	SPD	19 385	16,9
94	Beckum – Warendorf	CDU	SPD	25 227	16,3	CDU	SPD	17 875	12,1
14	Eimsbüttel	SPD	CDU	25 366	15,2	SPD	CDU	42 310	24,1
154	Trier	CDU	SPD	25 416	17,5	CDU	SPD	13 847	9,8
233	Aschaffenburg	CSU	SPD	26 213	20,2	CSU	SPD	15 601	12,5
194	Reutlingen	CDU	SPD	26 558	14,2	CDU	SPD	13 327	7,3
120	Lippstadt – Brilon	CDU	SPD	26 978	23,0	CDU	SPD	18 204	15,9
100	Recklinghausen-Stadt	SPD	CDU	27 159	17,8	SPD	CDU	36 038	23,7
226	Kulmbach	CSU	SPD	27 382	25,0	CSU	SPD	15 118	13,9
127	Kassel	SPD	CDU	27 465	16,8	SPD	CDU	45 858	27,3
122	Arnsberg – Soest	CDU	SPD	27 997	16,2	CDU	SPD	14 966	8,9
176	Crailsheim	CDU	SPD	28 097	24,7	CDU	SPD	21 309	19,0
12	Hamburg-Mitte	SPD	CDU	28 317	24,2	SPD	CDU	44 031	32,3
183	Bruchsal – Karlsruhe-Land II	CDU	SPD	28 589	18,9	CDU	SPD	19 114	13,1
114	Dortmund I	SPD	CDU	29 851	19,0	SPD	CDU	41 767	26,5
86	Mülheim	SPD	CDU	29 912	23,1	SPD	CDU	41 196	31,6

Abstand von 30 000 bis unter 40 000 Stimmen <sup>2)</sup>

192	Offenburg	CDU	SPD	30 169	19,2	CDU	SPD	22 247	14,4
112	Ennepe-Ruhr-Kreis	SPD	CDU	30 595	17,0	SPD	CDU	45 624	25,7
175	Schwabisch Gmünd – Backnang	CDU	SPD	30 754	18,0	CDU	SPD	18 651	11,2
170	Nürtingen	CDU	SPD	31 048	17,6	CDU	SPD	16 723	10,0
84	Dinslaken	SPD	CDU	31 316	18,1	SPD	CDU	39 021	23,8
91	Duisburg II	SPD	CDU	31 423	21,7	SPD	CDU	46 089	30,0
128	Werra-Meißner	SPD	CDU	31 549	22,7	SPD	CDU	44 742	33,0
186	Konstanz	CDU	SPD	31 628	19,9	CDU	SPD	18 656	12,1
195	Calw	CDU	SPD	32 722	21,1	CDU	SPD	22 562	15,0
101	Bottrop – Gladbeck	SPD	CDU	32 896	27,0	SPD	CDU	42 387	33,6
151	Cöchem	CDU	SPD	33 718	29,1	CDU	SPD	26 583	23,4
19	Harburg	SPD	CDU	34 024	26,3	SPD	CDU	46 423	34,0
97	Gelsenkirchen I	SPD	CDU	34 429	32,1	SPD	CDU	40 945	36,8
20	Emden – Leer	SPD	CDU	34 638	20,1	SPD	CDU	44 033	25,7
16	Hamburg-Nord II	SPD	CDU	34 666	23,8	SPD	CDU	47 592	31,6
237	Würzburg	CSU	SPD	34 714	21,1	CSU	SPD	20 382	12,7
98	Gelsenkirchen II	SPD	CDU	35 128	32,7	SPD	CDU	41 978	37,6
117	Bochum	SPD	CDU	35 394	24,6	SPD	CDU	47 766	32,8
5	Kiel	SPD	CDU	35 448	21,1	SPD	CDU	42 898	24,3
174	Aalen – Heidenheim	CDU	SPD	35 547	20,3	CDU	SPD	19 985	11,5
187	Donaueschingen	CDU	SPD	36 130	24,2	CDU	SPD	25 600	17,5
64	Rhein-Sieg-Kreis I	CDU	SPD	36 307	19,7	CDU	SPD	17 087	10,3
111	Herne – Castrop-Rauxel	SPD	CDU	36 562	30,6	SPD	CDU	43 620	35,3
196	Rottweil	CDU	SPD	36 656	30,5	CDU	SPD	25 907	21,8
149	Ahrweiler	CDU	SPD	36 757	25,4	CDU	SPD	26 357	19,0
63	Bonn	CDU	SPD	36 802	20,0	CDU	SPD	22 602	12,0
110	Wanne-Eickel – Wattenscheid	SPD	CDU	36 911	31,7	SPD	CDU	45 274	38,3
85	Oberhausen	SPD	CDU	37 114	23,7	SPD	CDU	46 509	29,5
87	Essen I	SPD	CDU	37 323	25,6	SPD	CDU	49 665	32,4
116	Dortmund III	SPD	CDU	37 401	27,5	SPD	CDU	49 378	34,4
26	Emsland	CDU	SPD	37 624	29,3	CDU	SPD	33 332	26,5
232	Roth	CSU	SPD	38 052	27,7	CSU	SPD	20 444	15,6
52	Bremerhaven – Bremen-Nord	SPD	CDU	38 207	24,0	SPD	CDU	53 754	32,8
55	Heinsberg	CDU	SPD	38 499	27,6	CDU	SPD	30 967	23,6
221	Weiden	CSU	SPD	39 839	27,7	CSU	SPD	24 601	17,2

<sup>1)</sup> Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976. – <sup>2)</sup> Bei der Bundestagswahl 1976.

6 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		1976				1972 <sup>1)</sup>			
		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
		Gewählten	Erst- unterlegenen	Anzahl	%	höchsten	zweithöchsten	Anzahl	%
Nr.	Name					Erststimmen			

Abstand von 40 000 bis unter 50 000 Stimmen <sup>2)</sup>

123	Unna	SPD	CDU	40 187	25,6	SPD	CDU	49 831	33,1
51	Bremen-West	SPD	CDU	41 378	30,9	SPD	CDU	59 492	41,3
227	Ansbach	CSU	SPD	41 657	33,8	CSU	SPD	32 825	27,1
83	Kleve	CDU	SPD	42 244	26,0	CDU	SPD	32 531	21,1
18	Bergedorf	SPD	CDU	42 669	25,9	SPD	CDU	55 753	33,2
32	Lingen	CDU	SPD	43 500	32,5	CDU	SPD	34 906	27,0
241	Neu-Ulm	CSU	SPD	43 533	29,9	CSU	SPD	29 939	21,2
121	Olpe — Meschede	CDU	SPD	43 669	35,0	CDU	SPD	34 583	29,1
134	Fulda	CDU	SPD	44 051	23,8	CDU	SPD	25 384	14,0
236	Schweinfurt	CSU	SPD	44 210	28,8	CSU	SPD	32 477	21,8
185	Tauberbischofsheim	CDU	SPD	44 766	32,4	CDU	SPD	37 733	27,6
193	Rastatt	CDU	SPD	45 404	26,7	CDU	SPD	36 252	21,7
115	Dortmund II	SPD	CDU	45 613	37,4	SPD	CDU	54 581	42,9
235	Main-Spessart	CSU	SPD	46 220	31,4	CSU	SPD	37 852	26,5
215	Passau	CSU	SPD	46 465	37,5	CSU	SPD	37 106	30,8
90	Duisburg I	SPD	CDU	46 493	38,0	SPD	CDU	58 823	44,3
118	Bochum — Witten	SPD	CDU	46 817	31,2	SPD	CDU	58 626	38,3
96	Steinfurt — Coesfeld	CDU	SPD	49 004	27,1	CDU	SPD	36 010	20,8
213	Deggendorf	CSU	SPD	49 977	49,0	CSU	SPD	39 170	39,9

Abstand von 50 000 bis unter 60 000 Stimmen <sup>2)</sup>

216	Rottal-Inn	CSU	SPD	50 386	44,6	CSU	SPD	44 559	40,0
217	Straubing	CSU	SPD	51 011	41,9	CSU	SPD	40 221	34,0
242	Oberallgau	CSU	SPD	51 676	33,2	CSU	SPD	37 677	24,8
240	Donau-Ries	CSU	SPD	51 887	42,5	CSU	SPD	41 740	34,9
88	Essen II	SPD	CDU	53 009	37,4	SPD	CDU	63 200	43,3
202	Fürstenfeldbruck	CSU	SPD	54 741	27,0	CSU	SPD	26 236	14,3
201	Freising	CSU	SPD	55 139	33,0	CSU	SPD	32 404	21,5
102	Hoxter	CDU	SPD	55 563	40,9	CDU	SPD	47 936	36,9
219	Regensburg	CSU	SPD	55 702	34,4	CSU	SPD	42 412	27,0
82	Moers	SPD	CDU	57 798	30,5	SPD	CDU	72 109	38,9
92	Ahaus — Bocholt I	CDU	SPD	57 828	34,6	CDU	SPD	48 527	30,5
218	Amberg	CSU	SPD	58 344	38,6	CSU	SPD	44 762	30,9
209	München-Land	CSU	SPD	58 505	29,7	CSU	SPD	29 273	16,1
153	Bitburg	CDU	SPD	58 573	44,7	CDU	SPD	47 566	37,7
203	Ingolstadt	CSU	SPD	58 592	37,4	CSU	SPD	41 438	27,6
220	Schwandorf	CSU	SPD	58 834	38,0	CSU	SPD	48 915	32,6
214	Landshut	CSU	SPD	59 000	38,1	CSU	SPD	43 505	29,0
197	Balingen	CDU	SPD	59 102	34,2	CDU	SPD	49 616	29,3

Abstand von 60 000 bis unter 70 000 Stimmen <sup>2)</sup>

106	Paderborn — Wiedenbrück	CDU	SPD	61 257	39,8	CDU	SPD	47 445	32,5
210	Rosenheim	CSU	SPD	61 293	31,9	CSU	SPD	39 993	22,3
211	Traunstein	CSU	SPD	62 819	43,0	CSU	SPD	44 708	31,6
222	Bamberg	CSU	SPD	66 174	40,9	CSU	SPD	51 431	33,1
212	Weilheim	CSU	SPD	69 117	39,3	CSU	SPD	47 161	28,2
239	Augsburg-Land	CSU	SPD	69 370	41,8	CSU	SPD	50 893	32,6
27	Cloppenburg	CDU	SPD	69 823	50,3	CDU	SPD	61 839	46,5

Abstand von 70 000 Stimmen und mehr <sup>2)</sup>

198	Biberach	CDU	SPD	73 794	51,2	CDU	SPD	67 388	48,3
199	Ravensburg	CDU	SPD	74 942	40,9	CDU	SPD	59 919	33,6
200	Altötting	CSU	SPD	75 752	44,6	CSU	SPD	57 065	35,4
234	Bad Kissingen	CSU	SPD	76 929	45,4	CSU	SPD	66 883	40,8
243	Unterallgäu	CSU	SPD	85 491	45,2	CSU	SPD	70 067	37,8

<sup>1)</sup> Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1976. — <sup>2)</sup> Bei der Bundestagswahl 1976



**7 Erststimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten in den Gemeinden**

Gegenstand der Nachweisung	Gültige Erststimmen <sup>1)</sup> insgesamt	Von 100 gültigen Erststimmen <sup>1)</sup> in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf				
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige

**nach Gemeindegrößenklassen**

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern						
unter 1 000 . . . . .	1 430 946	30,7	31,8	31,9	4,9	0,8
1 000 — 2 000 . . . . .	1 555 671	32,9	29,5	31,9	4,8	0,9
2 000 — 3 000 . . . . .	1 217 892	34,8	32,3	27,0	5,0	0,9
3 000 — 5 000 . . . . .	1 892 112	36,9	35,7	21,0	5,5	0,8
5 000 — 10 000 . . . . .	3 698 358	39,1	40,5	13,8	5,7	0,8
10 000 — 20 000 . . . . .	4 602 980	42,0	42,4	8,6	6,2	0,8
20 000 — 50 000 . . . . .	5 278 539	44,6	43,8	4,4	6,4	0,8
50 000 — 100 000 . . . . .	3 133 099	47,9	39,6	5,3	6,2	1,0
100 000 — 200 000 . . . . .	2 634 849	50,7	37,0	4,4	6,7	1,2
200 000 und mehr . . . . .	8 179 207	52,2	33,5	5,6	7,5	1,2

**nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen**

Anteil der Evangelischen von ... bis unter ... %						
unter 10 . . . . .	3 013 303	24,4	30,1	41,6	3,1	0,8
10 — 20 . . . . .	4 094 030	34,0	39,3	21,2	4,7	0,7
20 — 30 . . . . .	4 229 971	41,8	34,3	16,2	6,7	1,0
30 — 40 . . . . .	1 670 890	42,1	44,0	6,0	7,0	0,9
40 — 50 . . . . .	3 056 206	52,3	39,5	1,0	6,1	1,1
50 — 60 . . . . .	4 503 411	50,9	35,8	5,2	6,9	1,2
60 — 70 . . . . .	3 112 464	47,3	40,4	3,7	7,5	1,1
70 — 80 . . . . .	4 155 935	51,1	37,3	3,1	7,4	1,1
80 — 90 . . . . .	4 201 026	50,3	39,4	2,5	7,0	0,9
90 und mehr . . . . .	1 586 417	44,9	45,2	3,1	6,1	0,7

**nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen**

Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von ... bis unter ... %						
unter 10 . . . . .	6 759 936	54,7	34,1	3,7	6,3	1,2
10 — 20 . . . . .	18 651 712	45,5	38,7	8,1	6,7	1,0
20 — 30 . . . . .	4 671 466	37,7	42,3	13,8	5,5	0,7
30 — 40 . . . . .	1 929 897	31,6	38,1	24,2	5,3	0,8
40 — 50 . . . . .	1 010 028	25,0	31,5	38,0	4,7	0,9
50 und mehr . . . . .	600 614	18,3	25,4	50,9	4,4	1,0

**nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten**

Anteil der Beamten und Angestellten von ... bis unter ... %						
unter 10 . . . . .	356 107	17,0	13,5	65,3	3,2	1,0
10 — 20 . . . . .	2 534 794	28,5	32,4	33,9	4,3	0,9
20 — 30 . . . . .	5 498 890	39,2	42,2	12,7	5,1	0,8
30 — 40 . . . . .	9 270 635	46,7	40,6	6,0	5,9	0,9
40 — 50 . . . . .	8 996 737	47,7	37,1	7,5	6,7	1,0
50 und mehr . . . . .	6 966 490	48,2	34,6	7,8	8,2	1,3

<sup>1)</sup> Ohne Stimmen der Briefwähler.

8 Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1976 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Partei 1)		Aufgetreten bei																
		der Bundestagswahl am								Landtagswahlen								
										zwischen der								
		Name	Abkürzung	14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969	19. 11. 1972	3. 10. 1976	vor der 1.	1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.	6. u. 7.
Bundestagswahl																		
Aktion Demokratischer Fortschritt	ADF						X											
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD					X			X						X	X	X	
Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI	AVP								X									
Badische Christlich - Soziale Volkspartei	BCSV									X								
Badische Zentrumsparlei	Zentrum										X							
Bayerischer Rechtsblock	BRbI											X						
Bayerische Staatsparlei	BSP																	X
Bayernparlei	BP	X	X				X				X	X	X	X	X	X	X	X
Block der Heimatvertriebenen											X							
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHE										X							
Block der Vaterländischen Einigung	BVE										X							
Bremer Demokratische Volkspartei	BDV	X								X								
Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit	BdD			X									X	X				
Bund Deutscher Kommunisten	BDK																	X
Bund Freies Deutschland	BFD																	X
Christlich Demokratische Union Deutschlands	CDU	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)	C.B.V.								X									
Christliche Volkspartei	CVP					X				X	X	X						
Christlich Nationale Gemeinschaft	CNG												X					
Christlich - Sozialer Arbeiterbund	CSAB										X							
Christlich - Soziale Union in Bayern	CSU	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Christlich - Soziale Union - Saar	CSU			X									X					
Demokratische Linke	DL														X			
Demokratische Partei	DemP									X								
Demokratische Volkspartei	DV										X							
Der Deutsche Block											X							
Deutsche Arbeiterparlei	DAP										X							
Deutsche Demokratische Union	DDU											X	X	X				
Deutsche Friedens - Union	DFU				X	X								X	X	X	X	
Deutsche Gemeinschaft	DG			X	X						X	X	X	X				
Deutsche Gemeinschaft — Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	DG - BHE										X							
Deutsche Kommunistische Partei	DKP							X	X							X	X	
Deutsche Konservative Partei	DKP	X								X								
Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei	DKP/DRP	X																
Deutsche Mittelstandspartei	DMP																	X
Deutsche Partei	DP	X	X								X	X	X	X	X			X
Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)	DP			X														
Deutsche Rechtspartei	DRP	X									X							
Deutsche Reichspartei	DRP		X	X	X					X	X	X	X	X				
Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHE/DG										X							
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstands- parteien — UDM)	Mittelstand			X										X				
Deutsches Landvolk	DLV											X	X					
Deutsche Soziale Partei	DSP										X							
Deutsche Volkspartei	DV, DVP						X						X					
Deutsche Zentrumsparlei, Zentrumsparlei	DZP, Z, ZP Zentrum	X	X				X			X	X	X	X	X	X	X	X	X
Deutsch - Hannoversche Partei	DHP											X						
Deutsch - Soziale Union	DSU												X					
Europäische Arbeiterparlei	EAP								X									X
Europäische Föderalistische Partei, Europa Partei	EFP, EP					X	X	X							X	X	X	
Europäische Volksbewegung Deutschland	EVD	X																
European Labour Committees	ELC																	X
Föderalistische Union (Bayernparlei - Zentrum)	FU			X														
Freie Demokratische Partei, Freie Demokratische Partei/ Demokratische Partei Saar, Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei	F.D.P., FDP/DPS, FDP/DVP	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Freie Deutsche Volkspartei	FDV												X					
Freie Opposition												X						
Freier Kulturpolitischer Bund	FKB										X							
Freie Sozialistische Partei	FSP													X				
Freisoziale Union — Demokratische Mitte —	FSU					X	X	X		X	X	X		X	X	X	X	

8 Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1976 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Partei 1)		Aufgetreten bei																
		der Bundestagswahl am								Landtagswahlen								
										zwischen der								
		Name	Abkürzung	14. 8 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969	19. 11. 1972	3. 10. 1976	vor der 1.	1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.	6. u. 7.
Bundestagswahl																		
5 %- BLOCK Partei	5 %- BLOCK									X								
Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland	G																X	X
Gesamtdeutsche Partei, Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE), Gesamtdeutsche Partei – Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, Gesamtdeutscher Block/BHE	GPD, GPD/ BHE, GDP, GDP/BHE, GB/BHE			X	X	X		X				X	X	X	X	X		
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP		X										X					
Gruppe Internationale Marxisten	GIM									X								
Hamburg Block (CDU, FDP, DP)														X				
Hessische Bauern- und Landvolkpartei	HB u. LVP												X					
Königspartei													X					
Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Deutschlands 2)	KP, KPD	X	X				X	X	X	X	X	X	X					
Kommunistische Partei Deutschlands 3),	KPD									X								X
Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten - Leninisten	KPD/ML																	X
Kommunistischer Bund Westdeutschland	KBW									X								X
Konservative Partei	KonsP												X					
Landwirte Partei	LP													X				
Liberal - Demokratische Partei	LDP										X							
Nationaldemokratische Partei/Deutsche Reichspartei	NDP/DRP												X					
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD						X	X	X	X						X	X	X
Nationale Sammlung	DNS		X									X						
Nationale Solidarität Deutschlands	NSD												X					
Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund	NBM													X				
Niederdeutsche Union (CDU, DP)													X					
Niedersächsische Landespartei	NLP																X	
Notgemeinschaft Kriegesgeschädigter	NGK												X					
Partei der guten Deutschen	PdgD		X	X										X				
Partei Freier Bürger	PFB																	X
Radikalsoziale Freiheitspartei	RSF	X									X	X	X					
Rechtspartei	RP											X						
RECHT und FREIHEIT PARTEI	RFP									X								
Republikanische Partei Deutschlands	RPD											X						
Rheinische Volks - Partei	RhVP											X						
Rheinisch - Westfälische Volkspartei	RWVP	X																
Saarländische Volkspartei, Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei	SVP SVP/CVP													X	X		X	
Schleswig - Holstein Block	SHB													X				
Schleswig - Holsteinische Landespartei	SHLP		X											X				
Sozialdemokratische Partei, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Sozialdemokratische Partei Saar	SP, SPD, SPS	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	SED											X		X				
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Westberlin	SED - W																	
Sozialistische Einheitspartei Westberlins	SEW														X	X	X	X
Sozialistische Reichspartei	SRP												X					
Spartacusbund	SpB																	X
Südschleswiger Verein	SSV											X						
Südschleswiger Wahlverband	SSW	X	X	X	X								X	X	X	X	X	X
Übernationale Europäische Volkspartei Saar	UEPVS													X				
Unabhängige Arbeiter - Partei (Deutsche Sozialisten)	UAP						X	X		X					X	X	X	X
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USPD												X	X				
Unabhängige Wählergemeinschaft	UWG												X			X		
Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft – Hilfe für den Bayerischen Wald													X					
Vaterländische Union	VU		X	X										X		X		
Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKP)	VBH												X					
VEREINIGTE LINKE	VL									X								
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit	VFS													X				
Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter													X					
Wahlblock der Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen, Entrechteten													X					
Wahlgemeinschaft für ein neutrales Deutschland – Wahlgemeinschaft							X											
Wählerinitiative Europäische Arbeiterpartei																		X
Wählerversammlung gegen atomare Aufrüstung	WV													X				
Wählerversammlung „Kampf mit der KPD“																		X
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung	WAV	X										X	X					
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes	WVM													X				
Einzelbewerber, Parteilose, Unabhängige		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

1) Zum Teil handelt es sich um die gleiche Partei unter verschiedenen Namen oder um die besondere Bezeichnung von Landesverbänden — 2) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelöst — 3) Neue Partei.

## 9 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund

Lfd Nr.	Gegenstand der Nachweisung (1 = Erst-, 2 = Zweitstimmen)	Einheit	Schleswig - Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen	
			1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972
1	Wahlberechtigte	Anzahl	1 864 033	1 839 177	1 287 473	1 348 617	5 205 680	5 126 515	528 346	540 928
2	Wähler	Anzahl	1 687 951	1 665 020	1 173 082	1 242 832	4 757 376	4 684 898	475 582	492 431
3	Wahlbeteiligung	%	90,6	90,5	91,1	92,2	91,4	91,4	90,0	91,0
4	Ungültige Stimmen	1	Anzahl	14 325	18 468	6 661	7 753	109 778	46 809	3 474
5			0,8	1,1	0,6	0,6	2,3	1,0	0,7	1,0
6		2	Anzahl	7 865	10 864	4 935	5 767	98 398	32 424	2 594
7			0,5	0,7	0,4	0,5	2,1	0,7	0,5	0,7
8	Gültige Stimmen	1	Anzahl	1 673 626	1 646 552	1 166 421	1 235 079	4 647 598	4 638 089	472 108
9			99,2	98,9	99,4	99,4	97,7	99,0	99,3	99,0
10		2	Anzahl	1 680 086	1 654 156	1 168 087	1 237 065	4 658 978	4 652 474	472 988
11			99,5	99,3	99,6	99,5	97,9	99,3	99,5	99,3
Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf:										
12	SPD	1	Anzahl	803 601	858 081	632 991	742 999	2 182 156	2 389 346	256 721
13	Sozialdemokratische Partei Deutschlands		%	48,0	52,1	54,3	60,2	47,0	51,5	54,4
14		2	Anzahl	779 599	804 446	614 284	673 517	2 129 502	2 235 911	255 544
15			%	46,4	48,6	52,6	54,4	45,7	48,1	54,0
16	CDU	1	Anzahl	745 302	705 966	420 932	411 876	2 147 647	2 007 358	154 642
17	Christlich Demokratische Union Deutschlands		%	44,5	42,9	36,1	33,3	46,2	43,3	32,8
18		2	Anzahl	740 927	695 140	418 994	411 974	2 129 143	1 988 720	153 842
19			%	44,1	42,0	35,9	33,3	45,7	42,7	32,5
20	CSU	1	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
21	Christlich-Soziale Union in Bayern		%	—	—	—	—	—	—	—
22		2	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
23			%	—	—	—	—	—	—	—
24	F.D.P.	1	Anzahl	112 007	69 583	94 599	65 752	283 448	207 187	51 656
25	Freie Demokratische Partei		%	6,7	4,2	8,1	5,3	6,1	4,5	10,9
26		2	Anzahl	147 622	141 497	118 969	138 607	369 526	393 282	55 903
27			%	8,8	8,6	10,2	11,2	7,9	8,5	11,8
28	Sonstige	1	Anzahl	12 716	12 922	17 899	14 452	34 347	34 198	9 089
29			%	0,8	0,8	1,5	1,2	0,7	0,7	1,9
30		2	Anzahl	11 938	13 073	15 840	12 967	30 807	34 561	7 699
31			%	0,7	0,8	1,4	1,0	0,7	0,7	1,6
davon für										
32	AUD	1	Anzahl	940	—	802	—	434	—	148
33	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher		%	0,1	—	0,1	—	0,0	—	0,0
34		2	Anzahl	1 088	—	831	—	—	—	—
35			%	0,1	—	0,1	—	—	—	—
36	AVP	1	Anzahl	87	—	—	—	—	—	—
37	Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI		%	0,0	—	—	—	—	—	—
38		2	Anzahl	241	—	—	—	—	—	117
39			%	0,0	—	—	—	—	—	0,0
40	C.B.V.	1	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
41	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)		%	—	—	—	—	—	—	—
42		2	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
43			%	—	—	—	—	—	—	—
44	DKP	1	Anzahl	5 262	3 931	11 650	8 650	16 055	11 689	4 498
45	Deutsche Kommunistische Partei		%	0,3	0,2	1,0	0,7	0,3	0,3	1,0
46		2	Anzahl	4 104	3 528	9 028	6 944	11 232	9 467	3 593
47			%	0,2	0,2	0,8	0,6	0,2	0,2	0,8
48	EAP	1	Anzahl	—	—	126	—	493	—	242
49	Europäische Arbeiterpartei		%	—	—	0,0	—	0,0	—	0,1
50		2	Anzahl	—	—	226	—	1 165	—	189
51			%	—	—	0,0	—	0,0	—	0,0
52	EFP	1	Anzahl	—	816	—	1 099	—	358	—
53	Europäische Föderalistische Partei		%	—	0,0	—	0,1	—	0,0	—
54		2	Anzahl	—	1 010	—	910	—	2 187	—
55			%	—	0,1	—	0,1	—	0,0	—
56	FSU	1	Anzahl	—	364	—	209	—	83	—
57	Freisoziale Union — Demokratische Mitte —		%	—	0,0	—	0,0	—	0,0	—
58		2	Anzahl	—	—	—	480	—	—	—
59			%	—	—	—	0,0	—	—	—
60	5 %- BLOCK	1	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
61	5 %- BLOCK Partei		%	—	—	—	—	—	—	—
62		2	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
63			%	—	—	—	—	—	—	—
64	GIM	1	Anzahl	—	—	359	—	197	—	—
65	Gruppe Internationale Marxisten		%	—	—	0,0	—	0,0	—	—
66		2	Anzahl	—	—	939	—	—	—	—
67			%	—	—	0,1	—	—	—	—
68	KPD	1	Anzahl	185	—	1 055	—	410	—	515
69	Kommunistische Partei Deutschlands		%	0,0	—	0,1	—	0,0	—	0,1
70		2	Anzahl	833	—	1 143	—	2 297	—	584
71			%	0,0	—	0,1	—	0,0	—	0,1
72	KBW	1	Anzahl	1 089	—	1 193	—	4 544	—	2 022
73	Kommunistischer Bund Westdeutschland		%	0,1	—	0,1	—	0,1	—	0,4
74		2	Anzahl	1 325	—	949	—	3 979	—	1 647
75			%	0,1	—	0,1	—	0,1	—	0,3
76	NPD	1	Anzahl	4 945	7 811	2 714	4 494	12 128	22 068	1 664
77	Nationaldemokratische Partei Deutschlands		%	0,3	0,5	0,2	0,4	0,3	0,5	0,4
78		2	Anzahl	4 347	8 535	2 724	4 633	12 134	22 907	1 569
79			%	0,3	0,5	0,2	0,4	0,3	0,5	0,3
80	RFP	1	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
81	RECHT und FREIHEIT PARTEI		%	—	—	—	—	—	—	—
82	UAP	1	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
83	Unabhängige Arbeiter Partei (Deutsche Sozialisten)		%	—	—	—	—	—	—	—
84		2	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
85			%	—	—	—	—	—	—	—
86	VL	1	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
87	VEREINIGTE LINKE		%	—	—	—	—	—	—	—
88		2	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—
89			%	—	—	—	—	—	—	—
90	Unabhängige	1	Anzahl	208	—	—	—	86	—	—
91			%	0,0	—	—	—	0,0	—	—

und Ländern bei den Bundestagswahlen 1976 und 1972

Nordrhein - Westfalen		Hessen		Rheinland - Pfalz		Baden - Württemberg		Bayern		Saarland		Bundesgebiet ohne Berlin		Lfd Nr
1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972	1976	1972	
12 118 533	11 992 806	3 899 454	3 841 104	2 676 890	2 623 690	6 118 464	5 960 714	7 547 820	7 375 146	811 322	797 605	42 058 015	41 446 302	1
11 066 546 91,3	11 005 807 91,8	3 585 275 91,9	3 522 483 91,7	2 448 946 91,6	2 404 007 91,6	5 452 370 89,1	5 376 985 90,2	6 764 839 89,6	6 626 216 89,8	753 786 92,9	740 910 92,9	38 165 753 90,7	37 761 589 91,1	2 3
107 261 1,0	128 101 1,2	41 244 1,2	36 907 1,0	27 477 1,1	33 295 1,4	67 844 1,2	70 981 1,3	82 213 1,2	97 596 1,5	9 832 1,3	13 039 1,8	470 109 1,2	457 810 1,2	4 5
76 984 0,7	71 169 0,6	27 273 0,8	23 647 0,7	19 693 0,8	26 146 1,1	46 836 0,9	54 852 1,0	51 144 0,8	62 426 0,9	7 471 1,0	10 998 1,5	343 253 0,9	301 839 0,8	6 7
10 959 285 99,0	10 877 706 98,8	3 544 031 98,8	3 485 576 99,0	2 421 469 98,9	2 370 712 98,6	5 384 526 98,8	5 306 004 98,7	6 682 626 98,8	6 528 620 98,5	743 954 98,7	727 871 98,2	37 695 644 98,8	37 303 779 98,8	8 9
10 989 562 99,3	10 934 638 99,4	3 558 002 99,2	3 498 836 99,3	2 429 253 99,2	2 377 861 98,9	5 405 534 99,1	5 322 133 99,0	6 713 695 99,2	6 563 790 99,1	746 315 99,0	729 912 98,5	37 822 500 99,1	37 459 750 99,2	10 11
5 251 009 47,9	5 743 844 52,8	1 660 580 46,9	1 856 417 53,3	1 026 588 42,4	1 128 019 47,6	2 060 398 38,3	2 268 696 42,8	2 249 609 33,7	2 572 250 39,4	347 668 46,7	367 397 50,5	16 471 321 43,7	18 228 239 48,9	12 13
5 153 959 46,9	5 509 886 50,4	1 626 365 45,7	1 697 322 48,5	1 013 574 41,7	1 067 953 44,9	1 980 313 36,6	2 069 169 38,9	2 201 692 32,8	2 483 136 37,8	344 187 46,1	349 801 47,9	16 099 019 42,6	17 175 169 45,8	14 15
4 907 990 44,8	4 517 830 41,5	1 597 948 45,1	1 411 018 40,5	1 214 976 50,2	1 105 288 46,6	2 887 782 53,6	2 679 772 50,5	—	—	345 938 46,5	320 287 44,0	14 423 157 38,3	13 304 813 35,7	16 17
4 892 278 44,5	4 484 657 41,0	1 593 695 44,8	1 409 771 40,3	1 211 208 49,9	1 090 339 45,9	2 882 365 53,3	2 648 810 49,8	—	—	344 850 46,2	316 955 43,4	14 367 302 38,0	13 190 837 35,2	18 19
—	—	—	—	—	—	—	—	4 008 514 60,0	3 620 625 55,5	—	—	4 008 514 10,6	3 620 625 9,7	20 21
—	—	—	—	—	—	—	—	4 027 499 60,0	3 615 183 55,1	—	—	4 027 499 10,6	3 615 183 9,7	22 23
703 914 6,4	530 974 4,9	244 232 6,9	183 553 5,3	157 468 6,5	113 062 4,8	375 122 7,0	296 286 5,6	353 354 5,3	260 019 4,0	41 883 5,6	29 311 4,0	2 417 683 6,4	1 790 518 4,8	24 25
860 331 7,8	856 963 7,8	300 864 8,5	355 558 10,2	183 575 7,6	193 499 8,1	489 661 9,1	544 832 10,2	419 335 6,2	399 554 6,1	49 299 6,6	51 762 7,1	2 995 085 7,9	3 129 982 8,4	26 27
96 372 0,9	85 058 0,8	41 271 1,2	34 588 1,0	22 437 0,9	24 343 1,0	61 224 1,1	61 250 1,2	71 149 1,1	75 726 1,2	8 465 1,2	10 876 1,5	374 969 1,0	358 589 1,0	28 29
82 994 0,8	83 132 0,8	37 078 1,0	36 185 1,0	20 896 0,9	26 070 1,1	53 195 1,0	59 322 1,1	65 169 1,0	65 917 1,0	7 979 1,1	11 394 1,6	333 595 0,9	348 579 0,9	30 31
1 299 0,0	—	—	—	127 0,0	—	8 746 0,2	—	6 571 0,1	—	423 0,1	—	19 490 0,1	—	32 33
4 928 0,0	—	2 113 0,1	—	—	—	7 509 0,1	—	5 242 0,1	—	491 0,1	—	22 202 0,1	—	34 35
2 015 0,0	—	416 0,0	—	118 0,0	—	—	—	—	—	—	—	2 636 0,0	—	36 37
1 786 0,0	—	619 0,0	—	—	—	—	—	1 777 0,0	—	183 0,0	—	4 723 0,0	—	38 39
—	—	—	—	—	—	—	—	4 876 0,1	—	—	—	4 876 0,0	—	40 41
—	—	—	—	—	—	—	—	6 720 0,1	—	—	—	6 720 0,0	—	42 43
56 610 0,5	49 611 0,5	22 157 0,6	16 925 0,5	9 525 0,4	9 227 0,4	19 147 0,4	16 807 0,3	21 452 0,3	19 890 0,3	4 499 0,6	5 665 0,8	170 855 0,5	146 258 0,4	44 45
38 176 0,3	37 600 0,3	15 732 0,4	13 214 0,4	6 627 0,3	7 749 0,3	12 524 0,2	13 289 0,2	13 511 0,2	13 607 0,2	4 054 0,5	5 158 0,7	118 581 0,3	113 891 0,3	46 47
1 019 0,0	—	452 0,0	—	236 0,0	—	163 0,0	—	446 0,0	—	—	—	3 177 0,0	—	48 49
1 428 0,0	—	731 0,0	—	811 0,0	—	978 0,0	—	1 283 0,0	—	—	—	6 811 0,0	—	50 51
—	1 750 0,0	—	334 0,0	—	—	—	603 0,0	—	2 621 0,0	—	—	—	7 581 0,0	52 53
—	5 218 0,0	—	3 204 0,1	—	—	—	5 453 0,1	—	5 170 0,1	—	587 0,1	—	24 057 0,1	54 55
—	510 0,0	—	—	—	—	—	278 0,0	—	420 0,0	—	—	—	1 864 0,0	56 57
—	2 686 0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 166 0,0	58 59
112 0,0	—	—	—	—	—	166 0,0	—	707 0,0	—	—	—	985 0,0	—	60 61
—	—	—	—	—	—	—	—	2 940 0,0	—	—	—	2 940 0,0	—	62 63
143 0,0	—	134 0,0	—	—	—	1 100 0,0	—	104 0,0	—	—	—	2 037 0,0	—	64 65
1 770 0,0	—	—	—	—	—	2 050 0,0	—	—	—	—	—	4 759 0,0	—	66 67
2 426 0,0	—	822 0,0	—	261 0,0	—	772 0,0	—	2 376 0,0	—	—	—	8 822 0,0	—	68 69
6 179 0,1	—	2 568 0,0	—	1 618 0,1	—	2 881 0,1	—	4 611 0,1	—	—	—	22 714 0,1	—	70 71
3 038 0,0	—	3 908 0,1	—	994 0,0	—	4 626 0,1	—	—	—	—	—	21 414 0,1	—	72 73
3 903 0,0	—	3 327 0,1	—	1 046 0,0	—	3 842 0,1	—	—	—	—	—	20 018 0,1	—	74 75
27 243 0,2	33 187 0,3	12 797 0,4	17 329 0,5	11 176 0,5	14 816 0,6	25 201 0,5	36 134 0,7	34 617 0,5	51 026 0,8	3 543 0,5	5 211 0,7	136 028 0,4	194 389 0,5	76 77
23 358 0,2	37 628 0,3	11 988 0,3	19 767 0,6	10 794 0,4	18 321 0,8	23 411 0,4	40 580 0,8	29 085 0,4	47 140 0,7	3 251 0,4	5 649 0,8	122 661 0,3	207 465 0,6	78 79
227 0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227 0,0	—	80 81
499 0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	499 0,0	—	82 83
765 0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	765 0,0	—	84 85
217 0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	217 0,0	—	86 87
701 0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	701 0,0	—	88 89
1 524 0,0	—	585 0,0	—	—	300 0,0	1 303 0,0	7 428 0,1	—	1 769 0,0	—	—	3 706 0,0	9 497 0,0	90 91

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berechtigte	Wähler	Stimmen 2)				Von den gültigen Stimmen 2) entfielen auf							
			ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU 3)		F.D.P.		Sonstige 4)	
			Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig - Holstein														
20. 4 1947 L	1 594 794	1 113 005	69,8	39 801	3,6	1 073 204	469 994	43,8	365 534	34,1	53 359	4,97	184 317	17,2
14. 8. 1949 B	1 731 022	1 431 020	82,7	33 349	2,3	1 397 671	413 257	29,6	428 956	30,7	103 492	7,4	451 966	32,3
9. 7. 1950 L	1 715 604 5)	1 341 780	78,2	30 738	2,3	1 311 042	360 233	27,5	258 961	19,8	92 466	7,1	599 382	45,7
6. 9. 1953 B	1 573 480	1 391 768	88,5	39 706	2,9	1 352 062	357 798	26,5	636 570	47,1	61 486	4,5	296 208	21,9
12. 9. 1954 L	1 548 832 5)	1 217 519	78,6	23 231	1,9	1 194 288	396 073	33,2	384 875	32,2	89 415	7,5	323 925	27,1
15. 9. 1957 B	1 548 961	1 367 225	88,3	55 180	4,0	1 312 045	404 595	30,8	631 147	48,1	73 656	5,6	202 647	15,4
28. 9. 1958 L	1 567 411	1 233 578	78,7	16 563	1,3	1 217 015	436 966	35,9	540 774	44,4	65 140	5,4	174 135	14,3
17. 9. 1961 B	1 626 141	1 431 704	88,0	68 338	4,8	1 363 366	495 728	36,4	569 216	41,8	188 619	13,8	109 803	8,1
23. 9. 1962 L	1 653 858	1 160 115	70,1	14 119	1,2	1 145 996	449 470	39,2	516 073	45,0	90 310	7,9	90 143	7,9
19. 9. 1965 B	1 687 266	1 448 994	85,9	32 252	2,2	1 416 742	549 901	38,8	682 626	48,2	132 761	9,4	51 454	3,6
23. 4. 1967 L	1 682 328	1 246 003	74,1	12 895	1,0	1 233 108	486 274	39,4	566 950	46,0	72 589	5,9	107 295	8,7
28. 9. 1969 B	1 711 511	1 471 900	86,0	17 060	1,2	1 454 840	633 537	43,5	671 822	46,2	75 871	5,2	73 610	5,1
25. 4. 1971 L	1 807 818	1 431 760	79,2	10 726	0,7	1 421 034	582 420	41,0	737 120	51,9	54 099	3,8	47 395	3,3
19. 11. 1972 B	1 839 177	1 665 020	90,5	10 864	0,7	1 654 156	804 446	48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8
13. 4. 1975 L	1 840 596	1 514 646	82,3	9 963	0,7	1 504 683	603 360	40,1	758 227	50,4	107 042	7,1	36 054	2,4
3. 10. 1976 B	1 864 033	1 687 951	90,6	7 865	0,5	1 680 086	779 599	46,4	740 927	44,1	147 622	8,8	11 938	0,7
Hamburg														
13. 10. 1946 L 6)	968 454	765 008	79,0	29 415	3,8	2 807 805 7)	1 210 010	43,1	749 153	26,7	509 632	18,2	339 010	12,1
14. 8. 1949 B	1 141 214	926 435	81,2	20 991	2,3	905 444	358 873	39,6	178 786	19,7	143 371	15,8	224 414	24,8
16. 10. 1949 L 6)	1 151 566	811 778	70,5	22 538	2,8	789 240	337 697	42,8	—	—	—	—	451 543 8)	57,2 8)
6. 9. 1953 B	1 241 880	1 085 279	87,4	25 296	2,3	1 059 983	403 410	38,1	389 335	36,7	108 722	10,3	158 516	15,0
1. 11. 1953 L 6)	1 261 352	1 020 220	80,9	12 148	1,2	1 008 072	455 402	45,2	—	—	—	—	552 670 9)	54,8 9)
15. 9. 1957 B	1 328 657	1 185 178	89,2	30 919	2,6	1 154 259	528 645	45,8	432 262	37,4	108 451	9,4	84 901	7,4
10. 11. 1957 L 6)	1 346 260	1 040 584	77,3	14 060	1,4	1 026 524	553 390	53,9	330 991	32,2	88 201	8,6	53 942	5,3
17. 9. 1961 B	1 386 411	1 227 787	88,6	34 050	2,8	1 193 737	560 038	46,9	380 613	31,9	187 255	15,7	65 831	5,5
12. 11. 1961 L 6)	1 384 546	1 000 784	72,3	11 971	1,2	988 813	567 793	57,4	287 619	29,1	95 061	9,6	38 340	3,9
19. 9. 1965 B	1 392 994	1 202 934	86,4	15 855	1,3	1 187 079	572 859	48,3	446 133	37,6	112 047	9,4	56 040	4,7
27. 3. 1966 L 6)	1 375 491	959 816	69,8	12 014	1,3	947 802	558 754	59,0	284 501	30,0	64 837	6,8	39 710	4,2
28. 9. 1969 B	1 341 494	1 174 981	87,6	8 172	0,7	1 166 809	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3	59 306	5,1
22. 3. 1970 L 6)	1 382 265	1 014 622	73,4	11 518	1,1	1 003 104	554 455	55,3	329 337	32,8	70 875	7,1	48 437	4,8
19. 11. 1972 B	1 348 617	1 242 832	92,2	5 767	0,5	1 237 065	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0
3. 3. 1974 L 6)	1 313 889	1 056 358	80,4	11 608	1,1	1 044 750	469 656	44,9	423 912	40,6	113 930	10,9	37 252	3,6
3. 10. 1976 B	1 287 473	1 173 082	91,1	4 995	0,4	1 168 087	614 284	52,6	418 994	35,9	118 969	10,2	15 840	1,4
Niedersachsen														
20. 4. 1947 L	3 956 675	2 576 366	65,1	116 887	4,5	2 459 479	1 066 380	43,4	489 322	19,9	215 805	8,8	687 972	28,0
14. 8. 1949 B	4 425 610	3 439 964	77,7	73 999	2,2	3 365 965	1 125 295	33,4	593 691	17,6	252 141	7,5	1 394 838	41,4
6. 5. 1951 L	4 475 688	3 393 371	75,8	62 931	1,9	3 330 440	1 123 199	33,7	—	—	278 088	8,3	1 929 153 10)	57,9 10)
6. 9. 1953 B	4 388 818	3 894 742	88,7	114 146	2,9	3 780 596	1 136 522	30,1	1 330 982	35,2	260 894	6,9	1 052 198	27,8
24. 4. 1955 L	4 400 635	3 410 330	77,5	52 552	1,5	3 357 778	1 181 963	35,2	894 018	26,6	264 841	7,9	1 016 956	30,3
15. 9. 1957 B	4 438 885	3 950 248	89,0	123 835	3,1	3 826 413	1 255 204	32,8	1 495 343	39,1	226 463	5,9	849 403	22,2
19. 4. 1959 L	4 477 897	3 493 904	78,0	56 508	1,6	3 437 396	1 356 485	39,5	1 058 687	30,8	179 522	5,2	842 702	24,5
17. 9. 1961 B	4 613 112	4 083 490	88,5	140 535	3,4	3 942 955	1 526 824	38,7	1 536 956	39,0	519 139	13,2	360 036	9,1
19. 5. 1963 L	4 701 245	3 617 369	76,9	35 125	1,0	3 582 244	1 608 927	44,9	1 351 449	37,7	316 552	8,8	305 316	8,5
19. 9. 1965 B	4 748 325	4 145 849	87,3	93 108	2,2	4 052 741	1 614 540	39,8	1 855 124	45,8	440 860	10,9	142 217	3,5
4. 6. 1967 L	4 760 327	3 608 656	75,8	37 098	1,0	3 571 558	1 538 776	43,1	1 491 092	41,7	245 318	6,9	296 372	8,3
28. 9. 1969 B	4 760 938	4 164 690	87,5	59 060	1,4	4 105 630	1 797 376	43,8	1 854 514	45,2	230 471	5,6	223 269	5,4
14. 6. 1970 L	5 085 443	3 902 003	76,7	26 175	0,7	3 875 828	1 792 943	46,3	1 771 698	45,7	169 457	4,4	141 730	3,7
19. 11. 1972 B	5 126 515	4 684 898	91,4	32 424	0,7	4 652 474	2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7
9. 6. 1974 L	5 129 254	4 331 273 11)	84,4	33 580 11)	0,8	4 297 693 11)	1 852 797 11)	43,1	2 098 096 11)	48,8	302 165 11)	7,0	4 635 11)	1,0
3. 10. 1976 B	5 205 680	4 757 376	91,4	98 398	2,1	4 658 978	2 129 502	45,7	2 129 143	45,7	369 526	7,9	30 807	0,7
Bremen														
13. 10. 1946 L 12)	243 410	—	—	—	—	664 330 13)	316 457	47,6	125 307	18,9	121 279 14)	18,3	101 287	15,2
12. 10. 1947 L 12)	338 011	229 245	67,8	10 387	4,5	218 858	91 235	41,7	48 118	22,0	42 539 14)	19,4	36 966	16,9
14. 8. 1949 B	379 839	310 980	81,9	7 115	2,3	303 865	104 509	34,4	51 290	16,9	39 228 14)	12,9	108 838	35,8
7. 10. 1951 L 12)	407 712	338 810	83,3	6 310	1,9	333 500	130 471	39,1	30 172	9,0	39 432	11,8	133 425	40,0
6. 9. 1953 B	420 958	367 920	87,4	11 720	3,2	356 200	138 846	39,0	88 456	24,8	26 777	7,5	102 121	28,7
9. 10. 1955 L 12)	440 100	369 521	84,0	4 815	1,3	364 706	174 127	47,7	65 749	18,0	31 486	8,6	93 344	25,6
15. 9. 1957 B	467 250	414 498	88,7	15 898	3,8	398 600	184 003	46,2	121 264	30,4	23 311	5,8	70 022	17,6
11. 10. 1959 L 12)	490 842	388 949	79,2	4 778	1,2	384 171	210 808	54,9	56 849	14,8	27 450	7,1	89 064	23,2
17. 9. 1961 B	507 760	447 936	88,2	19 695	4,4	428 241	212 734	49,7	115 493	27,0	64 955	15,2	35 059	8,2
29. 9. 1963 L 12)	524 703	399 265	76,1	3 900	1,0	395 365	216 347	54,7	114 222	28,9	33 036	8,4	31 760	8,0
19. 9. 1965 B	525 730	452 799	86,1	8 582	1,9	444 217	215 487	48,5	150 889	34,0	51 894	11,7	25 947	5,8
1. 10. 1967 L 12)	533 674	411 120	77,0	5 219	1,3	405 901	186 795	46,0	119 647	29,5	42 731	10,5	56 728	14,0
28. 9. 1969 B	524 110	452 373	86,3	5 013	1,1	447 360	232							

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berechtigte	Wähler	Stimmen <sup>2)</sup>				Von den gültigen Stimmen <sup>2)</sup> entfielen auf							
			ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU <sup>3)</sup>		F.D.P.		Sonstige <sup>4)</sup>	
			Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nordrhein - Westfalen														
20. 4. 1947 L	7 860 608	5 290 598	67,3	261 706	4,9	5 028 892	1 607 487	32,0	1 889 581	37,6	298 995	5,9	1 232 829	24,5
14. 8. 1949 B	8 681 794	6 909 719	79,6	183 176	2,7	6 726 543	2 109 172	31,4	2 481 523	36,9	581 456	8,6	1 554 392	23,1
18. 6. 1950 L	8 892 305	6 433 003	72,3	231 886	3,6	6 201 117	2 005 312	32,3	2 286 644	36,9	748 926	12,1	1 160 235	18,7
6. 9. 1953 B	9 599 109	8 250 961	86,0	242 532	2,9	8 008 429	2 553 014	31,9	3 915 320	48,9	682 902	8,5	857 193	10,7
27. 6. 1954 L	9 730 078	7 068 392	72,6	145 323	2,1	6 923 069	2 387 718	34,5	2 855 988	41,3	793 736	11,5	885 627	12,8
15. 9. 1957 B	10 407 006	9 158 928	88,0	303 657	3,3	8 855 271	2 965 616	33,5	4 813 996	54,4	554 781	6,3	520 878	5,9
6. 7. 1958 L	10 507 956	8 046 198	76,6	98 020	1,2	7 948 178	3 115 738	39,2	4 011 419	50,5	566 258	7,1	254 763	3,2
17. 9. 1961 B	11 085 775	9 799 429	88,4	281 183	2,9	9 518 246	3 549 359	37,3	4 530 553	47,6	1 118 460	11,8	319 874	3,4
8. 7. 1962 L	11 156 285	8 188 988	73,4	106 421	1,3	8 082 567	3 497 179	43,3	3 752 116	46,4	553 426	6,8	279 846	3,5
19. 9. 1965 B	11 322 627	9 920 068	87,6	168 836	1,7	9 751 232	4 149 910	42,6	4 593 281	47,1	739 954	7,6	268 087	2,7
10. 7. 1966 L	11 292 041	8 641 646	76,5	99 153	1,1	8 542 493	4 226 604	49,5	3 653 184	42,8	633 765	7,4	28 940	0,3
28. 9. 1969 B	11 259 648	9 827 911	87,3	140 798	1,4	9 687 113	4 534 471	46,8	4 222 914	43,6	526 861	5,4	402 867	4,2
14. 6. 1970 L	11 890 609	8 739 940	73,5	62 113	0,7	8 677 827	3 996 808	46,1	4 020 186	46,3	478 420	5,5	182 413	2,1
19. 11. 1972 B	11 992 806	11 005 807	91,8	71 169	0,6	10 934 638	5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8
4. 5. 1975 L	12 035 289	10 358 108	86,1	95 903	0,9	10 262 205	4 630 995	45,1	4 828 554	47,1	689 623	6,7	113 033	1,1
3. 10. 1976 B	12 118 533	11 066 546	91,3	76 984	0,7	10 989 562	5 153 959	46,9	4 892 278	44,5	860 331	7,8	82 994	0,8
Hessen														
1. 12. 1946 L	2 380 109	1 741 416	73,2	132 028	7,6	1 609 388	687 431	42,7	498 158	31,0	252 207 <sup>5)</sup>	15,7	171 592	10,7
14. 8. 1949 B	2 906 239	2 247 390	77,3	119 112	5,3	2 128 278	684 042	32,1	454 437	21,4	597 081	28,1	392 718	18,5
19. 11. 1950 L	2 985 021	1 936 762	64,9	85 675	4,4	1 851 087	821 268	44,4	348 148	18,8	588 739	31,8	92 932	5,0
6. 9. 1953 B	3 081 783	2 672 103	86,7	115 151	4,3	2 556 952	862 701	33,7	849 125	33,2	502 548	19,7	342 578	13,4
28. 11. 1954 L	3 105 125	2 559 409	82,4	58 136	2,3	2 501 273	1 065 733	42,6	603 691	24,1	513 421	20,5	318 428	12,7
15. 9. 1957 B	3 214 856	2 863 092	89,1	135 829	4,7	2 727 263	1 037 166	38,0	1 116 494	40,9	232 872	8,5	340 731	12,5
23. 11. 1958 L	3 257 513	2 680 548	82,3	46 691	1,7	2 633 857	1 235 361	46,9	843 041	32,0	250 310	9,5	305 145	11,6
11. 9. 1961 B	3 395 285	3 028 241	89,2	149 552	4,9	2 878 689	1 233 312	42,8	1 003 279	34,9	438 726	15,2	203 372	7,1
11. 11. 1962 L	3 451 314	2 681 995	77,7	45 192	1,7	2 636 803	1 340 625	50,8	760 435	28,8	301 783	11,4	233 960	8,9
19. 9. 1965 B	3 516 041	3 073 037	87,4	84 585	2,8	2 988 452	1 366 010	45,7	1 130 871	37,8	359 419	12,0	132 152	4,4
6. 11. 1966 L	3 543 079	2 868 446	81,0	40 813	1,4	2 827 633	1 442 230	51,0	745 409	26,4	293 994	10,4	346 000	12,2
28. 9. 1969 B	3 573 336	3 151 868	88,2	53 835	1,7	3 098 033	1 492 916	48,2	1 190 642	38,4	208 325	6,7	206 150	6,7
8. 11. 1970 L	3 828 701	3 171 227	82,8	29 411	0,9	3 141 816	1 442 201	45,9	1 248 453	39,7	316 270	10,1	134 892	4,3
19. 11. 1972 B	3 841 104	3 522 483	91,7	23 647	0,7	3 498 836	1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0
27. 10. 1974 L	3 850 223	3 264 209	84,8	33 789	1,0	3 230 420	1 394 123	43,2	1 528 793	47,3	238 726	7,4	68 778	2,1
3. 10. 1976 B	3 899 454	3 585 275	91,9	27 273	0,8	3 558 002	1 626 365	45,7	1 593 695	44,8	300 864	8,5	37 078	1,0
Rheinland - Pfalz														
18. 5. 1947 L	1 666 547	1 298 567	77,9	137 515	10,6	1 161 052	398 594	34,3	547 875	47,2	113 844	9,8	100 739	8,7
14. 8. 1949 B	1 900 797	1 513 756	79,6	82 200	5,4	1 431 556	408 905	28,6	702 125	49,0	226 625	15,8	93 901	6,6
29. 4. 1951 L	2 021 104	1 512 643	74,8	75 393	5,0	1 437 250	488 374	34,0	563 274	39,2	240 071	16,7	145 531	10,1
6. 9. 1953 B	2 143 337	1 842 707	86,0	67 344	3,7	1 775 363	482 686	27,2	924 932	52,1	214 805	12,1	152 940	8,6
15. 5. 1955 L	2 151 228	1 634 750	76,0	50 921	3,1	1 583 829	501 751	31,7	741 384	46,8	201 847	12,7	138 847	8,8
15. 9. 1957 B	2 237 023	1 976 225	88,3	77 220	3,9	1 899 005	578 203	30,4	1 019 709	53,7	185 288	9,8	115 805	6,1
4. 4. 1959 L	2 266 778	1 749 227	77,2	36 873	2,1	1 712 354	596 984	34,9	829 236	48,4	165 937	9,7	120 197	7,0
17. 9. 1961 B	2 348 108	2 069 927	88,2	99 994	4,8	1 968 933	659 830	33,5	964 270	48,9	259 578	13,2	86 255	4,4
31. 3. 1963 L	2 363 313	1 784 261	75,5	31 775	1,8	1 752 486	713 469	40,7	777 838	44,4	177 377	10,1	83 802	4,8
9. 9. 1965 B	2 403 771	2 114 311	88,0	58 581	2,8	2 055 730	754 175	36,7	1 013 573	49,3	209 028	10,2	78 954	3,8
23. 4. 1967 L	2 387 307	1 872 966	78,5	29 007	1,5	1 843 959	679 177	36,8	861 142	46,7	153 089	8,3	150 551	8,2
28. 9. 1969 B	2 410 176	2 097 308	87,0	41 208	2,0	2 056 100	825 379	40,1	982 640	47,8	128 650	6,3	119 431	5,8
21. 3. 1971 L	2 584 585	2 052 908	79,4	26 536	1,3	2 026 372	821 350	40,5	1 012 847	50,0	120 444	5,9	71 731	3,5
18. 11. 1972 B	2 623 680	2 404 007	91,6	26 146	1,1	2 377 861	1 067 953	44,9	1 090 339	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1
9. 3. 1975 L	2 648 336	2 141 144	80,8	20 663	1,0	2 120 481	817 018	38,5	1 143 360	53,9	118 762	5,6	41 341	1,9
3. 10. 1976 B	2 676 890	2 448 946	91,5	19 693	0,8	2 429 253	1 013 574	41,7	1 211 208	49,9	183 575	7,6	20 896	0,9
Baden - Württemberg														
24. 11. 1946 L <sup>6)</sup>	1 875 074	1 344 602	71,7	74 838	5,6	1 269 764	404 716	31,9	487 085	38,4	247 710 <sup>7)</sup>	19,5	130 253	10,3
18. 5. 1947 L <sup>8)</sup>	694 953	471 389	67,8	43 565	9,2	427 824	95 829	22,4	239 312 <sup>9)</sup>	55,9	60 980 <sup>10)</sup>	14,3	31 703	7,4
18. 5. 1947 L <sup>11)</sup>	615 812	408 956	66,4	30 623	7,5	378 333	78 707	20,8	205 037	54,2	67 018 <sup>7)</sup>	17,7	27 571	7,3
19. 11. 1950 L <sup>6)</sup>	2 563 402	1 476 865	57,6	34 807	2,4	1 442 058	476 262	33,0	379 487	26,3	303 510 <sup>12)</sup>	21,1	282 799	19,6
14. 8. 1949 B	4 056 930	2 864 774	70,6	119 321	4,2	2 745 453	655 506	23,9	1 087 828	39,6	482 381 <sup>12)</sup>	17,6	519 738	18,9
9. 3. 1952 L <sup>13)</sup>	4 382 117	2 789 872	63,7	59 052	2,1	2 730 820	765 032	28,0	982 727	36,0	491 711 <sup>12)</sup>	18,0	491 350	18,0
6. 9. 1953 B	4 536 755	3 710 253	81,8	122 122	3,3	3 588 131	825 704	23,0	1 881 874	52,4	455 535 <sup>12)</sup>	12,7	425 018	11,8
4. 3. 1956 L	4 738 390	3 328 860	70,3	62 691	1,9	3 266 169	942 732	28,9	1 392 635	42,6	541 221 <sup>12)</sup>	16,6	389 581	11,9
15. 9. 1957 B	4 857 815	4 097 575	84,4	189 735	4,6	3 907 840	1 009 019	25,8	2 061 701	52,8	561 538 <sup>12)</sup>	14,4	275 582	7,1
15. 5. 1960 L <sup>14)</sup>	5 136 768	3 028 248	59,0	79 688	2,6	2 948 560	1 040 911	35,3	1 163 352	39,5	466 908 <sup>12)</sup>	15,8	277 389	

10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

10.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berechtigte	Wähler	Stimmen <sup>2)</sup>				Von den gültigen Stimmen <sup>2)</sup> entfielen auf							
			ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU <sup>3)</sup>		F.D.P.		Sonstige <sup>4)</sup>	
			Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bayern														
1. 12. 1946 L	4 210 636	3 189 552	75,7	141 215	4,4	3 048 337	871 760	28,6	1 593 908	52,3	172 242	5,7	410 427	13,5
14. 8. 1949 B	5 984 175	4 851 576	81,1	123 953	2,6	4 727 623	1 075 416	22,7	1 380 448	29,2	404 145	8,5	1 867 614	39,5
26. 11. 1950 L <sup>5)</sup>	6 026 641	4 813 528	79,9	383 851	4,0	9 237 840	2 588 549	28,0	2 527 370	27,4	653 741	7,1	3 468 180	37,5
6. 9. 1953 B	6 134 820	5 263 817	85,8	190 261	3,6	5 073 556	1 184 262	23,3	2 427 387	47,8	315 494	6,2	1 146 413	22,6
28. 11. 1954 L <sup>6)</sup>	6 102 799	5 030 235	82,4	325 782	3,2	9 724 178	2 733 946	28,1	3 691 954	38,0	703 924	7,2	2 594 354	26,7
15. 9. 1957 B	6 240 499	5 470 347	87,7	196 706	3,6	5 273 641	1 394 811	26,4	3 015 892	57,2	240 695	4,6	622 243	11,8
23. 11. 1958 L <sup>5)</sup>	6 254 214	4 787 763	76,6	353 397	3,7	9 203 820	2 839 300	30,8	4 192 904	45,6	512 344	5,6	1 659 272	18,0
17. 9. 1961 B	6 551 728	5 714 545	87,2	227 583	4,0	5 486 962	1 652 642	30,1	3 014 471	54,9	479 830	8,7	340 019	6,2
25. 11. 1962 L <sup>5)</sup>	6 599 417	5 051 684	76,5	285 545	2,8	9 816 377	3 465 168	35,3	4 663 528	47,5	577 836	5,9	1 109 845	11,3
19. 9. 1965 B	6 752 276	5 803 004	85,9	161 513	2,8	5 641 491	1 869 467	33,1	3 136 506	55,6	413 744	7,3	221 774	3,9
20. 11. 1966 L <sup>5)</sup>	6 717 225	5 416 375	80,6	290 604	2,7	10 540 680	3 748 973	35,8	5 074 342	48,1	539 131	5,1	1 158 234	11,0
28. 9. 1969 B	6 851 646	5 837 724	85,2	107 236	1,8	5 730 488	1 983 020	34,6	3 115 652	54,4	232 880	4,1	398 936	7,0
22. 11. 1970 L <sup>5)</sup>	7 253 205	5 765 850	79,5	287 247	2,5	11 243 107	3 742 760	33,3	6 344 599	56,4	624 560	5,6	531 188	4,7
19. 11. 1972 B	7 375 146	6 626 216	89,8	62 426	0,9	6 563 790	2 483 136	37,8	3 615 183	55,1	399 554	6,1	65 917	1,0
27. 10. 1974 L <sup>5)</sup>	7 415 892	5 765 145	77,7	249 858	2,2	11 278 586	3 409 126	30,2	7 001 551	62,1	586 533	5,2	281 376	2,5
3. 10. 1976 B	7 547 820	6 764 839	89,6	51 144	0,8	6 713 695	2 201 692	32,8	4 027 499	60,0	419 335	6,2	65 169	1,0
Saarland														
5. 10. 1947 L	520 822	498 625	95,7	49 060	9,8	449 565	147 292 <sup>6)</sup>	32,8	—	—	34 255 <sup>7)</sup>	7,6	268 018	59,6
30. 11. 1952 L	622 428	579 226	93,1	141 876	24,5	437 350	141 872 <sup>6)</sup>	32,4	—	—	—	—	295 478	67,6
18. 12. 1955 L	664 388	600 196	90,3	11 017	1,8	589 179	118 699 <sup>8)</sup>	20,1	153 320 <sup>3)</sup>	26,0	142 602 <sup>7)</sup>	24,2	174 558	29,6
15. 9. 1957 B	659 971	589 578	89,3	38 487	6,5	551 091	138 309	25,1	300 591 <sup>3)</sup>	54,5	100 080 <sup>9)</sup>	18,2	12 111	2,2
4. 12. 1960 L	718 963	568 560	79,1	35 728	6,3	532 832	159 698	30,0	195 060	36,6	73 718 <sup>9)</sup>	13,8	104 356	19,6
17. 9. 1961 B	714 512	626 817	87,7	47 208	7,5	579 609	194 003	33,5	284 255	49,0	74 893 <sup>9)</sup>	12,9	26 458	4,6
27. 6. 1965 L	746 532	610 836	81,8	15 880	2,6	594 956	241 954	40,7	254 143	42,7	49 524 <sup>9)</sup>	8,3	49 335	8,3
19. 9. 1965 B	736 239	656 496	89,2	25 965	4,0	630 531	250 797	39,8	295 257	46,8	54 119 <sup>9)</sup>	8,6	30 358	4,8
28. 9. 1969 B	734 096	653 882	89,1	18 997	2,9	634 885	253 485	39,9	292 986	46,1	42 254 <sup>9)</sup>	6,7	46 160	7,3
14. 6. 1970 L	787 049	653 669	83,1	9 766	1,5	643 903	262 492	40,8	308 107	47,8	28 167	4,4	45 137	7,0
19. 11. 1972 B	797 605	740 910	92,9	10 998	1,5	729 912	349 801	47,9	316 955	43,4	51 762	7,1	11 394	1,6
4. 5. 1975 L	803 669	714 039	88,8	7 801	1,1	706 238	295 406	41,8	347 094	49,1	52 100	7,4	11 638	1,6
3. 10. 1976 B	811 322	753 786	92,9	7 471	1,0	746 315	344 187	46,1	344 850	46,2	49 299	6,6	7 979	1,1
Bundesgebiet ohne Berlin <sup>10)</sup>														
14. 8. 1949 B	31 207 620	24 495 614	78,5	763 216	3,1	23 732 398	6 934 975	29,2	7 359 084 <sup>11)</sup>	31,0	2 829 920	11,9	6 608 419	27,8
6. 9. 1953 B	33 120 940	28 479 550	86,0	928 278	3,3	27 551 272	7 944 943	28,8	12 443 981 <sup>11)</sup>	45,2	2 629 163	9,5	4 533 185	16,5
15. 9. 1957 B	35 400 923	31 072 894	87,8	1 167 466	3,8	29 905 428	9 495 571	31,8	15 008 399 <sup>11)</sup>	50,2	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3
17. 9. 1961 B	37 440 715	32 849 624	87,7	1 298 723	4,0	31 550 901	11 427 355	36,2	14 298 372 <sup>11)</sup>	45,3	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7
19. 9. 1965 B	38 510 395	33 416 207	86,8	795 765	2,4	32 620 442	12 813 186	39,3	15 524 068 <sup>11)</sup>	47,6	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6
28. 9. 1969 B	38 677 235	33 523 064	86,7	557 040	1,7	32 966 024	14 065 716	42,7	15 195 187 <sup>11)</sup>	46,1	1 903 422	5,8	1 801 699	5,5
19. 11. 1972 B	41 446 302	37 761 589	91,1	301 839	0,8	37 459 750	17 175 169	45,8	16 806 020 <sup>11)</sup>	44,9	3 129 982	8,4	348 579	0,9
3. 10. 1976 B	42 058 015	38 165 753	90,7	343 253	0,9	37 822 500	16 099 019	42,6	18 394 801 <sup>11)</sup>	48,6	2 995 085	7,9	333 595	0,9
Berlin (West)														
20. 10. 1946 <sup>12)</sup>	1 453 016	1 327 585	91,4	24 614	1,9	1 302 971	674 209	51,7	316 205	24,3	133 433 <sup>13)</sup>	10,2	179 124	13,7
5. 12. 1948 <sup>12)</sup>	1 586 461	1 369 492	86,3	38 222	2,8	1 331 270	858 461	64,5	258 664	19,4	214 145 <sup>13)</sup>	16,1	—	—
3. 12. 1950 <sup>14)</sup>	1 664 221	1 504 580	90,4	40 110	2,7	1 464 470	654 211	44,7	361 050	24,7	337 589	23,1	111 620	7,6
5. 12. 1954 <sup>14)</sup>	1 694 896	1 555 511	91,8	19 618	1,3	1 535 893	684 906	44,6	467 117	30,4	197 204	12,8	186 666	12,2
7. 12. 1958 <sup>14)</sup>	1 757 842	1 632 540	92,9	16 032	1,0	1 616 508	850 127	52,6	609 097	37,7	61 119	3,8	96 165	5,9
17. 2. 1963 <sup>14)</sup>	1 748 588	1 572 027	89,9	17 060	1,1	1 554 967	962 197	61,9	448 459	28,8	123 382	7,9	20 929	1,3
12. 3. 1967 <sup>14)</sup>	1 718 435	1 481 674	86,2	22 630	1,5	1 459 044	829 694	56,9	479 945	32,9	103 973	7,1	45 432	3,1
14. 3. 1971 <sup>14)</sup>	1 652 916	1 469 633	88,9	20 680	1,4	1 448 953	730 240	50,4	553 422	38,2	122 310	8,4	42 981	3,0
2. 3. 1975 <sup>14) 15)</sup>	1 579 924	1 387 471	87,8	11 949	0,9	1 375 522	585 605	42,6	604 007	43,9	97 969	7,1	87 941	6,4

1) Wahlbeteiligung — 2) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1976 Zweitstimmen. — 3) CSU nur in Bayern, im Saarland CSU auch bei der Landtagswahl 1955 (3 795) und bei der Bundestagswahl 1957 (117 168) neben der CDU — 4) Einzelnachweise s. Übersicht 10.2. — 5) Die hohe Zahl der Stimmen hängt mit dem Wahlsystem zusammen, nach dem jeder Wähler mehrere Stimmen hatte. — 6) Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) — 7) Demokratische Partei Saar (DPS) — 8) Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Landesverband Saar (SPD) = 84 414, Sozialdemokratische Partei Saar (SPS = 34 285 — 9) Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar (F.D.P./DPS) — 10) 1949 und 1953 auch ohne Saarland — 11) 1949 davon: CDU 5 978 636 = 26,2 %, CSU 1 380 448 = 5,8 %, 1953 davon: CDU 10 016 594 = 36,4 %, CSU 2 427 387 = 8,8 %, 1957 davon: CDU 11 992 507 = 40,1 %, CSU 3 015 892 = 10,1 %, 1961 davon: CDU 11 283 901 = 35,8 %, CSU 3 014 471 = 9,8 %, 1965 davon: CDU 12 387 662 = 38,0 %, CSU 3 136 506 = 9,6 %, 1969 davon: CDU 12 079 535 = 36,6 %, CSU 3 115 652 = 9,5 %, 1972 davon: CDU 13 190 837 = 35,2 %, CSU 3 615 183 = 9,7 %, 1976 davon: CDU 14 367 302 = 38,0 %, CSU 4 027 499 = 10,6 %. — 12) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung — 13) Liberal Demokratische Partei (LDP) — 14) Wahl zum Abgeordnetenhaus — 15) Ergebnis nach Wiederholungswahl in den Wahlkreisen 2 und 3 des Wahlkreisverbandes Zehlendorf am 25. 1. 1976

Anmerkung: Bei der Bundestagswahl 1953 konnte mit Wahrschein im ganzen Bundesgebiet gewählt werden. Für eine genaue Berechnung der Wahlbeteiligung in den Ländern wurde daher die Zahl der Wahlberechtigten wie folgt „konstruiert“: Im Wahlverzeichnis eingetragene Personen abzüglich Wahrscheinhaber und derjenigen, bei denen das Wahlrecht ruht, zuzüglich Wahrscheinwähler. Für das Bundesgebiet betrug 1953 die „nichtkonstruierte“ Zahl der Wahlberechtigten (im Wahlverzeichnis eingetragene Personen abzüglich derjenigen, bei denen das Wahlrecht ruht) 33 202 287



## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
<b>Aktion Demokratischer Fortschritt - ADF</b>												
B 28. 9. 1969 . . . . .	6 381	13 653	17 183	6 535	64 824	22 137	11 651	21 927	25 431	7 609	197 331	—
<b>Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher - AUD</b>												
B 19. 9. 1965 . . . . .	2 887	1 423	5 460	699	11 428	4 755	2 636	11 470	11 238	641	52 637	—
L zw. B 1965 u. B 1969 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	11 030	—	—	11 030	15 507
L 14. 3. 1971 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 136
L zw. B 1972 u. B 1976 . . . . .	—	521	—	—	—	—	—	—	—	—	521	—
B 3. 10. 1976 . . . . .	1 088	831	—	—	4 928	2 113	—	7 509	5 242	491	22 202	—
<b>Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI - AVP</b>												
B 3. 10. 1976 . . . . .	241	—	—	117	1 786	619	—	—	1 777	183	4 723	—
<b>Bayerischer Rechtsblock - BRBl</b>												
L 28. 11. 1954 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	54 522	—	54 522	—
<b>Bayerische Staatspartei - BSP</b>												
L 27. 10. 1974 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	19 505	—	19 505	—
<b>Bayernpartei - BP</b>												
B 14. 8. 1949 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	986 478	—	986 478	—
L 26. 11. 1950 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1 657 713	—	1 657 713	—
B 6. 9. 1953 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	465 641	—	465 641	—
L 28. 11. 1954 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1 286 937	—	1 286 937	—
L 23. 11. 1958 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	742 424	—	742 424	—
L 25. 11. 1962 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	469 877	—	469 877	—
L 20. 11. 1966 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	361 172	—	361 172	—
B 28. 9. 1969 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	49 694	—	49 694	—
L 22. 11. 1970 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	147 381	—	147 381	—
L 27. 10. 1974 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	87 435	—	87 435	—
<b>Block der Vaterländischen Einigung - BVE</b>												
L 19. 11. 1950 . . . . .	—	—	—	—	—	765	—	—	—	—	765	—
<b>Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit - BdD</b>												
L zw. B 1953 u. B 1957 . . . . .	10 009	—	8 600	3 988	19 515	12 047	10 527	18 077	43 720	—	X	—
B 15. 9. 1957 . . . . .	2 527	4 950	6 812	1 254	9 890	6 086	4 788	9 320	10 675	2 423	58 725	—
L zw. B 1957 u. B 1961 . . . . .	6 037	3 469	4 947	1 337	176	—	6 613	15 333	—	—	X	—
<b>Bund Deutscher Kommunisten - BDK</b>												
L 27. 10. 1974 . . . . .	—	—	—	—	—	352	—	—	—	—	352	—
<b>Bund Freies Deutschland - BFD</b>												
L 2. 3. 1975 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46 691
<b>Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) - C.B.V.</b>												
B 3. 10. 1976 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	6 720	—	6 720	—
<b>Christliche Volkspartei - CVP</b>												
B 19. 9. 1965 . . . . .	—	—	—	—	10 830	—	—	—	—	9 002	19 832	—
<b>Christliche Volkspartei des Saarlandes - CVP, Saarländische Volkspartei - SVP, Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei - SVP/CVP</b>												
L 5. 10. 1947 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	230 082	230 082	—
L 30. 11. 1952 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	239 405	239 405	—
L 18. 12. 1955 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128 658	128 658	—
L 4. 12. 1960 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60 557 <sup>1)</sup>	60 557 <sup>1)</sup>	—
L 27. 6. 1965 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30 750 <sup>2)</sup>	30 750 <sup>2)</sup>	—
L 14. 6. 1970 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 773 <sup>2)</sup>	5 773 <sup>2)</sup>	—
<b>Christlich Nationale Gemeinschaft - CNG</b>												
L 4. 12. 1960 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 731	13 731	—
<b>Christlich - Sozialer Arbeiterbund - CSAB</b>												
L 18. 6. 1950 . . . . .	—	—	—	—	107	—	—	—	—	—	107	—
<b>Demokratische Linke - DL</b>												
L 28. 4. 1968 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	88 187	—	—	88 187	—
<b>Demokratische Volkspartei - DV</b>												
L 30. 11. 1952 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 669	14 669	—
<b>Der Deutsche Block</b>												
L 26. 11. 1950 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	82 038	—	82 038	—
<b>Deutsche Arbeiterpartei - DAP</b>												
L 29. 4. 1951 . . . . .	—	—	—	—	—	—	3 598	—	—	—	3 598	—

1) SVP — 2) SVP/CVP

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
<b>Deutsche Demokratische Union - DDU</b>												
L 18. 12. 1955	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 121	5 121	—
L 4. 12. 1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 743	26 743	—
L 27. 6. 1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 585	18 585	—
<b>Deutsche Friedens - Union - DFU</b>												
B 17. 9. 1961	17 951	43 442	50 380	12 639	188 442	65 989	29 867	95 137	87 388	18 683	609 918	—
L zw. B 1961 u. B 1965	13 758	28 511	19 749	10 607	164 333	64 956	23 585	49 191	84 879	—	X	—
B 19. 9. 1965	14 503	32 051	31 653	12 115	125 202	53 316	25 081	70 209	60 561	9 491	434 182	—
L zw. B 1965 u. B 1969	11 517	—	29 273	17 240	—	—	22 871	—	—	—	X	—
L 23. 4. 1972	—	—	—	—	—	—	—	587	—	—	587	—
L 4. 4. 1976	—	—	—	—	—	—	—	557	—	—	557	—
<b>Deutsche Gemeinschaft - DG</b>												
L zw. B 1949 u. B 1953	—	—	—	—	—	—	—	5 433	—	—	5 433	—
L zw. B 1953 u. B 1957	—	—	—	—	—	—	—	11 747	—	—	11 747	—
B 15. 9. 1957	—	—	3 320	—	—	—	2 194	6 102	4 991	883	17 490	—
L zw. B 1957 u. B 1961	—	485	2 775	—	220	1 093	2 453	5 326	31 919	—	X	—
B 17. 9. 1961	1 469	—	4 186	—	4 369	—	1 978	6 901	7 772	633	27 308	—
L zw. B 1961 u. B 1965	1 043	784	2 190	—	4 917	1 433	4 062	10 322	30 663	—	X	—
<b>Deutsche Gemeinschaft - Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - DG - BHE</b>												
L 19. 11. 1950 <sup>1)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	212 431	—	—	212 431	—
L 9. 3. 1952	—	—	—	—	—	—	—	84 026	—	—	84 026	—
<b>Deutsche Kommunistische Partei - DKP</b>												
L zw. B 1969 u. B 1972	5 278	17 228	15 076	13 828	76 964	36 712	17 849	21 973	40 255	17 344	X	—
B 19. 11. 1972	3 528	6 944	9 467	3 335	37 600	13 214	7 749	13 289	13 607	5 158	113 891	—
L zw. B 1972 u. 1976	5 926	23 185	16 753	9 233	54 777	28 699	11 101	18 762	45 890	6 864	X	—
B 3. 10. 1976	4 104	9 028	11 232	3 593	38 176	15 732	6 627	12 524	13 511	4 054	118 581	—
<b>Deutsche Konservative Partei - DKP, Deutsche Rechtspartei - DRP, Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei - DKP/DRP</b>												
L vor B 1949	32 848	9 625	7 245	—	24 879	—	—	—	—	—	X	—
B 14. 8. 1949	27 066	10 838	273 129 <sup>2)</sup>	—	117 998 <sup>3)</sup>	—	—	—	—	—	429 031	—
<b>Deutsche Mittelstandspartei - DMP</b>												
L nach B 1972	472	—	—	—	—	—	—	—	—	—	472	—
<b>Deutsche Partei - DP, Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) - DP, Deutsche Partei (Schleswig - Holstein - Block) - DP, Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen - DP, Deutsche Partei des Landes Bremen - DP</b>												
L vor B 1949	—	—	440 467	8 442	—	—	—	—	—	—	X	—
B 14. 8. 1949	169 240	118 583	597 542	54 569	—	—	—	—	—	—	939 934	—
L zw. B 1949 u. B 1953	125 697	104 728	—	49 007	106 351	—	—	—	—	—	X	53 810
B 6. 9. 1953 <sup>4)</sup>	54 170	62 123	449 203	60 464	80 034	70 704	19 731	56 268	43 431	—	896 128	—
L zw. B 1953 u. B 1957	—	—	415 183	60 557	1 898	29 309	—	—	—	—	X	75 321
B 15. 9. 1957	49 339	54 144	435 936	55 118	141 330	148 792	29 698	50 050	38 806	4 069	1 007 282	—
L zw. B 1957 u. B 1961	33 994 <sup>5)</sup>	42 285	424 524	55 647	125 696	93 260	—	47 410	34 437	—	X	53 912
L zw. B 1961 u. B 1965	—	—	97 764 <sup>6)</sup>	20 448 <sup>7)</sup>	—	—	—	—	—	—	X	—
L 1. 10. 1967	—	—	—	3 594	—	—	—	—	—	—	3 594	—
L 3. 3. 1974	—	877	—	—	—	—	—	—	—	—	877	—
<b>Deutsche Reichspartei - DRP</b>												
L zw. B 1949 u. B 1953	37 115	—	74 017	—	107 104	—	7 185	—	—	—	X	—
B 6. 9. 1953	12 794	17 101	132 057	10 552	—	—	45 073	—	78 162	—	295 739	—
L zw. B 1953 u. B 1957	17 318	7 466	126 692	—	—	—	—	—	—	—	X	—
B 15. 9. 1957	9 009	9 050	88 963	5 488	57 755	33 881	51 350	24 896	24 902	3 270	308 564	—
L zw. B 1957 u. B 1961	12 950	4 109	122 062	14 889	43 299	16 178	87 349	—	56 864	3 325	X	—
B 17. 9. 1961	12 114	10 541	63 251	4 922	43 932	18 418	44 644	31 052	28 699	5 404	262 977	—
L zw. B 1961 u. B 1965	—	9 045	52 785	—	—	—	56 155	—	—	—	X	—
<b>Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE - DG</b>												
L 26. 11. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	1 136 148	—	1 136 148	—
<b>Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien - UDM) - Mittelstand</b>												
B 15. 9. 1957	—	—	9 660	—	14 412	—	—	—	12 520	—	36 592	—
L 10. 11. 1957	—	3 594	—	—	—	—	—	—	—	—	3 594	—
<b>Deutsches Landvolk - DLV</b>												
L 15. 5. 1955	—	—	—	—	—	—	841	—	—	—	841	—
L 19. 4. 1959	—	—	—	—	—	—	529	—	—	—	529	—

1) Ehemaliges Bundesland Württemberg - Baden. — 2) DRP. — 3) DKP/DRP — 4) Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei). — 5) Deutsche Partei (Schleswig - Holstein - Block) — 6) Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen. — 7) Deutsche Partei des Landes Bremen.

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
<b>Deutsche Soziale Partei - DSP</b>												
L 6. 5. 1951 . . . . .	—	—	25 546	—	—	—	—	—	—	—	25 546	—
<b>Deutsche Volkspartei - DV, DVP</b>												
L zw. B 1957 u. B 1961 . . . . .	—	—	183	—	—	466	—	—	—	—	X	—
<b>Deutsche Zentrums- und Badische Zentrums- und Zentrums-Partei - DZP, Z, ZP, Zentrum</b>												
L vor B 1949 . . . . .	1 082	—	101 283	—	491 138	—	—	—	—	—	X	—
B 14. 8. 1949 . . . . .	12 606	—	113 464	—	601 435	—	—	—	—	—	727 505	—
L zw. B 1949 u. B 1953 . . . . .	—	—	110 473	—	466 497	—	29 816	23 356	—	—	X	—
B 6. 9. 1953 . . . . .	—	—	—	—	217 078	—	—	—	—	—	217 078	—
L zw. B 1953 u. B 1957 . . . . .	—	—	37 563	—	278 863	—	—	—	—	—	X	—
L zw. B 1957 u. B 1961 . . . . .	—	—	955	—	83 720	—	—	—	—	—	X	—
L 8. 7. 1962 . . . . .	—	—	—	—	75 291	—	—	—	—	—	75 291	—
L 10. 7. 1966 . . . . .	—	—	—	—	16 181	—	—	—	—	—	16 181	—
B 28. 9. 1969 . . . . .	—	—	—	—	15 114	—	—	—	—	819	15 933	—
L 14. 6. 1970 . . . . .	—	—	—	—	9 902	—	—	—	—	—	9 902	—
L 4. 5. 1975 . . . . .	—	—	—	—	10 487	—	—	—	—	—	10 487	—
<b>Deutsch - Hannoversche Partei - DHP</b>												
L 24. 4. 1955 . . . . .	—	—	10 823	—	—	—	—	—	—	—	10 823	—
<b>Deutsch - Soziale Union - DSU</b>												
L 6. 7. 1958 . . . . .	—	—	—	—	540	—	—	—	—	—	540	—
<b>Europäische Arbeiterpartei - EAP</b>												
L zw. B 1972 u. B 1976 . . . . .	—	—	—	—	311	—	—	191	—	—	X	—
B 3. 10. 1976 . . . . .	—	226	1 165	189	1 428	731	811	978	1 283	—	6 811	—
<b>Europäische Volksbewegung Deutschland - EVD</b>												
B 14. 8. 1949 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	26 162	—	—	26 162	—
<b>Europa Partei (Europäische Föderalistische Partei Deutschlands - EFP) - EP, Europäische Föderalistische Partei Bayerns (Bayerische Staatspartei - Europapartei) - EFP</b>												
B 19. 9. 1965 . . . . .	—	—	—	1 015	—	—	—	—	—	—	1 015	—
L 4. 6. 1967 . . . . .	—	—	2 101	—	—	—	—	—	—	—	2 101	—
B 28. 9. 1969 . . . . .	3 046	3 329	5 394	1 897	10 588	6 550	—	8 174	9 044	1 628	49 650	—
L zw. B 1969 u. B 1972 . . . . .	3 575	2 743	1 256	—	—	3 649	—	—	17 906	—	X	—
B 19. 11. 1972 . . . . .	1 010	910	2 187	318	5 218	3 204	—	5 453	5 170	587	24 057	—
L zw. B 1972 u. B 1976 . . . . .	—	866	—	—	—	—	—	29 850	—	—	X	—
<b>European Labour Committees - ELC</b>												
L 27. 10. 1974 . . . . .	—	—	—	—	23	—	—	—	—	—	23	—
<b>Föderalistische Union (Bayernpartei - Zentrum) - FU</b>												
B 15. 9. 1957 . . . . .	—	—	13 549	—	72 563	—	—	—	168 210	—	254 322	—
<b>Freie Deutsche Volkspartei - FDV</b>												
L 7. 12. 1958 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 681
<b>Freie Opposition</b>												
L 28. 11. 1954 . . . . .	—	—	—	—	416	—	—	—	—	—	416	—
<b>Freier Kulturpolitischer Bund - FKP</b>												
L 16. 10. 1949 . . . . .	—	353	—	—	—	—	—	—	—	—	353	—
<b>Freie Sozialistische Partei - FSP</b>												
L 11. 11. 1962 . . . . .	—	—	—	—	481	—	—	—	—	—	481	—
<b>Freisoziale Union - Demokratische Mitte - FSU</b>												
L 12. 10. 1947 . . . . .	—	—	—	2 410	—	—	—	—	—	—	2 410	—
L zw. B 1949 u. B 1953 . . . . .	—	—	—	4 262	—	—	—	—	—	—	4 262	4 157
L 5. 12. 1954 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 366
L 19. 5. 1963 . . . . .	—	—	243	—	—	—	—	—	—	—	243	—
B 19. 9. 1965 . . . . .	—	1 628	2 634	—	6 369	—	—	—	—	—	10 631	—
L zw. B 1965 u. B 1969 . . . . .	108	3 056	1 082	—	9 584	—	—	441	—	—	X	—
B 28. 9. 1969 . . . . .	—	1 510	2 688	450	6 735	—	—	2 534	2 454	—	16 371	—
L 22. 3. 1970 . . . . .	—	1 154	—	—	—	—	—	—	—	—	1 154	—
B 19. 11. 1972 . . . . .	—	480	—	—	2 686	—	—	—	—	—	3 166	—
L 3. 3. 1974 . . . . .	—	810	—	—	—	—	—	—	—	—	810	—
<b>5 % - BLOCK Partei - 5 % - BLOCK</b>												
B 3. 10. 1976 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	2 940	—	2 940	—
<b>Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland - G</b>												
L 23. 4. 1972 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	172	—	—	172	—
L 4. 4. 1976 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	178	—	—	178	—

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wahlgemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
<b>Gesamtdeutscher Block - GB/BHE, Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE) - GDP, Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE, Block der Heimatvertriebenen - BHE, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE</b>												
L zw. B 1949 u. B 1953	306 660	—	496 569	18 744	—	—	27 573	170 751	20 777	—	X	31 918
B 6 9 1953	157 100	26 133	406 971	11 604	213 951	163 499	26 210	193 532	417 953	—	1 616 953	—
L zw. B 1953 u. B 1957	167 320	—	370 407	10 570	320 676	192 390	28 271	204 335	990 109	—	X	39 236
B 15. 9. 1957	109 510	16 757	291 163	8 162	224 928	151 972	27 775	185 214	357 119	1 466	1 374 066	—
L zw. B 1957 u. B 1961	84 262	—	285 942	7 238	—	193 996	23 253	194 402	793 628	—	X	—
B 17. 9. 1961	52 820	11 848	242 219	17 498	83 131	118 965	9 766	116 611	216 160	1 738	870 756	—
L zw. B 1961 u. B 1965	48 459	—	132 446	705	34 526	167 090	—	65 759	498 809	—	X	—
L zw. B 1965 u. B 1969	—	—	—	—	—	121 326	—	—	15 249	—	X	—
B 28. 9 1969	1 271	—	9 732	—	4 325	18 758	—	2 830	8 485	—	45 401	—
<b>Gesamtdeutsche Volkspartei - GVP</b>												
B 6 9. 1953	6 015	12 881	23 876	5 616	117 538	44 438	20 836	55 616	31 659	—	318 475	—
L 4. 3 1956	—	—	—	—	—	—	—	50 618	—	—	50 618	—
<b>Gruppe Internationale Marxisten - GIM</b>												
B 3 10. 1976	—	939	—	—	1 770	—	—	2 050	—	—	4 759	—
<b>Hamburg Block (CDU, FDP, DP)</b>												
L 1. 11. 1953	—	504 084	—	—	—	—	—	—	—	—	504 084	—
<b>Hessische Bauern- und Landvolkpartei - HB u. LVP</b>												
L 19. 11 1950	—	—	—	—	—	1 219	—	—	—	—	1 219	—
<b>Königspartei</b>												
L 26. 11 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	71 089	—	71 089	—
<b>Kommunistische Partei Deutschlands - KPD <sup>1)</sup></b>												
L vor B 1949	50 398	291 701	138 977	19 290	702 410	171 592	100 739	130 253 <sup>2)</sup> 59 274 <sup>3)</sup> 70 368 <sup>4)</sup>	185 023	37 936	X	—
B 14. 8. 1949	43 744	76 747	104 132	20 530	513 225	142 539	89 026	175 911	195 852	—	1 361 706	—
L zw. B 1949 u. B 1953	28 319	58 134	61 364	21 244	338 862	87 878	62 483	119 604	177 768	41 404	X	—
B 6. 9. 1953	16 810	40 278	40 091	13 885	228 592	63 937	41 090	81 635	81 542	—	607 860	—
L zw. B 1953 u. 9. 10 1955	24 731	32 433	44 788	18 229	264 083	84 013	50 896	104 652	205 206	38 698	X	—
<b>Kommunistische Partei Deutschlands - KPD (neu)</b>												
L zw. B 1972 u. B 1976	699	—	—	1 413	7 711	4 168	—	296	6 801	—	X	10 125
B 3 10 1976	833	1 143	2 297	584	6 179	2 568	1 618	2 881	4 611	—	22 714	—
<b>Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten - Leninisten - KPD/ML</b>												
L nach B 1972	—	3 001	—	—	1 731	—	—	—	—	—	X	—
<b>Kommunistischer Bund Westdeutschland - KBW</b>												
L zw. B 1972 u. B 1976	—	—	—	2 425	—	2 732	—	5 751	—	—	X	786
B 3. 10. 1976	1 325	949	3 979	1 647	3 903	3 327	1 046	3 842	—	—	20 018	—
<b>Konservative Partei - KonsP</b>												
L 3. 12. 1950	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 953
<b>Landwirte Partei - LP</b>												
L 24. 4 1955	—	—	2 768	—	—	—	—	—	—	—	2 768	—
<b>Nationaldemokratische Partei/Deutsche Reichspartei - NDP/DRP</b>												
L 19 11 1950	—	—	—	—	—	1 989	—	—	—	—	1 989	—
<b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands - NPD</b>												
B 19. 9. 1965	34 064	20 938	102 470	12 118	110 299	74 081	51 237	97 787	149 975	11 224	664 193	—
L zw. B 1965 u. B 1969	72 093	36 654	249 197	35 894	—	224 674	127 680	381 569	781 813	—	X	—
B 28. 9. 1969	62 912	40 814	188 272	19 723	295 972	158 705	107 780	207 900	303 828	36 104	1 422 010	—
L zw. B 1969 u. B 1972	18 822	27 312	124 675	12 561	94 043	94 531	53 882	—	325 646	22 020	X	—
B 19. 11. 1972	8 535	4 633	22 907	2 305	37 628	19 767	18 321	40 580	47 140	5 649	207 465	—
L zw. B 1972 u. B 1976	8 123	7 992	27 581	4 781	36 281	32 713	22 942	42 927	121 745	4 774	X	—
B 3. 10. 1976	4 347	2 724	12 134	1 569	23 358	11 988	10 794	23 411	29 085	3 251	122 661	—
<b>Nationale Sammlung - DNS</b>												
L 29. 4 1951	—	—	—	—	—	—	4 864	—	—	—	4 864	—
B 6. 9. 1953	4 734	—	—	—	—	—	—	37 967	28 025	—	70 726	—
<b>Nationale Solidarität Deutschlands - NSD</b>												
L 1. 11. 1953	—	2 741	—	—	—	—	—	—	—	—	2 741	—
<b>Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund - NBM</b>												
L 25. 11. 1962	—	—	—	—	—	—	—	—	5 698	—	5 698	—

1) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelöst. — 2) Ehemaliges Bundesland Württemberg-Baden am 24. 11. 1946. — 3) Ehemalige Bundesländer Baden und Württemberg-Hohenzollern am 18. 5. 1947. — 4) Ehemaliges Bundesland Württemberg-Baden am 19. 11. 1950.

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
<b>Niederdeutsche Union (CDU, DP)</b>												
L 6. 5. 1951	—	—	790 766	—	—	—	—	—	—	—	790 766	—
<b>Niedersächsische Landespartei - MLP</b>												
L 14. 6. 1970	—	—	671	—	—	—	—	—	—	—	671	—
<b>Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter - NGK</b>												
L 29. 4. 1951	—	—	—	—	—	—	10 012	—	—	—	10 012	—
<b>Partei der guten Deutschen - PdgD</b>												
L 15. 5. 1955	—	—	—	—	—	—	3 092	—	—	—	3 092	—
<b>Partei Freier Bürger - PFB</b>												
L 28. 9. 1975	—	—	—	1 516	—	—	—	—	—	—	1 516	—
<b>Radikalsoziale Freiheitspartei - RSF</b>												
L 13. 10. 1946	—	20 034	—	—	—	—	—	—	—	—	20 034	—
B 14. 8. 1949	18 122	13 830	33 275	6 446	142 648	—	—	2 428	—	—	216 749	—
L zw. B 1949 u. B 1953	—	15 505	—	—	122 878	—	—	—	—	—	X	—
L 1. 11. 1953	—	5 915	—	—	—	—	—	—	—	—	5 915	—
<b>Rechtspartei - RP</b>												
L 6. 5. 1951	—	—	3 406	—	—	—	—	—	—	—	3 406	—
<b>Republikanische Partei Deutschlands - RPD</b>												
L 13. 10. 1946	—	3 769	—	—	—	—	—	—	—	—	3 769	—
<b>Rheinische Volks - Partei - RhVP</b>												
L 20. 4. 1947	—	—	—	—	13 547	—	—	—	—	—	13 547	—
<b>Rheinisch - Westfälische Volkspartei - RWVP</b>												
B 14. 8. 1949	—	—	—	—	21 931	—	—	—	—	—	21 931	—
<b>Schleswig - Holstein - Block (DP, SHG) - SHB</b>												
L 12. 9. 1954	61 277	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61 277	—
<b>Schleswig - Holsteinische Landespartei - SHLP</b>												
L 12. 9. 1954	1 028	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 028	—
<b>Sozialistische Einheitspartei Westberlins - SED - W</b>												
L 20. 10. 1946	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	179 124
L 5. 12. 1954	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41 375
L 7. 12. 1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31 572
L 17. 2. 1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 929
L 12. 3. 1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29 925
L 14. 3. 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33 845
L 2. 3. 1975	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 105
<b>Sozialistische Reichspartei - SRP <sup>1)</sup></b>												
L zw. B 1949 u. B 1953	21 049	—	366 793	25 813	11 359	—	—	65 787	—	—	X	—
<b>Spartacusbund - SpB</b>												
L zw. B 1972 u. B 1976	—	—	—	117	—	—	—	94	—	—	X	—
<b>Südschleswigscher Verein - SSV, Südschleswigscher Wählerverband - SSW</b>												
L 20. 4. 1947	99 500 <sup>2)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99 500 <sup>2)</sup>	—
B 14. 8. 1949	75 388	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75 388	—
L 9. 7. 1950	71 864	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71 864	—
B 6. 9. 1953	44 585	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44 585	—
L 12. 9. 1954	42 242	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42 242	—
B 15. 9. 1957	32 262	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 262	—
L 28. 9. 1958	34 136	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34 136	—
B 17. 9. 1961	25 449	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 449	—
L 23. 9. 1962	26 883	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 883	—
L 23. 4. 1967	23 577	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 577	—
L 25. 4. 1971	19 720	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 720	—
L 13. 4. 1975	20 703	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 703	—

1) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952 aufgelöst — 2) SSV

## 10 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1976

## 10.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Schleswig - Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein - Westfalen	Hessen	Rheinland - Pfalz	Baden - Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
<b>Übernationale Europäische Volkspartei Saar - ÜEPVS</b>												
L 18. 12. 1955	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 081	2 081	-
<b>Unabhängige Arbeiter - Partei (Deutsche Sozialisten) - UAP</b>												
L 8. 7. 1962	-	-	-	-	426	-	-	-	-	-	426	-
B 19. 9. 1965	-	-	-	-	3 959	-	-	-	-	-	3 959	-
L 10. 7. 1966	-	-	-	-	3 175	-	-	-	-	-	3 175	-
B 28. 9. 1969	-	-	-	-	5 309	-	-	-	-	-	5 309	-
L 14. 6. 1970	-	-	-	-	1 504	-	-	-	-	-	1 504	-
L 4. 5. 1975	-	-	-	-	648	-	-	-	-	-	648	-
B 3. 10. 1976	-	-	-	-	765	-	-	-	-	-	765	-
<b>Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD</b>												
L 3. 12. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9 782
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 482
<b>Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft - Hilfe für den Bayerischen Wald</b>												
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	1 382	-	1 382	-
<b>Vaterländische Union - VU</b>												
L 28. 11. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	13 860	-	13 860	-
B 15. 9. 1957	-	-	-	-	-	-	-	-	5 020	-	5 020	-
L 25. 11. 1962	-	-	-	-	-	-	-	-	5 206	-	5 206	-
<b>Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, F.D.P., DKP) - VBH</b>												
L 16. 10. 1949	-	272 649	-	-	-	-	-	-	-	-	272 649	-
<b>VEREINIGTE LINKE - VL</b>												
B 3. 10. 1976	-	-	-	-	701	-	-	-	-	-	701	-
<b>Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit - VFS</b>												
L 15. 5. 1960	-	-	-	-	-	-	-	14 918	-	-	14 918	-
<b>Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter</b>												
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	9 339	-	9 339	-
<b>Wahlblock der Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen, Entrechteten</b>												
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	52 239	-	52 239	-
<b>Wählerinitiative Europäische Arbeiterpartei</b>												
L 28. 9. 1975	-	-	-	59	-	-	-	-	-	-	59	-
<b>Wählerversammlung gegen atomare Aufrüstung - WV</b>												
L 11. 10. 1959	-	-	-	10 153	-	-	-	-	-	-	10 153	-
<b>Wirtschaftliche Aufbauvereinigung - WAV</b>												
L 1. 12. 1946	-	-	-	-	-	-	-	-	225 404	-	225 404	-
B 14. 8. 1949	-	-	-	-	-	-	-	-	681 888	-	681 888	-
L 26. 11. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	259 687	-	259 687	-
<b>Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes - WVM</b>												
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26 886
<b>Einzelbewerber, Parteilose, Unabhängige</b>												
L 13. 10. 1946	-	-	-	24 876	-	-	-	-	-	-	24 876	-
L vor B 1949	489	13 881	-	6 824	855	-	-	-	-	-	X	-
B 14. 8. 1949	105 800	4 416	273 296	27 293	157 155	250 179	4 875	315 237	3 396	-	1 141 647	-
L zw. B 1949 u. B 1953	8 678	174	219	14 355	7 077	1 081	-	22 393	-	-	X	-
L zw. B 1953 u. B 1957	-	31	132	-	592	253	45 220	152	-	-	X	-
L zw. B 1957 u. B 1961	2 756	-	1 314	-	1 112	152	-	-	-	-	X	-
L zw. B 1961 u. B 1965	-	-	139	-	353	-	-	149	14 713	-	X	-
L zw. B 1965 u. B 1969	-	-	14 719	-	-	-	-	318	-	-	X	-
L zw. B 1969 u. B 1972	-	-	52	-	-	-	-	4 996	-	-	X	-
L zw. B 1972 u. B 1976	131	-	301	-	1 087	91	7 298	1 266	-	-	X	5 234

**11 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt  
in den Ländern 1957 bis 1976**

Wahljahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
		insgesamt		ungültig	gültig	SPD		CDU, CSU <sup>1)</sup>		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig - Holstein													
1957	Briefwähler . . . .	65 682	2 042	3,1	63 640	13 382	21,0	36 571	57,5	4 991	7,8	8 696	13,7
	übrige Wähler . . . .	1 301 543	53 138	4,1	1 248 405	391 213	31,3	594 576	47,6	68 665	5,5	193 951	15,5
	Wähler insgesamt . .	1 367 225	55 180	4,0	1 312 045	404 595	30,8	631 147	48,1	73 656	5,6	202 647	15,4
1961	Briefwähler . . . .	83 221	1 641	2,0	81 580	22 221	27,2	38 403	47,1	14 493	17,8	6 463	7,9
	übrige Wähler . . . .	1 348 483	66 697	4,9	1 281 786	473 507	36,9	530 813	41,4	174 126	13,6	103 340	8,1
	Wähler insgesamt . .	1 431 704	68 338	4,8	1 363 366	495 728	36,4	569 216	41,8	188 619	13,8	109 803	8,1
1965	Briefwähler . . . .	102 851	702	0,7	102 149	32 994	32,3	53 582	52,5	11 092	10,9	4 481	4,4
	übrige Wähler . . . .	1 346 143	31 550	2,3	1 314 593	516 907	39,3	629 044	47,9	121 669	9,3	46 973	3,6
	Wähler insgesamt . .	1 448 994	32 252	2,2	1 416 742	549 901	38,8	682 626	48,2	132 761	9,4	51 454	3,6
1969	Briefwähler . . . .	103 266	686	0,7	102 580	41 043	40,0	48 284	47,1	8 145	7,9	5 108	5,0
	übrige Wähler . . . .	1 368 634	16 374	1,2	1 352 260	592 494	43,8	623 538	46,1	67 726	5,0	68 502	5,1
	Wähler insgesamt . .	1 471 900	17 060	1,2	1 454 840	633 537	43,5	671 822	46,2	75 871	5,2	73 610	5,1
1972	Briefwähler . . . .	117 678	614	0,5	117 064	50 874	43,5	50 807	43,4	14 270	12,2	1 113	1,0
	übrige Wähler . . . .	1 547 342	10 250	0,7	1 537 092	753 572	49,0	644 333	41,9	127 227	8,3	11 960	0,8
	Wähler insgesamt . .	1 665 020	10 864	0,7	1 654 156	804 446	48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8
1976	Briefwähler . . . .	191 660	523	0,3	191 137	75 208	39,3	94 084	49,2	19 776	10,3	2 069	1,1
	übrige Wähler . . . .	1 496 291	7 342	0,5	1 488 949	704 391	47,3	646 843	43,4	127 846	8,6	9 869	0,7
	Wähler insgesamt . .	1 687 951	7 865	0,5	1 680 086	779 599	46,4	740 927	44,1	147 622	8,8	11 938	0,7
Hamburg													
1957	Briefwähler . . . .	73 800	992	1,3	72 808	22 359	30,7	36 193	49,7	8 566	11,8	5 690	7,8
	übrige Wähler . . . .	1 111 378	29 927	2,7	1 081 451	506 286	46,8	396 069	36,6	99 885	9,2	79 211	7,3
	Wähler insgesamt . .	1 185 178	30 919	2,6	1 154 259	528 645	45,8	432 262	37,4	108 451	9,4	84 901	7,4
1961	Briefwähler . . . .	90 810	1 291	1,4	89 519	31 382	35,1	35 311	39,4	19 050	21,3	3 776	4,2
	übrige Wähler . . . .	1 136 977	32 759	2,9	1 104 218	528 656	47,9	345 302	31,3	168 205	15,2	62 055	5,6
	Wähler insgesamt . .	1 227 787	34 050	2,8	1 193 737	560 038	46,9	380 613	31,9	187 255	15,7	65 831	5,5
1965	Briefwähler . . . .	111 455	661	0,6	110 794	43 939	39,7	49 221	44,4	12 514	11,3	5 120	4,6
	übrige Wähler . . . .	1 091 479	15 194	1,4	1 076 285	528 920	49,1	396 912	36,9	99 533	9,2	50 920	4,7
	Wähler insgesamt . .	1 202 934	15 855	1,3	1 187 079	572 859	48,3	446 133	37,6	112 047	9,4	56 040	4,7
1969	Briefwähler . . . .	105 958	563	0,5	105 395	48 996	46,5	41 900	39,8	8 971	8,5	5 528	5,2
	übrige Wähler . . . .	1 069 023	7 609	0,7	1 061 414	588 055	55,4	355 346	33,5	64 235	6,1	53 778	5,1
	Wähler insgesamt . .	1 174 981	8 172	0,7	1 166 809	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3	59 306	5,1
1972	Briefwähler . . . .	88 774	346	0,4	88 428	40 380	45,7	34 413	38,9	12 658	14,3	977	1,1
	übrige Wähler . . . .	1 154 058	5 421	0,5	1 148 637	633 137	55,1	377 561	32,9	125 949	11,0	11 990	1,0
	Wähler insgesamt . .	1 242 832	5 767	0,5	1 237 065	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0
1976	Briefwähler . . . .	166 966	499	0,3	166 467	73 148	43,9	72 451	43,5	18 581	11,2	2 287	1,4
	übrige Wähler . . . .	1 006 116	4 496	0,4	1 001 620	541 136	54,0	346 543	34,6	100 388	10,0	13 553	1,4
	Wähler insgesamt . .	1 173 082	4 995	0,4	1 168 087	614 284	52,6	418 994	35,9	118 969	10,2	15 840	1,4
Niedersachsen													
1957	Briefwähler . . . .	186 242	2 145	1,2	184 097	41 509	22,5	90 205	49,0	15 665	8,5	36 718	19,9
	übrige Wähler . . . .	3 764 006	121 690	3,2	3 642 316	1 213 695	33,3	1 405 138	38,6	210 798	5,8	812 685	22,3
	Wähler insgesamt . .	3 950 248	123 835	3,1	3 826 413	1 255 204	32,8	1 495 343	39,1	226 463	5,9	849 403	22,2
1961	Briefwähler . . . .	200 526	2 543	1,3	197 983	59 061	29,8	89 486	45,2	34 994	17,7	14 442	7,3
	übrige Wähler . . . .	3 882 964	137 992	3,6	3 744 972	1 467 763	39,2	1 447 470	38,7	484 145	12,9	345 594	9,2
	Wähler insgesamt . .	4 083 490	140 535	3,4	3 942 955	1 526 824	38,7	1 536 956	39,0	519 139	13,2	360 036	9,1
1965	Briefwähler . . . .	260 434	1 889	0,7	258 545	86 603	33,5	126 258	48,8	34 815	13,5	10 869	4,2
	übrige Wähler . . . .	3 885 415	91 219	2,3	3 794 196	1 527 937	40,3	1 728 866	45,6	406 045	10,7	131 348	3,5
	Wähler insgesamt . .	4 145 849	93 108	2,2	4 052 741	1 614 540	39,8	1 855 124	45,8	440 860	10,9	142 217	3,5
1969	Briefwähler . . . .	300 724	2 015	0,7	298 709	122 880	41,1	134 955	45,2	26 094	8,7	14 780	4,9
	übrige Wähler . . . .	3 863 966	57 045	1,5	3 806 921	1 674 496	44,0	1 719 559	45,2	204 377	5,4	208 489	5,5
	Wähler insgesamt . .	4 164 690	59 060	1,4	4 105 630	1 797 376	43,8	1 854 514	45,2	230 471	5,6	223 269	5,4
1972	Briefwähler . . . .	334 164	1 768	0,5	332 396	146 254	44,0	142 474	42,9	40 619	12,2	3 049	0,9
	übrige Wähler . . . .	4 350 734	30 656	0,7	4 320 078	2 089 657	48,4	1 846 246	42,7	352 663	8,2	31 512	0,7
	Wähler insgesamt . .	4 684 898	32 424	0,7	4 652 474	2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7
1976	Briefwähler . . . .	532 686	5 306	1,0	527 380	210 605	39,9	262 449	49,8	48 712	9,2	5 614	1,1
	übrige Wähler . . . .	4 224 690	93 092	2,2	4 131 598	1 918 897	46,4	1 866 694	45,2	320 814	7,8	25 193	0,6
	Wähler insgesamt . .	4 757 376	98 398	2,1	4 658 978	2 129 502	45,7	2 129 143	45,7	369 526	7,9	30 807	0,7

<sup>1)</sup> CSU nur in Bayern

11 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt  
in den Ländern 1957 bis 1976

Wahljahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
		insgesamt		ungültig	gültig	SPD		CDU, CSU <sup>1)</sup>		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bremen													
1957	Briefwähler	21 331	540	2,5	20 791	5 936	28,6	8 751	42,1	2 056	9,9	4 048	19,5
	übrige Wähler	393 167	15 358	3,9	377 809	178 067	47,1	112 513	29,8	21 255	5,6	65 974	17,5
	Wähler insgesamt	414 498	15 898	3,8	398 600	184 003	46,2	121 264	30,4	23 311	5,8	70 022	17,6
1961	Briefwähler	23 605	470	2,0	23 135	7 703	33,3	8 366	36,2	5 220	22,6	1 846	8,0
	übrige Wähler	424 331	19 225	4,5	405 106	205 031	50,6	107 127	26,4	59 735	14,7	33 213	8,2
	Wähler insgesamt	447 936	19 695	4,4	428 241	212 734	49,7	115 493	27,0	64 955	15,2	35 059	8,2
1965	Briefwähler	32 927	218	0,7	32 709	11 904	36,4	13 844	42,3	5 181	15,8	1 780	5,4
	übrige Wähler	419 872	8 364	2,0	411 508	203 583	49,5	137 045	33,3	46 713	11,4	24 167	5,9
	Wähler insgesamt	452 799	8 582	1,9	444 217	215 487	48,5	150 889	34,0	51 894	11,7	25 947	5,8
1969	Briefwähler	32 081	129	0,4	31 952	13 669	42,8	11 896	37,2	4 358	13,6	2 029	6,4
	übrige Wähler	420 292	4 884	1,2	415 408	219 110	52,7	132 526	31,9	37 196	9,0	26 576	6,4
	Wähler insgesamt	452 373	5 013	1,1	447 360	232 779	52,0	144 422	32,3	41 554	9,3	28 605	6,4
1972	Briefwähler	36 058	284	0,8	35 774	17 665	49,4	12 110	33,9	5 516	15,4	483	1,4
	übrige Wähler	456 373	3 262	0,7	453 111	266 363	58,8	132 361	29,2	48 912	10,8	5 475	1,2
	Wähler insgesamt	492 431	3 546	0,7	488 885	284 028	58,1	144 471	29,6	54 428	11,1	5 958	1,2
1976	Briefwähler	46 766	169	0,4	46 597	20 517	44,0	19 241	41,3	5 848	12,6	991	2,1
	übrige Wähler	428 816	2 425	0,6	426 391	235 027	55,1	134 601	31,6	50 055	11,7	6 708	1,6
	Wähler insgesamt	475 582	2 594	0,5	472 988	255 544	54,0	153 842	32,5	55 903	11,8	7 699	1,6
Nordrhein - Westfalen													
1957	Briefwähler	482 508	9 469	2,0	473 039	93 142	19,7	316 470	66,9	38 558	8,2	24 869	5,3
	übrige Wähler	8 676 420	294 188	3,4	8 382 232	2 872 474	34,3	4 497 526	53,7	516 223	6,2	496 009	5,9
	Wähler insgesamt	9 158 928	303 657	3,3	8 855 271	2 965 616	33,5	4 813 996	54,4	554 781	6,3	520 878	5,9
1961	Briefwähler	617 279	6 513	1,1	610 766	158 200	25,9	344 769	56,4	92 004	15,1	15 793	2,6
	übrige Wähler	9 182 150	274 670	3,0	8 907 480	3 391 159	38,1	4 185 784	47,0	1 026 456	11,5	304 081	3,4
	Wähler insgesamt	9 799 429	281 183	2,9	9 518 246	3 549 359	37,3	4 530 553	47,6	1 118 460	11,8	319 874	3,4
1965	Briefwähler	830 288	4 762	0,6	825 526	267 205	32,4	458 039	55,5	76 492	9,3	23 790	2,9
	übrige Wähler	9 089 780	164 074	1,8	8 925 706	3 882 705	43,5	4 135 242	46,3	663 462	7,4	244 297	2,7
	Wähler insgesamt	9 920 068	168 836	1,7	9 751 232	4 149 910	42,6	4 593 281	47,1	739 954	7,6	268 087	2,7
1969	Briefwähler	702 736	4 119	0,6	698 617	270 694	38,7	347 973	49,8	51 794	7,4	28 156	4,0
	übrige Wähler	9 125 175	136 679	1,5	8 988 496	4 263 777	47,4	3 874 941	43,1	475 067	5,3	374 711	4,2
	Wähler insgesamt	9 827 911	140 798	1,4	9 687 113	4 534 471	46,8	4 222 914	43,6	526 861	5,4	402 867	4,2
1972	Briefwähler	786 093	3 550	0,5	782 543	323 119	41,3	373 137	47,7	79 573	10,2	6 714	0,9
	übrige Wähler	10 219 714	67 619	0,7	10 152 095	5 186 767	51,1	4 111 520	40,5	777 390	7,7	76 418	0,8
	Wähler insgesamt	11 005 807	71 169	0,6	10 934 638	5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8
1976	Briefwähler	1 244 363	4 189	0,3	1 240 174	487 184	39,3	639 610	51,6	100 857	8,1	12 523	1,0
	übrige Wähler	9 822 183	72 795	0,7	9 749 388	4 666 775	47,9	4 252 668	43,6	759 474	7,8	70 471	0,7
	Wähler insgesamt	11 066 546	76 984	0,7	10 989 562	5 153 959	46,9	4 892 278	44,5	860 331	7,8	82 994	0,8
Hessen													
1957	Briefwähler	148 233	2 369	1,6	145 864	39 916	27,4	76 289	52,3	15 034	10,3	14 625	10,0
	übrige Wähler	2 714 859	133 460	4,9	2 581 399	997 250	38,6	1 040 205	40,3	217 838	8,4	326 106	12,6
	Wähler insgesamt	2 863 092	135 829	4,7	2 727 263	1 037 166	38,0	1 116 494	40,9	232 872	8,5	340 731	12,5
1961	Briefwähler	171 856	2 992	1,7	168 864	56 799	33,6	72 677	43,0	30 301	17,9	9 087	5,4
	übrige Wähler	2 856 385	146 560	5,1	2 709 825	1 176 513	43,4	930 602	34,3	408 425	15,1	194 285	7,2
	Wähler insgesamt	3 028 241	149 552	4,9	2 878 689	1 233 312	42,8	1 003 279	34,9	438 726	15,2	203 372	7,1
1965	Briefwähler	201 735	2 442	1,2	199 293	74 537	37,4	88 831	44,6	27 158	13,6	8 767	4,4
	übrige Wähler	2 871 302	82 143	2,9	2 789 159	1 291 473	46,3	1 042 040	37,4	332 261	11,9	123 385	4,4
	Wähler insgesamt	3 073 037	84 585	2,8	2 988 452	1 366 010	45,7	1 130 871	37,8	359 419	12,0	132 152	4,4
1969	Briefwähler	185 587	1 174	0,6	184 413	79 919	43,3	77 106	41,8	17 162	9,3	10 226	5,5
	übrige Wähler	2 966 281	52 661	1,8	2 913 620	1 412 997	48,5	1 113 536	38,2	191 163	6,6	195 924	6,7
	Wähler insgesamt	3 151 868	53 835	1,7	3 098 033	1 492 916	48,2	1 190 642	38,4	208 325	6,7	206 150	6,7
1972	Briefwähler	225 468	943	0,4	224 525	98 285	43,8	95 055	42,3	28 878	12,9	2 307	1,0
	übrige Wähler	3 297 015	22 704	0,7	3 274 311	1 599 037	48,8	1 314 716	40,2	326 680	10,0	33 878	1,0
	Wähler insgesamt	3 522 483	23 647	0,7	3 498 836	1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0
1976	Briefwähler	389 606	1 691	0,4	387 915	153 179	39,5	190 627	49,1	38 721	10,0	5 388	1,4
	übrige Wähler	3 195 669	25 582	0,8	3 170 087	1 473 186	46,5	1 403 068	44,3	262 143	8,3	31 690	1,0
	Wähler insgesamt	3 585 275	27 273	0,8	3 558 002	1 626 365	45,7	1 593 695	44,8	300 864	8,5	37 078	1,0
Rheinland - Pfalz													
1957	Briefwähler	91 174	1 885	2,1	89 289	18 826	21,1	57 172	64,0	8 975	10,1	4 316	4,8
	übrige Wähler	1 885 051	75 335	4,0	1 809 716	559 377	30,9	962 537	53,2	176 313	9,7	111 489	6,2
	Wähler insgesamt	1 976 225	77 220	3,9	1 899 005	578 203	30,4	1 019 709	53,7	185 288	9,8	115 805	6,1
1961	Briefwähler	118 188	1 761	1,5	116 427	29 866	25,7	65 678	56,4	17 325	14,9	3 558	3,1
	übrige Wähler	1 951 739	98 233	5,0	1 853 506	629 964	34,0	898 592	48,5	242 253	13,1	82 697	4,5
	Wähler insgesamt	2 069 927	99 994	4,8	1 969 933	659 830	33,5	964 270	48,9	259 578	13,2	86 255	4,4
1965	Briefwähler	148 684	1 135	0,8	147 549	44 700	30,3	81 523	55,3	16 253	11,0	5 073	3,4
	übrige Wähler	1 965 627	57 446	2,9	1 908 181	709 475	37,2	932 050	48,8	192 775	10,1	73 881	3,9
	Wähler insgesamt	2 114 311	58 581	2,8	2 055 730	754 175	36,7	1 013 573	49,3	209 028	10,2	78 954	3,8
1969	Briefwähler	150 595	1 042	0,7	149 553	53 907	36,0	78 149	52,3	11 406	7,6	6 091	4,1
	übrige Wähler	1 946 713	40 166	2,1	1 906 547	771 472	40,5	904 491	47,4	117 244	6,1	113 340	5,9
	Wähler insgesamt	2 097 308	41 208	2,0	2 056 100	825 379	40,1	982 640	47,8	128 650	6,3	119 431	5,8
1972	Briefwähler	169 741	941	0,6	168 800	67 850	40,2	83 276	49,3	16 173	9,6	1 501	0,9
	übrige Wähler	2 234 266	25 205	1,1	2 209 061	1 000 103	45,3	1 007 063	45,6	177 326	8,0	24 569	1,1
	Wähler insgesamt	2 404 007	26 146	1,1	2 377 861	1 067 953	44,9	1 090 339	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1
1976	Briefwähler	218 524	988	0,5	217 536	81 766	37,6	116 471	53,5	17 213	7,9	2 086	1,0
	übrige Wähler	2 230 422	18 705	0,8	2 211 717	931 808	42,1	1 094 737	49,5	166 362	7,5	18 810	0,9
	Wähler insgesamt	2 448 946	19 693	0,8	2 429 253	1 013 574	41,7	1 211 208	49,9	183 575	7,6	20 896	0,9

1) CSU nur in Bayern



**11 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt  
in den Ländern 1957 bis 1976**

Wahljahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen			Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf								
		insgesamt	ungültig	gültig	SPD		CDU, CSU <sup>1)</sup>		F.D.P.		Sonstige		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Baden - Württemberg													
1957	Briefwähler . . . .	191 571	2 362	1,2	189 209	32 443	17,1	116 498	61,6	29 582	15,6	10 686	5,6
	übrige Wähler . . . .	3 906 004	187 373	4,8	3 718 631	976 576	26,3	1 945 203	52,3	531 956	14,3	264 896	7,1
	Wähler insgesamt . .	4 097 575	189 735	4,6	3 907 840	1 009 019	25,8	2 061 701	52,8	561 538	14,4	275 582	7,1
1961	Briefwähler . . . .	234 000	3 128	1,3	230 872	57 214	24,8	117 763	51,0	43 940	19,0	11 955	5,2
	übrige Wähler . . . .	4 185 748	227 457	5,4	3 958 291	1 285 671	32,5	1 781 503	45,0	653 371	16,5	237 746	6,0
	Wähler insgesamt . .	4 419 748	230 585	5,2	4 189 163	1 342 885	32,1	1 899 266	45,3	697 311	16,6	249 701	6,0
1965	Briefwähler . . . .	297 583	2 022	0,7	295 561	84 147	28,5	153 184	51,8	44 836	15,2	13 394	4,5
	übrige Wähler . . . .	4 301 132	144 466	3,4	4 156 666	1 385 893	33,3	2 066 624	49,7	538 077	12,9	166 072	4,0
	Wähler insgesamt . .	4 598 715	146 488	3,2	4 452 227	1 470 040	33,0	2 219 808	49,9	582 913	13,1	179 466	4,0
1969	Briefwähler . . . .	329 784	1 967	0,6	327 817	116 751	35,6	160 757	49,0	34 877	10,6	15 432	4,7
	übrige Wähler . . . .	4 360 643	103 694	2,4	4 256 949	1 558 951	36,6	2 161 592	50,8	308 473	7,2	227 933	5,4
	Wähler insgesamt . .	4 690 427	105 661	2,3	4 584 766	1 675 702	36,5	2 322 349	50,7	343 350	7,5	243 365	5,3
1972	Briefwähler . . . .	362 791	1 726	0,5	361 065	127 364	35,3	177 643	49,2	52 130	14,4	3 928	1,1
	übrige Wähler . . . .	5 014 194	53 126	1,1	4 961 068	1 941 805	39,1	2 471 167	49,8	492 702	9,9	55 394	1,1
	Wähler insgesamt . .	5 376 985	54 852	1,0	5 322 133	2 069 169	38,9	2 648 810	49,8	544 832	10,2	59 322	1,1
1976	Briefwähler . . . .	514 057	1 845	0,4	512 212	170 635	33,3	282 039	55,1	52 424	10,2	7 114	1,4
	übrige Wähler . . . .	4 938 313	44 991	0,9	4 893 322	1 809 678	37,0	2 600 326	53,1	437 237	8,9	46 081	0,9
	Wähler insgesamt . .	5 452 370	46 836	0,9	5 405 534	1 980 313	36,6	2 882 365	53,3	489 661	9,1	53 195	1,0
Bayern													
1957	Briefwähler . . . .	256 958	3 202	1,2	253 756	46 751	18,4	162 035	63,9	18 392	7,2	26 578	10,5
	übrige Wähler . . . .	5 213 389	193 504	3,7	5 019 885	1 348 060	26,9	2 853 857	56,9	222 303	4,4	595 665	11,9
	Wähler insgesamt . .	5 470 347	196 706	3,6	5 273 641	1 394 811	26,4	3 015 892	57,2	240 695	4,6	622 243	11,8
1961	Briefwähler . . . .	322 997	3 749	1,2	319 248	76 099	23,8	182 540	57,2	41 141	12,9	19 468	6,1
	übrige Wähler . . . .	5 391 548	223 834	4,2	5 167 714	1 576 543	30,5	2 831 931	54,8	438 689	8,5	320 551	6,2
	Wähler insgesamt . .	5 714 545	227 583	4,0	5 486 962	1 652 642	30,1	3 014 471	54,9	479 830	8,7	340 019	6,2
1965	Briefwähler . . . .	408 320	2 940	0,7	405 380	114 730	28,3	225 761	55,7	44 868	11,1	20 021	4,9
	übrige Wähler . . . .	5 394 684	158 573	2,9	5 236 111	1 754 737	33,5	2 910 745	55,6	368 876	7,0	201 753	3,9
	Wähler insgesamt . .	5 803 004	161 513	2,8	5 641 491	1 869 467	33,1	3 136 506	55,6	413 744	7,3	221 774	3,9
1969	Briefwähler . . . .	420 565	2 258	0,5	418 307	138 871	33,2	224 385	53,6	28 585	6,8	26 466	6,3
	übrige Wähler . . . .	5 417 159	104 978	1,9	5 312 181	1 844 149	34,7	2 891 267	54,4	204 295	3,8	372 470	7,0
	Wähler insgesamt . .	5 837 724	107 236	1,8	5 730 488	1 983 020	34,6	3 115 652	54,4	232 880	4,1	398 936	7,0
1972	Briefwähler . . . .	548 801	1 975	0,4	546 826	180 391	33,0	315 220	57,6	46 372	8,5	4 843	0,9
	übrige Wähler . . . .	6 077 415	60 451	1,0	6 016 964	2 302 745	38,3	3 299 963	54,8	353 182	5,9	61 074	1,0
	Wähler insgesamt . .	6 626 216	62 426	0,9	6 563 790	2 483 136	37,8	3 615 183	55,1	399 554	6,1	65 917	1,0
1976	Briefwähler . . . .	716 748	2 119	0,3	714 629	204 959	28,7	445 412	62,3	56 743	7,9	7 515	1,1
	übrige Wähler . . . .	6 048 091	49 025	0,8	5 999 066	1 996 733	33,3	3 582 087	59,7	362 592	6,0	57 654	1,0
	Wähler insgesamt . .	6 764 839	51 144	0,8	6 713 695	2 201 692	32,8	4 027 499	60,0	419 335	6,2	65 169	1,0
Saarland													
1957	Briefwähler . . . .	19 595	495	2,5	19 100	3 073	16,1	11 480	60,1	4 209	22,0	338	1,8
	übrige Wähler . . . .	569 983	37 992	6,7	531 991	135 236	25,4	289 111	54,3	95 871	18,0	11 773	2,2
	Wähler insgesamt . .	589 578	38 487	6,5	551 091	138 309	25,1	300 591	54,5	100 080	18,2	12 111	2,2
1961	Briefwähler . . . .	29 122	646	2,2	28 476	6 677	23,4	16 430	57,7	4 542	16,0	827	2,9
	übrige Wähler . . . .	597 695	46 562	7,3	551 133	187 326	34,0	267 825	48,6	70 351	12,8	25 631	4,7
	Wähler insgesamt . .	626 817	47 208	7,5	579 609	194 003	33,5	284 255	49,0	74 893	12,9	26 458	4,6
1965	Briefwähler . . . .	49 658	716	1,4	48 942	16 031	32,8	26 073	53,3	4 954	10,1	1 884	3,8
	übrige Wähler . . . .	606 838	25 249	4,2	581 589	234 766	40,4	269 184	46,3	49 165	8,5	28 474	4,9
	Wähler insgesamt . .	656 496	25 965	4,0	630 531	250 797	39,8	295 257	46,8	54 119	8,6	30 358	4,8
1969	Briefwähler . . . .	50 564	635	1,3	49 929	17 627	35,3	25 334	50,7	4 337	8,7	2 631	5,3
	übrige Wähler . . . .	603 318	18 362	3,0	584 956	235 858	40,3	267 652	45,8	37 917	6,5	43 529	7,4
	Wähler insgesamt . .	653 882	18 997	2,9	634 885	253 485	39,9	292 986	46,1	42 254	6,7	46 160	7,3
1972	Briefwähler . . . .	52 856	395	0,7	52 461	21 670	41,3	25 624	48,8	4 527	8,6	640	1,2
	übrige Wähler . . . .	688 054	10 603	1,5	677 451	328 131	48,4	291 331	43,0	47 235	7,0	10 754	1,6
	Wähler insgesamt . .	740 910	10 998	1,5	729 912	349 801	47,9	316 955	43,4	51 762	7,1	11 394	1,6
1976	Briefwähler . . . .	77 815	445	0,6	77 370	30 682	39,7	40 336	52,1	5 490	7,1	862	1,1
	übrige Wähler . . . .	675 971	7 026	1,0	668 945	313 505	46,9	304 514	45,5	43 809	6,5	7 117	1,1
	Wähler insgesamt . .	753 786	7 471	1,0	746 315	344 187	46,1	344 850	46,2	49 299	6,6	7 979	1,1
Bundesgebiet ohne Berlin													
1957	Briefwähler . . . .	1 537 094	25 501	1,7	1 511 593	317 337	21,0	911 664	60,3	146 028	9,7	136 564	9,0
	übrige Wähler . . . .	29 535 800	1 141 965	3,9	28 393 835	9 178 234	32,3	14 096 735	49,6	2 161 107	7,6	2 957 759	10,4
	Wähler insgesamt . .	31 072 894	1 167 466	3,8	29 905 428	9 495 571	31,8	15 008 399	50,2	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3
1961	Briefwähler . . . .	1 891 604	24 734	1,3	1 866 870	505 222	27,1	971 423	52,0	303 010	16,2	87 215	4,7
	übrige Wähler . . . .	30 958 020	1 273 989	4,1	29 684 031	10 922 133	36,8	13 326 949	44,9	3 725 756	12,6	1 709 193	5,8
	Wähler insgesamt . .	32 849 624	1 298 723	4,0	31 550 901	11 427 355	36,2	14 298 372	45,3	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7
1965	Briefwähler . . . .	2 443 935	17 487	0,7	2 426 448	776 790	32,0	1 276 316	52,6	278 163	11,5	95 179	3,9
	übrige Wähler . . . .	30 972 272	778 278	2,5	30 193 994	12 036 396	39,9	14 247 752	47,2	2 818 576	9,3	1 091 270	3,6
	Wähler insgesamt . .	33 416 207	795 765	2,4	32 620 442	12 813 186	39,3	15 524 068	47,6	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6
1969	Briefwähler . . . .	2 381 860	14 588	0,6	2 367 272	904 357	38,2	1 150 739	48,6	195 729	8,3	116 447	4,9
	übrige Wähler . . . .	31 141 204	542 452	1,7	30 598 752	13 161 359	43,0	14 044 448	45,9	1 707 693	5,6	1 685 252	5,5
	Wähler insgesamt . .	33 523 064	557 040	1,7	32 966 024	14 065 716	42,7	15 195 187	46,1	1 903 422	5,8	1 801 699	5,5
1972	Briefwähler . . . .	2 722 424	12 542	0,5	2 709 882	1 073 852	39,6	1 309 759	48,3	300 716	11,1	25 555	0,9
	übrige Wähler . . . .	35 039 165	289 297	0,8	34 749 868	16 101 317	46,3	15 496 261	44,6	2 829 266	8,1	323 024	0,9
	Wähler insgesamt . .	37 761 589	301 839	0,8	37 459 750	17 175 169	45,8	16 806 020	44,9	3 129 982	8,4	348 579	0,9
1976	Briefwähler . . . .	4 099 191	17 774	0,4	4 081 417	1 507 883	36,9	2 162 720	53,0	364 365	8,9	46 449	1,1
	übrige Wähler . . . .	34 066 562	325 479	1,0	33 741 083	14 591 136	43,2	16 232 081	48,1	2 630 720	7,8	287 146	0,9
	Wähler insgesamt . .												

<sup>1)</sup> CSU nur in Bayern.

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wahler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Schleswig							
1	1	Flensburg – Schleswig . . . . .	a	151 384	686	0,5	150 698
2			b	18 638	49	0,3	18 589
3			c	170 022	735	0,4	169 287
4	2	Nordfriesland – Dithmarschen - Nord . . . . .	a	120 703	665	0,6	120 038
5			b	17 768	37	0,2	17 731
6			c	138 471	702	0,5	137 769
7	3	Steinburg – Dithmarschen -Süd . . . . .	a	121 418	748	0,6	120 670
8			b	13 118	46	0,4	13 072
9			c	134 536	794	0,6	133 742
10	4	Rendsburg – Eckernförde . . . . .	a	139 884	675	0,5	139 209
11			b	15 773	54	0,3	15 719
12			c	155 657	729	0,5	154 928
13	5	Kiel . . . . .	a	147 006	543	0,4	146 463
14			b	22 420	60	0,3	22 360
15			c	169 426	603	0,4	168 823
16	6	Plön – Neumünster . . . . .	a	117 949	523	0,4	117 426
17			b	15 006	41	0,3	14 965
18			c	132 955	564	0,4	132 391
19	7	Pinneberg . . . . .	a	148 200	802	0,5	147 398
20			b	19 526	57	0,3	19 469
21			c	167 726	859	0,5	166 867
22	8	Segeberg – Stormarn - Nord . . . . .	a	150 309	677	0,5	149 632
23			b	16 288	34	0,2	16 254
24			c	166 597	711	0,4	165 886
25	9	Ostholstein . . . . .	a	103 514	565	0,5	102 949
26			b	15 849	32	0,2	15 817
27			c	119 363	597	0,5	118 766
28	10	Herzogtum Lauenburg – Stormarn - Süd . . . . .	a	156 322	811	0,5	155 511
29			b	19 880	52	0,3	19 828
30			c	176 202	863	0,5	175 339
31	11	Lübeck . . . . .	a	139 602	647	0,5	138 955
32			b	17 394	61	0,4	17 333
33			c	156 996	708	0,5	156 288
34	1	Land insgesamt . . . . .	a	1 496 291	7 342	0,5	1 488 949
35	–		b	191 660	523	0,3	191 137
36	11		c	1 687 951	7 865	0,5	1 680 086
Ham							
37	12	Hamburg - Mitte . . . . .	a	102 969	547	0,5	102 422
38			b	14 887	57	0,4	14 830
39			c	117 856	604	0,5	117 252
40	13	Altona . . . . .	a	124 637	523	0,4	124 114
41			b	23 812	64	0,3	23 748
42			c	148 449	587	0,4	147 862
43	14	Eimsbüttel . . . . .	a	142 523	620	0,4	141 903
44			b	25 106	68	0,3	25 038
45			c	167 629	688	0,4	166 941
46	15	Hamburg - Nord I . . . . .	a	108 944	535	0,5	108 409
47			b	21 645	80	0,4	21 565
48			c	130 589	615	0,5	129 974
49	16	Hamburg - Nord II . . . . .	a	126 502	585	0,5	125 917
50			b	20 098	46	0,2	20 052
51			c	146 600	631	0,4	145 969
52	17	Wandsbek . . . . .	a	139 761	519	0,4	139 242
53			b	26 530	79	0,3	26 451
54			c	166 291	598	0,4	165 693
55	18	Bergedorf . . . . .	a	145 019	650	0,4	144 369
56			b	20 399	65	0,3	20 334
57			c	165 418	715	0,4	164 703
58	19	Harburg . . . . .	a	115 761	517	0,4	115 244
59			b	14 489	40	0,3	14 449
60			c	130 250	557	0,4	129 693
61	12	Land insgesamt . . . . .	a	1 006 116	4 496	0,4	1 001 620
62	–		b	166 966	499	0,3	166 467
63	19		c	1 173 082	4 995	0,4	1 168 087

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. – 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Holstein												
72 843	48,3	64 312	42,7	12 703	8,4	840	0,6	220	0,1	373	0,2	1
7 712	41,5	8 798	47,3	1 879	10,1	200	1,1	76	0,4	51	0,3	2
80 555	47,6	73 110	43,2	14 582	8,6	1 040	0,6	296	0,2	424	0,3	3
51 363	42,8	57 470	47,9	10 528	8,8	677	0,6	118	0,1	346	0,3	4
6 821	38,5	8 849	49,9	1 853	10,5	208	1,2	78	0,4	51	0,3	5
58 184	42,2	66 319	48,1	12 381	9,0	885	0,6	196	0,1	397	0,3	6
54 407	45,1	56 849	47,1	8 526	7,1	888	0,7	226	0,2	509	0,4	7
5 153	39,4	6 580	50,3	1 186	9,1	153	1,2	60	0,5	58	0,4	8
59 560	44,5	63 429	47,4	9 712	7,3	1 041	0,8	286	0,2	567	0,4	9
64 714	46,5	62 481	44,9	11 234	8,1	780	0,6	208	0,1	328	0,2	10
5 901	37,5	7 950	50,6	1 694	10,8	174	1,1	45	0,3	18	0,1	11
70 615	45,6	70 431	45,5	12 928	8,3	954	0,6	253	0,2	346	0,2	12
82 335	56,2	50 939	34,8	11 987	8,2	1 202	0,8	386	0,3	289	0,2	13
9 842	44,0	10 056	45,0	2 221	9,9	241	1,1	70	0,3	56	0,3	14
92 177	54,6	60 995	36,1	14 208	8,4	1 443	0,9	456	0,3	345	0,2	15
57 902	49,3	49 961	42,5	8 796	7,5	767	0,7	261	0,2	249	0,2	16
5 924	39,6	7 602	50,8	1 264	8,4	175	1,2	68	0,5	29	0,2	17
63 826	48,2	57 563	43,5	10 060	7,6	942	0,7	329	0,2	278	0,2	18
67 025	45,5	64 134	43,5	15 130	10,3	1 109	0,8	614	0,4	307	0,2	19
7 386	37,9	9 584	49,2	2 334	12,0	165	0,8	87	0,4	30	0,2	20
74 411	44,6	73 718	44,2	17 464	10,5	1 274	0,8	701	0,4	337	0,2	21
63 536	42,5	69 513	46,5	15 648	10,5	935	0,6	315	0,2	389	0,3	22
6 110	37,6	8 118	49,9	1 864	11,5	162	1,0	70	0,4	33	0,2	23
69 646	42,0	77 631	46,8	17 512	10,6	1 097	0,7	385	0,2	422	0,3	24
48 201	46,8	46 586	45,3	7 539	7,3	623	0,6	142	0,1	299	0,3	25
5 847	37,0	8 308	52,5	1 472	9,3	190	1,2	54	0,3	55	0,3	26
54 048	45,5	54 894	46,2	9 011	7,6	813	0,7	196	0,2	354	0,3	27
69 062	44,4	70 197	45,1	15 218	9,8	1 034	0,7	461	0,3	388	0,2	28
7 161	36,1	10 148	51,2	2 317	11,7	202	1,0	104	0,5	44	0,2	29
76 223	43,5	80 345	45,8	17 535	10,0	1 236	0,7	565	0,3	432	0,2	30
73 003	52,5	54 401	39,2	10 537	7,6	1 014	0,7	359	0,3	401	0,3	31
7 351	42,4	8 091	46,7	1 692	9,8	199	1,1	82	0,5	44	0,3	32
80 354	51,4	62 492	40,0	12 229	7,8	1 213	0,8	441	0,3	445	0,3	33
704 391	47,3	646 843	43,4	127 846	8,6	9 869	0,7	3 310	0,2	3 878	0,3	34
75 208	39,3	94 084	49,2	19 776	10,3	2 069	1,1	794	0,4	469	0,2	35
779 599	46,4	740 927	44,1	147 622	8,8	11 938	0,7	4 104	0,2	4 347	0,3	36
burg												
59 438	58,0	32 809	32,0	8 472	8,3	1 703	1,7	923	0,9	237	0,2	37
7 128	48,1	6 082	41,0	1 361	9,2	259	1,7	155	1,0	21	0,1	38
66 566	56,8	38 891	33,2	9 833	8,4	1 962	1,7	1 078	0,9	258	0,2	39
63 403	51,1	45 803	36,9	13 165	10,6	1 743	1,4	908	0,7	328	0,3	40
8 847	37,3	11 673	49,2	2 949	12,4	279	1,2	126	0,5	46	0,2	41
72 250	48,9	57 476	38,9	16 114	10,9	2 022	1,4	1 034	0,7	374	0,3	42
73 415	51,7	50 453	35,6	15 644	11,0	2 391	1,7	1 379	1,0	399	0,3	43
10 547	42,1	11 073	44,2	2 991	11,9	427	1,7	233	0,9	52	0,2	44
83 962	50,3	61 526	36,9	18 635	11,2	2 818	1,7	1 612	1,0	451	0,3	45
55 352	51,1	39 600	36,5	11 697	10,8	1 760	1,6	1 081	1,0	242	0,2	46
9 231	42,8	9 481	44,0	2 488	11,5	365	1,7	206	1,0	43	0,2	47
64 583	49,7	49 081	37,8	14 185	10,9	2 125	1,6	1 287	1,0	285	0,2	48
72 554	57,6	39 845	31,6	11 798	9,4	1 720	1,4	1 034	0,8	287	0,2	49
10 058	50,2	7 812	39,0	1 912	9,5	270	1,3	160	0,8	45	0,2	50
82 612	56,6	47 657	32,6	13 710	9,4	1 990	1,4	1 194	0,8	332	0,2	51
66 159	47,5	54 353	39,0	17 292	12,4	1 438	1,0	837	0,6	263	0,2	52
10 530	39,8	12 226	46,2	3 386	12,8	309	1,2	149	0,6	65	0,2	53
76 689	46,3	66 579	40,2	20 678	12,5	1 747	1,1	986	0,6	328	0,2	54
81 709	56,6	47 968	33,2	13 109	9,1	1 583	1,1	938	0,6	308	0,2	55
9 709	47,7	8 292	40,8	2 112	10,4	221	1,1	124	0,6	48	0,2	56
91 418	55,5	56 260	34,2	15 221	9,2	1 804	1,1	1 062	0,6	356	0,2	57
69 106	60,0	35 712	31,0	9 211	8,0	1 215	1,1	697	0,6	297	0,3	58
7 098	49,1	5 812	40,2	1 382	9,6	157	1,1	78	0,5	43	0,3	59
76 204	58,8	41 524	32,0	10 593	8,2	1 372	1,1	775	0,6	340	0,3	60
541 136	54,0	346 543	34,6	100 388	10,0	13 553	1,4	7 797	0,8	2 361	0,2	61
73 148	43,9	72 451	43,5	18 581	11,2	2 287	1,4	1 231	0,7	363	0,2	62
614 284	52,6	418 994	35,9	118 969	10,2	15 840	1,4	9 028	0,8	2 724	0,2	63

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Nieder							
1	20	Emden — Leer . . . . .	a	157 521	5 159	3,3	152 362
2			b	20 199	208	1,0	19 991
3			c	177 720	5 367	3,0	172 353
4	21	Wilhelmshaven . . . . .	a	155 166	3 065	2,0	152 101
5			b	19 633	207	1,1	19 426
6			c	174 799	3 272	1,9	171 527
7	22	Oldenburg . . . . .	a	158 971	3 146	2,0	155 825
8			b	16 279	168	1,0	16 111
9			c	175 250	3 314	1,9	171 936
10	23	Delmenhorst — Wesermarsch . . . . .	a	126 074	3 415	2,7	122 659
11			b	12 255	145	1,2	12 110
12			c	138 329	3 560	2,6	134 769
13	24	Cuxhaven . . . . .	a	112 653	2 741	2,4	109 912
14			b	13 082	129	1,0	12 953
15			c	125 735	2 870	2,3	122 865
16	25	Stade . . . . .	a	134 211	2 850	2,1	131 361
17			b	14 975	126	0,8	14 849
18			c	149 186	2 976	2,0	146 210
19	26	Emsland . . . . .	a	120 255	4 144	3,4	116 111
20			b	11 871	188	1,6	11 683
21			c	132 126	4 332	3,3	127 794
22	27	Cloppenburg . . . . .	a	130 875	4 751	3,6	126 124
23			b	11 764	167	1,4	11 597
24			c	142 639	4 918	3,4	137 721
25	28	Hoya . . . . .	a	118 168	3 695	3,1	114 473
26			b	10 800	116	1,1	10 684
27			c	128 968	3 811	3,0	125 157
28	29	Verden . . . . .	a	151 199	3 846	2,5	147 353
29			b	15 394	165	1,1	15 229
30			c	166 593	4 011	2,4	162 582
31	30	Soltau — Harburg . . . . .	a	172 427	3 210	1,9	169 217
32			b	21 051	209	1,0	20 842
33			c	193 478	3 419	1,8	190 059
34	31	Lüneburg — Luchow - Dannenberg . . . . .	a	131 175	2 316	1,8	128 859
35			b	16 340	151	0,9	16 189
36			c	147 515	2 467	1,7	145 048
37	32	Lingen . . . . .	a	123 596	3 309	2,7	120 287
38			b	13 167	119	0,9	13 048
39			c	136 763	3 428	2,5	133 335
40	33	Osnabrück . . . . .	a	169 179	3 765	2,2	165 414
41			b	19 713	278	1,4	19 435
42			c	188 892	4 043	2,1	184 849
43	34	Nienburg . . . . .	a	146 959	4 695	3,2	142 264
44			b	16 179	160	1,0	16 019
45			c	163 138	4 855	3,0	158 283
46	35	Schaumburg . . . . .	a	175 987	3 429	1,9	172 558
47			b	23 083	151	0,7	22 932
48			c	199 070	3 580	1,8	195 490
49	36	Hannover I . . . . .	a	133 770	1 776	1,3	131 994
50			b	21 087	193	0,9	20 894
51			c	154 857	1 969	1,3	152 888
52	37	Hannover II . . . . .	a	123 945	1 782	1,4	122 163
53			b	20 630	159	0,8	20 471
54			c	144 575	1 941	1,3	142 634
55	38	Hannover III . . . . .	a	171 064	2 291	1,3	168 773
56			b	27 722	229	0,8	27 493
57			c	198 786	2 520	1,3	196 266
58	39	Celle . . . . .	a	178 434	2 824	1,6	175 610
59			b	22 749	161	0,7	22 588
60			c	201 183	2 985	1,5	198 198
61	40	Gifhorn . . . . .	a	155 433	3 956	2,5	151 477
62			b	16 211	158	1,0	16 053
63			c	171 644	4 114	2,4	167 530
64	41	Hameln — Springe . . . . .	a	118 956	2 258	1,9	116 698
65			b	16 444	176	1,1	16 268
66			c	135 400	2 434	1,8	132 966

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
sachsen												
85 545	56,1	56 611	37,2	9 251	6,1	955	0,6	429	0,3	305	0,2	1
9 625	48,1	8 602	43,0	1 527	7,6	237	1,2	122	0,6	35	0,2	2
95 170	55,2	65 213	37,8	10 778	6,3	1 192	0,7	551	0,3	340	0,2	3
80 613	53,0	59 249	39,0	11 408	7,5	831	0,5	266	0,2	355	0,2	4
8 695	44,8	8 650	44,5	1 854	9,5	227	1,2	104	0,5	38	0,2	5
89 308	52,1	67 899	39,6	13 262	7,7	1 058	0,6	370	0,2	393	0,2	6
73 647	47,3	61 108	39,2	19 456	12,5	1 614	1,0	721	0,5	642	0,4	7
6 401	39,7	7 183	44,6	2 268	14,1	259	1,6	143	0,9	38	0,2	8
80 048	46,6	68 291	39,7	21 724	12,6	1 873	1,1	864	0,5	680	0,4	9
63 151	51,5	46 349	37,8	12 280	10,0	879	0,7	294	0,2	366	0,3	10
5 433	44,9	5 151	42,5	1 418	11,7	108	0,9	52	0,4	23	0,2	11
68 584	50,9	51 500	38,2	13 698	10,2	987	0,7	346	0,3	389	0,3	12
50 824	46,2	50 146	45,6	8 217	7,5	725	0,7	206	0,2	411	0,4	13
5 154	39,8	6 471	50,0	1 173	9,1	155	1,2	76	0,6	32	0,2	14
55 978	45,6	56 617	46,1	9 390	7,6	880	0,7	282	0,2	443	0,4	15
57 074	43,4	63 606	48,4	9 742	7,4	939	0,7	199	0,2	627	0,5	16
5 680	38,3	7 648	51,5	1 346	9,1	175	1,2	73	0,5	49	0,3	17
62 754	42,9	71 254	48,7	11 088	7,6	1 114	0,8	272	0,2	676	0,5	18
38 473	33,1	71 529	61,6	5 527	4,8	582	0,5	221	0,2	292	0,3	19
3 574	30,6	7 261	62,2	705	6,0	143	1,2	76	0,7	32	0,3	20
42 047	32,9	78 790	61,7	6 232	4,9	725	0,6	297	0,2	324	0,3	21
29 512	23,4	89 875	71,3	6 262	5,0	475	0,4	143	0,1	238	0,2	22
2 655	22,9	8 161	70,4	662	5,7	119	1,0	65	0,6	16	0,1	23
32 167	23,4	98 036	71,2	6 924	5,0	594	0,4	208	0,2	254	0,2	24
48 741	42,6	53 631	46,9	11 398	10,0	703	0,6	194	0,2	356	0,3	25
4 009	37,5	5 331	49,9	1 231	11,5	113	1,1	55	0,5	18	0,2	26
52 750	42,1	58 962	47,1	12 629	10,1	816	0,7	249	0,2	374	0,3	27
67 068	45,5	67 441	45,8	11 843	8,0	1 001	0,7	369	0,3	388	0,3	28
6 144	40,3	7 455	49,0	1 444	9,5	186	1,2	84	0,6	37	0,2	29
73 212	45,0	74 896	46,1	13 287	8,2	1 187	0,7	453	0,3	425	0,3	30
68 107	40,2	83 998	49,6	16 030	9,5	1 082	0,6	320	0,2	619	0,4	31
7 270	34,9	11 258	54,0	2 115	10,1	199	1,0	68	0,3	74	0,4	32
75 377	39,7	95 256	50,1	18 145	9,5	1 281	0,7	388	0,2	693	0,4	33
54 431	42,2	63 793	49,5	9 692	7,5	943	0,7	204	0,2	501	0,4	34
5 967	36,9	8 543	52,8	1 433	8,9	246	1,5	78	0,5	59	0,4	35
60 398	41,6	72 336	49,9	11 125	7,7	1 189	0,8	282	0,2	560	0,4	36
39 220	32,6	75 207	62,5	5 446	4,5	414	0,3	156	0,1	194	0,2	37
3 908	30,0	8 201	62,9	801	6,1	138	1,1	76	0,6	25	0,2	38
43 128	32,3	83 408	62,6	6 247	4,7	552	0,4	232	0,2	219	0,2	39
73 160	44,2	78 809	47,6	12 634	7,6	811	0,5	233	0,1	286	0,2	40
6 860	35,3	10 544	54,3	1 801	9,3	230	1,2	106	0,5	37	0,2	41
80 020	43,3	89 353	48,3	14 435	7,8	1 041	0,6	339	0,2	323	0,2	42
60 268	42,4	67 430	47,4	13 787	9,7	779	0,5	180	0,1	453	0,3	43
5 840	36,5	8 442	52,7	1 557	9,7	180	1,1	66	0,4	44	0,3	44
66 108	41,8	75 872	47,9	15 344	9,7	959	0,6	246	0,2	497	0,3	45
86 016	49,8	73 077	42,3	12 784	7,4	681	0,4	254	0,1	283	0,2	46
9 877	43,1	10 746	46,9	2 115	9,2	194	0,8	80	0,3	47	0,2	47
95 893	49,1	83 823	42,9	14 899	7,6	875	0,4	334	0,2	330	0,2	48
69 202	52,4	49 320	37,4	12 396	9,4	1 076	0,8	517	0,4	294	0,2	49
9 072	43,4	9 285	44,4	2 307	11,0	230	1,1	119	0,6	45	0,2	50
78 274	51,2	58 605	38,3	14 703	9,6	1 306	0,9	636	0,4	339	0,2	51
66 385	54,3	43 506	35,6	11 251	9,2	1 021	0,8	519	0,4	246	0,2	52
8 919	43,6	9 230	45,1	2 093	10,2	229	1,1	121	0,6	43	0,2	53
75 304	52,8	52 736	37,0	13 344	9,4	1 250	0,9	640	0,4	289	0,2	54
82 851	49,1	69 421	41,1	15 636	9,3	865	0,5	328	0,2	321	0,2	55
11 421	41,5	12 862	46,8	2 944	10,7	266	1,0	128	0,5	51	0,2	56
94 272	48,0	82 283	41,9	18 580	9,5	1 131	0,6	456	0,2	372	0,2	57
74 934	42,7	84 990	48,4	14 421	8,2	1 265	0,7	337	0,2	744	0,4	58
8 056	35,7	12 108	53,6	2 190	9,7	234	1,0	85	0,4	84	0,4	59
82 990	41,9	97 098	49,0	16 611	8,4	1 499	0,8	422	0,2	828	0,4	60
70 256	46,4	71 069	46,9	9 374	6,2	778	0,5	227	0,1	378	0,2	61
6 653	41,4	8 114	50,5	1 143	7,1	143	0,9	66	0,4	30	0,2	62
76 909	45,9	79 183	47,3	10 517	6,3	921	0,5	293	0,2	408	0,2	63
57 598	49,4	49 805	42,5	8 976	7,7	519	0,4	161	0,1	265	0,2	64
6 382	39,2	8 257	50,8	1 493	9,2	136	0,8	65	0,4	35	0,2	65
63 980	48,1	57 862	43,5	10 469	7,9	655	0,5	226	0,2	300	0,2	66

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Nieder							
1	42	Holzminnden . . . . .	a	133 144	2 948	2,2	130 196
2			b	17 393	197	1,1	17 196
3			c	150 537	3 145	2,1	147 392
4	43	Hildesheim . . . . .	a	121 373	2 797	2,3	118 576
5			b	16 205	171	1,1	16 034
6			c	137 578	2 968	2,2	134 610
7	44	Salzgitter . . . . .	a	116 503	2 847	2,4	113 656
8			b	14 327	179	1,2	14 148
9			c	130 830	3 026	2,3	127 804
10	45	Braunschweig . . . . .	a	157 322	1 884	1,2	155 438
11			b	25 027	240	1,0	24 787
12			c	182 349	2 124	1,2	180 225
13	45	Helmstedt – Wolfsburg . . . . .	a	146 549	2 606	1,8	143 943
14			b	20 239	194	1,0	20 045
15			c	166 788	2 800	1,7	163 988
16	47	Goslar – Wolfenbüttel . . . . .	a	114 898	2 091	1,8	112 807
17			b	17 416	119	0,7	17 297
18			c	132 314	2 210	1,7	130 104
19	48	Northeim . . . . .	a	130 804	3 416	2,6	127 388
20			b	19 583	198	1,0	19 385
21			c	150 387	3 614	2,4	146 773
22	49	Göttingen . . . . .	a	138 079	2 080	1,5	135 999
23			b	21 868	245	1,1	21 623
24			c	159 947	2 325	1,5	157 622
25	20	Land insgesamt . . . . .	a	4 224 690	93 092	2,2	4 131 598
26	–		b	532 686	5 306	1,0	527 380
27	49		c	4 757 376	98 398	2,1	4 658 978
Bre							
28	50	Bremen - Ost . . . . .	a	159 981	821	0,5	159 160
29			b	20 800	91	0,4	20 709
30			c	180 781	912	0,5	179 869
31	51	Bremen - West . . . . .	a	122 197	677	0,6	121 520
32			b	12 499	30	0,2	12 469
33			c	134 696	707	0,5	133 989
34	52	Bremerhaven – Bremen - Nord . . . . .	a	146 638	927	0,6	145 711
35			b	13 467	48	0,4	13 419
36			c	160 105	975	0,6	159 130
37	50	Land insgesamt . . . . .	a	428 816	2 425	0,6	426 391
38	–		b	46 766	169	0,4	46 597
39	52		c	475 582	2 594	0,5	472 988
Nordrhein -							
40	53	Aachen - Stadt . . . . .	a	124 852	753	0,6	124 099
41			b	19 706	56	0,3	19 650
42			c	144 558	809	0,6	143 749
43	54	Aachen - Land . . . . .	a	170 117	1 231	0,7	168 886
44			b	19 670	60	0,3	19 610
45			c	189 787	1 291	0,7	188 496
46	55	Heinsberg . . . . .	a	125 245	1 108	0,9	124 137
47			b	15 211	62	0,4	15 149
48			c	140 456	1 170	0,8	139 286
49	56	Düren . . . . .	a	157 739	1 445	0,9	156 294
50			b	19 033	58	0,3	18 975
51			c	176 772	1 503	0,9	175 269
52	57	Euskirchen – Erftkreis I . . . . .	a	175 345	2 326	1,3	173 019
53			b	18 329	79	0,4	18 250
54			c	193 674	2 405	1,2	191 269
55	58	Erftkreis II . . . . .	a	164 066	2 450	1,5	161 616
56			b	21 336	85	0,4	21 251
57			c	185 402	2 535	1,4	182 867
58	59	Köln I . . . . .	a	88 514	555	0,6	87 959
59			b	16 043	61	0,4	15 982
60			c	104 557	616	0,6	103 941

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. – 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
sachsen												
69 689	53,5	51 514	39,6	8 359	6,4	634	0,5	227	0,2	282	0,2	1
8 085	47,0	7 758	45,1	1 218	7,1	135	0,8	68	0,4	27	0,2	2
77 774	52,8	59 272	40,2	9 577	6,5	769	0,5	295	0,2	309	0,2	3
58 666	49,5	51 533	43,5	7 789	6,6	588	0,5	193	0,2	239	0,2	4
6 030	37,6	8 633	53,8	1 229	7,7	142	0,9	62	0,4	22	0,1	5
64 696	48,1	60 166	44,7	9 018	6,7	730	0,5	255	0,2	261	0,2	6
61 307	53,9	45 581	40,1	6 169	5,4	599	0,5	203	0,2	236	0,2	7
6 668	47,1	6 386	45,1	963	6,8	131	0,9	62	0,4	22	0,2	8
67 975	53,2	51 967	40,7	7 132	5,6	730	0,6	265	0,2	258	0,2	9
79 282	51,0	60 952	39,2	14 066	9,0	1 138	0,7	464	0,3	315	0,2	10
10 508	42,4	11 290	45,5	2 743	11,1	246	1,0	120	0,5	48	0,2	11
89 790	49,8	72 242	40,1	16 809	9,3	1 384	0,8	584	0,3	363	0,2	12
67 083	46,6	66 591	46,3	9 445	6,6	824	0,6	212	0,1	411	0,3	13
8 359	41,7	9 840	49,1	1 644	8,2	202	1,0	79	0,4	43	0,2	14
75 442	46,0	76 431	46,6	11 089	6,8	1 026	0,6	291	0,2	454	0,3	15
55 485	49,2	48 931	43,4	7 800	6,9	591	0,5	193	0,2	253	0,2	16
6 679	38,6	9 035	52,2	1 427	8,2	156	0,9	58	0,3	35	0,2	17
62 164	47,8	57 966	44,6	9 227	7,1	747	0,6	251	0,2	288	0,2	18
66 545	52,2	52 013	40,8	8 071	6,3	759	0,6	221	0,2	365	0,3	19
8 275	42,7	9 378	48,4	1 556	8,0	176	0,9	61	0,3	54	0,3	20
74 820	51,0	61 391	41,8	9 627	6,6	935	0,6	282	0,2	419	0,3	21
63 764	46,9	59 809	44,0	11 304	8,3	1 122	0,8	479	0,4	295	0,2	22
8 406	38,9	10 626	49,1	2 312	10,7	279	1,3	144	0,7	31	0,1	23
72 170	45,8	70 435	44,7	13 616	8,6	1 401	0,9	623	0,4	326	0,2	24
1 918 897	46,4	1 866 694	45,2	320 814	7,8	25 193	0,6	8 670	0,2	10 960	0,3	25
210 605	39,9	262 449	49,8	48 712	9,2	5 614	1,1	2 562	0,5	1 174	0,2	26
2 129 502	45,7	2 129 143	45,7	369 526	7,9	30 807	0,7	11 232	0,2	12 134	0,3	27
men												
79 492	49,9	55 342	34,8	21 674	13,6	2 652	1,7	1 240	0,8	459	0,3	28
7 931	38,3	9 435	45,6	2 881	13,9	462	2,2	251	1,2	54	0,3	29
87 423	48,6	64 777	36,0	24 555	13,7	3 114	1,7	1 491	0,8	513	0,3	30
72 069	59,3	33 435	27,5	13 779	11,3	2 237	1,8	1 057	0,9	411	0,3	31
6 176	49,5	4 525	36,3	1 507	12,1	261	2,1	133	1,1	50	0,4	32
78 245	58,4	37 960	28,3	15 286	11,4	2 498	1,9	1 190	0,9	461	0,3	33
83 466	57,3	45 824	31,4	14 602	10,0	1 819	1,2	778	0,5	556	0,4	34
6 410	47,8	5 281	39,4	1 460	10,9	268	2,0	134	1,0	39	0,3	35
89 876	56,5	51 105	32,1	16 062	10,1	2 087	1,3	912	0,6	595	0,4	36
235 027	55,1	134 601	31,6	50 055	11,7	6 708	1,6	3 075	0,7	1 426	0,3	37
20 517	44,0	19 241	41,3	5 848	12,6	991	2,1	518	1,1	143	0,3	38
255 544	54,0	153 842	32,5	55 903	11,8	7 699	1,6	3 593	0,8	1 569	0,3	39
Westfalen												
53 938	43,5	59 205	47,7	9 979	8,0	977	0,8	361	0,3	260	0,2	40
6 450	32,8	11 357	57,8	1 653	8,4	190	1,0	78	0,4	16	0,1	41
60 388	42,0	70 562	49,1	11 632	8,1	1 167	0,8	439	0,3	276	0,2	42
81 901	48,5	77 161	45,7	8 747	5,2	1 077	0,6	479	0,3	406	0,2	43
8 066	41,1	10 369	52,9	1 038	5,3	137	0,7	65	0,3	29	0,1	44
89 967	47,7	87 530	46,4	9 785	5,2	1 214	0,6	544	0,3	435	0,2	45
42 073	33,9	75 101	60,5	6 252	5,0	711	0,6	203	0,2	353	0,3	46
4 817	31,8	9 566	63,1	671	4,4	95	0,6	26	0,2	35	0,2	47
46 890	33,7	84 667	60,8	6 923	5,0	806	0,6	229	0,2	388	0,3	48
67 104	42,9	79 919	51,1	8 511	5,4	760	0,5	269	0,2	259	0,2	49
6 239	32,9	11 493	60,6	1 116	5,9	127	0,7	46	0,2	28	0,1	50
73 343	41,8	91 412	52,2	9 627	5,5	887	0,5	315	0,2	287	0,2	51
71 214	41,2	88 186	51,0	12 731	7,4	888	0,5	313	0,2	353	0,2	52
6 584	36,1	10 150	55,6	1 388	7,6	128	0,7	48	0,3	41	0,2	53
77 798	40,7	98 336	51,4	14 119	7,4	1 016	0,5	361	0,2	394	0,2	54
73 868	45,7	69 825	43,2	16 950	10,5	973	0,6	420	0,3	315	0,2	55
7 605	35,8	11 287	53,1	2 221	10,5	138	0,6	55	0,3	28	0,1	56
81 473	44,6	81 112	44,4	19 171	10,5	1 111	0,6	475	0,3	343	0,2	57
46 770	53,2	31 595	35,9	8 316	9,5	1 278	1,5	573	0,7	234	0,3	58
6 288	39,3	7 994	50,0	1 475	9,2	225	1,4	88	0,6	44	0,3	59
53 058	51,0	39 589	38,1	9 791	9,4	1 503	1,4	661	0,6	278	0,3	60

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Nordrhein -							
1	60	Köln II . . . . .	a	88 423	464	0,5	87 959
2			b	18 313	45	0,2	18 268
3			c	106 736	509	0,5	106 227
4	61	Köln III . . . . .	a	119 825	688	0,6	119 137
5			b	17 175	39	0,2	17 136
6			c	137 000	727	0,5	136 273
7	62	Köln IV . . . . .	a	115 093	648	0,6	114 445
8			b	15 967	39	0,2	15 928
9			c	131 060	687	0,5	130 373
10	63	Bonn . . . . .	a	150 815	737	0,5	150 078
11			b	34 438	107	0,3	34 331
12			c	185 253	844	0,5	184 409
13	64	Rhein - Sieg - Kreis I . . . . .	a	164 989	985	0,6	164 004
14			b	20 583	73	0,4	20 510
15			c	185 572	1 058	0,6	184 514
16	65	Oberbergischer Kreis — Rhein - Sieg - Kreis II . . . . .	a	173 737	872	0,5	172 865
17			b	20 746	66	0,3	20 680
18			c	194 483	938	0,5	193 545
19	66	Rheinisch - Bergischer Kreis . . . . .	a	169 291	851	0,5	168 440
20			b	20 139	69	0,3	20 070
21			c	189 430	920	0,5	188 510
22	67	Leverkusen — Opladen . . . . .	a	161 697	1 299	0,8	160 398
23			b	20 221	76	0,4	20 145
24			c	181 918	1 375	0,8	180 543
25	68	Remscheid . . . . .	a	115 143	606	0,5	114 537
26			b	12 750	32	0,3	12 718
27			c	127 893	638	0,5	127 255
28	69	Wuppertal I . . . . .	a	114 265	550	0,5	113 715
29			b	15 941	40	0,3	15 901
30			c	130 206	590	0,5	129 616
31	70	Wuppertal II . . . . .	a	113 377	490	0,4	112 887
32			b	14 333	32	0,2	14 301
33			c	127 710	522	0,4	127 188
34	71	Solingen . . . . .	a	96 797	552	0,6	96 245
35			b	12 044	44	0,4	12 000
36			c	108 841	596	0,5	108 245
37	72	Düsseldorf - Mettmann I . . . . .	a	119 560	1 822	1,5	117 738
38			b	15 853	55	0,3	15 798
39			c	135 413	1 877	1,4	133 536
40	73	Düsseldorf - Mettmann II . . . . .	a	123 989	2 048	1,7	121 941
41			b	15 810	73	0,5	15 737
42			c	139 799	2 121	1,5	137 678
43	74	Düsseldorf I . . . . .	a	104 319	1 758	1,7	102 561
44			b	19 501	90	0,5	19 411
45			c	123 820	1 848	1,5	121 972
46	75	Düsseldorf II . . . . .	a	109 612	2 429	2,2	107 183
47			b	14 690	91	0,6	14 599
48			c	124 302	2 520	2,0	121 782
49	76	Düsseldorf III . . . . .	a	121 769	2 626	2,2	119 143
50			b	16 241	89	0,5	16 152
51			c	138 010	2 715	2,0	135 295
52	77	Neuss — Grevenbroich I . . . . .	a	172 180	844	0,5	171 336
53			b	21 889	62	0,3	21 827
54			c	194 069	906	0,5	193 163
55	78	Rheydt — Grevenbroich II . . . . .	a	112 360	691	0,6	111 669
56			b	12 115	50	0,4	12 065
57			c	124 475	741	0,6	123 734
58	79	Monchengladbach . . . . .	a	130 374	811	0,6	129 563
59			b	14 952	59	0,4	14 893
60			c	145 326	870	0,6	144 456
61	80	Krefeld . . . . .	a	118 010	743	0,6	117 267
62			b	23 826	83	0,3	23 743
63			c	141 836	826	0,6	141 010
64	81	Kempen - Krefeld . . . . .	a	104 427	655	0,6	103 772
65			b	11 094	33	0,3	11 061
66			c	115 521	688	0,6	114 833

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern.



der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd Nr.
SPD		CDU, CSU <sup>2)</sup>		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
40 744	46,3	36 537	41,5	9 773	11,1	905	1,0	427	0,5	161	0,2	1
6 131	33,6	9 960	54,5	1 998	10,9	179	1,0	74	0,4	33	0,2	2
46 875	44,1	46 497	43,8	11 771	11,1	1 084	1,0	501	0,5	194	0,2	3
62 600	52,5	44 440	37,3	10 948	9,2	1 149	1,0	475	0,4	271	0,2	4
7 260	42,4	8 196	47,8	1 494	8,7	186	1,1	72	0,4	38	0,2	5
69 860	51,3	52 636	38,6	12 442	9,1	1 335	1,0	547	0,4	309	0,2	6
61 278	53,5	41 570	36,3	10 646	9,3	951	0,8	367	0,3	256	0,2	7
6 711	42,1	7 633	47,9	1 434	9,0	150	0,9	58	0,4	28	0,2	8
67 989	52,1	49 203	37,7	12 080	9,3	1 101	0,8	425	0,3	284	0,2	9
51 367	34,2	80 632	53,7	16 883	11,2	1 196	0,8	589	0,4	267	0,2	10
10 065	29,3	19 897	58,0	4 045	11,8	324	0,9	146	0,4	56	0,2	11
61 432	33,3	100 529	54,5	20 928	11,3	1 520	0,8	735	0,4	323	0,2	12
57 301	34,9	89 870	54,8	15 982	9,7	851	0,5	316	0,2	304	0,2	13
5 835	28,4	12 577	61,8	1 951	9,5	147	0,7	66	0,3	21	0,1	14
63 136	34,2	102 447	55,5	17 933	9,7	998	0,5	382	0,2	325	0,2	15
71 730	41,5	84 372	48,8	15 765	9,1	998	0,6	313	0,2	430	0,2	16
7 148	34,6	11 486	55,5	1 855	9,0	191	0,9	64	0,3	54	0,3	17
78 878	40,8	95 858	49,5	17 620	9,1	1 189	0,6	377	0,2	484	0,3	18
67 949	40,3	81 351	48,3	18 024	10,7	1 116	0,7	458	0,3	391	0,2	19
6 675	33,3	11 127	55,4	2 098	10,5	170	0,8	79	0,4	33	0,2	20
74 624	39,6	92 478	49,1	20 122	10,7	1 286	0,7	537	0,3	424	0,2	21
76 962	48,0	65 710	41,0	16 575	10,3	1 151	0,7	471	0,3	344	0,2	22
8 290	41,2	9 651	47,9	2 016	10,0	188	0,9	93	0,5	37	0,2	23
85 252	47,2	75 361	41,7	18 591	10,3	1 339	0,7	564	0,3	381	0,2	24
51 961	45,4	50 704	44,3	10 974	9,6	898	0,8	479	0,4	305	0,3	25
4 520	35,5	6 736	53,0	1 324	10,4	138	1,1	86	0,7	24	0,2	26
56 481	44,4	57 440	45,1	12 298	9,7	1 036	0,8	565	0,4	329	0,3	27
52 112	45,8	45 857	40,3	14 719	12,9	1 027	0,9	568	0,5	279	0,2	28
5 746	36,1	8 026	50,5	1 947	12,2	182	1,1	76	0,5	41	0,3	29
57 858	44,6	53 883	41,6	16 666	12,9	1 209	0,9	644	0,5	320	0,2	30
53 757	47,6	44 519	39,4	13 622	12,1	989	0,9	580	0,5	240	0,2	31
5 707	39,9	6 884	48,1	1 565	10,9	145	1,0	76	0,5	26	0,2	32
59 464	46,8	51 403	40,4	15 187	11,9	1 134	0,9	656	0,5	266	0,2	33
45 558	47,3	39 941	41,5	9 746	10,1	1 000	1,0	642	0,7	195	0,2	34
4 518	37,7	6 084	50,7	1 236	10,3	162	1,4	98	0,8	16	0,1	35
50 076	46,3	46 025	42,5	10 982	10,1	1 162	1,1	740	0,7	211	0,2	36
53 955	45,8	50 942	43,3	12 007	10,2	834	0,7	407	0,3	227	0,2	37
5 470	34,6	8 566	54,2	1 597	10,1	165	1,0	78	0,5	21	0,1	38
59 425	44,5	59 508	44,6	13 604	10,2	999	0,7	485	0,4	248	0,2	39
55 776	45,7	52 555	43,1	12 601	10,3	1 009	0,8	500	0,4	319	0,3	40
5 877	37,3	8 197	52,1	1 494	9,5	169	1,1	88	0,6	28	0,2	41
61 653	44,8	60 752	44,1	14 095	10,2	1 178	0,9	588	0,4	347	0,3	42
42 644	41,6	47 436	46,3	11 538	11,2	943	0,9	488	0,5	190	0,2	43
6 119	31,5	10 917	56,2	2 154	11,1	221	1,1	102	0,5	38	0,2	44
48 763	40,0	58 353	47,8	13 692	11,2	1 164	1,0	590	0,5	228	0,2	45
55 959	52,2	41 015	38,3	9 087	8,5	1 122	1,0	635	0,6	272	0,3	46
5 942	40,7	7 225	49,5	1 256	8,6	176	1,2	90	0,6	33	0,2	47
61 901	50,8	48 240	39,6	10 343	8,5	1 298	1,1	725	0,6	305	0,3	48
57 101	47,9	50 337	42,2	10 574	8,9	1 131	0,9	618	0,5	260	0,2	49
6 015	37,2	8 488	52,6	1 460	9,0	189	1,2	105	0,7	28	0,2	50
63 116	46,7	58 825	43,5	12 034	8,9	1 320	1,0	723	0,5	288	0,2	51
68 004	39,7	86 399	50,4	15 810	9,2	1 123	0,7	433	0,3	396	0,2	52
6 959	31,9	12 609	57,8	2 058	9,4	201	0,9	79	0,4	44	0,2	53
74 963	38,8	99 008	51,3	17 868	9,3	1 324	0,7	512	0,3	440	0,2	54
48 756	43,7	54 071	48,4	8 203	7,3	639	0,6	278	0,2	236	0,2	55
3 940	32,7	7 130	59,1	901	7,5	94	0,8	32	0,3	26	0,2	56
52 696	42,6	61 201	49,5	9 104	7,4	733	0,6	310	0,3	262	0,2	57
51 410	39,7	68 427	52,8	8 914	6,9	812	0,6	338	0,3	279	0,2	58
4 148	27,9	9 683	65,0	922	6,2	140	0,9	53	0,4	29	0,2	59
55 558	38,5	78 110	54,1	9 836	6,8	952	0,7	391	0,3	308	0,2	60
55 041	46,9	50 596	43,1	10 779	9,2	851	0,7	331	0,3	294	0,3	61
8 498	35,8	12 775	53,8	2 206	9,3	264	1,1	112	0,5	53	0,2	62
63 539	45,1	63 371	44,9	12 985	9,2	1 115	0,8	443	0,3	347	0,2	63
40 162	38,7	55 043	53,0	7 983	7,7	584	0,6	183	0,2	233	0,2	64
3 414	30,9	6 698	60,6	862	7,8	87	0,8	36	0,3	30	0,3	65
43 576	37,9	61 741	53,8	8 845	7,7	671	0,6	219	0,2	263	0,2	66

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Nordrhein -							
1	82	Moers . . . . .	a	171 750	773	0,5	170 977
2			b	18 990	46	0,2	18 944
3			c	190 740	819	0,4	189 921
4	83	Kleve . . . . .	a	147 470	1 089	0,7	146 381
5			b	16 501	50	0,3	16 451
6			c	163 971	1 139	0,7	162 832
7	84	Dinslaken . . . . .	a	156 585	843	0,5	155 742
8			b	17 776	73	0,4	17 703
9			c	174 361	916	0,5	173 445
10	85	Oberhausen . . . . .	a	143 318	720	0,5	142 598
11			b	14 505	93	0,6	14 412
12			c	157 823	813	0,5	157 010
13	86	Mülheim . . . . .	a	115 987	493	0,4	115 494
14			b	14 040	32	0,2	14 008
15			c	130 027	525	0,4	129 502
16	87	Essen I . . . . .	a	130 676	608	0,5	130 068
17			b	16 352	48	0,3	16 304
18			c	147 028	656	0,4	146 372
19	88	Essen II . . . . .	a	128 657	586	0,5	128 071
20			b	14 232	71	0,5	14 161
21			c	142 889	657	0,5	142 232
22	89	Essen III . . . . .	a	139 555	534	0,4	139 021
23			b	22 958	86	0,4	22 872
24			c	162 513	620	0,4	161 893
25	90	Duisburg I . . . . .	a	111 143	566	0,5	110 577
26			b	12 733	32	0,3	12 701
27			c	123 876	598	0,5	123 278
28	91	Duisburg II . . . . .	a	128 775	522	0,4	128 253
29			b	17 119	46	0,3	17 073
30			c	145 894	568	0,4	145 326
31	92	Ahaus – Bocholt . . . . .	a	153 772	892	0,6	152 880
32			b	14 560	75	0,5	14 485
33			c	168 332	967	0,6	167 365
34	93	Tecklenburg . . . . .	a	141 031	818	0,6	140 213
35			b	13 709	24	0,2	13 685
36			c	154 740	842	0,5	153 898
37	94	Beckum – Warendorf . . . . .	a	140 657	711	0,5	139 946
38			b	15 930	41	0,3	15 889
39			c	156 587	752	0,5	155 835
40	95	Münster . . . . .	a	119 157	461	0,4	118 696
41			b	21 616	50	0,2	21 566
42			c	140 773	511	0,4	140 262
43	96	Steinfurt – Coesfeld . . . . .	a	165 050	937	0,6	164 113
44			b	17 650	44	0,2	17 606
45			c	182 700	981	0,5	181 719
46	97	Gelsenkirchen I . . . . .	a	95 462	482	0,5	94 980
47			b	12 686	44	0,3	12 642
48			c	108 148	526	0,5	107 622
49	98	Gelsenkirchen II . . . . .	a	95 893	524	0,5	95 369
50			b	12 427	26	0,2	12 401
51			c	108 320	550	0,5	107 770
52	99	Recklinghausen-Land . . . . .	a	155 119	3 504	2,3	151 615
53			b	18 790	202	1,1	18 588
54			c	173 909	3 706	2,1	170 203
55	100	Recklinghausen-Stadt . . . . .	a	137 173	2 985	2,2	134 188
56			b	18 284	127	0,7	18 157
57			c	155 457	3 112	2,0	152 345
58	101	Bottrop – Gladbeck . . . . .	a	111 216	1 902	1,7	109 314
59			b	14 173	63	0,4	14 110
60			c	125 389	1 965	1,6	123 424
61	102	Hoxter . . . . .	a	123 947	717	0,6	123 230
62			b	13 431	36	0,3	13 395
63			c	137 378	753	0,5	136 625
64	103	Bielefeld I . . . . .	a	144 907	980	0,7	143 927
65			b	18 096	48	0,3	18 048
66			c	163 003	1 028	0,6	161 975

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. — 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		NPD		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
104 867	61,3	52 754	30,9	12 112	7,1	1 244	0,7	519	0,3	437	0,3	1
9 937	52,5	7 286	38,5	1 501	7,9	220	1,2	92	0,5	46	0,2	2
114 804	60,4	60 040	31,6	13 613	7,2	1 464	0,8	611	0,3	483	0,3	3
50 509	34,5	87 122	59,5	8 177	5,6	573	0,4	184	0,1	235	0,2	4
4 743	28,8	10 582	64,3	985	6,0	141	0,9	60	0,4	20	0,1	5
55 252	33,9	97 704	60,0	9 162	5,6	714	0,4	244	0,1	255	0,2	6
84 773	54,4	57 709	37,1	12 379	7,9	881	0,6	431	0,3	252	0,2	7
7 820	44,2	8 159	46,1	1 539	8,7	185	1,0	83	0,5	33	0,2	8
92 593	53,4	65 868	38,0	13 918	8,0	1 066	0,6	514	0,3	285	0,2	9
84 595	59,3	48 205	33,8	8 786	6,2	1 012	0,7	562	0,4	279	0,2	10
6 995	48,5	6 358	44,1	927	6,4	132	0,9	68	0,5	22	0,2	11
91 590	58,3	54 563	34,8	9 713	6,2	1 144	0,7	630	0,4	301	0,2	12
65 631	56,8	38 357	33,2	10 634	9,2	872	0,8	497	0,4	162	0,1	13
6 391	45,6	6 146	43,9	1 337	9,5	134	1,0	81	0,6	19	0,1	14
72 022	55,6	44 503	34,4	11 971	9,2	1 006	0,8	578	0,4	181	0,1	15
78 056	60,0	42 652	32,8	8 187	6,3	1 173	0,9	769	0,6	202	0,2	16
8 076	49,5	7 094	43,5	968	5,9	166	1,0	104	0,6	15	0,1	17
86 132	58,8	49 746	34,0	9 155	6,3	1 339	0,9	873	0,6	217	0,1	18
84 660	66,1	35 760	27,9	6 459	5,0	1 192	0,9	717	0,6	217	0,2	19
7 974	56,3	5 320	37,6	710	5,0	157	1,1	95	0,7	22	0,2	20
92 634	65,1	41 080	28,9	7 169	5,0	1 349	0,9	812	0,6	239	0,2	21
64 791	46,6	59 526	42,8	13 589	9,8	1 115	0,8	672	0,5	212	0,2	22
8 499	37,2	11 793	51,6	2 326	10,2	254	1,1	142	0,6	34	0,1	23
73 290	45,3	71 319	44,1	15 915	9,8	1 369	0,8	814	0,5	246	0,2	24
74 483	67,4	29 782	26,9	5 396	4,9	916	0,8	434	0,4	210	0,2	25
7 090	55,8	4 742	37,3	740	5,8	129	1,0	58	0,5	33	0,3	26
81 573	66,2	34 524	28,0	6 136	5,0	1 045	0,8	492	0,4	243	0,2	27
73 835	57,6	44 108	34,4	9 147	7,1	1 163	0,9	620	0,5	264	0,2	28
8 305	48,6	7 285	42,7	1 301	7,6	182	1,1	80	0,5	35	0,2	29
82 140	56,5	51 393	35,4	10 448	7,2	1 345	0,9	700	0,5	299	0,2	30
45 708	29,9	100 979	66,1	5 677	3,7	516	0,3	199	0,1	184	0,1	31
3 758	25,9	9 870	68,1	727	5,0	130	0,9	65	0,4	19	0,1	32
49 466	29,6	110 849	66,2	6 404	3,8	646	0,4	264	0,2	213	0,1	33
57 297	40,9	71 506	51,0	10 800	7,7	610	0,4	249	0,2	202	0,1	34
4 505	32,9	7 818	57,1	1 208	8,8	154	1,1	73	0,5	26	0,2	35
61 802	40,2	79 324	51,5	12 008	7,8	764	0,5	322	0,2	228	0,1	36
55 695	39,8	75 040	53,6	8 373	6,0	838	0,6	402	0,3	227	0,2	37
5 277	33,2	9 484	59,7	946	6,0	182	1,1	106	0,7	19	0,1	38
60 972	39,1	84 524	54,2	9 319	6,0	1 020	0,7	508	0,3	246	0,2	39
46 380	39,1	58 493	49,3	12 594	10,6	1 229	1,0	644	0,5	188	0,2	40
6 694	31,0	12 519	58,0	2 060	9,6	293	1,4	166	0,8	29	0,1	41
53 074	37,8	71 012	50,6	14 654	10,4	1 522	1,1	810	0,6	217	0,2	42
57 061	34,8	98 189	59,8	8 276	5,0	587	0,4	218	0,1	190	0,1	43
4 952	28,1	11 514	65,4	970	5,5	170	1,0	90	0,5	30	0,2	44
62 013	34,1	109 703	60,4	9 246	5,1	757	0,4	308	0,2	220	0,1	45
60 314	63,5	28 972	30,5	4 775	5,0	919	1,0	553	0,6	193	0,2	46
7 553	59,7	4 394	34,8	583	4,6	112	0,9	71	0,6	18	0,1	47
67 867	63,1	33 366	31,0	5 358	5,0	1 031	1,0	624	0,6	211	0,2	48
60 906	63,9	28 620	30,0	4 913	5,2	930	1,0	497	0,5	229	0,2	49
7 570	61,0	4 116	33,2	595	4,8	120	1,0	69	0,6	27	0,2	50
68 476	63,5	32 736	30,4	5 508	5,1	1 050	1,0	566	0,5	256	0,2	51
80 997	53,4	60 749	40,1	8 690	5,7	1 179	0,8	620	0,4	303	0,2	52
8 763	47,1	8 499	45,7	1 146	6,2	180	1,0	77	0,4	27	0,1	53
89 760	52,7	69 248	40,7	9 836	5,8	1 359	0,8	697	0,4	330	0,2	54
75 250	56,1	50 402	37,6	7 647	5,7	889	0,7	423	0,3	242	0,2	55
9 005	49,6	8 072	44,5	950	5,2	130	0,7	59	0,3	29	0,2	56
84 255	55,3	58 474	38,4	8 597	5,6	1 019	0,7	482	0,3	271	0,2	57
67 777	62,0	34 938	32,0	4 875	4,5	1 724	1,6	1 306	1,2	189	0,2	58
7 501	53,2	5 838	41,4	558	4,0	213	1,5	168	1,2	10	0,1	59
75 278	61,0	40 776	33,0	5 433	4,4	1 937	1,6	1 474	1,2	199	0,2	60
34 037	27,6	83 445	67,7	5 342	4,3	406	0,3	122	0,1	174	0,1	61
3 202	23,9	9 317	69,6	756	5,6	120	0,9	64	0,5	14	0,1	62
37 239	27,3	92 762	67,9	6 098	4,5	526	0,4	186	0,1	188	0,1	63
64 314	44,7	64 111	44,5	14 718	10,2	784	0,5	278	0,2	309	0,2	64
6 847	37,9	9 078	50,3	1 950	10,8	173	1,0	63	0,3	31	0,2	65
71 161	43,9	73 189	45,2	16 668	10,3	957	0,6	341	0,2	340	0,2	66

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Nordrhein -							
1	104	Bielefeld II . . . . .	a	133 912	844	0,6	133 068
2			b	18 031	60	0,3	17 971
3			c	151 943	904	0,6	151 039
4	105	Detmold — Lippe . . . . .	a	186 136	1 272	0,7	184 864
5			b	21 073	58	0,3	21 015
6			c	207 209	1 330	0,6	205 879
7	106	Paderborn — Wiedenbrück . . . . .	a	138 352	773	0,6	137 579
8			b	17 096	44	0,3	17 052
9			c	155 448	817	0,5	154 631
10	107	Herford . . . . .	a	151 564	1 189	0,8	150 375
11			b	16 623	44	0,3	16 579
12			c	168 187	1 233	0,7	166 954
13	108	Minden . . . . .	a	178 967	1 617	0,9	177 350
14			b	18 690	46	0,2	18 644
15			c	197 657	1 663	0,8	196 994
16	109	Lüdinghausen . . . . .	a	179 213	989	0,6	178 224
17			b	21 339	61	0,3	21 278
18			c	200 552	1 050	0,5	199 502
19	110	Wanne-Eickel — Wattenscheid . . . . .	a	105 478	496	0,5	104 982
20			b	11 696	22	0,2	11 674
21			c	117 174	518	0,4	116 656
22	111	Herne — Castrop-Rauxel . . . . .	a	108 741	1 238	1,1	107 503
23			b	12 096	33	0,3	12 063
24			c	120 837	1 271	1,1	119 566
25	112	Ennepe-Ruhr-Kreis . . . . .	a	159 907	725	0,5	159 182
26			b	20 566	52	0,3	20 514
27			c	180 473	777	0,4	179 696
28	113	Hagen . . . . .	a	110 455	514	0,5	109 941
29			b	15 947	42	0,3	15 905
30			c	126 402	556	0,4	125 846
31	114	Dortmund I . . . . .	a	138 915	586	0,4	138 329
32			b	19 672	45	0,2	19 627
33			c	158 587	631	0,4	157 956
34	115	Dortmund II . . . . .	a	111 405	537	0,5	110 868
35			b	11 414	24	0,2	11 390
36			c	122 819	561	0,5	122 258
37	166	Dortmund III . . . . .	a	123 124	586	0,5	122 538
38			b	13 649	42	0,3	13 607
39			c	136 773	628	0,5	136 145
40	117	Bochum . . . . .	a	126 349	575	0,5	125 774
41			b	18 720	43	0,2	18 677
42			c	145 069	618	0,4	144 451
43	118	Bochum — Witten . . . . .	a	134 815	729	0,5	134 086
44			b	16 624	79	0,5	16 545
45			c	151 439	808	0,5	150 631
46	119	Iserlohn . . . . .	a	155 364	788	0,5	154 576
47			b	18 353	55	0,3	18 298
48			c	173 717	843	0,5	172 874
49	120	Lippstadt — Brilon . . . . .	a	105 766	647	0,6	105 119
50			b	12 868	27	0,2	12 841
51			c	118 634	674	0,6	117 960
52	121	Olpe — Meschede . . . . .	a	111 739	534	0,5	111 205
53			b	14 206	39	0,3	14 167
54			c	125 945	573	0,5	125 372
55	122	Arnsberg — Soest . . . . .	a	154 792	906	0,6	153 886
56			b	19 733	69	0,3	19 664
57			c	174 525	975	0,6	173 550
58	123	Unna . . . . .	a	141 978	712	0,5	141 266
59			b	15 834	55	0,3	15 779
60			c	157 812	767	0,5	157 045
61	124	Ludenscheid . . . . .	a	134 557	819	0,6	133 738
62			b	17 300	37	0,2	17 263
63			c	151 857	856	0,6	151 001
64	125	Siegen — Wittgenstein . . . . .	a	167 424	1 035	0,6	166 389
65			b	18 326	47	0,3	18 279
66			c	185 750	1 082	0,6	184 668
67	53	Land insgesamt . . . . .	a	9 822 183	72 795	0,7	9 749 388
68	--		b	1 244 363	4 189	0,3	1 240 174
69	125		c	11 066 546	76 984	0,7	10 989 562

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
64 981	48,8	53 488	40,2	13 546	10,2	1 053	0,8	455	0,3	271	0,2	1
6 949	38,7	8 904	49,5	1 883	10,5	235	1,3	112	0,6	21	0,1	2
71 930	47,6	62 392	41,3	15 429	10,2	1 288	0,9	567	0,4	292	0,2	3
88 985	48,1	75 058	40,6	19 660	10,6	1 161	0,6	410	0,2	454	0,2	4
8 038	38,2	10 532	50,1	2 177	10,4	268	1,3	110	0,5	49	0,2	5
97 023	47,1	85 590	41,6	21 837	10,6	1 429	0,7	520	0,3	503	0,2	6
38 109	27,7	90 239	65,6	8 689	6,3	542	0,4	141	0,1	213	0,2	7
4 016	23,6	11 729	68,8	1 162	6,8	145	0,9	52	0,3	24	0,1	8
42 125	27,2	101 968	65,9	9 851	6,4	687	0,4	193	0,1	237	0,2	9
77 131	51,3	59 672	39,7	12 696	8,4	876	0,6	327	0,2	339	0,2	10
6 792	41,0	8 251	49,8	1 360	8,2	176	1,1	74	0,4	28	0,2	11
83 923	50,3	67 923	40,7	14 056	8,4	1 052	0,6	401	0,2	367	0,2	12
87 506	49,3	72 879	41,1	16 030	9,0	935	0,5	329	0,2	381	0,2	13
7 215	38,7	9 422	50,5	1 782	9,6	225	1,2	92	0,5	39	0,2	14
94 721	48,3	82 301	42,0	17 812	9,1	1 160	0,6	421	0,2	420	0,2	15
84 453	47,4	83 441	46,8	9 268	5,2	1 062	0,6	436	0,2	426	0,2	16
8 538	40,1	11 256	52,9	1 307	6,1	177	0,8	78	0,4	48	0,2	17
92 991	46,6	94 697	47,5	10 575	5,3	1 239	0,6	514	0,3	474	0,2	18
66 313	63,2	32 334	30,8	5 419	5,2	916	0,9	451	0,4	252	0,2	19
6 347	54,4	4 638	39,7	581	5,0	108	0,9	43	0,4	18	0,2	20
72 660	62,3	36 972	31,7	6 000	5,1	1 024	0,9	494	0,4	270	0,2	21
67 738	63,0	33 705	31,4	5 135	4,8	925	0,9	494	0,5	214	0,2	22
6 394	53,0	4 910	40,7	644	5,3	115	1,0	57	0,5	17	0,1	23
74 132	62,0	38 615	32,3	5 779	4,8	1 040	0,9	551	0,5	231	0,2	24
86 050	54,1	58 272	36,6	13 582	8,5	1 278	0,8	660	0,4	404	0,3	25
9 607	46,8	8 851	43,1	1 815	8,8	241	1,2	120	0,6	49	0,2	26
95 657	53,2	67 123	37,4	15 397	8,6	1 519	0,8	780	0,4	453	0,3	27
58 024	52,8	42 109	38,3	8 805	8,0	1 003	0,9	470	0,4	395	0,4	28
6 890	43,3	7 563	47,6	1 281	8,1	171	1,1	72	0,5	42	0,3	29
64 914	51,6	49 672	39,5	10 086	8,0	1 174	0,9	542	0,4	437	0,3	30
76 737	55,5	48 553	35,1	11 712	8,5	1 327	1,0	709	0,5	302	0,2	31
8 905	45,4	8 630	44,0	1 868	9,5	224	1,1	114	0,6	29	0,1	32
85 642	54,2	57 183	36,2	13 580	8,6	1 551	1,0	823	0,5	331	0,2	33
73 524	66,3	31 136	28,1	5 210	4,7	998	0,9	520	0,5	259	0,2	34
6 853	60,2	3 819	33,5	587	5,2	131	1,2	76	0,7	20	0,2	35
80 377	65,7	34 955	28,6	5 797	4,7	1 129	0,9	596	0,5	279	0,2	36
74 659	60,9	39 157	32,0	7 434	6,1	1 288	1,1	555	0,5	366	0,3	37
7 093	52,1	5 489	40,3	848	6,2	177	1,3	78	0,6	37	0,3	38
81 752	60,0	44 646	32,8	8 282	6,1	1 465	1,1	633	0,5	403	0,3	39
74 562	59,3	41 259	32,8	8 712	6,9	1 241	1,0	516	0,4	301	0,2	40
9 084	48,6	8 085	43,3	1 318	7,1	190	1,0	83	0,4	40	0,2	41
83 646	57,9	49 344	34,2	10 030	6,9	1 431	1,0	599	0,4	341	0,2	42
84 308	62,9	40 083	29,9	8 507	6,3	1 188	0,9	508	0,4	342	0,3	43
8 888	53,7	6 407	38,7	1 081	6,5	169	1,0	66	0,4	38	0,2	44
93 196	61,9	46 490	30,9	9 588	6,4	1 357	0,9	574	0,4	380	0,3	45
74 085	47,9	67 252	43,5	12 208	7,9	1 031	0,7	309	0,2	480	0,3	46
7 030	38,4	9 627	52,6	1 495	8,2	146	0,8	61	0,3	31	0,2	47
81 115	46,9	76 879	44,5	13 703	7,9	1 177	0,7	370	0,2	511	0,3	48
38 253	36,4	60 656	57,7	5 728	5,4	482	0,5	130	0,1	211	0,2	49
3 887	30,3	8 042	62,6	796	6,2	116	0,9	52	0,4	15	0,1	50
42 140	35,7	68 698	58,2	6 524	5,5	598	0,5	182	0,2	226	0,2	51
33 565	30,2	72 611	65,3	4 597	4,1	432	0,4	146	0,1	155	0,1	52
3 778	26,7	9 529	67,3	737	5,2	123	0,9	56	0,4	6	0,0	53
37 343	29,8	82 140	65,5	5 334	4,3	555	0,4	202	0,2	161	0,1	54
60 298	39,2	82 808	53,8	9 935	6,5	845	0,5	246	0,2	396	0,3	55
6 299	32,0	11 714	59,6	1 420	7,2	231	1,2	88	0,4	59	0,3	56
66 597	38,4	94 522	54,5	11 355	6,5	1 076	0,6	334	0,2	455	0,3	57
83 550	59,1	47 077	33,3	9 610	6,8	1 029	0,7	371	0,3	417	0,3	58
8 000	50,7	6 398	40,5	1 207	7,6	174	1,1	71	0,4	40	0,3	59
91 550	58,3	53 475	34,1	10 817	6,9	1 203	0,8	442	0,3	457	0,3	60
65 631	49,1	54 918	41,1	12 164	9,1	1 025	0,8	290	0,2	558	0,4	61
6 801	39,4	8 753	50,7	1 529	8,9	180	1,0	78	0,5	60	0,3	62
72 432	48,0	63 671	42,2	13 693	9,1	1 205	0,8	368	0,2	618	0,4	63
77 382	46,5	71 226	42,8	16 642	10,0	1 139	0,7	446	0,3	501	0,3	64
7 286	39,9	9 016	49,3	1 761	9,6	216	1,2	91	0,5	56	0,3	65
84 668	45,8	80 242	43,5	18 403	10,0	1 355	0,7	537	0,3	557	0,3	66
4 666 775	47,9	4 252 668	43,6	759 474	7,8	70 471	0,7	32 349	0,3	21 076	0,2	67
487 184	39,3	639 610	51,6	100 857	8,1	12 523	1,0	5 827	0,5	2 282	0,2	68
5 153 959	46,9	4 892 278	44,5	860 331	7,8	82 994	0,8	38 176	0,3	23 358	0,2	69

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
1	126	Waldeck . . . . .	a	117 670	808	0,7	116 862
2			b	13 211	55	0,4	13 156
3			c	130 881	863	0,7	130 018
4	127	Kassel . . . . .	a	140 123	915	0,7	139 208
5			b	24 123	159	0,7	23 964
6			c	164 246	1 074	0,7	163 172
7	128	Werra - Meißner . . . . .	a	126 520	1 002	0,8	125 518
8			b	14 565	47	0,3	14 518
9			c	141 085	1 049	0,7	140 036
10	129	Fritzlar . . . . .	a	115 778	972	0,8	114 806
11			b	11 053	47	0,4	11 006
12			c	126 831	1 019	0,8	125 812
13	130	Hersfeld . . . . .	a	131 736	997	0,8	130 739
14			b	13 746	62	0,5	13 684
15			c	145 482	1 059	0,7	144 423
16	131	Marburg . . . . .	a	128 980	840	0,7	128 140
17			b	12 828	42	0,3	12 786
18			c	141 808	882	0,6	140 926
19	132	Wetzlar . . . . .	a	159 002	1 275	0,8	157 727
20			b	14 494	49	0,3	14 445
21			c	173 496	1 324	0,8	172 172
22	133	Gießen . . . . .	a	150 387	1 314	0,9	149 073
23			b	13 970	44	0,3	13 926
24			c	164 357	1 358	0,8	162 999
25	134	Fulda . . . . .	a	172 859	1 385	0,8	171 474
26			b	15 746	63	0,4	15 683
27			c	188 605	1 448	0,8	187 157
28	135	Hochtaunus . . . . .	a	172 044	1 120	0,7	170 924
29			b	26 913	133	0,5	26 780
30			c	198 957	1 253	0,6	197 704
31	136	Wetterau . . . . .	a	148 571	1 253	0,8	147 318
32			b	14 810	63	0,4	14 747
33			c	163 381	1 316	0,8	162 065
34	137	Limburg . . . . .	a	141 927	1 187	0,8	140 740
35			b	16 448	76	0,5	16 372
36			c	158 375	1 263	0,8	157 112
37	138	Wiesbaden . . . . .	a	139 632	932	0,7	138 700
38			b	20 093	83	0,4	20 010
39			c	159 725	1 015	0,6	158 710
40	139	Hanau . . . . .	a	175 361	1 636	0,9	173 725
41			b	19 226	81	0,4	19 145
42			c	194 587	1 717	0,9	192 870
43	140	Frankfurt (Main) I – Main - Taunus . . . . .	a	136 554	926	0,7	135 628
44			b	18 658	61	0,3	18 597
45			c	155 212	987	0,6	154 225
46	141	Frankfurt (Main) II . . . . .	a	127 926	981	0,8	126 945
47			b	22 963	93	0,4	22 870
48			c	150 889	1 074	0,7	149 815
49	142	Frankfurt (Main) III . . . . .	a	116 252	1 011	0,9	115 241
50			b	18 851	101	0,5	18 750
51			c	135 103	1 112	0,8	133 991
52	143	Groß - Gerau . . . . .	a	165 988	1 227	0,7	164 761
53			b	19 653	64	0,3	19 589
54			c	185 641	1 291	0,7	184 350
55	144	Offenbach . . . . .	a	161 644	1 169	0,7	160 475
56			b	23 122	87	0,4	23 035
57			c	184 766	1 256	0,7	183 510
58	145	Darmstadt . . . . .	a	151 709	1 455	1,0	150 254
59			b	21 379	114	0,5	21 265
60			c	173 088	1 569	0,9	171 519
61	146	Dieburg . . . . .	a	175 292	1 871	1,1	173 421
62			b	18 527	109	0,6	18 418
63			c	193 819	1 980	1,0	191 839
64	147	Bergstraße . . . . .	a	139 714	1 306	0,9	138 408
65			b	15 227	58	0,4	15 169
66			c	154 941	1 364	0,9	153 577
67	126	Land insgesamt . . . . .	a	3 195 669	25 582	0,8	3 170 087
68	—		b	389 606	1 691	0,4	387 915
69	147		c	3 585 275	27 273	0,8	3 558 002

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. -- 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
sen												
58 025	49,7	48 619	41,6	9 371	8,0	847	0,7	255	0,2	406	0,3	1
5 623	42,7	6 168	46,9	1 226	9,3	139	1,1	52	0,4	33	0,3	2
63 648	49,0	54 787	42,1	10 597	8,2	986	0,8	307	0,2	439	0,3	3
75 505	54,2	49 662	35,7	12 549	9,0	1 492	1,1	682	0,5	339	0,2	4
10 747	44,8	10 294	43,0	2 486	10,4	437	1,8	203	0,8	56	0,2	5
86 252	52,9	59 956	36,7	15 035	9,2	1 929	1,2	885	0,5	395	0,2	6
72 355	57,6	44 129	35,2	8 237	6,6	797	0,6	376	0,3	219	0,2	7
7 355	50,7	5 873	40,5	1 130	7,8	160	1,1	91	0,6	20	0,1	8
79 710	56,9	50 002	35,7	9 367	6,7	957	0,7	467	0,3	239	0,2	9
57 939	50,5	47 885	41,7	8 226	7,2	756	0,7	307	0,3	295	0,3	10
4 940	44,9	5 074	46,1	846	7,7	146	1,3	74	0,7	23	0,2	11
62 879	50,0	52 959	42,1	9 072	7,2	902	0,7	381	0,3	318	0,3	12
64 436	49,3	57 578	44,0	8 039	6,1	686	0,5	289	0,2	247	0,2	13
6 107	44,6	6 362	46,5	1 064	7,8	151	1,1	90	0,7	17	0,1	14
70 543	48,8	63 940	44,3	9 103	6,3	837	0,6	379	0,3	264	0,2	15
60 029	46,8	57 426	44,8	8 734	6,8	1 951	1,5	1 308	1,0	358	0,3	16
5 147	40,3	6 105	47,7	1 103	8,6	431	3,4	343	2,7	25	0,2	17
65 176	46,2	63 531	45,1	9 837	7,0	2 382	1,7	1 651	1,2	383	0,3	18
76 406	48,4	67 305	42,7	12 695	8,0	1 321	0,8	469	0,3	596	0,4	19
5 967	41,3	6 938	48,0	1 353	9,4	187	1,3	87	0,6	43	0,3	20
82 373	47,8	74 243	43,1	14 048	8,2	1 508	0,9	556	0,3	639	0,4	21
69 827	46,8	66 001	44,3	11 805	7,9	1 440	1,0	592	0,4	457	0,3	22
5 815	41,8	6 557	47,1	1 309	9,4	245	1,8	121	0,9	40	0,3	23
75 642	46,4	72 558	44,5	13 114	8,0	1 685	1,0	713	0,4	497	0,3	24
60 179	35,1	99 984	58,3	10 162	5,9	1 149	0,7	397	0,2	519	0,3	25
4 820	30,7	9 540	60,8	1 150	7,3	173	1,1	87	0,6	35	0,2	26
64 999	34,7	109 524	58,5	11 312	6,0	1 322	0,7	484	0,3	554	0,3	27
68 376	40,0	83 708	49,0	17 330	10,1	1 510	0,9	567	0,3	609	0,4	28
8 453	31,6	14 831	55,4	3 198	11,9	298	1,1	122	0,5	69	0,3	29
76 829	38,9	98 539	49,8	20 528	10,4	1 808	0,9	689	0,3	678	0,3	30
69 234	47,0	65 273	44,3	11 496	7,8	1 315	0,9	428	0,3	616	0,4	31
6 064	41,1	6 998	47,5	1 501	10,2	184	1,2	80	0,5	49	0,3	32
75 298	46,5	72 271	44,6	12 997	8,0	1 499	0,9	508	0,3	665	0,4	33
56 408	40,1	73 043	51,9	10 340	7,3	949	0,7	296	0,2	439	0,3	34
5 214	31,8	9 634	58,8	1 372	8,4	152	0,9	55	0,3	50	0,3	35
61 622	39,2	82 677	52,6	11 712	7,5	1 101	0,7	351	0,2	489	0,3	36
63 465	45,8	59 698	43,0	14 094	10,2	1 443	1,0	464	0,3	533	0,4	37
6 903	34,5	10 503	52,5	2 351	11,7	253	1,3	97	0,5	72	0,4	38
70 368	44,3	70 201	44,2	16 445	10,4	1 696	1,1	561	0,4	605	0,4	39
80 771	46,5	77 213	44,4	13 803	7,9	1 938	1,1	973	0,6	587	0,3	40
7 995	41,8	9 162	47,9	1 732	9,0	256	1,3	133	0,7	55	0,3	41
88 766	46,0	86 375	44,8	15 535	8,1	2 194	1,1	1 106	0,6	642	0,3	42
61 940	45,7	58 548	43,2	13 470	9,9	1 670	1,2	622	0,5	644	0,5	43
7 399	39,8	9 047	48,6	1 900	10,2	251	1,3	98	0,5	71	0,4	44
69 339	45,0	67 595	43,8	15 370	10,0	1 921	1,2	720	0,5	715	0,5	45
55 303	43,6	55 274	43,5	14 377	11,3	1 991	1,6	927	0,7	547	0,4	46
8 141	35,6	11 561	50,6	2 800	12,2	368	1,6	177	0,8	77	0,3	47
63 444	42,3	66 835	44,6	17 177	11,5	2 359	1,6	1 104	0,7	624	0,4	48
52 512	45,6	48 713	42,3	11 991	10,4	2 025	1,8	754	0,7	599	0,5	49
7 346	39,2	8 822	47,1	2 263	12,1	319	1,7	142	0,8	50	0,3	50
59 858	44,7	57 535	42,9	14 254	10,6	2 344	1,7	896	0,7	649	0,5	51
81 894	49,7	67 802	41,2	13 500	8,2	1 565	0,9	566	0,3	599	0,4	52
8 663	44,2	8 829	45,1	1 861	9,5	236	1,2	90	0,5	78	0,4	53
90 557	49,1	76 631	41,6	15 361	8,3	1 801	1,0	656	0,4	677	0,4	54
74 292	46,3	69 542	43,3	14 854	9,3	1 787	1,1	766	0,5	525	0,3	55
9 052	39,3	11 247	48,8	2 453	10,6	283	1,2	141	0,6	53	0,2	56
83 344	45,4	80 789	44,0	17 307	9,4	2 070	1,1	907	0,5	578	0,3	57
72 525	48,3	60 663	40,4	15 093	10,0	1 973	1,3	811	0,5	596	0,4	58
8 807	41,4	9 683	45,5	2 470	11,6	305	1,4	133	0,6	43	0,2	59
81 332	47,4	70 346	41,0	17 563	10,2	2 278	1,3	944	0,6	639	0,4	60
79 388	45,8	79 765	46,0	12 404	7,2	1 864	1,1	849	0,5	627	0,4	61
7 127	38,7	9 241	50,2	1 795	9,7	255	1,4	114	0,6	48	0,3	62
86 515	45,1	89 006	46,4	14 199	7,4	2 119	1,1	963	0,5	675	0,4	63
62 377	45,1	65 237	47,1	9 573	6,9	1 221	0,9	435	0,3	586	0,4	64
5 494	36,2	8 158	53,8	1 358	9,0	159	1,0	69	0,5	38	0,3	65
67 871	44,2	73 395	47,8	10 931	7,1	1 380	0,9	504	0,3	624	0,4	66
1 473 186	46,5	1 403 068	44,3	262 143	8,3	31 690	1,0	13 133	0,4	10 943	0,3	67
153 179	39,5	190 627	49,1	38 721	10,0	5 388	1,4	2 599	0,7	1 045	0,3	68
1 626 365	45,7	1 593 695	44,8	300 864	8,5	37 078	1,0	15 732	0,4	11 988	0,3	69

Lfd Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Rheinland -							
1	148	Neuwied . . . . .	a	169 023	1 094	0,6	167 929
2			b	17 648	51	0,3	17 597
3			c	186 671	1 145	0,6	185 526
4	149	Ahrweiler . . . . .	a	132 289	877	0,7	131 412
5			b	13 795	38	0,3	13 757
6			c	146 084	915	0,6	145 169
7	150	Koblenz . . . . .	a	142 983	868	0,6	142 115
8			b	17 630	79	0,4	17 551
9			c	160 613	947	0,6	159 666
10	151	Cochern . . . . .	a	109 920	1 053	1,0	108 867
11			b	8 387	30	0,4	8 357
12			c	118 307	1 083	0,9	117 224
13	152	Kreuznach . . . . .	a	147 807	1 078	0,7	146 729
14			b	13 159	33	0,3	13 126
15			c	160 966	1 111	0,7	159 855
16	153	Bitburg . . . . .	a	124 076	1 343	1,1	122 733
17			b	9 277	38	0,4	9 239
18			c	133 353	1 381	1,0	131 972
19	154	Trier . . . . .	a	135 420	1 339	1,0	134 081
20			b	12 215	68	0,6	12 147
21			c	147 635	1 407	1,0	146 228
22	155	Montabaur . . . . .	a	173 717	1 402	0,8	172 315
23			b	16 602	49	0,3	16 553
24			c	190 319	1 451	0,8	188 868
25	156	Mainz . . . . .	a	166 502	1 022	0,6	165 480
26			b	19 632	75	0,4	19 557
27			c	186 134	1 097	0,6	185 037
28	157	Worms . . . . .	a	129 888	1 079	0,8	128 809
29			b	12 601	59	0,5	12 542
30			c	142 489	1 138	0,8	141 351
31	158	Frankenthal . . . . .	a	109 153	980	0,9	108 173
32			b	11 116	95	0,9	11 021
33			c	120 269	1 075	0,9	119 194
34	159	Ludwigshafen . . . . .	a	126 504	953	0,8	125 551
35			b	15 671	70	0,4	15 601
36			c	142 175	1 023	0,7	141 152
37	160	Neustadt – Speyer . . . . .	a	130 230	1 125	0,9	129 105
38			b	14 674	122	0,8	14 552
39			c	144 904	1 247	0,9	143 657
40	161	Kaiserslautern . . . . .	a	171 814	1 479	0,9	170 335
41			b	13 630	50	0,4	13 580
42			c	185 444	1 529	0,8	183 915
43	162	Pirmasens . . . . .	a	121 958	1 407	1,2	120 551
44			b	9 771	53	0,5	9 718
45			c	131 729	1 460	1,1	130 269
46	163	Landau . . . . .	a	139 138	1 606	1,2	137 532
47			b	12 716	78	0,6	12 638
48			c	151 854	1 684	1,1	150 170
49	148	Land insgesamt . . . . .	a	2 230 422	18 705	0,8	2 211 717
50	—		b	218 524	988	0,5	217 536
51	163		c	2 448 946	19 693	0,8	2 429 253
Baden -							
52	164	Stuttgart I . . . . .	a	113 907	632	0,6	113 275
53			b	12 630	34	0,3	12 596
54			c	126 537	666	0,5	125 871
55	165	Stuttgart II . . . . .	a	92 884	579	0,6	92 305
56			b	13 853	60	0,4	13 793
57			c	106 737	639	0,6	106 098
58	166	Stuttgart III . . . . .	a	98 361	701	0,7	97 660
59			b	15 730	51	0,3	15 679
60			c	114 091	752	0,7	113 339
61	167	Ludwigsburg . . . . .	a	173 005	1 536	0,9	171 469
62			b	15 592	56	0,4	15 536
63			c	188 597	1 592	0,8	187 005
64	168	Heilbronn . . . . .	a	168 182	1 425	0,8	166 757
65			b	15 139	47	0,3	15 092
66			c	183 321	1 472	0,8	181 849

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl, — 2) CSU nur in Bayern.



der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. - Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Pfalz												
70 947	42,2	83 095	49,5	13 047	7,8	840	0,5	351	0,2	361	0,2	1
6 444	36,6	9 660	54,9	1 370	7,8	123	0,7	53	0,3	28	0,2	2
77 391	41,7	92 755	50,0	14 417	7,8	963	0,5	404	0,2	389	0,2	3
44 978	34,2	78 862	60,0	6 956	5,3	616	0,5	224	0,2	275	0,2	4
4 378	31,8	8 447	61,4	856	6,2	76	0,6	35	0,3	22	0,2	5
49 356	34,0	87 309	60,1	7 812	5,4	692	0,5	259	0,2	297	0,2	6
57 835	40,7	73 127	51,5	10 374	7,3	779	0,5	302	0,2	354	0,2	7
6 453	36,8	9 608	54,7	1 352	7,7	138	0,8	66	0,4	43	0,2	8
64 288	40,3	82 735	51,8	11 726	7,3	917	0,6	368	0,2	397	0,2	9
32 656	30,0	66 212	60,8	9 293	8,5	706	0,6	164	0,2	414	0,4	10
2 531	30,3	4 974	59,5	766	9,2	86	1,0	41	0,5	19	0,2	11
35 187	30,0	71 186	60,7	10 059	8,6	792	0,7	205	0,2	433	0,4	12
69 970	47,7	60 064	40,9	15 529	10,6	1 166	0,8	418	0,3	555	0,4	13
5 377	41,0	6 124	46,7	1 484	11,3	141	1,1	52	0,4	44	0,3	14
75 347	47,1	66 188	41,4	17 013	10,6	1 307	0,8	470	0,3	599	0,4	15
30 752	25,1	84 590	68,9	6 615	5,4	776	0,6	221	0,2	374	0,3	16
2 261	24,5	6 327	68,5	575	6,2	76	0,8	33	0,4	14	0,2	17
33 013	25,0	90 917	68,9	7 190	5,4	852	0,6	254	0,2	388	0,3	18
50 629	37,8	74 875	55,8	7 627	5,7	950	0,7	322	0,2	379	0,3	19
3 578	29,5	7 649	63,0	813	6,7	107	0,9	48	0,4	33	0,3	20
54 207	37,1	82 524	56,4	8 440	5,8	1 057	0,7	370	0,3	412	0,3	21
74 590	43,3	84 184	48,9	12 637	7,3	904	0,5	314	0,2	417	0,2	22
6 255	37,8	8 939	54,0	1 235	7,5	124	0,7	61	0,4	26	0,2	23
80 845	42,8	93 123	49,3	13 872	7,3	1 028	0,5	375	0,2	443	0,2	24
73 604	44,5	73 918	44,7	16 658	10,1	1 300	0,8	497	0,3	437	0,3	25
7 333	37,5	9 970	51,0	2 071	10,6	183	0,9	96	0,5	35	0,2	26
80 937	43,7	83 888	45,3	18 729	10,1	1 483	0,8	593	0,3	472	0,3	27
64 311	49,9	52 289	40,6	10 774	8,4	1 435	1,1	404	0,3	832	0,6	28
5 513	44,0	5 897	47,0	1 013	8,1	119	0,9	43	0,3	56	0,4	29
69 824	49,4	58 186	41,2	11 787	8,3	1 554	1,1	447	0,3	888	0,6	30
54 340	50,2	44 077	40,7	8 166	7,5	1 590	1,5	317	0,3	1 151	1,1	31
5 122	46,5	4 860	44,1	882	8,0	157	1,4	55	0,5	70	0,6	32
59 462	49,9	48 937	41,1	9 048	7,6	1 747	1,5	372	0,3	1 221	1,0	33
65 095	51,8	50 878	40,5	8 425	6,7	1 153	0,9	518	0,4	436	0,3	34
7 531	48,3	6 941	44,5	971	6,2	158	1,0	81	0,5	43	0,2	35
72 626	51,5	57 819	41,0	9 396	6,7	1 311	0,9	599	0,4	479	0,3	36
54 533	42,2	64 040	49,6	9 198	7,1	1 334	1,0	439	0,3	725	0,6	37
5 310	36,5	7 959	54,7	1 105	7,6	178	1,2	72	0,5	72	0,5	38
59 843	41,7	71 999	50,1	10 303	7,2	1 512	1,1	511	0,4	797	0,6	39
85 543	50,2	70 180	41,2	12 293	7,2	2 319	1,4	572	0,3	1 449	0,9	40
6 158	45,3	6 236	45,9	1 027	7,6	159	1,2	55	0,4	63	0,5	41
91 701	49,9	76 416	41,5	13 320	7,2	2 478	1,3	627	0,3	1 512	0,8	42
50 025	41,5	61 449	51,0	7 490	6,2	1 587	1,3	342	0,3	1 110	0,9	43
3 360	34,6	5 615	57,8	627	6,5	116	1,2	43	0,4	53	0,5	44
53 385	41,0	67 064	51,5	8 117	6,2	1 703	1,3	385	0,3	1 163	0,9	45
52 000	37,8	72 897	53,0	11 280	8,2	1 355	1,0	334	0,2	841	0,6	46
4 162	32,9	7 265	57,5	1 066	8,4	145	1,1	54	0,4	63	0,5	47
56 162	37,4	80 162	53,4	12 346	8,2	1 500	1,0	388	0,3	904	0,6	48
931 808	42,1	1 094 737	49,5	166 362	7,5	18 810	0,9	5 739	0,3	10 110	0,5	49
81 766	37,6	116 471	53,5	17 213	7,9	2 086	1,0	888	0,4	684	0,3	50
1 013 574	41,7	1 211 208	49,9	183 575	7,6	20 896	0,9	6 627	0,3	10 794	0,4	51

Württemberg

53 559	47,3	46 362	40,9	12 274	10,8	1 080	1,0	396	0,3	410	0,4	52
5 186	41,2	5 664	45,0	1 557	12,4	189	1,5	62	0,5	47	0,4	53
58 745	46,7	52 026	41,3	13 831	11,0	1 269	1,0	458	0,4	457	0,4	54
39 742	43,1	39 129	42,4	12 432	13,5	1 002	1,1	319	0,3	296	0,3	55
4 880	35,4	6 700	48,6	2 009	14,6	204	1,5	72	0,5	41	0,3	56
44 622	42,1	45 829	43,2	14 441	13,6	1 206	1,1	391	0,4	337	0,3	57
40 465	41,4	42 458	43,5	13 745	14,1	992	1,0	281	0,3	346	0,4	58
5 390	34,4	7 860	50,1	2 245	14,3	184	1,2	56	0,4	40	0,3	59
45 855	40,5	50 318	44,4	15 990	14,1	1 176	1,0	337	0,3	386	0,3	60
70 024	40,8	80 828	47,1	19 168	11,2	1 449	0,8	285	0,2	779	0,5	61
5 711	36,8	7 717	49,7	1 879	12,1	229	1,5	62	0,4	70	0,5	62
75 735	40,5	88 545	47,3	21 047	11,3	1 678	0,9	347	0,2	849	0,5	63
70 064	42,0	78 766	47,2	16 711	10,0	1 216	0,7	231	0,1	671	0,4	64
5 655	37,5	7 600	50,4	1 653	11,0	184	1,2	45	0,3	52	0,3	65
75 719	41,6	86 366	47,5	18 364	10,1	1 400	0,8	276	0,2	723	0,4	66

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Baden-							
1	169	Leonberg – Vaihingen . . . . .	a	180 443	1 417	0,8	179 026
2			b	17 617	56	0,3	17 561
3			c	198 060	1 473	0,7	196 587
4	170	Nürtingen . . . . .	a	165 590	1 407	0,8	164 183
5			b	13 606	49	0,4	13 557
6			c	179 196	1 456	0,8	177 740
7	171	Esslingen . . . . .	a	128 889	895	0,7	127 994
8			b	13 287	40	0,3	13 247
9			c	142 176	935	0,7	141 241
10	172	Göppingen . . . . .	a	127 444	1 012	0,8	126 432
11			b	12 208	33	0,3	12 175
12			c	139 652	1 045	0,7	138 607
13	173	Ulm . . . . .	a	105 198	878	0,8	104 320
14			b	11 440	40	0,3	11 400
15			c	116 638	918	0,8	115 720
16	174	Aalen – Heidenheim . . . . .	a	163 715	1 236	0,8	162 479
17			b	13 824	55	0,4	13 769
18			c	177 539	1 291	0,7	176 248
19	175	Schwabisch Gmünd – Backnang . . . . .	a	159 307	1 403	0,9	157 904
20			b	13 273	71	0,5	13 202
21			c	172 580	1 474	0,9	171 106
22	176	Crailsheim . . . . .	a	106 551	1 126	1,1	105 425
23			b	8 298	22	0,3	8 276
24			c	114 849	1 148	1,0	113 701
25	177	Waiblingen . . . . .	a	139 432	974	0,7	138 458
26			b	12 175	40	0,3	12 135
27			c	151 607	1 014	0,7	150 593
28	178	Karlsruhe . . . . .	a	145 288	1 039	0,7	144 249
29			b	24 395	120	0,5	24 275
30			c	169 683	1 159	0,7	168 524
31	179	Mannheim I . . . . .	a	103 058	684	0,7	102 374
32			b	12 144	52	0,4	12 092
33			c	115 202	736	0,6	114 466
34	180	Mannheim II . . . . .	a	133 265	937	0,7	132 328
35			b	15 656	49	0,3	15 607
36			c	148 921	986	0,7	147 935
37	181	Heidelberg - Stadt . . . . .	a	132 895	1 033	0,8	131 862
38			b	16 372	61	0,4	16 311
39			c	149 267	1 094	0,7	148 173
40	182	Pforzheim – Karlsruhe - Land I . . . . .	a	144 914	1 443	1,0	143 471
41			b	16 019	54	0,3	15 965
42			c	160 933	1 497	0,9	159 436
43	183	Bruchsal – Karlsruhe - Land II . . . . .	a	141 737	2 012	1,4	139 725
44			b	12 738	58	0,5	12 680
45			c	154 475	2 070	1,3	152 405
46	184	Heidelberg - Land – Sinsheim . . . . .	a	148 410	1 509	1,0	146 901
47			b	11 947	45	0,4	11 902
48			c	160 357	1 554	1,0	158 803
49	185	Tauberbischofsheim . . . . .	a	129 457	1 423	1,1	128 034
50			b	11 286	34	0,3	11 252
51			c	140 743	1 457	1,0	139 286
52	186	Konstanz . . . . .	a	141 823	1 233	0,9	140 590
53			b	19 317	46	0,2	19 271
54			c	161 140	1 279	0,8	159 861
55	187	Donaueschingen . . . . .	a	137 018	1 443	1,1	135 575
56			b	14 401	40	0,3	14 361
57			c	151 419	1 483	1,0	149 936
58	188	Waldshut . . . . .	a	106 588	1 050	1,0	105 538
59			b	12 490	58	0,5	12 432
60			c	119 078	1 108	0,9	117 970
61	189	Lörrach – Müllheim . . . . .	a	117 348	1 206	1,0	116 142
62			b	12 411	56	0,5	12 355
63			c	129 759	1 262	1,0	128 497

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl. – 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Württemberg												
70 410	39,3	86 174	48,1	21 046	11,8	1 396	0,8	315	0,2	677	0,4	1
6 309	35,9	8 745	49,8	2 287	13,0	220	1,3	50	0,3	74	0,4	2
76 719	39,0	94 919	48,3	23 333	11,9	1 616	0,8	365	0,2	751	0,4	3
57 657	35,1	87 902	53,5	17 188	10,5	1 436	0,9	266	0,2	790	0,5	4
4 637	34,2	7 219	53,2	1 557	11,5	144	1,1	46	0,3	45	0,3	5
62 294	35,0	95 121	53,5	18 745	10,5	1 580	0,9	312	0,2	835	0,5	6
50 693	39,6	62 768	49,0	13 505	10,6	1 028	0,8	320	0,3	421	0,3	7
4 809	36,3	6 706	50,6	1 577	11,9	155	1,2	52	0,4	43	0,3	8
55 502	39,3	69 474	49,2	15 082	10,7	1 183	0,8	372	0,3	464	0,3	9
50 608	40,0	63 000	49,8	11 780	9,3	1 044	0,8	252	0,2	506	0,4	10
4 186	34,4	6 583	54,1	1 278	10,5	128	1,1	27	0,2	36	0,3	11
54 794	39,5	69 583	50,2	13 058	9,4	1 172	0,8	279	0,2	542	0,4	12
39 179	37,6	55 307	53,0	8 875	8,5	959	0,9	244	0,2	518	0,5	13
3 946	34,6	6 143	53,9	1 136	10,0	175	1,5	53	0,5	52	0,5	14
43 125	37,3	61 450	53,1	10 011	8,7	1 134	1,0	297	0,3	570	0,5	15
60 213	37,1	90 265	55,6	10 915	6,7	1 086	0,7	332	0,2	479	0,3	16
4 754	34,5	7 628	55,4	1 199	8,7	188	1,4	72	0,5	41	0,3	17
64 967	36,9	97 893	55,5	12 114	6,9	1 274	0,7	404	0,2	520	0,3	18
57 837	36,6	84 800	53,7	13 811	8,7	1 456	0,9	289	0,2	794	0,5	19
4 393	33,3	7 280	55,1	1 336	10,1	193	1,5	77	0,6	32	0,2	20
62 230	36,4	92 080	53,8	15 147	8,9	1 649	1,0	366	0,2	826	0,5	21
33 230	31,5	60 541	57,4	10 538	10,0	1 116	1,1	156	0,1	771	0,7	22
2 717	32,8	4 592	55,5	848	10,2	119	1,4	36	0,4	31	0,4	23
35 947	31,6	65 133	57,3	11 386	10,0	1 235	1,1	192	0,2	802	0,7	24
53 950	39,0	66 306	47,9	17 028	12,3	1 174	0,8	255	0,2	548	0,4	25
4 379	36,1	6 036	49,7	1 530	12,6	190	1,6	44	0,4	46	0,4	26
58 329	38,7	72 342	48,0	18 558	12,3	1 364	0,9	299	0,2	594	0,4	27
60 716	42,1	68 028	47,2	13 986	9,7	1 519	1,1	388	0,3	746	0,5	28
8 238	33,9	13 297	54,8	2 413	9,9	327	1,3	116	0,5	110	0,5	29
68 954	40,9	81 325	48,3	16 399	9,7	1 846	1,1	504	0,3	856	0,5	30
55 576	54,3	38 386	37,5	6 793	6,6	1 619	1,6	586	0,6	548	0,5	31
5 171	42,8	5 878	48,6	864	7,1	179	1,5	69	0,6	54	0,4	32
60 747	53,1	44 264	38,7	7 657	6,7	1 798	1,6	655	0,6	602	0,5	33
59 785	45,2	59 647	45,1	11 549	8,7	1 347	1,0	399	0,3	627	0,5	34
5 883	37,7	8 018	51,4	1 535	9,8	171	1,1	63	0,4	55	0,4	35
65 668	44,4	67 665	45,7	13 084	8,8	1 518	1,0	462	0,3	682	0,5	36
56 776	43,1	61 973	47,0	11 309	8,6	1 804	1,4	330	0,3	629	0,5	37
5 999	36,8	8 567	52,5	1 482	9,1	263	1,6	59	0,4	62	0,4	38
62 775	42,4	70 540	47,6	12 791	8,6	2 067	1,4	389	0,3	691	0,5	39
55 642	38,8	74 278	51,8	12 135	8,5	1 416	1,0	321	0,2	556	0,4	40
4 984	31,2	9 264	58,0	1 457	9,1	260	1,6	51	0,3	55	0,3	41
60 626	38,0	83 542	52,4	13 592	8,5	1 676	1,1	372	0,2	611	0,4	42
51 426	36,8	79 083	56,6	7 890	5,6	1 326	0,9	226	0,2	859	0,6	43
4 104	32,4	7 593	60,0	835	6,6	148	1,2	46	0,4	59	0,5	44
55 530	36,4	86 676	56,9	8 725	5,7	1 474	1,0	272	0,2	918	0,6	45
55 837	38,0	78 173	53,2	11 497	7,8	1 394	0,9	200	0,1	775	0,5	46
3 879	32,6	6 790	57,0	1 091	9,2	142	1,2	31	0,3	48	0,4	47
59 716	37,6	84 963	53,5	12 588	7,9	1 536	1,0	231	0,1	823	0,5	48
38 689	30,2	80 769	63,1	7 576	5,9	1 000	0,8	173	0,1	623	0,5	49
3 254	28,9	7 091	63,0	791	7,0	116	1,0	22	0,2	26	0,2	50
41 943	30,1	87 860	63,1	8 367	6,0	1 116	0,8	195	0,1	649	0,5	51
48 472	34,5	78 092	55,5	12 770	9,1	1 256	0,9	331	0,2	487	0,3	52
6 120	31,8	10 725	55,7	2 173	11,3	253	1,3	75	0,4	42	0,2	53
54 592	34,1	88 817	55,6	14 943	9,3	1 509	0,9	406	0,3	529	0,3	54
46 172	34,1	77 195	56,9	10 896	8,0	1 312	1,0	211	0,2	842	0,6	55
4 620	32,2	8 269	57,6	1 298	9,0	174	1,2	42	0,3	54	0,4	56
50 792	33,9	85 464	57,0	12 194	8,1	1 486	1,0	253	0,2	896	0,6	57
34 980	33,1	60 978	57,8	8 444	8,0	1 136	1,1	247	0,2	522	0,5	58
3 696	29,7	7 333	59,0	1 207	9,7	196	1,6	37	0,3	53	0,4	59
38 676	32,8	68 311	57,9	9 651	8,2	1 332	1,1	284	0,2	575	0,5	60
46 393	39,9	56 489	48,6	11 835	10,2	1 425	1,2	328	0,3	687	0,6	61
4 157	33,6	6 656	53,9	1 320	10,7	222	1,8	68	0,6	45	0,4	62
50 550	39,3	63 145	49,1	13 155	10,2	1 647	1,3	396	0,3	732	0,6	63

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Baden-							
1	190	Freiburg . . . . .	a	139 301	1 189	0,9	138 112
2			b	18 801	52	0,3	18 749
3			c	158 102	1 241	0,8	156 861
4	191	Emmendingen – Wolfach . . . . .	a	102 430	1 538	1,5	100 892
5			b	9 377	41	0,4	9 336
6			c	111 807	1 579	1,4	110 228
7	192	Offenburg . . . . .	a	147 118	1 985	1,3	145 133
8			b	13 534	59	0,4	13 475
9			c	160 652	2 044	1,3	158 608
10	193	Rastatt . . . . .	a	156 634	2 198	1,4	154 436
11			b	16 656	96	0,6	16 560
12			c	173 290	2 294	1,3	170 996
13	194	Reutlingen . . . . .	a	172 808	1 384	0,8	171 424
14			b	17 074	45	0,3	17 029
15			c	189 882	1 429	0,8	188 453
16	195	Calw . . . . .	a	142 936	1 304	0,9	141 632
17			b	14 346	45	0,3	14 301
18			c	157 282	1 349	0,9	155 933
19	196	Rottweil . . . . .	a	110 964	1 085	1,0	109 879
20			b	10 737	38	0,4	10 699
21			c	121 701	1 123	0,9	120 578
22	197	Balingen . . . . .	a	161 947	1 491	0,9	160 456
23			b	12 878	41	0,3	12 837
24			c	174 825	1 532	0,9	173 293
25	198	Biberach . . . . .	a	134 374	1 241	0,9	133 133
26			b	12 369	41	0,3	12 328
27			c	146 743	1 282	0,9	145 461
28	199	Ravensburg . . . . .	a	165 092	1 343	0,8	163 749
29			b	20 437	60	0,3	20 377
30			c	185 529	1 403	0,8	184 126
31	164	Land insgesamt . . . . .	a	4 938 313	44 991	0,9	4 893 322
32	–		b	514 057	1 845	0,4	512 212
33	199		c	5 452 370	46 836	0,9	5 405 534
Bay							
34	200	Altötting . . . . .	a	154 937	1 081	0,7	153 856
35			b	16 844	59	0,4	16 785
36			c	171 781	1 140	0,7	170 641
37	201	Freising . . . . .	a	153 837	1 078	0,7	152 759
38			b	15 297	44	0,3	15 253
39			c	169 134	1 122	0,7	168 012
40	202	Furstenfeldbruck . . . . .	a	186 057	1 097	0,6	184 960
41			b	18 900	37	0,2	18 863
42			c	204 957	1 134	0,6	203 823
43	203	Ingolstadt . . . . .	a	143 548	1 078	0,8	142 470
44			b	14 760	31	0,2	14 729
45			c	158 308	1 109	0,7	157 199
46	204	München - Mitte . . . . .	a	92 893	491	0,5	92 402
47			b	18 759	44	0,2	18 715
48			c	111 652	535	0,5	111 117
49	205	München - Nord . . . . .	a	126 277	730	0,6	125 547
50			b	19 323	41	0,2	19 282
51			c	145 600	771	0,5	144 829
52	206	München - Ost . . . . .	a	131 102	679	0,5	130 423
53			b	21 211	41	0,2	21 170
54			c	152 313	720	0,5	151 593
55	207	München - Süd . . . . .	a	132 626	615	0,5	132 011
56			b	22 218	38	0,2	22 180
57			c	154 844	653	0,4	154 191
58	208	München - West . . . . .	a	119 688	678	0,6	119 010
59			b	19 344	41	0,2	19 303
60			c	139 032	719	0,5	138 313
61	209	München - Land . . . . .	a	167 872	858	0,5	167 014
62			b	30 807	69	0,2	30 738
63			c	198 679	927	0,5	197 752

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl, – 2) CSU nur in Bayern

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Württemberg												
53 549	38,8	66 357	48,0	16 372	11,9	1 834	1,3	336	0,2	385	0,3	1
6 537	34,9	9 546	50,9	2 312	12,3	354	1,9	75	0,4	46	0,2	2
60 086	38,3	75 903	48,4	18 684	11,9	2 188	1,4	411	0,3	431	0,3	3
35 063	34,8	56 407	55,9	8 394	8,3	1 028	1,0	227	0,2	319	0,3	4
3 004	32,2	5 347	57,3	851	9,1	134	1,4	38	0,4	25	0,3	5
38 067	34,5	61 754	56,0	9 245	8,4	1 162	1,1	265	0,2	344	0,3	6
52 864	36,4	80 342	55,4	10 613	7,3	1 314	0,9	329	0,2	633	0,4	7
4 355	32,3	7 714	57,2	1 212	9,0	194	1,4	60	0,4	45	0,3	8
57 219	36,1	88 056	55,5	11 825	7,5	1 508	1,0	389	0,2	678	0,4	9
51 140	33,1	92 958	60,2	9 275	6,0	1 063	0,7	250	0,2	578	0,4	10
5 055	30,5	9 968	60,2	1 355	8,2	182	1,1	55	0,3	56	0,3	11
56 195	32,9	102 926	60,2	10 630	6,2	1 245	0,7	305	0,2	634	0,4	12
62 143	36,3	89 913	52,5	17 378	10,1	1 990	1,2	663	0,4	678	0,4	13
5 716	33,6	8 893	52,2	2 115	12,4	305	1,8	110	0,6	53	0,3	14
67 859	36,0	98 806	52,4	19 493	10,3	2 295	1,2	773	0,4	731	0,4	15
47 905	33,8	79 904	56,4	12 356	8,7	1 467	1,0	231	0,2	709	0,5	16
4 565	31,9	7 951	55,6	1 546	10,8	239	1,7	54	0,4	53	0,4	17
52 470	33,6	87 855	56,3	13 902	8,9	1 706	1,1	285	0,2	762	0,5	18
33 777	30,7	67 218	61,2	7 891	7,2	993	0,9	185	0,2	632	0,6	19
3 111	29,1	6 573	61,4	863	8,1	152	1,4	41	0,4	49	0,5	20
36 888	30,6	73 791	61,2	8 754	7,3	1 145	0,9	226	0,2	681	0,6	21
45 633	28,4	102 087	63,6	11 429	7,1	1 307	0,8	228	0,1	853	0,5	22
3 402	26,5	8 163	63,6	1 091	8,5	181	1,4	56	0,4	48	0,4	23
49 035	28,3	110 250	63,6	12 520	7,2	1 488	0,9	284	0,2	901	0,5	24
27 768	20,9	97 785	73,4	6 696	5,0	884	0,7	167	0,1	509	0,4	25
2 720	22,1	8 648	70,1	824	6,7	136	1,1	44	0,4	28	0,2	26
30 488	21,0	106 433	73,2	7 520	5,2	1 020	0,7	211	0,1	537	0,4	27
41 741	25,5	109 658	67,0	11 137	6,8	1 213	0,7	202	0,1	447	0,3	28
5 113	25,1	13 282	65,2	1 698	8,3	284	1,4	59	0,3	45	0,2	29
46 854	25,4	122 940	66,8	12 835	7,0	1 497	0,8	261	0,1	492	0,3	30
1 809 678	37,0	2 600 326	53,1	437 237	8,9	46 081	0,9	10 499	0,2	21 650	0,4	31
170 635	33,3	282 039	55,1	52 424	10,2	7 114	1,4	2 025	0,4	1 761	0,3	32
1 980 313	36,6	2 882 365	53,3	489 661	9,1	53 195	1,0	12 524	0,2	23 411	0,4	33
ern												
38 038	24,7	108 188	70,3	6 504	4,2	1 126	0,7	162	0,1	494	0,3	34
3 813	22,7	11 936	71,1	898	5,4	138	0,8	24	0,1	51	0,3	35
41 851	24,5	120 124	70,4	7 402	4,3	1 264	0,7	186	0,1	545	0,3	36
44 875	29,4	95 941	62,8	10 721	7,0	1 222	0,8	223	0,1	510	0,3	37
4 320	28,3	9 383	61,5	1 411	9,3	139	0,9	32	0,2	56	0,4	38
49 195	29,3	105 324	62,7	12 132	7,2	1 361	0,8	255	0,2	566	0,3	39
56 262	30,4	111 838	60,5	15 326	8,3	1 534	0,8	274	0,1	714	0,4	40
5 218	27,7	11 568	61,3	1 902	10,1	175	0,9	34	0,2	67	0,4	41
61 480	30,2	123 406	60,5	17 228	8,5	1 709	0,8	308	0,2	781	0,4	42
42 313	29,7	93 203	65,4	5 797	4,1	1 157	0,8	335	0,2	445	0,3	43
3 880	26,3	9 883	67,1	817	5,5	149	1,0	36	0,2	41	0,3	44
46 193	29,4	103 086	65,6	6 614	4,2	1 306	0,8	371	0,2	486	0,3	45
40 575	43,9	40 806	44,2	9 559	10,3	1 462	1,6	475	0,5	389	0,4	46
5 992	32,0	10 393	55,5	2 069	11,1	261	1,4	75	0,4	43	0,2	47
46 567	41,9	51 199	46,1	11 628	10,5	1 723	1,6	550	0,5	432	0,4	48
55 675	44,3	55 540	44,2	12 796	10,2	1 536	1,2	412	0,3	509	0,4	49
6 721	34,9	9 879	51,2	2 450	12,7	232	1,2	74	0,4	51	0,3	50
62 396	43,1	65 419	45,2	15 246	10,5	1 768	1,2	486	0,3	560	0,4	51
53 896	41,3	60 999	46,8	14 008	10,7	1 520	1,2	399	0,3	441	0,3	52
6 843	32,3	11 497	54,3	2 589	12,2	241	1,1	65	0,3	67	0,3	53
60 739	40,1	72 486	47,8	16 597	10,9	1 761	1,2	464	0,3	508	0,3	54
53 367	40,4	60 896	46,1	16 206	12,3	1 542	1,2	413	0,3	470	0,4	55
7 091	32,0	12 003	54,1	2 808	12,7	278	1,3	52	0,2	80	0,4	56
60 458	39,2	72 899	47,3	19 014	12,3	1 820	1,2	465	0,3	550	0,4	57
47 444	39,9	57 533	48,3	12 757	10,7	1 276	1,1	326	0,3	408	0,3	58
5 914	30,6	10 792	55,9	2 376	12,3	221	1,1	52	0,3	53	0,3	59
53 358	38,6	68 325	49,4	15 133	10,9	1 497	1,1	378	0,3	461	0,3	60
49 681	29,7	96 338	57,7	19 569	11,7	1 426	0,9	322	0,2	482	0,3	61
7 159	23,3	19 330	62,9	3 900	12,7	349	1,1	94	0,3	92	0,3	62
56 840	28,7	115 668	58,5	23 469	11,9	1 775	0,9	416	0,2	574	0,3	63

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
1	210	Rosenheim . . . . .	a	174 516	1 158	0,7	173 358
2			b	20 389	64	0,3	20 325
3			c	194 905	1 222	0,6	193 683
4	211	Traunstein . . . . .	a	128 652	1 089	0,8	127 563
5			b	19 373	56	0,3	19 317
6			c	148 025	1 145	0,8	146 880
7	212	Weilheim . . . . .	a	155 509	1 186	0,8	154 323
8			b	21 936	60	0,3	21 876
9			c	177 445	1 246	0,7	176 199
10	213	Deggendorf . . . . .	a	94 066	1 139	1,2	92 927
11			b	9 673	27	0,3	9 646
12			c	103 739	1 166	1,1	102 573
13	214	Landshut . . . . .	a	144 456	1 521	1,1	142 935
14			b	13 349	39	0,3	13 310
15			c	157 805	1 560	1,0	156 245
16	215	Passau . . . . .	a	111 800	1 275	1,1	110 525
17			b	13 953	34	0,2	13 919
18			c	125 753	1 309	1,0	124 444
19	216	Rottal-Inn . . . . .	a	102 758	1 140	1,1	101 618
20			b	11 846	44	0,4	11 802
21			c	114 604	1 184	1,0	113 420
22	217	Straubing . . . . .	a	113 109	1 427	1,3	111 682
23			b	10 687	26	0,2	10 661
24			c	123 796	1 453	1,2	122 343
25	218	Amberg . . . . .	a	140 523	1 217	0,9	139 306
26			b	12 259	30	0,2	12 229
27			c	152 782	1 247	0,8	151 535
28	219	Regensburg . . . . .	a	149 380	1 331	0,9	148 049
29			b	15 296	45	0,3	15 251
30			c	164 676	1 376	0,8	163 300
31	220	Schwandorf . . . . .	a	143 840	1 998	1,4	141 842
32			b	14 039	47	0,3	13 992
33			c	157 879	2 045	1,3	155 834
34	221	Weiden . . . . .	a	130 907	1 360	1,0	129 547
35			b	15 140	101	0,7	15 039
36			c	146 047	1 461	1,0	144 586
37	222	Bamberg . . . . .	a	149 416	1 181	0,8	148 235
38			b	13 897	62	0,4	13 835
39			c	163 313	1 243	0,8	162 070
40	223	Bayreuth . . . . .	a	100 425	698	0,7	99 727
41			b	9 520	23	0,2	9 497
42			c	109 945	721	0,7	109 224
43	224	Coburg . . . . .	a	130 252	972	0,7	129 280
44			b	11 970	37	0,3	11 933
45			c	142 222	1 009	0,7	141 213
46	225	Hof . . . . .	a	166 172	1 375	0,8	164 797
47			b	17 260	55	0,3	17 205
48			c	183 432	1 430	0,8	182 002
49	226	Kulmbach . . . . .	a	102 823	1 252	1,2	101 571
50			b	8 565	34	0,4	8 531
51			c	111 388	1 286	1,2	110 102
52	227	Ansbach . . . . .	a	113 168	981	0,9	112 187
53			b	11 635	27	0,2	11 608
54			c	124 803	1 008	0,8	123 795
55	228	Erlangen . . . . .	a	177 155	1 369	0,8	175 786
56			b	20 405	38	0,2	20 367
57			c	197 560	1 407	0,7	196 153
58	229	Fürth . . . . .	a	168 488	1 265	0,8	167 223
59			b	16 359	97	0,6	16 262
60			c	184 847	1 362	0,7	183 485
61	230	Nürnberg-Nord . . . . .	a	139 839	708	0,5	139 131
62			b	20 770	56	0,3	20 714
63			c	160 609	764	0,5	159 845
64	231	Nürnberg-Süd . . . . .	a	138 999	747	0,5	138 252
65			b	15 551	33	0,2	15 518
66			c	154 550	780	0,5	153 770

Bay

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl — 2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
ern												
49 806	28,7	110 456	63,7	11 418	6,6	1 678	1,0	281	0,2	569	0,3	1
5 104	25,1	13 307	65,5	1 675	8,2	239	1,2	51	0,3	55	0,3	2
54 910	28,4	123 763	63,9	13 093	6,8	1 917	1,0	332	0,2	624	0,3	3
31 904	25,0	87 080	68,3	7 391	5,8	1 188	0,9	246	0,2	525	0,4	4
4 590	23,8	13 034	67,5	1 462	7,6	231	1,2	57	0,3	73	0,4	5
36 494	24,8	100 114	68,2	8 853	6,0	1 419	1,0	303	0,2	598	0,4	6
41 488	26,9	102 159	66,2	9 448	6,1	1 228	0,8	250	0,2	489	0,3	7
5 166	23,6	14 812	67,7	1 705	7,8	193	0,9	37	0,2	55	0,3	8
46 654	26,5	116 971	66,4	11 153	6,3	1 421	0,8	287	0,2	544	0,3	9
22 537	24,3	67 331	72,5	2 290	2,5	769	0,8	143	0,2	348	0,4	10
2 023	21,0	7 259	75,3	299	3,1	65	0,7	16	0,2	24	0,2	11
24 560	23,9	74 590	72,7	2 589	2,5	834	0,8	159	0,2	372	0,4	12
39 354	27,5	96 082	67,2	6 171	4,3	1 328	0,9	263	0,2	640	0,4	13
3 250	24,4	9 204	69,2	744	5,6	112	0,8	26	0,2	37	0,3	14
42 604	27,3	105 286	67,4	6 915	4,4	1 440	0,9	289	0,2	677	0,4	15
31 825	28,8	74 399	67,3	3 433	3,1	868	0,8	118	0,1	456	0,4	16
3 034	21,8	10 141	72,9	618	4,4	126	0,9	15	0,1	51	0,4	17
34 859	28,0	84 540	67,9	4 051	3,3	994	0,8	133	0,1	507	0,4	18
24 250	23,9	72 922	71,8	3 544	3,5	902	0,9	113	0,1	445	0,4	19
2 589	21,9	8 602	72,9	491	4,2	120	1,0	23	0,2	38	0,3	20
26 839	23,7	81 524	71,9	4 035	3,6	1 022	0,9	136	0,1	483	0,4	21
29 569	26,5	77 572	69,5	3 444	3,1	1 097	1,0	212	0,2	486	0,4	22
2 355	22,1	7 718	72,4	491	4,6	97	0,9	23	0,2	24	0,2	23
31 924	26,1	85 290	69,7	3 935	3,2	1 194	1,0	235	0,2	510	0,4	24
39 940	28,7	92 346	66,3	5 629	4,0	1 391	1,0	225	0,2	837	0,6	25
3 085	25,2	8 348	68,3	684	5,6	112	0,9	18	0,1	55	0,4	26
43 025	28,4	100 694	66,4	6 313	4,2	1 503	1,0	243	0,2	892	0,6	27
44 876	30,3	95 302	64,4	6 377	4,3	1 494	1,0	303	0,2	715	0,5	28
3 670	24,1	10 540	69,1	878	5,8	163	1,1	38	0,2	72	0,5	29
48 546	29,7	105 842	64,8	7 255	4,4	1 657	1,0	341	0,2	787	0,5	30
40 866	28,8	95 180	67,1	3 242	2,3	2 554	1,8	228	0,2	554	0,4	31
3 492	25,0	9 820	70,2	482	3,4	198	1,4	19	0,1	58	0,4	32
44 358	28,5	105 000	67,4	3 724	2,4	2 752	1,8	247	0,2	612	0,4	33
43 364	33,5	80 950	62,5	4 179	3,2	1 054	0,8	163	0,1	644	0,5	34
4 498	29,9	9 741	64,8	690	4,6	110	0,7	22	0,1	44	0,3	35
47 862	33,1	90 691	62,7	4 869	3,4	1 164	0,8	185	0,1	688	0,5	36
41 834	28,2	98 970	66,8	6 224	4,2	1 207	0,8	234	0,2	644	0,4	37
3 314	24,0	9 545	69,0	854	6,2	122	0,9	26	0,2	41	0,3	38
45 148	27,9	108 515	67,0	7 078	4,4	1 329	0,8	260	0,2	685	0,4	39
38 479	38,6	55 090	55,2	5 214	5,2	944	0,9	169	0,2	588	0,6	40
3 102	32,7	5 636	59,3	658	6,9	101	1,1	36	0,4	36	0,4	41
41 581	38,1	60 726	55,6	5 872	5,4	1 045	1,0	205	0,2	624	0,6	42
58 241	45,1	64 054	49,5	6 096	4,7	889	0,7	132	0,1	564	0,4	43
4 505	37,8	6 419	53,8	886	7,4	123	1,0	30	0,3	55	0,5	44
62 746	44,4	70 473	49,9	6 982	4,9	1 012	0,7	162	0,1	619	0,4	45
80 795	49,0	75 511	45,8	7 044	4,3	1 447	0,9	301	0,2	755	0,5	46
6 924	40,2	9 145	53,2	970	5,6	166	1,0	35	0,2	67	0,4	47
87 719	48,2	84 656	46,5	8 014	4,4	1 613	0,9	336	0,2	822	0,5	48
36 027	35,5	61 136	60,2	3 529	3,5	879	0,9	123	0,1	593	0,6	49
2 753	32,3	5 239	61,4	445	5,2	94	1,1	22	0,3	50	0,6	50
38 780	35,2	66 375	60,3	3 974	3,6	973	0,9	145	0,1	643	0,6	51
33 017	29,4	71 047	63,3	7 108	6,3	1 015	0,9	161	0,1	627	0,6	52
3 287	28,3	7 189	61,9	997	8,6	135	1,2	42	0,4	45	0,4	53
36 304	29,3	78 236	63,2	8 105	6,5	1 150	0,9	203	0,2	672	0,5	54
70 330	40,0	88 235	50,2	15 379	8,7	1 842	1,0	405	0,2	913	0,5	55
7 056	34,6	10 893	53,5	2 191	10,8	227	1,1	55	0,3	82	0,4	56
77 386	39,5	99 128	50,5	17 570	9,0	2 069	1,1	460	0,2	995	0,5	57
68 208	40,8	85 326	51,0	11 546	6,9	2 143	1,3	398	0,2	1 295	0,8	58
6 035	37,1	8 702	53,5	1 321	8,1	204	1,3	44	0,3	81	0,5	59
74 243	40,5	94 028	51,2	12 867	7,0	2 347	1,3	442	0,2	1 376	0,7	60
64 265	46,2	61 327	44,1	11 626	8,4	1 913	1,4	686	0,5	781	0,6	61
7 338	35,4	11 111	53,6	2 000	9,7	267	1,3	90	0,4	82	0,4	62
71 601	44,8	72 438	45,3	13 626	8,5	2 180	1,4	776	0,5	863	0,5	63
70 712	51,1	55 796	40,4	9 798	7,1	1 946	1,4	654	0,5	832	0,6	64
6 899	44,5	7 245	46,7	1 219	7,9	155	1,0	53	0,3	60	0,4	65
77 611	50,5	63 041	41,0	11 017	7,2	2 101	1,4	707	0,5	892	0,6	66

12 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,  
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung <sup>1)</sup>	Wähler insgesamt	Zweitstimmen		
	Nr.	Name			ungültig		gültig
					Anzahl	%	Anzahl
Bay							
1	232	Roth . . . . .	a	126 330	1 131	0,9	125 199
2			b	13 340	41	0,3	13 299
3			c	139 670	1 172	0,8	138 498
4	233	Aschaffenburg . . . . .	a	118 686	1 286	1,1	117 400
5			b	12 731	64	0,5	12 667
6			c	131 417	1 350	1,0	130 067
7	234	Bad Kissingen . . . . .	a	155 485	1 491	1,0	153 994
8			b	16 119	59	0,4	16 060
9			c	171 604	1 550	0,9	170 054
10	235	Main-Spessart . . . . .	a	134 430	1 282	1,0	133 148
11			b	14 659	69	0,5	14 590
12			c	149 089	1 351	0,9	147 738
13	236	Schweinfurt . . . . .	a	139 284	1 143	0,8	138 141
14			b	15 837	53	0,3	15 784
15			c	155 121	1 196	0,8	153 925
16	237	Würzburg . . . . .	a	142 988	1 111	0,8	141 877
17			b	23 767	80	0,3	23 687
18			c	166 755	1 191	0,7	165 564
19	238	Augsburg-Stadt . . . . .	a	138 616	978	0,7	137 638
20			b	16 984	48	0,3	16 936
21			c	155 600	1 026	0,7	154 574
22	239	Augsburg-Land . . . . .	a	153 084	1 215	0,8	151 869
23			b	14 966	37	0,2	14 929
24			c	168 050	1 252	0,7	166 798
25	240	Donau-Ries . . . . .	a	112 174	1 122	1,0	111 052
26			b	11 898	24	0,2	11 874
27			c	124 072	1 146	0,9	122 926
28	241	Neu-Ulm . . . . .	a	134 190	1 152	0,9	133 038
29			b	13 472	41	0,3	13 431
30			c	147 662	1 193	0,8	146 469
31	242	Oberallgau . . . . .	a	135 746	1 172	0,9	134 574
32			b	22 235	73	0,3	22 162
33			c	157 981	1 245	0,8	156 736
34	243	Unterallgau . . . . .	a	171 988	1 168	0,7	170 820
35			b	19 405	50	0,3	19 355
36			c	191 393	1 218	0,6	190 175
37	200	Land insgesamt . . . . .	a	6 048 091	49 025	0,8	5 999 066
38	—		b	716 748	2 119	0,3	714 629
39	243		c	6 764 839	51 144	0,8	6 713 695
Saar							
40	244	Saarbrücken I . . . . .	a	125 296	1 092	0,9	124 204
41			b	19 950	141	0,7	19 809
42			c	145 246	1 233	0,8	144 013
43	245	Saarbrücken II . . . . .	a	135 957	1 352	1,0	134 605
44			b	16 106	77	0,5	16 029
45			c	152 063	1 429	0,9	150 634
46	246	Saarlouis . . . . .	a	136 505	1 417	1,0	135 088
47			b	12 982	51	0,4	12 931
48			c	149 487	1 468	1,0	148 019
49	247	Sankt Wendel . . . . .	a	137 597	1 599	1,2	135 998
50			b	12 233	70	0,6	12 163
51			c	149 830	1 669	1,1	148 161
52	248	Homburg . . . . .	a	140 616	1 566	1,1	139 050
53			b	16 544	106	0,6	16 438
54			c	157 160	1 672	1,1	155 488
55	244	Land insgesamt . . . . .	a	675 971	7 026	1,0	668 945
56	—		b	77 815	445	0,6	77 370
57	248		c	753 786	7 471	1,0	746 315
Bundesgebiet							
58	1	Insgesamt . . . . .	a	34 066 562	325 479	1,0	33 741 083
59	—		b	4 099 191	17 774	0,4	4 081 417
60	248		c	38 165 753	343 253	0,9	37 822 500

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschl. Briefwahl, — 2) CSU nur in Bayern



der Briefwähler und der Wähler insgesamt  
kreisen 1976

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr
SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		NPD		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
ern												
42 594	34,0	74 182	59,3	7 180	5,7	1 243	1,0	220	0,2	730	0,6	1
4 086	30,7	8 058	60,6	997	7,5	158	1,2	44	0,3	63	0,5	2
46 680	33,7	82 240	59,4	8 177	5,9	1 401	1,0	264	0,2	793	0,6	3
42 998	36,6	67 988	57,9	5 589	4,8	825	0,7	188	0,2	433	0,4	4
4 044	31,9	7 726	61,0	781	6,2	116	0,9	31	0,2	45	0,4	5
47 042	36,2	75 714	58,2	6 370	4,9	941	0,7	219	0,2	478	0,4	6
37 365	24,3	108 521	70,5	7 148	4,6	960	0,6	173	0,1	513	0,3	7
3 890	24,2	10 964	68,3	1 082	6,7	124	0,8	34	0,2	42	0,3	8
41 255	24,3	119 485	70,3	8 230	4,8	1 084	0,6	207	0,1	555	0,3	9
42 162	31,7	84 158	63,2	5 934	4,5	894	0,7	231	0,2	432	0,3	10
3 976	27,3	9 598	65,8	878	6,0	138	0,9	47	0,3	49	0,3	11
46 138	31,2	93 756	63,5	6 812	4,6	1 032	0,7	278	0,2	481	0,3	12
45 036	32,6	84 729	61,3	6 889	5,0	1 487	1,1	174	0,1	1 008	0,7	13
4 863	30,8	9 698	61,4	1 075	6,8	148	0,9	29	0,2	64	0,4	14
49 899	32,4	94 427	61,3	7 964	5,2	1 635	1,1	203	0,1	1 072	0,7	15
51 234	36,1	80 277	56,6	9 217	6,5	1 149	0,8	316	0,2	547	0,4	16
6 984	29,5	14 758	62,3	1 754	7,4	191	0,8	67	0,3	54	0,2	17
58 218	35,2	95 035	57,4	10 971	6,6	1 340	0,8	383	0,2	601	0,4	18
57 986	42,1	69 303	50,4	8 637	6,3	1 712	1,2	299	0,2	742	0,5	19
5 371	31,7	10 114	59,7	1 224	7,2	227	1,3	40	0,2	72	0,4	20
63 357	41,0	79 417	51,4	9 861	6,4	1 939	1,3	339	0,2	814	0,5	21
40 287	26,5	102 794	67,7	7 539	5,0	1 249	0,8	198	0,1	642	0,4	22
3 708	24,8	10 177	68,2	891	6,0	153	1,0	36	0,2	55	0,4	23
43 995	26,4	112 971	67,7	8 430	5,1	1 402	0,8	234	0,1	697	0,4	24
29 404	26,5	76 043	68,5	4 891	4,4	714	0,6	127	0,1	389	0,4	25
2 859	24,1	8 208	69,1	700	5,9	107	0,9	22	0,2	48	0,4	26
32 263	26,2	84 251	68,5	5 591	4,5	821	0,7	149	0,1	437	0,4	27
43 195	32,5	80 825	60,8	7 883	5,9	1 135	0,9	181	0,1	652	0,5	28
3 833	28,5	8 327	62,0	1 116	8,3	155	1,2	34	0,3	70	0,5	29
47 028	32,1	89 152	60,9	8 999	6,1	1 290	0,9	215	0,1	722	0,5	30
39 217	29,1	84 619	62,9	9 671	7,2	1 067	0,8	204	0,2	439	0,3	31
5 984	27,0	13 970	63,0	1 951	8,8	257	1,2	71	0,3	64	0,3	32
45 201	28,8	98 589	62,9	11 622	7,4	1 324	0,8	275	0,2	503	0,3	33
41 442	24,3	119 095	69,7	8 641	5,1	1 642	1,0	230	0,1	909	0,5	34
4 343	22,4	13 500	69,7	1 314	6,8	198	1,0	50	0,3	75	0,4	35
45 785	24,1	132 595	69,7	9 955	5,2	1 840	1,0	280	0,1	984	0,5	36
1 996 733	33,3	3 582 087	59,7	362 592	6,0	57 654	1,0	11 690	0,2	26 598	0,4	37
204 959	28,7	445 412	62,3	56 743	7,9	7 515	1,1	1 821	0,3	2 487	0,3	38
2 201 692	32,8	4 027 499	60,0	419 335	6,2	65 169	1,0	13 511	0,2	29 085	0,4	39
land												
61 136	49,2	49 668	40,0	11 779	9,5	1 621	1,3	885	0,7	606	0,5	40
8 115	41,0	9 592	48,4	1 877	9,5	225	1,1	133	0,7	57	0,3	41
69 251	48,1	59 260	41,1	13 656	9,5	1 846	1,3	1 018	0,7	663	0,5	42
64 222	47,7	60 601	45,0	8 279	6,2	1 503	1,1	733	0,5	681	0,5	43
6 255	39,0	8 632	53,9	930	5,8	212	1,3	124	0,8	67	0,4	44
70 477	46,8	69 233	46,0	9 209	6,1	1 715	1,1	857	0,6	748	0,5	45
59 018	43,7	66 994	49,6	7 819	5,8	1 257	0,9	546	0,4	548	0,4	46
4 525	35,0	7 268	56,2	1 024	7,9	114	0,9	63	0,5	34	0,3	47
63 543	42,9	74 262	50,2	8 843	6,0	1 371	0,9	609	0,4	582	0,4	48
60 600	44,6	67 718	49,8	6 516	4,8	1 164	0,9	529	0,4	550	0,4	49
4 623	38,0	6 881	56,6	550	4,5	109	0,9	60	0,5	27	0,2	50
65 223	44,0	74 599	50,3	7 066	4,8	1 273	0,9	589	0,4	577	0,4	51
68 529	49,3	59 533	42,8	9 416	6,8	1 572	1,1	869	0,6	622	0,4	52
7 164	43,6	7 963	48,4	1 109	6,7	202	1,2	112	0,7	59	0,4	53
75 693	48,7	67 496	43,4	10 525	6,8	1 774	1,1	981	0,6	681	0,4	54
313 505	46,9	304 514	45,5	43 809	6,5	7 117	1,1	3 562	0,5	3 007	0,4	55
30 682	39,7	40 336	52,1	5 490	7,1	862	1,1	492	0,6	244	0,3	56
344 187	46,1	344 850	46,2	49 299	6,6	7 979	1,1	4 054	0,5	3 251	0,4	57
ohne Berlin												
14 591 136	43,2	16 232 081	48,1	2 630 720	7,8	287 146	0,9	99 824	0,3	112 009	0,3	58
1 507 883	36,9	2 162 720	53,0	364 365	8,9	46 449	1,1	18 757	0,5	10 652	0,3	59
16 099 019	42,6	18 394 801	48,6	2 995 085	7,9	333 595	0,9	118 581	0,3	122 661	0,3	60

13 Stimmabgabe der Männer und Frauen

Partei	Von 100 gültigen								
	Männer und Frauen						Man		
	im Alter von ... bis								
	insgesamt	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 60	60 und mehr	zusammen	18 – 25	25 – 35
	entfielen auf								
Schleswig -									
SPD	47,7	58,3	51,6	45,2	45,3	45,5	47,9	57,8	52,8
CDU	42,8	28,8	36,1	44,1	45,3	48,7	42,2	29,3	35,2
F.D.P.	8,8	11,7	11,6	10,2	8,8	5,2	9,0	11,2	10,9
Sonstige	0,7	1,3	0,7	0,5	0,6	0,6	0,9	1,6	1,0
darunter: DKP	0,2	0,6	0,4	0,1	0,1	0,2	0,3	0,9	0,5
NPD	0,3	0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,4	0,2	0,2
Ham									
SPD	55,0	63,1	56,8	52,6	52,1	55,3	54,2	62,6	57,3
CDU	33,8	21,5	26,6	34,3	36,8	37,9	33,3	20,5	25,6
F.D.P.	10,0	12,0	15,1	12,5	10,1	5,8	10,7	12,3	15,4
Sonstige	1,2	3,4	1,5	0,7	1,0	1,0	1,8	4,7	1,7
darunter: DKP	0,7	2,2	0,9	0,3	0,5	0,6	1,0	3,0	1,1
NPD	0,2	0,1	0,1	0,2	0,4	0,3	0,4	0,1	0,3
Nieder									
SPD	46,4	54,9	48,6	44,1	44,8	44,3	46,3	54,0	49,0
CDU	45,4	35,3	40,7	47,0	47,4	50,0	44,8	35,8	39,3
F.D.P.	7,6	8,6	10,1	8,6	7,3	5,3	8,1	8,7	10,3
Sonstige	0,6	1,2	0,6	0,4	0,5	0,5	0,8	1,5	0,9
darunter: DKP	0,2	0,6	0,3	0,1	0,2	0,2	0,3	0,6	0,4
NPD	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Bre									
SPD	53,6	63,0	58,1	52,9	51,5	50,6	53,3	63,7	58,5
CDU	32,3	19,3	23,5	32,6	33,7	39,3	32,3	18,4	24,2
F.D.P.	12,5	13,2	16,6	13,5	13,4	9,0	12,2	12,3	15,1
Sonstige	1,6	4,5	1,8	1,1	1,4	1,1	2,2	5,6	2,3
darunter: DKP	0,7	1,9	0,9	0,3	0,6	0,6	1,0	2,2	1,2
NPD	0,4	0,3	0,2	0,4	0,5	0,3	0,6	0,4	0,3
Nordrhein -									
SPD	47,5	53,7	48,1	45,4	47,2	46,3	48,0	53,4	48,3
CDU	44,0	35,9	40,3	45,7	44,7	48,2	43,1	35,8	40,1
F.D.P.	7,8	9,1	10,9	8,5	7,4	5,0	8,0	9,2	10,6
Sonstige	0,7	1,3	0,7	0,4	0,7	0,5	1,0	1,6	1,0
darunter: DKP	0,3	0,6	0,4	0,2	0,3	0,3	0,5	0,7	0,5
NPD	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,2	0,3	0,3	0,1
Hes									
SPD	46,8	54,8	49,8	43,7	44,3	46,3	46,6	54,6	50,4
CDU	43,6	33,9	37,6	45,7	46,2	47,2	43,3	33,9	36,7
F.D.P.	8,6	9,1	11,5	10,0	8,5	5,9	8,8	8,8	11,5
Sonstige	1,0	2,2	1,2	0,6	1,0	0,6	1,3	2,6	1,4
darunter: DKP	0,4	1,1	0,6	0,2	0,2	0,2	0,5	1,2	0,8
NPD	0,4	0,3	0,2	0,3	0,6	0,3	0,5	0,3	0,2
Rheinland -									
SPD	42,2	49,6	43,7	40,3	41,3	39,9	43,1	50,3	44,9
CDU	49,8	42,2	47,1	51,2	50,5	53,5	48,3	41,6	46,0
F.D.P.	7,2	7,1	8,6	7,9	7,1	5,8	7,4	6,7	8,1
Sonstige	0,8	1,0	0,6	0,6	1,1	0,8	1,2	1,4	1,0
darunter: DKP	0,2	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,4	0,5	0,4
NPD	0,5	0,3	0,2	0,4	0,7	0,6	0,7	0,4	0,3
Baden -									
SPD	37,5	46,2	40,5	35,2	36,4	34,7	37,7	45,8	40,2
CDU	52,3	43,3	46,4	53,5	54,2	57,8	51,3	43,3	46,3
F.D.P.	9,2	9,2	12,1	10,6	8,5	6,7	9,6	9,1	12,2
Sonstige	0,9	1,4	1,0	0,8	1,0	0,8	1,3	1,8	1,2
darunter: DKP	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,4	0,3
NPD	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	0,4	0,6	0,4	0,4
Bay									
SPD	33,4	35,5	33,3	31,9	33,8	33,3	33,9	34,9	33,7
CSU	59,6	57,3	57,8	60,2	59,4	61,5	58,6	57,7	57,6
F.D.P.	6,0	6,0	8,0	7,0	5,7	4,4	6,2	5,8	7,5
Sonstige	0,9	1,1	0,9	0,8	1,2	0,8	1,3	1,5	1,1
darunter: DKP	0,2	0,4	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,6	0,3
NPD	0,4	0,3	0,4	0,4	0,6	0,4	0,6	0,4	0,5
Saar									
SPD	47,0	52,4	50,8	47,6	45,9	42,2	48,1	52,7	51,2
CDU	45,4	39,1	40,5	44,3	46,6	51,7	43,5	38,6	40,0
F.D.P.	6,5	7,4	7,8	7,0	6,1	5,0	6,7	7,3	7,7
Sonstige	1,1	1,1	0,9	1,1	1,3	1,0	1,6	1,5	1,2
darunter: DKP	0,6	0,7	0,5	0,7	0,5	0,5	0,8	0,8	0,6
NPD	0,5	0,4	0,4	0,4	0,8	0,5	0,8	0,6	0,5
Bundesgebiet									
SPD	43,3	49,8	44,9	41,1	42,4	42,0	43,6	49,4	45,3
CDU	37,4	30,1	33,6	38,9	38,7	40,7	36,8	30,0	33,2
CSU	10,6	10,1	10,1	10,6	10,5	11,2	10,4	10,3	10,1
F.D.P.	7,8	8,5	10,5	8,9	7,5	5,4	8,1	8,5	10,3
Sonstige	0,8	1,4	0,8	0,6	0,9	0,7	1,2	1,8	1,1
darunter: DKP	0,3	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,4	0,7	0,5
NPD	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5	0,3	0,5	0,3	0,3

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

in den Ländern 1976 nach dem Alter

Zweitstimmen <sup>1)</sup> der										Partei
Männer				Frauen						
unter ... Jahren										
35 – 45	45 – 60	60 und mehr	zusammen	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 60	60 und mehr		
nebenstehende Partei										
<b>Holstein</b>										
45,3	44,5	45,0	47,6	58,7	50,3	45,0	45,9	45,8	SPD	
43,9	45,4	48,7	43,4	28,2	37,0	44,4	45,2	48,7	CDU	
10,2	9,3	5,2	8,6	12,1	12,3	10,3	8,4	5,1	F.D.P.	
0,6	0,8	1,0	0,4	0,9	0,4	0,4	0,5	0,4	Sonstige	
0,1	0,1	0,4	0,2	0,4	0,2	0,1	0,2	0,1	darunter: DKP	
0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	NPD	
<b>burg</b>										
51,4	52,3	53,0	55,6	63,5	56,4	53,7	52,0	56,7	SPD	
35,2	35,3	39,4	34,2	22,7	27,5	33,3	37,9	37,0	CDU	
12,6	11,0	5,9	9,4	11,6	14,8	12,4	9,4	5,7	F.D.P.	
0,8	1,4	1,7	0,8	2,2	1,3	0,6	0,7	0,6	Sonstige	
0,4	0,6	1,0	0,4	1,4	0,7	0,1	0,4	0,3	darunter: DKP	
0,3	0,6	0,5	0,1	0,1	–	0,1	0,1	0,1	NPD	
<b>sachsen</b>										
43,6	44,6	44,0	46,4	55,9	48,1	44,6	45,0	44,4	SPD	
46,7	47,1	49,9	45,9	34,8	41,6	47,3	47,6	50,0	CDU	
9,3	7,5	5,4	7,3	8,4	9,9	7,8	7,1	5,2	F.D.P.	
0,5	0,8	0,7	0,4	0,9	0,4	0,3	0,3	0,3	Sonstige	
0,1	0,2	0,2	0,2	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1	darunter: DKP	
0,3	0,5	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	NPD	
<b>men</b>										
52,5	50,3	49,3	53,8	62,3	57,8	53,1	52,5	51,4	SPD	
32,6	34,2	40,9	32,4	20,2	22,9	32,5	33,4	38,3	CDU	
13,6	13,6	8,1	12,7	14,1	18,1	13,5	13,1	9,6	F.D.P.	
1,4	2,0	1,7	1,1	3,3	1,3	0,8	1,0	0,7	Sonstige	
0,3	0,7	1,0	0,5	1,5	0,5	0,4	0,6	0,4	darunter: DKP	
0,5	0,9	0,4	0,2	0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	NPD	
<b>Westfalen</b>										
46,2	48,1	46,3	47,1	54,1	47,9	44,6	46,5	46,3	SPD	
44,9	43,6	47,3	44,8	36,0	40,5	46,5	45,6	48,8	CDU	
8,3	7,3	5,4	7,6	9,0	11,2	8,6	7,5	4,7	F.D.P.	
0,6	1,0	1,0	0,4	0,9	0,5	0,3	0,5	0,2	Sonstige	
0,3	0,4	0,6	0,2	0,5	0,3	0,1	0,2	0,1	darunter: DKP	
0,2	0,5	0,3	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2	0,0	NPD	
<b>sen</b>										
43,8	43,3	45,4	47,0	55,1	49,1	43,6	45,1	47,0	SPD	
45,5	46,7	47,7	43,8	33,8	38,5	45,9	45,8	46,8	CDU	
10,0	8,5	5,9	8,5	9,4	11,4	10,0	8,4	5,9	F.D.P.	
0,8	1,4	1,0	0,7	1,7	0,9	0,5	0,7	0,4	Sonstige	
0,3	0,3	0,3	0,3	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	darunter: DKP	
0,4	0,9	0,6	0,2	0,3	0,1	0,2	0,4	0,2	NPD	
<b>Pfalz</b>										
40,6	41,7	41,0	41,4	48,9	42,5	39,9	41,1	39,2	SPD	
50,3	49,3	51,4	51,1	42,9	48,2	52,2	51,4	55,0	CDU	
8,2	7,5	6,2	7,0	7,5	9,0	7,6	6,8	5,5	F.D.P.	
0,9	1,6	1,4	0,5	0,7	0,3	0,4	0,7	0,4	Sonstige	
0,2	0,4	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	darunter: DKP	
0,5	1,0	0,9	0,3	0,2	0,1	0,2	0,5	0,3	NPD	
<b>Württemberg</b>										
34,9	36,6	35,2	37,4	46,6	40,7	35,4	36,2	34,4	SPD	
53,0	53,3	56,4	53,2	43,2	46,5	54,0	54,9	58,7	CDU	
11,0	8,7	7,0	8,8	9,3	12,0	10,1	8,2	6,5	F.D.P.	
1,0	1,4	1,4	0,6	0,9	0,8	0,5	0,6	0,4	Sonstige	
0,2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	darunter: DKP	
0,6	0,9	0,8	0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	NPD	
<b>ern</b>										
32,5	34,4	34,2	33,0	36,2	32,8	31,4	33,3	32,7	SPD	
59,5	58,0	59,6	60,5	56,9	58,1	61,0	60,5	62,7	CDU	
7,0	5,9	4,9	5,9	6,3	8,5	7,0	5,5	4,1	F.D.P.	
1,0	1,6	1,3	0,6	0,7	0,6	0,6	0,8	0,5	Sonstige	
0,2	0,3	0,3	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	darunter: DKP	
0,6	0,9	0,7	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	NPD	
<b>land</b>										
49,3	46,8	42,5	46,1	52,0	50,4	46,0	45,1	42,1	SPD	
41,9	44,9	50,2	46,9	39,6	40,9	46,6	48,1	52,7	CDU	
7,4	6,4	5,3	6,3	7,6	8,0	6,6	5,9	4,8	F.D.P.	
1,4	1,9	2,0	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,4	Sonstige	
0,9	0,7	0,9	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,2	darunter: DKP	
0,5	1,2	1,1	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,2	NPD	
<b>ohne Berlin</b>										
41,4	42,7	42,0	43,1	50,2	44,5	40,9	42,1	42,0	SPD	
38,4	38,3	40,3	38,0	30,2	34,1	39,3	39,0	41,1	CDU	
10,4	10,1	10,8	10,8	10,0	10,1	10,7	10,9	11,4	CSU	
9,0	7,7	5,7	7,6	8,6	10,7	8,7	7,4	5,2	F.D.P.	
0,8	1,2	1,1	0,5	1,0	0,6	0,4	0,6	0,4	Sonstige	
0,2	0,3	0,4	0,2	0,5	0,2	0,1	0,2	0,1	darunter: DKP	
0,4	0,7	0,6	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	NPD	

14 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen; in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gegenstand der Nachweisung	Wahl- berechtigte	Wähler 1)	Ungültige Zweitstimmen 1)	Gültige Zweitstimmen 1)														
				insgesamt	davon für										darunter			
					SPD		CDU, CSU 2)		F D.P.		Sonstige		DKP		NPD			
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%				

Gemeinden unter 1 000 Einwohnern

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden von . . bis unter . . . %																	
unter 10	727 086	634 015	6 712	1,1	627 303	110 512	17,6	494 526	78,8	17 871	2,8	4 394	0,7	834	0,1	2 079	0,3
10 – 20	79 264	68 110	610	0,9	67 500	16 979	25,2	46 934	69,5	3 052	4,5	535	0,8	122	0,2	253	0,4
20 – 30	22 966	19 606	153	0,8	19 453	5 705	29,3	12 185	62,6	1 419	7,3	144	0,7	36	0,2	65	0,3
30 – 40	10 902	9 412	97	1,0	9 315	2 515	27,0	6 121	65,7	602	6,5	77	0,8	11	0,1	52	0,6
40 – 50	13 603	11 684	107	0,9	11 577	4 032	34,8	6 569	56,7	852	7,4	124	1,1	25	0,2	78	0,7
50 – 60	21 440	18 509	154	0,8	18 355	7 642	41,6	8 933	48,7	1 612	8,8	168	0,9	41	0,2	105	0,6
60 – 70	43 960	37 653	376	1,0	37 277	16 620	44,6	16 843	45,2	3 375	9,1	439	1,2	97	0,3	292	0,8
70 – 80	67 035	56 725	584	1,0	56 141	25 059	44,6	25 073	44,7	5 401	9,6	608	1,1	102	0,2	431	0,8
80 – 90	207 342	175 471	2 088	1,2	173 383	77 525	44,7	79 882	46,1	14 349	8,3	1 627	0,9	300	0,2	1 085	0,6
90 – 100	497 405	421 843	4 850	1,1	416 993	169 106	40,6	212 668	51,0	31 915	7,7	3 304	0,8	629	0,2	2 065	0,5
Zusammen	1 691 003	1 453 028	15 731	1,1	1 437 297	435 695	30,3	909 734	63,3	80 448	5,6	11 420	0,8	2 197	0,2	6 505	0,5
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden von . . bis unter . . . %																	
unter 10	24 525	21 514	255	1,2	21 259	8 246	38,8	12 031	56,6	870	4,1	112	0,5	26	0,1	67	0,3
10 – 20	196 195	169 995	1 944	1,1	168 051	69 537	41,4	87 848	52,3	9 312	5,5	1 354	0,8	388	0,2	725	0,4
20 – 30	363 768	312 094	3 129	1,0	308 965	119 818	38,8	169 010	54,7	17 948	5,8	2 189	0,7	518	0,2	1 239	0,4
30 – 40	381 911	326 293	3 307	1,0	322 986	106 107	32,9	194 753	60,3	19 518	6,0	2 608	0,8	497	0,2	1 487	0,5
40 – 50	333 039	285 362	3 377	1,2	281 985	74 355	26,4	189 208	67,1	16 095	5,7	2 327	0,8	369	0,1	1 370	0,5
50 – 100	391 565	337 770	3 719	1,1	334 051	57 632	17,3	256 884	76,9	16 705	5,0	2 830	0,8	399	0,1	1 617	0,5
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden von . . bis unter . . . %																	
unter 10	277 739	240 730	2 686	1,1	238 044	39 467	16,6	187 240	78,7	9 247	3,9	2 090	0,9	306	0,1	1 139	0,5
10 – 20	808 530	696 546	7 941	1,1	688 605	196 754	28,6	450 638	65,4	35 643	5,2	5 570	0,8	988	0,1	3 299	0,5
20 – 30	471 651	404 005	4 187	1,0	399 818	156 660	39,2	213 705	53,5	26 417	6,6	3 036	0,8	729	0,2	1 717	0,4
30 – 40	114 876	96 944	804	0,8	96 140	37 055	38,5	50 703	52,7	7 761	8,1	621	0,6	146	0,2	300	0,3
40 – 80	18 207	14 803	113	0,8	14 690	5 759	39,2	7 448	50,7	1 380	9,4	103	0,7	28	0,2	50	0,3

Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden von . . bis unter . . . %																	
unter 10	759 012	642 814	7 223	1,1	635 591	137 568	21,6	472 057	74,3	20 851	5,3	5 115	0,8	799	0,1	2 161	0,3
10 – 20	196 546	164 932	1 392	0,8	163 540	45 711	28,0	108 073	66,1	8 562	5,2	1 194	0,7	233	0,1	547	0,3
20 – 30	39 608	32 959	315	1,0	32 644	9 646	29,5	20 738	63,5	2 042	6,3	218	0,7	29	0,1	120	0,4
30 – 40	24 334	20 673	210	1,0	20 643	6 427	31,4	12 517	61,2	1 352	6,6	167	0,8	41	0,2	92	0,4
40 – 50	28 807	24 115	253	1,0	23 862	8 278	34,7	13 832	58,0	1 510	6,3	242	1,0	57	0,2	142	0,6
50 – 60	40 776	34 782	335	1,0	34 447	14 307	41,5	16 766	48,7	3 038	8,8	336	1,0	67	0,2	209	0,6
60 – 70	59 442	50 145	475	0,9	49 670	22 084	44,5	22 475	45,2	4 642	9,3	469	0,9	85	0,2	297	0,6
70 – 80	127 619	106 914	1 145	1,1	105 769	47 459	44,9	48 065	45,4	9 184	8,7	1 061	1,0	185	0,2	684	0,6
80 – 90	233 819	195 360	2 497	1,3	192 863	85 591	44,4	91 004	47,2	14 430	7,5	1 838	1,0	359	0,2	1 128	0,6
90 – 100	367 849	308 534	5 283	1,7	303 251	129 521	42,7	150 732	49,7	21 145	7,0	1 853	0,6	424	0,1	1 050	0,3
Zusammen	1 877 812	1 581 228	19 128	1,2	1 562 100	506 592	32,4	956 259	61,2	86 756	5,6	12 493	0,8	2 279	0,1	6 430	0,4
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden von . . bis unter . . . %																	
unter 10	31 910	27 146	361	1,3	26 785	10 999	41,1	14 358	53,6	1 210	4,5	218	0,8	56	0,2	120	0,4
10 – 20	393 383	335 197	3 754	1,1	331 443	137 936	41,6	172 128	51,9	18 967	5,7	2 412	0,7	588	0,2	1 263	0,4
20 – 30	536 165	450 273	5 197	1,2	445 076	165 910	37,3	248 682	55,9	27 094	6,1	3 390	0,8	649	0,1	1 727	0,4
30 – 40	430 978	360 894	4 274	1,2	356 620	108 650	30,5	224 874	63,1	20 236	5,7	2 860	0,8	444	0,1	1 429	0,4
40 – 50	302 629	252 397	3 372	1,3	249 025	57 484	23,1	176 791	71,0	12 559	5,0	2 191	0,9	350	0,1	1 190	0,5
50 – 80	182 747	155 321	2 170	1,4	153 151	25 613	16,7	119 426	78,0	6 690	4,4	1 422	0,9	192	0,1	701	0,5
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden von . . bis unter . . . %																	
unter 10	106 240	88 888	1 174	1,3	87 714	14 535	16,6	69 474	79,2	2 931	3,3	774	0,9	106	0,1	401	0,5
10 – 20	765 291	645 228	8 690	1,3	636 538	167 643	26,3	435 255	68,4	28 133	4,4	5 507	0,9	884	0,1	2 767	0,4
20 – 30	698 573	589 598	6 993	1,2	582 605	222 140	38,1	319 454	54,8	36 517	6,3	4 494	0,8	860	0,1	2 475	0,4
30 – 40	242 849	204 191	1 908	0,9	202 283	82 625	40,8	103 516	51,2	14 756	7,3	1 386	0,7	342	0,2	660	0,3
40 – 90	64 859	53 323	363	0,7	52 960	19 649	37,1	28 560	53,9	4 419	8,3	332	0,6	87	0,2	127	0,2

1) Ohne Stimmen der Briefwähler — 2) CSU nur in Bayern

**14 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden**

Gegenstand der Nachweisung	Wahl- berechtigte	Wähler <sup>1)</sup>	Ungültige Zweitstimmen <sup>1)</sup>	Gültige Zweitstimmen <sup>1)</sup>															
				insgesamt	davon für														
					SPD		CDU, CSU <sup>2)</sup>		F.D.P.		Sonstige		darunter						
													DKP					NPD	
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				

**Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern**

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden

von ... bis unter ... %																	
unter 10	466 066	391 945	4 485	1,1	387 460	93 750	24,2	276 832	71,4	14 001	3,6	2 877	0,7	511	0,1	1 250	0,3
10 - 20	254 766	212 369	2 089	1,0	210 270	62 099	29,5	134 744	64,1	11 811	5,6	1 616	0,8	307	0,1	823	0,4
20 - 30	86 051	71 040	656	0,9	70 384	20 951	29,8	44 097	62,7	4 801	6,8	535	0,8	111	0,2	263	0,4
30 - 40	32 687	27 156	286	1,1	26 870	8 201	30,5	16 366	60,9	2 040	7,6	263	1,0	50	0,2	158	0,6
40 - 50	21 657	18 064	218	1,2	17 846	6 591	36,9	9 596	53,8	1 474	8,3	185	1,0	31	0,2	123	0,7
50 - 60	47 955	40 670	293	0,7	40 377	16 769	41,5	20 009	49,6	3 175	7,9	424	1,1	95	0,2	253	0,6
60 - 70	58 255	48 579	433	0,9	48 146	20 703	43,0	22 697	47,1	4 159	8,6	587	1,2	108	0,2	362	0,8
70 - 80	144 969	121 845	1 175	1,0	120 670	54 931	45,5	54 078	44,8	10 426	8,6	1 235	1,0	281	0,2	713	0,6
80 - 90	203 635	168 733	2 274	1,3	166 459	75 085	45,1	77 966	46,8	12 114	7,3	1 294	0,8	304	0,2	728	0,4
90 - 100	163 538	136 732	2 581	1,9	134 151	57 900	43,2	65 548	48,9	9 884	7,4	819	0,6	172	0,1	453	0,3
Zusammen	1 479 559	1 237 133	14 500	1,2	1 222 633	416 980	34,1	721 933	59,0	73 885	6,0	9 835	0,8	1 970	0,2	5 126	0,4

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden

von ... bis unter ... %																	
unter 10	15 869	13 565	142	1,0	13 423	5 876	43,8	6 812	50,7	664	4,9	71	0,5	16	0,1	40	0,3
10 - 20	468 242	394 566	4 338	1,1	390 228	161 485	41,4	200 834	51,5	24 816	6,4	3 093	0,8	787	0,2	1 634	0,4
20 - 30	477 688	398 334	4 247	1,1	394 087	140 744	35,7	225 190	57,1	24 995	6,3	3 158	0,8	618	0,2	1 687	0,4
30 - 40	280 195	232 403	2 823	1,2	229 580	65 100	28,4	149 351	65,1	13 296	5,8	1 833	0,8	323	0,1	863	0,4
40 - 50	168 898	140 362	2 001	1,4	138 361	31 755	23,0	98 223	71,0	7 125	5,1	1 258	0,9	170	0,1	658	0,5
50 - 80	68 667	57 903	949	1,6	56 954	12 020	21,1	41 523	72,9	2 989	5,2	422	0,7	56	0,1	244	0,4

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

in den Gemeinden																	
von ...	bis unter ...	%															
unter 10	29 674	24 993	351	1,4	24 642	4 456	18,1	19 246	78,1	736	3,0	204	0,8	23	0,1	113	0,5
10 - 20	459 420	385 192	5 341	1,4	379 851	103 485	27,2	255 150	67,2	18 009	4,7	3 207	0,8	514	0,1	1 694	0,4
20 - 30	612 002	513 762	6 045	1,2	507 717	186 886	36,8	285 963	56,3	30 825	6,1	4 043	0,8	806	0,2	2 177	0,4
30 - 40	286 601	238 482	2 167	0,9	236 315	94 025	39,8	122 960	52,0	17 518	7,4	1 812	0,8	470	0,2	890	0,4
40 - 70	91 862	74 704	596	0,8	74 108	28 128	38,0	38 614	52,1	6 797	9,2	569	0,8	157	0,2	252	0,3

**Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern**

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden

in den Gemeinden																	
von ... bis unter ... %																	
unter 10	525 679	437 808	5 417	1,2	432 391	106 157	24,6	307 854	71,2	15 420	3,6	2 960	0,7	619	0,1	1 348	0,3
10 - 20	368 651	304 718	3 072	1,0	301 646	87 725	29,1	195 926	65,0	15 805	5,2	2 190	0,7	440	0,1	1 114	0,4
20 - 30	143 473	117 248	935	0,8	116 313	35 573	30,6	70 989	61,0	8 825	7,6	926	0,8	195	0,2	437	0,4
30 - 40	74 703	61 230	564	0,9	60 666	20 326	33,5	35 057	57,8	4 776	7,9	507	0,8	84	0,1	293	0,5
40 - 50	44 680	36 685	349	1,0	36 336	11 978	33,0	20 908	57,5	3 089	8,5	361	1,0	48	0,1	229	0,6
50 - 60	72 916	60 269	539	0,9	59 730	24 111	40,4	30 123	50,4	4 992	8,4	504	0,8	113	0,2	263	0,4
60 - 70	199 393	167 384	1 527	0,9	165 857	71 729	43,2	78 540	47,4	14 071	8,5	1 517	0,9	284	0,2	920	0,6
70 - 80	294 891	245 079	2 383	1,0	242 696	106 915	44,1	112 217	46,2	21 309	8,8	2 255	0,9	552	0,2	1 136	0,5
80 - 90	364 864	303 299	3 863	1,3	299 436	138 855	46,4	136 517	45,6	21 877	7,3	2 187	0,7	523	0,2	1 158	0,4
90 - 100	225 549	188 012	3 165	1,7	184 847	83 271	45,0	85 212	46,1	15 096	8,2	1 268	0,7	310	0,2	715	0,4
Zusammen	2 314 799	1 921 732	21 814	1,1	1 899 918	686 640	36,1	1 073 343	56,5	125 260	6,6	14 675	0,8	3 168	0,2	7 613	0,4

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden

von ... bis unter ... %																	
unter 10	53 241	44 174	535	1,2	43 639	19 808	45,4	20 785	47,6	2 725	6,2	321	0,7	75	0,2	164	0,4
10 - 20	808 681	675 542	7 060	1,0	668 482	281 674	42,1	333 870	49,9	47 898	7,2	5 040	0,8	1 244	0,2	2 502	0,4
20 - 30	748 483	616 261	6 333	1,0	609 928	217 590	35,7	346 599	56,8	40 952	6,7	4 787	0,8	1 007	0,2	2 522	0,4
30 - 40	421 890	351 017	4 470	1,3	346 547	110 129	31,8	213 769	61,7	20 111	5,8	2 538	0,7	532	0,2	1 306	0,4
40 - 50	222 303	185 031	2 585	1,4	182 446	46 071	25,3	124 195	68,1	10 645	5,8	1 535	0,8	255	0,1	876	0,5
50 - 70	60 201	49 707	831	1,7	48 876	11 368	23,3	34 125	69,8	2 929	6,0	454	0,9	55	0,1	243	0,5

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

in den Generationen																	
von ... bis unter ... %																	
unter 10	4 676	3 847	52	1,4	3 795	1 021	26,9	2 455	64,7	231	6,1	88	2,3	8	0,2	19	0,5
10 — 20	561 195	467 965	6 409	1,4	461 556	134 310	29,1	299 250	64,8	24 379	5,3	3 617	0,8	640	0,1	2 032	0,4
20 — 30	958 269	801 346	9 452	1,2	791 894	290 375	36,7	446 910	56,4	48 555	6,1	6 054	0,8	1 296	0,2	3 200	0,4
30 — 40	601 428	497 217	4 870	1,0	492 347	201 801	41,0	249 651	50,7	37 143	7,5	3 752	0,8	923	0,2	1 890	0,4
40 — 50	142 949	114 871	826	0,7	114 045	45 494	39,9	56 800	49,8	10 870	9,5	881	0,8	237	0,2	359	0,3
50 — 80	46 282	36 486	205	0,5	36 281	13 639	37,4	18 277	50,6	4 082	11,2	283	0,7	64	0,1	113	0,3

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

14 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gegenstand der Nachweisung	Wahl- berechtigte	Wähler <sup>1)</sup>	Ungültige Zweitstimmen <sup>1)</sup>	Gültige Zweitstimmen <sup>1)</sup>													
				insgesamt	davon für												
					SPD	CDU, CSU <sup>2)</sup>	F.D.P.	Sonstige	darunter								
									DKP		NPD						
	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern																	
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden von ... bis unter ... %																	
unter 10	639 146	530 842	5 790	1,1	525 052	136 530	26,0	365 752	69,7	19 354	3,7	3 416	0,7	690	0,1	1 508	0,3
10 – 20	1 012 398	831 217	8 586	1,0	822 631	260 132	31,6	513 451	62,4	43 242	5,3	5 806	0,7	1 326	0,2	2 715	0,3
20 – 30	400 323	324 621	3 099	1,0	321 522	105 995	33,0	188 662	58,7	24 410	7,6	2 455	0,8	580	0,2	1 076	0,3
30 – 40	168 454	137 833	1 370	1,0	136 463	49 391	36,2	75 902	55,6	10 218	7,5	952	0,7	261	0,2	442	0,3
40 – 50	133 588	111 422	1 394	1,3	110 028	44 603	40,5	55 367	50,3	9 261	8,4	797	0,7	198	0,2	404	0,4
50 – 60	236 830	198 400	2 086	1,1	196 314	82 508	42,0	94 403	48,1	17 826	9,1	1 577	0,8	415	0,2	777	0,4
60 – 70	420 988	348 347	3 174	0,9	345 173	148 349	43,0	162 545	47,1	31 269	9,1	3 010	0,9	793	0,2	1 509	0,4
70 – 80	486 477	403 974	4 516	1,1	399 458	181 131	45,3	180 044	45,1	34 574	8,7	3 709	0,9	1 104	0,3	1 765	0,4
80 – 90	810 250	667 310	8 512	1,3	658 798	320 171	48,6	281 940	42,8	52 026	7,9	4 661	0,7	1 507	0,2	2 117	0,3
90 – 100	243 444	201 265	4 404	2,2	196 861	91 267	46,4	89 847	45,6	14 570	7,4	1 177	0,6	345	0,2	583	0,3
Zusammen	4 551 898	3 755 231	42 931	1,1	3 712 300	1 420 077	38,3	2 007 913	54,1	256 750	6,9	27 560	0,7	7 219	0,2	12 896	0,3
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden von ... bis unter ... %																	
unter 10	122 710	103 558	918	0,9	102 640	46 140	45,0	48 329	47,1	7 304	7,1	867	0,8	295	0,3	374	0,4
10 – 20	2 228 383	1 840 255	18 226	1,0	1 822 029	761 810	41,8	911 071	50,0	134 925	7,4	14 223	0,8	4 040	0,2	6 459	0,4
20 – 30	1 446 137	1 185 566	14 190	1,2	1 171 376	429 485	36,7	655 490	56,0	77 963	6,7	8 438	0,7	1 992	0,2	4 153	0,4
30 – 40	597 963	497 397	7 259	1,5	490 138	151 983	31,0	304 822	62,2	30 064	6,1	3 269	0,7	743	0,2	1 541	0,3
40 – 70	156 705	128 455	2 338	1,8	126 117	30 659	24,3	88 201	69,9	6 494	5,1	763	0,6	149	0,1	369	0,3
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden von ... bis unter ... %																	
unter 10	4 292	3 672	28	0,8	3 644	712	19,5	2 767	75,9	132	3,6	33	0,9	7	0,2	17	0,5
10 – 20	380 544	317 387	5 532	1,7	311 855	92 798	29,8	201 049	64,5	15 908	5,1	2 100	0,7	422	0,1	1 114	0,4
20 – 30	1 909 279	1 594 396	19 700	1,2	1 574 696	587 777	37,3	878 840	55,8	96 695	6,1	11 384	0,7	2 822	0,2	5 616	0,4
30 – 40	1 539 039	1 265 805	13 592	1,1	1 252 213	513 362	41,0	638 259	51,0	90 702	7,2	9 890	0,8	2 780	0,2	4 492	0,4
40 – 50	541 228	437 450	3 408	0,8	434 042	174 632	40,2	218 563	50,4	37 635	8,7	3 212	0,7	956	0,2	1 294	0,3
50 – 70	177 516	136 521	671	0,5	135 850	50 796	37,4	68 435	50,4	15 678	11,5	941	0,7	232	0,2	363	0,3
Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern																	
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden von ... bis unter ... %																	
unter 10	370 751	318 096	3 796	1,2	314 300	104 620	33,3	194 185	61,8	13 600	4,3	1 895	0,6	648	0,2	853	0,3
10 – 20	1 218 847	1 003 275	9 983	1,0	993 292	323 164	32,5	606 878	61,1	56 936	5,7	6 314	0,6	1 498	0,2	3 007	0,3
20 – 30	635 868	519 197	4 401	0,8	514 796	186 970	36,3	283 612	55,1	40 251	7,8	3 963	0,8	1 088	0,2	1 819	0,4
30 – 40	212 472	170 937	1 210	0,7	169 727	62 265	36,7	89 787	52,9	16 360	9,6	1 315	0,8	341	0,2	633	0,4
40 – 50	190 525	158 341	1 166	0,7	157 175	66 629	42,4	75 652	48,1	13 607	8,7	1 287	0,8	376	0,2	587	0,4
50 – 60	464 817	380 572	2 791	0,7	377 781	166 607	44,1	173 401	45,9	34 492	9,1	3 281	0,9	961	0,3	1 543	0,4
60 – 70	605 959	495 720	4 467	0,9	491 253	218 899	44,6	223 730	45,5	44 099	9,0	4 525	0,9	1 389	0,3	2 092	0,4
70 – 80	600 255	491 357	5 597	1,1	485 760	226 528	46,6	213 785	44,0	41 580	8,6	3 867	0,8	1 321	0,3	1 649	0,3
80 – 90	1 033 034	850 135	11 420	1,3	838 715	407 349	48,6	357 012	42,6	69 167	8,2	5 187	0,6	1 801	0,2	2 310	0,3
90 – 100	343 085	284 465	6 558	2,3	277 907	129 449	46,6	124 513	44,8	22 362	8,0	1 583	0,6	472	0,2	800	0,3
Zusammen	5 675 613	4 672 095	51 389	1,1	4 620 706	1 892 480	41,0	2 342 555	50,7	352 454	7,6	33 217	0,7	9 895	0,2	15 293	0,3
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden von ... bis unter ... %																	
unter 10	316 696	262 764	2 195	0,8	260 569	119 978	46,0	116 483	44,7	21 598	8,3	2 510	1,0	975	0,4	1 054	0,4
10 – 20	3 582 221	2 947 203	28 279	1,0	2 918 924	1 237 879	42,4	1 430 682	49,0	228 523	7,8	21 840	0,7	6 626	0,2	9 888	0,3
20 – 30	1 499 351	1 234 499	16 233	1,3	1 218 266	466 789	38,3	657 400	54,0	86 430	7,1	7 647	0,6	2 021	0,2	3 740	0,3
30 – 40	219 698	180 402	3 882	2,2	176 520	54 849	31,1	107 404	60,8	13 272	7,5	995	0,6	232	0,1	495	0,3
40 – 50	57 647	47 227	800	1,7	46 427	12 985	28,0	30 586	65,9	2 631	5,7	225	0,5	41	0,1	116	0,2
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden von ... bis unter ... %																	
unter 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
10 – 20	82 847	69 061	1 578	2,3	67 483	23 384	34,7	40 470	60,0	3 328	4,9	301	0,4	96	0,1	133	0,2
20 – 30	1 503 141	1 259 917	16 950	1,3	1 242 967	504 051	40,6	652 042	52,5	79 245	6,4	7 629	0,6	2 120	0,2	3 633	0,3
30 – 40	2 543 669	2 089 824	22 667	1,1	2 077 157	867 776	41,8	1 037 855	50,0	155 880	7,5	15 646	0,8	4 813	0,2	7 388	0,4
40 – 50	1 131 820	916 575	7 885	0,9	908 690	374 377	41,2	449 278	49,4	77 818	8,6	7 217	0,8	2 225	0,2	3 129	0,3
50 – 60	352 327	277 703	2 149	0,8	275 554	104 067	37,8	139 493	50,6	29 968	10,9	2 026	0,7	560	0,2	842	0,3
60 – 70	61 809	49 015	160	0,3	48 855	18 825	38,5	23 417	47,9	6 215	12,7	398	0,8	81	0,2	168	0,3

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

14 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und  
Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gegenstand der Nachweisung	Wahl- berechtigte	Wähler <sup>1)</sup>	Ungültige Zweitstimmen <sup>1)</sup>	Gültige Zweitstimmen <sup>1)</sup>															
				insgesamt	davon für														
					SPD				CDU, CSU <sup>2)</sup>		F D.P.		Sonstige			darunter			
					DKP		NPD												
					Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%
Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%					
Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%					
Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%					

Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden																	
von ... bis unter ... %																	
unter 10	126 795	108 166	828	0,8	107 338	42 819	39,9	58 163	54,2	5 526	5,1	830	0,8	374	0,3	331	0,3
10 – 20	1 092 402	894 265	7 732	0,9	886 533	306 933	34,6	525 295	59,3	48 875	5,5	5 430	0,6	1 627	0,2	2 358	0,3
20 – 30	1 062 688	860 427	7 736	0,9	852 691	341 929	40,1	442 030	51,8	62 625	7,3	6 107	0,7	2 178	0,3	2 542	0,3
30 – 40	563 356	455 719	4 914	1,1	450 805	190 447	42,2	224 075	49,7	33 284	7,4	2 999	0,7	970	0,2	1 302	0,3
40 – 50	403 328	328 594	3 196	1,0	325 398	143 828	44,2	150 449	46,2	28 104	8,6	3 017	0,9	1 106	0,3	1 288	0,4
50 – 60	644 502	520 483	4 134	0,8	516 349	230 849	44,7	227 573	44,1	53 009	10,3	4 918	1,0	1 657	0,3	2 155	0,4
60 – 70	848 206	691 619	5 705	0,8	685 914	313 849	45,8	301 117	43,9	65 066	9,5	5 882	0,9	1 934	0,3	2 600	0,4
70 – 80	597 660	481 561	5 440	1,1	476 121	231 688	48,7	198 506	41,7	42 438	8,9	3 489	0,7	1 344	0,3	1 490	0,3
80 – 90	1 149 588	934 705	14 391	1,5	920 314	455 267	49,5	378 854	41,2	80 400	8,7	5 793	0,6	2 036	0,2	2 598	0,3
90 – 100	95 755	77 154	1 535	2,0	75 619	39 750	52,6	29 706	39,3	5 719	7,6	444	0,6	148	0,2	153	0,2
Zusammen	6 584 280	5 352 693	55 611	1,0	5 297 082	2 297 359	43,4	2 535 768	47,9	425 046	8,0	38 909	0,7	13 374	0,3	16 817	0,3
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden																	
von ... bis unter ... %																	
unter 10	767 690	623 085	6 728	1,1	616 357	309 490	50,2	251 408	40,8	50 314	8,2	5 145	0,8	2 225	0,4	2 010	0,3
10 – 20	5 176 718	4 204 202	41 830	1,0	4 162 372	1 806 537	43,4	1 983 862	47,7	340 754	8,2	31 219	0,8	10 394	0,2	13 647	0,3
20 – 30	621 625	509 914	6 895	1,4	503 019	173 473	34,5	294 338	58,5	32 733	6,5	2 475	0,5	737	0,1	1 130	0,2
30 – 40	18 247	15 492	158	1,0	15 334	7 859	51,3	6 160	40,2	1 245	8,1	70	0,5	18	0,1	30	0,2
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden																	
von ... bis unter ... %																	
unter 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10 – 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20 – 30	475 681	395 345	3 208	0,8	392 137	167 692	42,8	201 206	51,3	20 844	5,3	2 395	0,6	828	0,2	1 069	0,3
30 – 40	2 886 882	2 375 595	27 301	1,1	2 348 294	1 038 146	44,2	1 114 213	47,4	179 506	7,6	16 429	0,7	5 791	0,2	7 066	0,3
40 – 50	2 743 297	2 203 442	22 651	1,0	2 180 791	928 866	42,6	1 049 426	48,1	185 550	8,5	16 949	0,8	5 562	0,3	7 598	0,3
50 – 60	457 294	362 638	2 430	0,7	360 208	154 833	43,0	164 627	45,7	37 713	10,5	3 035	0,8	1 174	0,3	1 038	0,3
60 – 70	21 126	15 673	21	0,1	15 652	7 822	50,0	6 296	40,2	1 433	9,2	101	0,6	19	0,1	46	0,3

Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10 — 20 . . . . .	454 800	361 336	2 540	0,7	358 796	147 722	41,2	188 187	52,4	20 450	5,7	2 437	0,7	743	0,2	1 018	0,3
20 — 30 . . . . .	648 536	526 048	4 474	0,9	521 574	218 591	41,9	260 306	49,9	39 378	7,5	3 299	0,6	1 063	0,2	1 369	0,3
30 — 40 . . . . .	336 429	269 124	2 212	0,8	266 912	115 781	43,4	128 483	48,1	20 530	7,7	2 118	0,8	708	0,3	907	0,3
40 — 50 . . . . .	592 157	479 764	6 946	1,4	472 818	251 281	53,1	182 295	38,6	34 968	7,4	4 274	0,9	2 280	0,5	1 171	0,2
50 — 60 . . . . .	586 500	470 909	2 843	0,6	468 066	219 734	46,9	201 585	43,1	42 659	9,1	4 088	0,9	1 394	0,3	1 810	0,4
60 — 70 . . . . .	483 741	388 651	3 168	0,8	385 483	176 947	45,9	170 550	44,2	33 658	8,7	4 328	1,1	1 564	0,4	1 717	0,4
70 — 80 . . . . .	343 589	273 190	3 373	1,2	269 817	130 757	48,5	112 490	41,7	23 855	8,8	2 715	1,0	1 480	0,5	682	0,3
80 — 90 . . . . .	511 563	404 219	3 874	1,0	400 345	201 036	50,2	159 803	39,9	36 671	9,2	2 835	0,7	1 035	0,3	1 115	0,3
Zusammen . . . . .	3 957 315	3 173 241	29 430	0,9	3 143 811	1 461 849	46,5	1 403 699	44,6	252 169	8,0	26 094	0,8	10 267	0,3	9 789	0,3
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10 . . . . .	904 365	731 481	8 175	1,1	723 306	385 319	53,3	277 717	38,4	54 351	7,5	5 919	0,8	2 785	0,4	1 775	0,2
10 — 20 . . . . .	3 002 196	2 401 509	21 014	0,9	2 380 495	1 059 331	44,5	1 106 440	46,5	194 960	8,2	19 764	0,8	7 389	0,3	7 770	0,3
20 — 30 . . . . .	50 754	40 251	241	0,6	40 010	17 199	43,0	19 542	48,8	2 858	7,1	411	1,0	93	0,2	244	0,6
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10 — 20 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20 — 30 . . . . .	34 948	27 939	161	0,6	27 778	9 548	34,4	15 997	57,6	1 986	7,1	247	0,9	35	0,1	174	0,6
30 — 40 . . . . .	1 425 978	1 164 724	11 753	1,0	1 152 971	573 210	49,7	488 716	42,4	82 288	7,1	8 757	0,8	3 674	0,3	3 275	0,3
40 — 50 . . . . .	1 890 710	1 508 224	14 444	1,0	1 493 780	680 959	45,6	679 569	45,5	121 531	8,1	11 721	0,8	4 161	0,3	4 814	0,3
50 — 60 . . . . .	605 679	472 354	3 072	0,7	469 282	198 132	42,2	219 417	46,8	46 364	9,9	5 369	1,1	2 397	0,5	1 526	0,3

1) Ohne Stimmen der Briefwähler. — 2) CSU nur in Bayern.

14 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gegenstand der Nachweisung	Wahl- berechtigte	Wähler 1)	Ungültige Zweitstimmen 1)	Gültige Zweitstimmen 1)														
				insgesamt	davon für										darunter			
					SPD		CDU, CSU 2)		F.D.P.		Sonstige		DKP		NPD			
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	

Gemeinden mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10 . . . . .																	
10 — 20 . . . . .	236 061	183 085	1 109	0,6	181 976	63 736	35,0	105 309	57,9	11 461	6,3	1 470	0,8	432	0,2	625	0,3
20 — 30 . . . . .	355 979	278 049	2 383	0,9	275 666	125 615	45,6	127 230	46,2	20 020	7,3	2 801	1,0	1 492	0,5	795	0,3
30 — 40 . . . . .	329 014	261 375	2 628	1,0	258 747	124 574	48,1	106 342	41,1	25 077	9,7	2 754	1,1	914	0,4	613	0,2
40 — 50 . . . . .	317 690	254 989	1 388	0,5	253 601	129 240	51,0	101 621	40,1	20 698	8,2	2 042	0,8	786	0,3	699	0,3
50 — 60 . . . . .	1 011 579	810 540	6 154	0,8	804 386	423 137	52,6	308 363	38,3	65 338	8,1	7 548	0,9	3 086	0,4	2 297	0,3
60 — 70 . . . . .	667 690	533 715	5 178	1,0	528 537	261 433	49,5	215 959	40,9	46 190	8,7	4 955	0,9	1 724	0,3	1 905	0,4
70 — 80 . . . . .	334 342	262 955	2 701	1,0	260 254	130 577	50,2	98 769	38,0	28 285	10,9	2 623	1,0	1 203	0,5	803	0,3
80 — 90 . . . . .	102 904	81 222	481	0,6	80 741	46 770	57,9	25 417	31,5	7 683	9,5	871	1,1	405	0,5	286	0,4
Zusammen . . . . .	3 355 259	2 665 930	22 022	0,8	2 643 908	1 305 082	49,4	1 089 010	41,2	224 752	8,5	25 064	0,9	10 042	0,4	8 023	0,3
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10 . . . . .																	
10 — 20 . . . . .	1 283 776	1 023 802	9 925	1,0	1 013 877	548 490	54,1	375 005	37,0	80 855	8,0	9 527	0,9	4 290	0,4	2 847	0,3
20 — 30 . . . . .	2 071 483	1 642 128	12 097	0,7	1 630 031	756 592	46,4	714 005	43,8	143 897	8,8	15 537	1,0	5 752	0,4	5 176	0,3
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10 . . . . .																	
10 — 20 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20 — 30 . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30 — 40 . . . . .	963 240	780 647	6 748	0,9	773 899	424 268	54,8	288 647	37,3	53 893	7,0	7 091	0,9	3 581	0,5	2 109	0,3
40 — 50 . . . . .	1 317 501	1 056 140	8 894	0,8	1 047 246	516 632	49,3	431 993	41,3	89 926	8,6	8 695	0,8	3 350	0,3	3 092	0,3
50 — 60 . . . . .	986 395	760 240	6 031	0,8	754 209	334 478	44,3	335 543	44,5	75 328	10,0	8 860	1,2	2 941	0,4	2 652	0,4
60 — 70 . . . . .	88 123	68 903	349	0,5	68 554	29 704	43,3	32 827	47,9	5 605	8,2	418	0,6	170	0,2	170	0,2

Gemeinden mit 200 000 Einwohnern und mehr

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10 — 20	159 095	124 852	753	0,6	124 099	53 938	43,5	59 205	47,7	9 979	8,0	977	0,8	361	0,3	260	0,2
20 — 30	2 023 635	1 529 273	8 380	0,5	1 520 893	672 156	44,2	682 151	44,9	150 258	9,9	16 328	1,1	5 592	0,4	4 656	0,3
30 — 40	368 271	276 469	1 520	0,5	274 949	109 578	39,9	134 980	49,1	28 281	10,3	2 110	0,8	948	0,3	576	0,2
40 — 50	2 116 690	1 670 488	14 102	0,8	1 656 386	893 010	53,9	618 139	37,3	129 260	7,8	15 977	1,0	8 007	0,5	4 442	0,3
50 — 60	2 542 787	2 010 920	11 495	0,6	1 999 425	1 055 575	52,8	752 463	37,6	168 790	8,4	22 597	1,1	9 325	0,5	7 226	0,4
60 — 70	496 057	389 300	2 941	0,8	386 359	186 943	48,4	153 272	39,7	42 962	11,1	3 182	0,8	1 620	0,4	844	0,2
70 — 80	2 255 553	1 765 753	11 141	0,6	1 754 612	935 922	53,3	628 072	35,8	170 761	9,7	19 857	1,1	10 531	0,6	3 972	0,2
80 — 90	600 247	487 196	2 591	0,5	484 605	261 260	53,9	163 585	33,8	52 909	10,9	6 851	1,4	3 029	0,6	1 541	0,3
Zusammen	10 562 335	8 254 251	52 923	0,6	8 201 328	4 168 382	50,8	3 191 867	38,9	753 200	9,2	87 879	1,1	39 413	0,5	23 517	0,3
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10	5 016 025	3 983 715	24 620	0,6	3 959 095	2 177 004	55,0	1 425 047	36,0	314 735	7,9	42 309	1,1	18 781	0,5	11 851	0,3
10 — 20	5 546 310	4 270 536	28 303	0,7	4 242 233	1 991 378	46,9	1 766 820	41,6	438 465	10,3	45 570	1,1	20 632	0,5	11 666	0,3
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden																	
von . . . bis unter . . . %																	
unter 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10 — 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20 — 30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30 — 40	833 281	675 413	3 283	0,5	672 130	418 686	62,3	208 209	31,0	39 556	5,9	5 679	0,8	3 035	0,5	1 393	0,2
40 — 50	3 462 517	2 746 573	15 317	0,6	2 731 256	1 429 947	52,4	1 057 869	38,7	217 463	8,0	25 977	1,0	11 325	0,4	8 012	0,3
50 — 60	5 896 257	4 547 557	33 078	0,7	4 514 479	2 217 328	49,1	1 778 265	39,4	465 161	10,3	53 725	1,2	23 790	0,5	13 640	0,3
60 — 70	370 280	284 708	1 245	0,4	283 463	102 421	36,1	147 524	52,0	31 020	10,9	2 498	0,9	1 263	0,4	472	0,2

1) Ohne Stimmen der Briefwähler — 2) CSU nur in Bayern



15 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912 \*)

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	Ergebnisse der Reichstagswahlen													
	I.	II.		III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	XIII.
	Legislaturperiode													
	1871	1874 1)	1874 2)	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912

Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Bevölkerung nach der letzten Volkszählung . . . . .	39 460,4	39 460,4	41 010,2	42 727,4	42 727,4	45 234,1	45 234,1	46 855,7	46 855,7	49 428,5	52 279,9	56 367,2	60 641,3	64 926,0
Wahlberechtigte . . . . .	7 656,3	8 204,0	8 523,4	8 943,0	9 124,3	9 090,4	9 383,1	9 769,8	10 145,0	10 628,3	11 441,1	12 531,2	13 352,9	14 442,4
Wähler . . . . .	3 907,1	4 975,7	5 219,9	5 422,6	5 780,9	5 118,4	5 681,7	7 570,7	7 261,6	7 702,3	7 786,7	9 533,8	11 293,5	12 260,7
Wahlbeteiligung in % . . . . .	51,0	60,6	61,2	60,6	63,4	56,3	60,6	77,5	71,6	72,5	68,1	76,1	84,6	84,9
Ungültige Stimmen . . . . .	19,0	27,3	29,6	21,6	20,0	20,8	18,7	29,8	33,1	28,3	34,0	38,2	30,7	53,1
in % . . . . .	0,5	0,5	0,6	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Gültige Stimmen . . . . .	3 888,1	4 948,4	5 190,3	5 401,0	5 760,9	5 097,8	5 663,0	7 540,9	7 228,5	7 674,0	7 752,7	9 495,6	11 262,8	12 207,6
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:														
(Deutsch-) Konservativ . . . . .	548,9	360,0	360,0	526,0	749,5	830,8	861,1	1 147,2	895,1	1 038,4	859,2	948,5	1 060,2	1 126,3
Deutsche Reichspartei (freikonservativ) . . . . .	345,7	375,5	375,5	426,6	785,8	379,3	387,7	736,4	182,3	438,4	343,7	333,4	471,9	367,2
Nationalliberal . . . . .	1 171,1	1 537,4	1 542,5	1 469,5	1 330,6	746,6	997,0	1 678,0	1 177,8	997,0	971,3	1 317,4	1 630,6	1 662,7
Liberalen o. nah. Bez. . . . .	281,5	53,0	53,9	134,8	156,1	—	—	—	—	—	258,5	195,7	243,2	359,3
Liberaler Vereinigung . . . . .	—	—	—	—	—	429,2	987,0	973,1	1 159,0	—	—	—	—	—
Fortschrittspartei . . . . .	342,4	447,5	447,5	417,8	385,1	649,3	—	—	—	666,4	558,3	538,2	736,0	—
Deutsche Volkspartei . . . . .	18,7	21,7	21,7	44,9	66,1	103,4	95,9	88,8	147,6	166,8	108,5	91,2	138,6	—
Zentrum . . . . .	724,2	1 446,0	1 446,0	1 341,3	1 328,1	1 182,0	1 282,0	1 516,2	1 342,1	1 468,5	1 455,1	1 875,3	2 179,8	1 996,8
Polen . . . . .	176,3	198,4	198,4	216,2	210,1	194,9	203,2	220,0	246,8	229,5	244,1	347,8	453,9	441,7
Sozialdemokraten . . . . .	124,0	351,3	352,0	493,3	437,2	312,0	550,0	763,1	1 427,3	1 786,7	2 107,1	3 010,8	3 259,0	4 250,4
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich-sozial) . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	11,6	47,5	263,9	284,3	244,5	248,5	51,9
Welfen . . . . .	60,9	92,1	92,1	85,6	100,3	86,7	96,4	112,8	112,7	101,8	105,2	94,3	78,2	84,6
Elsaß-Lothringer . . . . .	—	—	234,5	200,0	178,9	153,0	165,6	233,7	101,1	114,7	107,4	101,9	103,6	162,0
Dänen . . . . .	18,2	19,9	19,9	17,3	16,1	14,4	14,4	12,4	13,7	14,4	15,4	14,8	15,4	17,3
Andere Parteien . . . . .	—	—	—	11,6	2,3	—	—	—	—	70,3	290,9	267,1	319,1	428,0
Unbestimmt und zersplittert . . . . .	76,2	44,7	46,3	16,1	14,7	15,3	12,7	47,6	74,6	58,7	106,5	67,2	208,7	121,7

Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten . . . . .	382	382	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397
(Deutsch-) Konservativ . . . . .	57	22	22	40	59	50	78	80	73	72	56	54	60	43
Deutsche Reichspartei (freikonservativ) . . . . .	37	33	33	38	57	28	28	41	20	28	23	21	24	14
Nationalliberal . . . . .	125	155	155	128	99	47	51	99	42	53	46	51	54	45
Liberalen o. nah. Bez. . . . .	30	3	3	13	10	—	—	—	—	13	12	9	14	—
Liberaler Vereinigung . . . . .	—	—	—	—	—	46	67	32	66	—	—	—	—	42
Fortschrittspartei . . . . .	46	49	49	35	26	60	—	—	—	24	29	21	28	—
Deutsche Volkspartei . . . . .	1	1	1	4	3	9	7	—	10	11	8	6	7	—
Zentrum . . . . .	63	91	91	93	94	100	99	98	106	96	102	100	105	91
Polen . . . . .	13	14	14	14	14	18	16	13	16	19	14	16	20	18
Sozialdemokraten . . . . .	2	9	9	12	9	12	24	11	35	44	56	81	43	110
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich-sozial) . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	1	5	16	13	11	16	3
Welfen . . . . .	7	4	4	4	10	10	11	4	11	7	9	6	1	5
Dänen . . . . .	1	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Elsaß-Lothringer . . . . .	—	—	15	15	15	15	15	15	10	8	10	9	7	9
Andere und unbest. Parteistellung . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	2	2	5	18	11	17	16

\*) Wahlberechtigte Männer nach Vollendung des 25. Lebensjahres.  
1) Ohne Elsaß-Lothringen. — 2) Mit Elsaß-Lothringen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 346 u. 347

16 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1919 bis 1933 \*)

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	Ergebnis der Wahlen								
	zum Reichstag								
	zur National- versammlung 19. Januar 1919	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
		Wahlperiode am							
		1920/22 1)	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	20. Mai 1928	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	6. Nov. 1932	5. März 1933

Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Bevölkerung nach der letzten Volkszählung . . . . .	63 052,0 2)	59 198,8	59 198,8	59 198,8	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6
Wahlberechtigte . . . . .	36 766,5	35 949,8	38 375,0	38 987,3	41 224,7	42 957,7	44 226,8	44 373,7	44 685,8
Wähler . . . . .	30 524,8	28 463,5	29 709,4	30 705,0	31 165,8	35 225,8	37 112,1	35 759,1	39 655,0
Wahlbeteiligung in % . . . . .	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,0	80,6	88,7
Ungültige Stimmen . . . . .	124,5	267,2	427,6	414,9	412,5	254,9	279,7	287,3	311,7
in % . . . . .	0,4	0,9	1,4	1,4	1,3	0,7	0,8	0,8	0,8
Gültige Stimmen . . . . .	30 400,3	28 196,3	29 281,8	30 290,1	30 753,3	34 970,9	36 882,4	35 471,8	39 343,3
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:									
Deutschnationale Volkspartei . . . . .	3 121,5	4 249,1	5 696,5	6 205,8	4 381,6	2 458,3	2 177,4	2 959,0	3 136,8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) . . . . .	—	—	1 918,3 3)	907,3 3)	810,1	6 409,6	13 745,8	11 737,0	17 277,2
Deutsche Volkspartei . . . . .	1 345,6	3 919,4	2 694,4	3 049,1	2 679,7	1 578,2	436,0	661,8	432,3
Zentrum . . . . .	5 980,2	3 845,0	3 914,4	4 118,9	3 712,2	4 127,9	4 589,3	4 230,6	4 424,9
Deutsche Staatspartei . . . . .	5 641,8 4)	2 333,7 4)	1 655,1 4)	1 919,8 4)	1 505,7 5)	1 322,4	371,8	336,5	334,2
Sozialdemokratische Partei . . . . .	11 509,1	6 104,4	6 008,9	7 881,0	9 153,0	8 577,7	7 959,7	7 248,0	7 181,6
Unabhängige sozialdemokr. Partei . . . . .	2 317,3	5 046,8		2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1
Kommunistische Partei . . . . .	—	589,5	3 693,3	2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1
Bayerische Volkspartei . . . . .	—	1 238,6 6)	946,7	1 134,0	945,6	1 059,1	1 192,7	1 094,6	1 073,6
Deutsches Landvolk . . . . .	—	—	—	—	581,8 7)	1 108,7	90,6	46,4	—
Deutsche Bauernpartei . . . . .	—	—	—	—	481,3	339,6	137,1	149,0	114,0
Landbund . . . . .	—	—	574,9	499,4	199,5 8)	194,0 9)	96,9 8)	105,2 8)	83,8 8)
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) . . . . .	275,1 10)	218,6 10)	693,6 10)	1 005,4 10)	1 397,1	1 362,4	146,9	110,3	—
Deutsch-Hannoversche Partei . . . . .	77,2	319,1	319,8	262,7	195,6	144,3	46,9	64,0	47,7
Andere Parteien . . . . .	132,5	332,1	1 165,9	597,6	1 445,3	1 696,6	608,7	749,2	389,1

Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten . . . . .	421 11)	459	472	493	491	577	608	584	647
Deutschnationale Volkspartei . . . . .	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) . . . . .	—	—	32 3)	14 3)	12	107	230	196	288
Deutsche Volkspartei . . . . .	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Zentrum . . . . .	91	64	65	69	62	68	75	70	74
Deutsche Staatspartei . . . . .	75 4)	39 4)	28 4)	32 4)	25 4)	20	4	2	5 12)
Sozialdemokratische Partei . . . . .	163 11)	102	100	131	153	143	133	121	120 13)
Unabhängige sozialdemokr. Partei . . . . .	22	84		45	54	77	89	100	81 14)
Kommunistische Partei . . . . .	—	4	62	19	16	19	22	20	18
Bayerische Volkspartei . . . . .	—	21 6)	16	—	10 15)	19	1	—	—
Deutsches Landvolk . . . . .	—	—	—	—	8	6	2	3	2
Deutsche Bauernpartei . . . . .	—	—	10	8	3 8)	3	2	2	1
Landbund . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) . . . . .	4 10)	4 10)	10 10)	17 10)	23	23	2	1	—
Deutsch-Hannoversche Partei . . . . .	1	5	5	4	3	3	—	1	—
Andere Parteien . . . . .	2	—	4 16)	—	4 17)	18 18)	4 19)	5 20)	4 20)

\*) Wahlberechtigte Männer und Frauen nach Vollendung des 20. Lebensjahres.  
1) Ergebnis der Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 mit den Ergebnissen der Wahlen am 20. Februar 1921 in den Wahlkreisen Nr. 1 (Ostpreußen) und Nr. 14 (Schleswig-Holstein) und am 19. November 1922 im Wahlkreis Nr. 10 (Oppeln). — 2) Nach der Zählung von 1910, jedoch ohne Elsaß-Lothringen. — 3) Nationalsozialistische Freiheitsbewegung. — 4) Deutsche Demokratische Partei. — 5) Darunter: Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), angeschlossen an den Reichswahlvorschlag der Deutsche Demokratische Partei 26,3 — 6) Einschl. Christliche Volkspartei. — 7) Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei. — 8) Württ. Bauern- und Weingartenbund — 9) Davon Bauern- und Weingartenbund 180,8, Nationale Volksgemeinschaft 13,1. — 10) Einschl. Bayerischer Bauernbund. — 11) Außerdem 2 Abgeordnete, die nachträglich am 2. Februar 1919 von den im Osten stehenden Truppenverbänden gewählt worden sind. — 12) Gewählt auf dem Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Vgl. Anmerkung 13. — 13) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei war auf Grund der „Verordnung zur Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 462)“ unwirksam. — 14) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei war auf Grund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 153)“ unwirksam. — 15) Darunter 1 Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei auf dem gemeinsamen Reichswahlvorschlag Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei — 16) Deutsches Landvolk. — 17) Davon Sachsisches Landvolk 2, Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) 2. — 18) Davon Christlich-Sozialer Volksdienst 14, Konservative Volkspartei 4. — 19) Davon Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) 3, Volksrecht-Partei 1. — 20) Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 359.







